

































































































































































































































































































































































































































































































































































































































































































































































































































































































































































































































































































































































































































































































































































































P. Rhay (geboren 1603 zu Rees und 1622 in die Gesellschaft eingetreten) war acht Jahre Rektor des Collegs in Düren, dann vier Jahre Oberer der Residenz in Sulzbach, später Instruktor der Neuburger Prinzen, schließlich am 26. Mai 1670 wieder Rektor in Düren, wo er am 10. März 1671 starb.

Er hatte auch in nahen Beziehungen zu dem Pfalzgrafen Christian von Sulzbach gestanden.

Im Januar 1656 war der Pfalzgraf Christian August von Sulzbach heimlich vor dem Kurfürsten von Mainz zur Kirche zurückgekehrt.<sup>1)</sup> Am 12. Februar 1656 schrieb der General dem P. Rhay nach Sulzbach: Die Nachricht von der Conversion des Pfalzgrafen Christian August von Sulzbach habe ihn sehr gefreut, und am 27. Mai 1656 bedankt er sich für den Brief vom 26. April, in dem P. Rhay mitgeteilt, daß die Pfalzgräfin öffentlich das katholische Glaubensbekenntnis abgelegt habe.<sup>2)</sup>

Um diese Zeit war Rhay Beichtvater des Pfalzgrafen. Als solcher schrieb er am 2. April 1656 an den oberdeutschen Provinzial Weihelin:

Auf der Reise habe ihm der Pfalzgraf mitgeteilt, aus Anlaß seines zu scharf aufgefaßten Briefes sei ihm ein anderer Beichtvater angeboten worden; ich habe das Anerbieten sehr gelobt, da die Provinz bessere und heiligere Beichtväter als mich habe. Darauf antwortete der Pfalzgraf, er habe gar keinen anderen Beichtvater verlangt, sondern nur einen großen Asketen, der ihm in civilibus beistehe, er wünsche, daß ich bleibe; jedenfalls bis er an den General geschrieben habe. Der Provinzial möge nach Gutdünken verfügen.<sup>3)</sup>

Das Schreiben von Christian August liegt vor. Es ist datiert Sulzbach 17. März 1656. Er dankt darin dem

1) Zur Conversion vergl. Konfessionswechsel des Pfalzgrafen Christian August von Sulzbach (Briefe zwischen Mutter und Sohn) bei Kolbe, Beiträge zur bayr. Kirchengeschichte 6 (1900) 133 ff.

2) Orig.-Reg. Ad Germ. Sup.

3) Orig. München, Reichsarchiv Jes. 341.

Provincial Weihelin für seinen Glückwunsch zur Conversion und bittet um die Sendung eines frommen Mannes, dem er gänzlich vertrauen könne.<sup>1)</sup>

Am 2. April 1656 schreibt P. Otterstedt von Neuburg an Weihelin: Der Pfalzgraf von Sulzbach war mit P. Rhay hier; P. Rhay ist bereit, nach 6—7 Wochen in seine Provinz zurückzukehren, und hat den General darum gebeten; deshalb möge man einstweilen keinen anderen Obern schicken, bis P. Rhay den Provincial um Rückkehr bitte.

Im folgenden Jahre war P. Rhay in Düsseldorf. Von dort meldet Philipp Wilhelm am 11. Februar 1658 an Christian August von Sulzbach: er sende ihm dieses Schreiben durch P. Rhay, der aus Ew. Liebden Befehl sich zu Ihnen verfügt.<sup>2)</sup>

Auch später nahm der Sulzbacher den P. Rhay noch in Anspruch. Am 26. Januar 1663 schreibt Rhay von Neuburg an P. Contr. Holtgrebe: Der Sulzbacher hat mich gebeten, ich solle für alle herbeigerufenen und reprobierten Ordensleute der Sündenbock sein, ich habe einfach geantwortet: Ich tue es nicht. Ich will lieber im letzten Winkel meiner Provinz als der Letzte leben als anderswo in der Öffentlichkeit strahlen. Wenn ich, wie man schreibt, alles für Gottes Ehre und das Wohl der Gesellschaft und der Religion tue, so danke ich Gott für diese Gnade.<sup>3)</sup>

In diesem Jahre wurde Rhay der Erzieher der Kinder des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm, darunter der späteren Kaiserin Eleonora. Aus dem 1721 veröffentlichten Leben der Kaiserin erfahren wir, daß P. Rhay der Prinzessin täglich Unterricht gab und zwar morgens von 9—10<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, und nachmittags von 3—4.<sup>4)</sup>

1) Orig. a. a. D.

2) Orig. München, Geh. Hausarchiv 2487.

3) Orig. Düsseldorf, Staatsarch., Jes. 35 l.

4) Leben und Tugenden der Kaiserin Eleonorae Magdalenae Theresiae. Von einem der Gesellschaft Jesu Priestern. Wienn 1721. S. 35.

Am 23. April 1664 schrieb Philipp Wilhelm an den Generalvikar Oliva:

Aus zwingenden Gründen habe er beschlossen, den Beichtvater seiner Kinder, P. Theod. May, nach Rom zu schicken; er bitte deshalb um die Erlaubnis, weil es sich um eine fromme Angelegenheit handele, über die Niemand besser informiert sei, als der genannte Vater. Da die Sache eile, werde der Generalvikar es nicht übelnehmen, wenn er den Vater schon vor Ankunft der Antwort abreisen lasse. Eigenhändig fügt der Pfalzgraf bei, er hoffe, daß der Generalvikar aus dieser Sendung das Vertrauen erkenne, daß der Pfalzgraf der Gesellschaft bewahre.<sup>1)</sup>

In dem Credentialschreiben vom 28. Februar 1665 bezeichnet der Papst den P. May als einen Mann, dessen ausgezeichnete Frömmigkeit und große Tugenden ihm schon seit langem bekannt gewesen, den er deshalb gerne gesehen; derselbe werde die Aufträge des Papstes dem Pfalzgrafen überbringen.<sup>2)</sup>

Über den Erfolg seiner Sendung — so schrieb P. May aus Rom 20. Jan. 1665 an Philipp Wilhelm — werde er dem Pfalzgrafen Mitteilung machen, soweit das auferlegte Stillschweigen dies gestatte. Er habe mehrere lange und väterliche Privataudienzen gehabt, wobei der Papst offen, aber mit Auferlegung des Stillschweigens den Grund für die bisher verzögerte Bewilligung auseinandergesetzt. Er (May) habe sich ein Herz gefaßt und durch vier Beweise die Anklagen gegen den Pfalzgrafen entkräftet. Als dann der Papst die Unschuld des Fürsten zwar zugegeben, aber die ersten Beamten als verdächtig bezeichnet, habe er deren Verdienste um die katholische Sache und den hl. Stuhl so dargelegt, daß der Papst dies anerkannt und eine väterliche Behandlung versprochen. Der Papst

1) Orig. Epp. Princip. VIII, 175. Es handelte sich um Dispens und Absolution wegen der in der lutherischen Zeit in Neuburg eingezogenen Kirchengüter. Vgl. Bodler, Lebens- und Sterbens-Lauff d. D. F. Philipp Wilhelm 31.

2) Orig. München, Geh. Hausarchiv 1570.

werde gerne in diesem Falle die Unschuld nicht weniger anerkennen, wie in früherer Zeit die Willigkeit der Liga; er bedauerte nur, daß P. Rhay nicht früher geschickt worden sei.<sup>1)</sup>

Wie P. Rhay sich im Interesse der Prinzen schriftstellerisch betätigte, so tat dies auch ein anderer Erzieher dieser Prinzen, nämlich P. Joh. Padenius. Derselbe war geboren im Jahre 1626 zu Boslar (Züllich) und in die Gesellschaft am 30. April 1647 eingetreten. Nach Vollendung seiner Studien wirkte er zwei Jahre als Domprediger zu Trier und lehrte dann ebendort und zu Köln die Philosophie. Drei Jahre war er Beichtvater des französischen Gesandten in Stockholm, dann Instruktor und Reisebegleiter des jungen Pfalzgrafen Johann Wilhelm.<sup>2)</sup>

Als der französische Gesandte Arnauld de Pomponne Stockholm verließ, stellte er in einem Briefe vom 31. Juli 1668 an den General dem P. Padenius ein glänzendes Zeugnis aus für sein Wissen und seinen Eifer; seit der Unterdrückung der katholischen Religion in Schweden sei nie mehr soviel Frucht eingeheimst worden, wie in diesen drei Jahren.<sup>3)</sup>

Die Veranlassung, weshalb Padenius an den Hof zu Düsseldorf gezogen wurde, gaben Klagen über den bisherigen Instruktor P. Adam Pinelli (Pinell), dessen Entfernung die Obern verlangten. Gegen diese Entfernung schrieb der damals sechzehnjährige Johann Wilhelm sehr ungehalten am 15. April 1674 an den General:

Es sind jetzt 7 Jahre, seitdem ich mit meinen Brüdern die Hilfe des hochw. P. Pinelli aus Ihrer Gesellschaft genieße. Derselbe ist bei unsern durchl. Eltern und bei dem ganzen Hofe wegen seiner großen Bescheidenheit, seines exemplarischen Lebens und außerordentlichen Mühewaltung bei unserm Unterricht sehr geschätzt und beliebt. Bis zu meinem 16. Lebensjahr, daß ich

1) Orig. München, Geh. Hausarchiv 143.

2) Harßheim Bibliotheca Colon. 191.

3) Orig. Epistolae Principum VIII, 350.

eben erreicht, ist derselbe zu meinem großen Trost mein Gewissensführer und zugleich mein Lehrer in der Philosophie und Ethik. Bei der letzten Visitation unseres Collegs in Düsseldorf scheint der Vater von dem P. Provinzial einen Wink bekommen zu haben, daß er seine Entlassung vom Hofe begehre, um an einem andern Orte zu predigen. Dies Verlangen erscheint nicht allein unserm durchl. Vater sondern auch uns sehr „erotisch“ und wunderlich. Es wäre uns zu hart, seine Hilfe, an die wir sovieler Jahre gewöhnt, jetzt entbehren zu müssen, und es paßt uns nicht, die Hilfe eines andern in Anspruch zu nehmen. So hoffe ich, daß Erw. Paternität die Abberufung nicht erlauben, sondern den P. Provinzial und den P. Pinelli mahnen werden, von dergleichen uns so unangenehmen und so gefährlichen Gedanken Abstand zu nehmen. Die Gewährung dieser Bitte hat doch wohl unser Haus um die Gesellschaft verdient und wird sie auch weiter verdienen. Ich füge ein goldenes Büchlein bei, das wir kürzlich in unseren Mußestunden aus dem Französischen ins Lateinische überseht haben.<sup>1)</sup>

Diese Vorstellung hatte keinen Erfolg. Der General besteht in einem Briefe vom 7. April 1674 an den nieder-rheinischen Provinzial auf der Entfernung des P. Pinell vom Hofe und gestattet, an dessen Stelle den P. Padenius oder P. Diermann zu bewilligen.<sup>2)</sup>

So kam P. Padenius 1674 an den Hof, und noch im selben Jahre erbat Philipp Wilhelm in einem Schreiben, datiert Bensberg 4. November 1674, den General Oliva, diesen Vater als Reisebegleiter für Johann Wilhelm.

Da ich in der nächsten Zeit — so schreibt er — meinen ältesten Sohn Johann Wilhelm in fremde Länder zu schicken gedenke, möchte ich ihn diese sovielen Zufällen ausgesetzte Reise nicht antreten lassen ohne einen Beichtvater aus der Gesellschaft Jesu, der so beständig an seiner Seite weilt, daß er in jedem Falle zur Hand ist und ihm mit Rat und Tat in allen Ge-

1) Orig. Epistolae Principum IX, 76.

2) Orig.-Reg. Ad Austr. Soli 1674/77.

wissensangelegenheiten helfen kann. Da ich mit Zustimmung des rheinischen Provinzials für dieses Amt den P. Joh. Padenius, dessen Tugend und Klugheit ich hochschätze, bestimmt habe, bitte ich Ew. Paternität dringend, diese meine Wahl zu bestätigen und überdies zu gestatten, daß der Vater überall in den Städten, wo eine Niederlassung der Gesellschaft ist, bei meinem Sohne bleiben kann und nicht gehalten ist, in dem Colleg abzustiegen. Die glückliche Vollendung der Reise wird für meinen Sohn ein neuer Ansporn der Liebe zur Gesellschaft sein, die er von früher Jugend an gehegt hat.<sup>1)</sup>

Oliva bewilligte die Bitte. Die Reise wurde mit großem Gefolge am 4. Dezember 1674 angetreten.<sup>2)</sup> Eine Beschreibung derselben veröffentlichte P. Padenius im Jahre 1679.<sup>3)</sup> Die Reise, die durch Holland, Belgien, Frankreich, England, Italien und Österreich ging, wird hier im Stil der Zeit mit allen Sehenswürdigkeiten, Besuchen, Festlichkeiten geschildert; zur Erläuterung werden Staatseinrichtungen und Geschichte der einzelnen Länder herbeigezogen. Für die Geschichte der Schulfestlichkeiten der damaligen Zeit ist das Buch insofern interessant, als es den Text der Begrüßungen wörtlich abdruckt, die in Prosa und Poesie dem Prinzen in den einzelnen

1) Orig. Epistolae Princip. IX, 112.

2) Vergl. Schaumburg, Jugendjahre Joh. Wilhelms in Zeitschrift des bergischen Geschichtsvereins 5 (1870) 332 ff.

3) Hercules Prodicus seu Carolus Juliae . . . Princeps in Joanne Wilhelmo Comite Palatino Rheni Nepote post saeculum redi-vivus Coloniae 1679 4° 608 p. Ein Brief des P. Padenius aus Paris 12. Februar 1675 in München, Geh. Hausarch. 148. Dort auch weitere Briefe über die Reise. Am 21. März 1676 schreibt der Pfalzgraf an Wachtendonk, Hofmeister des Erbprinzen, er solle mit dem Prinzen und P. Padenius in summo secreto überlegen, wie man bei der Abschiedsaudiens beim Papst einige Rekommodation für seine älteste Tochter einlegen könne, aber es müsse nur so per discursum geschehen, damit es nicht aussehe, als wolle der Prinz seine Schwester feil bieten, nur so en passant erklären, daß dem Kaiser auf eine solche Gemahlin einzuraten sein möchte.

Kollegien der Jesuiten gewidmet wurden, so in La Flèche, August 1675, in Rom und Neapel 1676.

Für die herzliche Aufnahme des Prinzen in den Kollegien der Jesuiten sprach Philipp Wilhelm am 21. September 1675 dem General Oliva den wärmsten Dank aus.<sup>1)</sup> Besonders bedankt er sich am 28. Dezember 1675 für den Besuch, den der General seinem Sohne abgestattet, und am 22. Februar 1676 für den glänzenden Empfang im Römischen Colleg. In dem letzteren Briefe wird auch der guten Ratschläge des Generals und der vorzüglichen Hilfe des P. Backenius mit Dank gedacht.<sup>2)</sup> Einen weiteren sehr herzlichen Dankbrief richtete Philipp Wilhelm am 2. Mai 1676 an P. Oliva, in dem er alles dem Prinzen gezollte Lob der Erziehung durch die Gesellschaft zuschreibt, der auch er (der alte Pfalzgraf) alles verdanke.<sup>3)</sup>

In den Jahren 1677—79 verbandte Johann Wilhelm den P. Backenius für Aufträge, die ihn u. a. nach Wien und Rom führten.<sup>4)</sup> Aus Regensburg, 25. Dezember 1677,

1) Orig. Epp. Princip. IX 136.

2) Orig. l. c. IX, 134, 145. Die Rede, die bei dieser Gelegenheit im Römischen Colleg auf den Prinzen gehalten wurde und die Epigramme der einzelnen Klassen bei Backenius Hercules Prodicus 363 ff. Am 11. Januar 1676 schrieb der General Oliva an P. Thanner in Düsseldorf: Adest nobis Sermus Princeps Neuburgicus et magnam sui apud omnes existimationem, imo et amorem excitavit. Ea enim est indole, ea morum non gravitate tantum, sed etiam suavitate, quodque caput est, ea pietate in Deum ac Superos, ut liceat plane nobis in filio parentem agnoscere, à quo simul cum sanguine omnes istas dotes ac laudes hausisse videtur. P. Backenius (!) quoque tam cumulatè nobis satisfacit, ut nihil prorsus sit quod in ipso desideremus, quapropter hac etiam in re Sermi Ducis prudentiam veneror, qui virum adeo religiosum delegit, eumque filio individuum ferè comitem adiunxit, neque minorem laudem Principis Praefectus meretur: unde mirum non est totam quoque familiam ad pietatem atque modestiam esse compositam. Orig. Reg. Ad Rhen.

3) Orig. l. c. IX, 153.

4) Die Briefe aus dieser Zeit in München, Staatsarch. blau 55/3.

schreibt der Vater an Johann Wilhelm, die Gerüchte, die den Pfalzgrafen ängstigen über die Stimmung des Kaisers gegen ihn, seien vollständig unbegründet, das Gegenteil sei wahr. Im folgenden Jahre berichtet er am 20. August aus Düsseldorf, er sei eben von einer schweren Erkrankung genesen; die Genesung sei wesentlich dem Hbf zu verdanken, der ihm durch seine Apotheke, Ärzte usw. die größten Dienste geleistet habe. Wie ein Brief aus Rom, 19. März 1678, zeigt, war Badenius in diesem Jahre wieder in Rom.<sup>1)</sup> Im folgenden Jahre wurde er Rektor in Düsseldorf, wo er am 21. Oktober 1681 starb.

Von weiteren Erziehern sei hier genannt P. Fues. P. Leopold Fues war geboren am 18. April 1642 in Braunschweig und eingetreten am 2. Oktober 1657. Als Maria Sophia 1687 mit dem Könige von Portugal Peter II. vermählt worden, begleitete er die junge Königin nach Portugal und blieb dort bis zu seinem Tode am 28. Oktober 1697. Seine Mußestunden verwandte er auf die Herausgabe biblischer und rhetorischer Werke.

Über seine Tätigkeit als Instruktor der beiden Prinzen Friedrich Wilhelm und Philipp Wilhelm und der Prinzessinnen liegen aus dem Jahre 1682 mehrere Briefe von ihm und Anerkennungsschreiben Philipp Wilhelms vor.<sup>2)</sup> So berichtet der Vater am 17. Juli 1682 über eine lateinische, italienische und französische Briefübung der Prinzessinnen<sup>3)</sup> und fährt dann fort:

Demnach die beiden Prinzen die lateinische Sprach genugsam scheinen ergriffen zu haben, werde nun nach Ew. hochf. Durchl. gnädigsten Verordnung die Nachmittagsstunden neben Ihren anderen gewöhnlichen Exercitiis desto mehr an die französische und italienische Sprach halten, in denen beiden sie aber, als

1) Orig. a. a. D.

2) Briefe von Fues im Orig., die des Pfalzgrafen Concept, in München, Staatsarchiv, blau 55/5.

3) Vergl. oben Bd. 157, S. 802 Anm. 1.

weil sie viel später angefangen, noch etwas schwächer sind, verhoffe jedoch, es werde die ungesparte Mühe des Sprachmeisters sie bald weiter avanciren. Die Vormittagstunden werden dem Studium Logicae und Historiae gewidmet, in beiden haben sie guten Fortgang. Bei einer öffentlichen Disputation mit gedruckten Thesen sollen sie, wenn der Pfalzgraf es erlaube, gegen die Defendenten öffentlich argumentieren.

Den Verlauf der Disputation, wo die Prinzen sehr gut 1½ Stunden argumentiert, schildert Fues in seinem Briefe vom 28. August 1682, worüber ihm der Pfalzgraf am 10. September 1682 seine väterliche Consolation ausdrückte und für alle aufgewandte Mühe dankte. Auch über die Fortschritte der Prinzessinnen befundete der Pfalzgraf dem Vater sein ganz absonderlich gnädigstes Wohlgefallen.<sup>1)</sup>

Im Jahre 1684 wurde Fues Rektor in Neuburg. Über die Ernennung schrieb der General Noyelle am 10. Juni 1684 dem Provinzial Truchseß: Es war mir angenehm, daß ich den P. Leopold (Fues) in Anspruch nehmen und ihm das Rektorat von Neuburg anvertrauen durfte. Ich schulde dies der Gewandtheit Ew. Hochwürden, wodurch Sie den durchl. Fürsten dahin vermocht, von seiner alten Gewohnheit nicht abzugehen und uns die Freiheit in der Verfügung über unsere Patres nicht zu beschränken. Am 3. Februar 1685 drückte Noyelle dem neuen Rektor seine Freude über den guten und mit Lob anerkannten Fortgang aller Arbeiten aus und wünscht dies auch für die Folge, denn so wird es geschehen, daß unsere Patres sich stets des großen Vertrauens der geliebten Fürsten würdig erweisen, denen auch ich stets zu allen Diensten bereit sein werde.<sup>2)</sup>

1) Die gedruckten Thesen, die den beiden Prinzen Friedrich Wilhelm und Philipp Wilhelm gewidmet sind, liegen bei in Groß-Folio mit einem großen Bild der Muttergottes: In Ducali nostro Gymnasio Neoburgensi 26. Aug. 1682. Die Disputation fand statt unter der Leitung des Logik-Professors Theod. Rieden S. J.

2) Orig.-Reg. Ad Germ. Sup.

## II.

Als Maria Anna, eine Tochter Philipp Wilhelms, von dem Könige von Spanien, Karl II., zur Braut erwählt worden, wurde zu ihrem Beichtvater P. Franz Rhem (Rehm) bestimmt. Geboren am 11. Oktober 1634 zu Augsburg und am 5. November 1651 in den Orden eingetreten, lehrte er viele Jahre Philosophie und Theologie in Dillingen und Ingolstadt, und leitete als Rektor mehrere der größten Collegien. Er starb am 26. November 1703 zu München.<sup>1)</sup>

Es ist interessant zu verfolgen, wie seine Wahl zum Beichtvater der Königin von Spanien zustande kam. Der General Thyrfus Gonzalez selbst war es, der dieselbe veranlaßte.

Am 18. Juni 1689 schrieb Gonzalez darüber an den oberdeutschen Provinzial Willi:

Schon lange vermutete ich, daß die durchl. Pfalzgräfin Maria Anna die Braut des katholischen Königs sein werde. Deshalb war es für mich keine geringe Sorge, daß sie einen solchen Beichtvater erhalte, der dieses Amt mit Würde am spanischen Hofe versehen könnte. Außer anderen Eigenschaften ist dafür eine nicht gewöhnliche Gelehrsamkeit erfordert. Da ich nun höre, daß der jetzige Beichtvater der Fürstin<sup>2)</sup> keine so feste Gesundheit hat, um eine lange Reise übernehmen zu können, so bietet sich uns die Gelegenheit, den Beichtvater zu geben, der uns am tauglichsten zu sein scheint. Nachdem ich mich genau über die in Betracht kommenden Personen informiert, scheint mir vor den übrigen der geeignetste P. Franz Rhem, Rektor des Collegs in Innsbruck, der ein sehr guter Ordensmann ist, Klugheit und große Gelehrsamkeit besitzt und mit Ernst Güte und Bescheidenheit verbindet. Es würde mir deshalb sehr angenehm sein, wenn Ew. Hochwürden bewirken

1) Necrologia Prov. Germ. Sup. Die ausführlichsten Daten bei F. Romstöck, Die Jesuitennullien Prantls an der Universität Ingolstadt (1898) 307 ff.

2) P. Ernst Dorm.

wollten, daß dieser als Beichtvater angenommen wird. Da ich den spanischen Hof genau kenne, dürfte wohl mein Urteil bei dem Kurfürsten und der königlichen Braut ins Gewicht fallen.<sup>1)</sup>

Diesen Brief ließ Gonzalez durch den Sekretär schreiben; am selben Tag sandte er aber einen weiteren eigenhändigen Brief an den Provinzial, der ebenfalls zeigt, wie sehr ihm die Wahl des Beichtvaters am Herzen lag.

Überaus angenehm — so schreibt er — war für die ganze Gesellschaft die Kunde von der bevorstehenden Vermählung des katholischen Königs mit Maria Anna, der Tochter des Fürsten von Neuburg. Wir erhoffen von ihr bald den Nachfolger für die spanischen Reiche. Das ist die allgemeine Erwartung und Hoffnung in Rom. Jetzt ist es von der größten Bedeutung, einen Beichtvater zu wählen, wie er sich für die Königin von Spanien und den Madrider Hof geziemt, und der den Ruf und guten Namen der Gesellschaft wahrt. Es muß vor allem ein sehr bescheidener und würdiger Mann sein, den die Hofleute für einen Heiligen halten, und der es auch wirklich ist. Er darf sich nicht in politische Dinge einmischen und keine Interzessionen auf sich nehmen, sondern muß einzig auf sein Amt bedacht sein, die Königin in der Frömmigkeit so zu fördern, daß sie ein Spiegel aller Tugenden, besonders der Bescheidenheit und der sittlichen Würde ist. Der Beichtvater muß ein gelehrter Mann sein, der ein Urteil in den vorkommenden Fällen abgeben kann. Der Beichtvater der Königin-Mutter ist P. Franz Vasquez, Rektor des kaiserlichen Collegs, ein sehr gelehrter Mann, der Philosophie und Theologie durch mehrere Jahre gelehrt hat und Primarius an der Universität zu Alcalá war. Der Beichtvater des Königs ist ein Dominikaner, P. de Matilla, er war Primarius an der Universität zu Salamanca. Der Beichtvater der Königin muß also ein solcher Mann sein, der bei den Versammlungen und Beratungen auftreten kann. Er muß gefällige und höfliche Umgangsformen besitzen, so daß er auf den Willen derjenigen, mit denen er zu tun hat, einzuwirken

1) Orig.-Reg. Ad Germ. Sup. 1684—1709.

vermag. In der Unterhaltung muß er sich so benehmen, daß alle an ihm den Geist Gottes, Weltverachtung und Beurteilung nach Ewigkeitswerten erkennen. Am meisten werden gelobt P. Franz Rhem und P. Andreas Waibl. Erw. Hochwürden mögen den besten wählen und mir darüber berichten; im Falle aber auch Ihnen P. Franz Rhem der geeignetste erscheint, diesen in meinem Namen bestimmen.<sup>1)</sup>

Auf die Glückwünsche, die der General unter demselben 18. Juni an den Kurfürsten und seine Tochter richtete, antwortete der erstere, seine Tochter habe zwar das hohe Lob des Generals nicht verdient; was aber an ihr lobenswert sei, verdanke sie zum guten Teil der Gesellschaft, welche sie von früher Jugend zu einem solchen Tugendleben angeleitet, das sie auch Königen liebenswürdig machen könnte. Er, der Kurfürst, fühle sich als Schuldner des Generals und des ganzen Ordens, aus dem nicht nur an einem Orte mehrere Patres unablässig für die Interessen des pfälzischen Hauses sich abmühten.<sup>2)</sup>

Am 4. Juli teilte der Provinzial Willi dem General mit, daß ohne Zweifel dem Kurfürsten und Maria Anna P. Rhem als Beichtvater genehm sein werde; für diese Nachricht dankte P. Gonzalez am 30. Juli.<sup>3)</sup>

In der Tat wurde P. Rhem als Beichtvater nach Neuburg berufen, wo am 28. Aug. 1689 die Vermählung durch Prokuration stattfand; von dort reiste er nach Düsseldorf. Von hieraus schrieb er am 11. Okt. 1689 an den Kurfürsten, die Königin sei sehr betrübt, daß sie in Folge der Kriegsunruhen schon seit vier Wochen gezwungen sei, den jülich-bergischen Landen mit ihrem Hofstaat zur Last zu fallen und den Unterhalt gleichsam als Almosen von dem ohnehin ausgefogenen Lande zu empfangen, während sie in den spanischen Niederlanden in ihrem eigenen Lande sei und dort

1) Orig.-Reg. Ad Germ. Sup. Soli 1678—1773.

2) Concept München, Geh. Hausarchiv 1083.

3) Orig.-Register Ad Germ. Sup. 1648—1709.

auch mehr Fortschritte in der spanischen Sprache machen könne.<sup>1)</sup>)

In seiner Antwort, datiert Augsburg 24. Oktober 1689, bittet der Kurfürst den P. Rhem, er möge seine Tochter trösten und durch einige Divertissement das schwere Gemüt erleichtern; bald werde das englische Schiff kommen und sie nach Spanien bringen.<sup>2)</sup>)

Die Reise der Königin nach Spanien traf auf viele Hindernisse und ging sehr langsam von statten. Am 11. Dezember 1689 dankte der General dem P. Rhem in einem nach Madrid adressierten Briefe für die Nachricht über die Abreise der Königin und über das große Vertrauen, das dieselbe dem Beichtvater entgegenbringe.<sup>3)</sup>) Aber die Königin war erst am 3. Mai 1690 in Valladolid; die Seefahrt allein hatte Monate in Anspruch genommen.<sup>4)</sup>)

Der feierliche Einzug in Madrid erfolgte am 22. Mai 1690.

In Betreff der Art und Weise des Einzuges der Königin in Spanien hatte sich Gonzalez am 13. August 1689 an den Kurfürsten mit folgender Vorstellung gewandt: Es wäre zu wünschen, daß seine Tochter in deutscher Damentracht ihren Einzug in Spanien halte und nicht in der spanischen lasziven dekollierten Kleidung. Dadurch würde mit einem Schlage die üppige spanische Unsitte entfernt, an deren Abschaffung die spanischen Bischöfe solange immer vergebens gearbeitet. Dieselbe Sache empfahl Gonzalez sehr dringend unter demselben Datum den kaiserlichen Beichtvätern Christoph Stettinger und Balth. Miller, ferner dem kurfürstlichen

1) Orig. München, Staatsarch. blau 55/6.

2) Konzept a. a. D.

3) Orig. Reg. Ad Prov. Germ. Sup.

4) Über die schlimme Reise vergl. (Bequez) Journal du voyage de la Reine depuis Neubourg jusqu' à Madrid. Bruxelles 1691. S. 105 wird im Gefolge der Königin unter den Ehrendamen Madame la Baronne de Berlis (Berlepsch) und nach den Cavalieren le Rev. Père Confesseur avec son Compagnon aufgeführt.

Beichtvater Johann Bobler und Franz Rhem, die damals alle in Augsburg waren.<sup>1)</sup>

Ob die Vorstellung Erfolg hatte, läßt sich aus den vorliegenden Briefen nicht ersehen, jedenfalls fand die junge Königin in Spanien einen begeisterten Empfang. Am 3. Juni 1690 schreibt darüber Gonzalez an den Neuburger Rektor Castner: Ich bin sehr erfreut, aus den spanischen Briefen zu ersehen, wie alle Städte und Völkerschaften, welche unsere Königin berührt, aus ihrem Anblick den größten Trost und die festeste Hoffnung schöpfen, daß durch sie der Herr den spanischen Reichen den ersehnten Thronerben geben wird.<sup>2)</sup>

Die auf diese Heirat gesetzten großen Hoffnungen gingen nicht in Erfüllung. Die fortgesetzten Verwandtenheiraten hatten die spanischen Habsburger degeneriert. Dem Ränke-spiel am spanischen Hofe, das in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts einen seiner Höhepunkte erreichte und dem der deutsche Beichtvater der Königin-Mutter, P. Nithard, zum Opfer gefallen war,<sup>3)</sup> mußte auch der deutsche P. Rhem mit seinem geraden Charakter weichen.

Bald nach der Ankunft in Madrid setzte eine Intrigue gegen P. Rhem ein, um ihn zu entfernen. Wir erfahren darüber einige Andeutungen aus einem Briefe des P. Gonzalez an Rhem vom 22. Dezember 1691. Er bedauerte die Nachricht, die ihm P. Rhem am 15. November mitgeteilt, und bemerkt dabei: es ist nicht zu verwundern, daß diejenigen, welche die Königin gegen die Königin-Mutter (Maria Anna von Österreich) aufzubringen gesucht, und die, wie ich höre, ihr Ziel erreicht haben, dieselbe auch von ihrem Beichtvater abwendig zu machen versuchen. Erw. Hochw. mögen den Mut nicht sinken lassen und auf keine Weise den Wunsch zu erkennen geben,

1) Copie Epist. Nostrorum 25.

2) Orig.-Reg. Ad Germ. Sup. 1684—1709.

3) Vergl. die Aufsätze: Zur Charakteristik des spanischen Generalinquisitors Eberhard Nithard und War der span. Gen. E. Nithard ein ehrgeiziger und habgütiger Streber? in Histor.-polit. Blätter 98, 139 ff. und 154, 465 ff.

Ihren Posten zu verlassen, damit die Gegner nicht daraus Anlaß nehmen, denjenigen vorzuschieben, mit dem jene Dame schriftlich verkehrt.

Die Verhältnisse besserten sich für kurze Zeit, da die Königin wieder größeres Wohlwollen gegen P. Rhem an den Tag legte, aber die Wurzel des Zwistes blieb, wie P. Rhem am 31. Januar 1692 dem General mitteilte. Darauf antwortete ihm dieser:

Nie könnte man es Ew. Hochwürden zur Schuld anrechnen, daß sie ihre Beichttochter aufklären über das, worüber mit Grund geklagt wird, über die Instrumente, deren Rat sie sich bedient, und was sie ihren Untertanen weniger genehm, ja verhaßt macht. Ew. Hochwürden werden der Königin einen großen Dienst erweisen, wenn Sie ihr demütig aber aufrichtig die großen Nachteile darlegen, die auf ihre Person fallen aus dem gegen ihre Instrumente geschöpften Haß: diese suchen mehr ihre Interessen als die Interessen der Königin und des Reiches, auf dessen Wohl die Königin bedacht sein muß.<sup>1)</sup>

Die Instrumente, die die Königin gebrauchte, und gegen die sich die Erbitterung der Spanier richtete, waren ihr Sekretär, der Baron Wiser und besonders ihre Hofmeisterin Gräfin Verlepsch.<sup>2)</sup> Die letztere wird als der böse Genius der Königin bezeichnet. Bei dem launenhaften und leidenschaftlichen Charakter der Königin<sup>3)</sup> gelang es ihnen nur zu bald, den ehrlichen deutschen Beichtvater von ihrer Seite zu entfernen.

1) Orig.-Reg. Ad Hispan.

2) Vgl. über diese „Personen der schlimmsten Art“ A. Gädete, Die Politik Österreichs in der spanischen Erbfolgefuge (1877) 59. Johann Wilhelm nennt in den Briefen an seine Schwester, die Kaiserin, die Verlepsch wiederholt das „stinkende alte Weib“; er kann nicht begreifen, daß die Königin „nicht das Geringste ohne dieser Meßgäre Rat und Einblasung tut“. Die Briefe bei A. Hilfenbed, Johann Wilhelm von 1698–1701 (1905) 29.

3) Vergl. Heigel, Maria Anna von Neuburg in Quellen und Abhandlungen (1890) 191 ff. und Gädete a. a. O. 56 f.

Schon am 17. Juli 1692 teilte P. Rhem dem General mit, daß er durch königliches Dekret seines Postens enthoben sei und nach Deutschland zurückkehren werde. In seiner Antwort vom 30. August drückte Gonzalez sein tiefes Bedauern darüber aus, tröstete aber zugleich den Beichtvater, weil er sein Amt mit reifer Klugheit, Frömmigkeit und Bescheidenheit versehen, wie alle an ihn gelangten Briefe bezeugten, und somit Gott und der Gesellschaft vollständig Genüge geleistet habe.<sup>1)</sup>

Auch die Königin-Mutter machte dem General Mitteilung von dem königlichen Dekret vom 17. Juli 1692 und spendete bei dieser Gelegenheit der Klugheit und dem Eifer des P. Rhem großes Lob.<sup>2)</sup>

Etwas später schrieben der König und die Königin an den General und bemerkten, daß sie die Tugend des P. Rhem nur loben könnten.<sup>3)</sup> Die Königin bedankte sich noch besonders für alle Dienste, die der Vater ihr bei der Überfahrt und am Hofe in Madrid erwiesen habe.

Bei der Wahl eines neuen Beichtvaters sah die Königin ganz von der Gefügigkeit an ihrem väterlichen Hofe zu Neuburg ab. Sie wollte überhaupt keinen Jesuiten mehr und wählte, wie oben angedeutet, wohl auf Instigation der Gräfin Berlepsch, den Tiroler-Kapuziner Gabriel Pontifexer.<sup>4)</sup>

Am kaiserlichen Hofe hatten der Kaiser, der Bruder der Königin-Mutter und die Kaiserin, die Schwester der Königin, die Vorgänge in Madrid mit Bedauern verfolgt. Die Vermittlungsversuche der Kaiserin waren vergeblich gewesen. Es war deshalb begreiflich, daß die kaiserlichen Majestäten den Wunsch ausdrückten, den P. Rhem selbst zu hören.

1) Orig.-Reg. Ad Hisp.

2) Zwei Briefe von Gonzalez an die Königin-Mutter 16. Aug. 1692.

3) Gonzalez an Rhem in Innsbruck 27. September 1692 und an die Königin vom selben Datum.

4) Auch vielfach Chiufa genannt nach Klausen in Tirol. Derselbe mußte ebenfalls infolge von Intriguen 1702 Madrid verlassen. Heigel 201.

Derfelbe kam diesem Wunſche nach und wurde am Hofe mit großer Auszeichnung empfangen.<sup>1)</sup>

Auf einen Brief, den er von Wien am 3. Dezember 1692 an den General richtete, antwortete dieſer am 10. Januar 1693:

Ich bin ſehr erfreut und beglückwünſche Ew. Hochwürden zu der außerordentlich gütigen Aufnahme, die Sie bei dem Kaiſer und der Kaiſerin gefunden haben. Dieſelben haben dadurch hinreichend gezeigt, wie hoch ſie die Tugend und Klugheit Ew. Hochwürden einſchätzen, und welche Meinung ſie von Ihrer Unſchuld haben. Aber auch für andere kann dieſes Urtheil als ein beſonders beweiskräftiges Zeugniß gelten für den Wert der verſchiedenen Gerüchte, die vielleicht von Böſswilligen in Umlauf geſetzt werden. Deſhalb mögen Ew. Hochw. auch die Briefe, die der Kaiſer an Sie gerichtet hat, über jeden Fall aufbewahren, denn auch dieſe können zur Widerlegung etwaiger Verläumdungen dienen.<sup>2)</sup>

(Fortſetzung folgt.)

## LXII.

### Die blutige Revision der Ideen und Tatsachen.

#### VI.

Wenn irgend etwas den aufmerkſamen Beobachter des zur Zeit wütenden Weltungewitters mit ſchauderndem Entſetzen erfüllen muß, ſo iſt es der hartnäckige Starrſinn, womit die führenden Männer der Entente, allen voran die Engländer, jeden Verſuch zurückweiſen, zur Beendigung des Krieges einen gangbaren Weg anzubahnen.

1) Gonzales an P. Balthaſar Müller 27. Sept. 1692 und 10. Jan. 1693. Orig.-Reg. Ad Austr.

2) Orig.-Reg. Ad Germ. Sup. 1684—1709.

Gibt es vielleicht, wie jetzt die Dinge liegen, hierfür überhaupt keine Möglichkeit mehr? Ist die moderne Welt mit ihrem Tatsachenkult, der neben der Gewalt des Stärkeren nichts anderes kennt, für alle Forderungen des Rechtes und der Moral völlig taub und stumm geworden?

In der ententefreundlichen Presse der alten und neuen Welt wird sorgfältig vermieden, den völkerrechtlichen Konflikt zwischen Deutschland und England als eine Rechtsfrage zu behandeln. Um so mehr spricht man im Sinne der Vöghaupter und Geldpotentaten von Menschheitsidealen, deren Verwirklichung das Verbrechen der Weltfriedensstörung sühnen und für immer unmöglich machen soll. Im Sinn dieser Menschheitsideale ist das Recht immer dort, wo die Macht ist, und die Diplomatie erprobt ihre Kunst am besten dadurch, daß sie nach Art gedungener Mörder und Straßenräuber auf eine passende Gelegenheit lauert, welche hoffen läßt, mit Aussicht auf Erfolg dem lieben Vaterland einen Vorteil zu ergaunern. Ehre und Gewissen können dabei absolut nicht in Frage kommen. So war der Eintritt Italiens und Rumäniens in den Krieg keineswegs ein Treubruch, sondern eine Staatsnotwendigkeit. Ein Staat ist ja weit weniger eine Gemeinschaft von Personen als ein Arsenal von Kanonen und Goldschätzen, ein unpersönliches Wesen, von unsichtbaren Wagenlenkern geleitet, mächtiger als der König und das Volk, die einfach mit fortgerissen werden, wohin die Fahrt immer gehen mag. Da ist es für einen Staatsmann jedenfalls besser, sich denen anzuschließen, welche die Geschichte machen, als denen, welchen sie gemacht wird, wie Salandra sich in Brescia seine Angst aus dem Sinne zu reden suchte. Weil ja doch nicht daran zu denken ist, es könnte Gott die Geschichte anders machen, als es den verbündeten Brüdern in London und Paris, Rom und Bukarest gefällt, zielen ihre lüsternen Blicke auf einen Zustand der Welt, der alle Arme der Arbeiter und alle Pferdebefräste der Maschinen dem Interesse der Börse dienstbar macht. Hinter den Idealen dieser Art Zivilisation lauert eine Gier, welche

Hyänen und Tigern Ehre machen würde; darum sind eben diese Menschheitsideale, welche die Hauptursache des Krieges sind und das Haupthindernis des Friedens, mehr zu fürchten als alle Kanonen und Granaten, mit welchen jetzt die blutdürstende Grausamkeit aller Jahrhunderte in den Schatten gestellt wird.

Nach diesen Menschheitsidealen gibt es, wie es keine Wahrheit gibt und keine sittliche Verantwortlichkeit, überhaupt keine Gerechtigkeit, es gibt einzig nur materielle Interessen und darum sind alle Rechtsfragen in erster Linie bloße Machtfragen — kein Wunder, wenn die Phrasenkünstler der Entente, die Asquith und Grey, die Sonnino und Bratianu in ihren öffentlichen Rundgebungen der Rechtsfrage stets sorgfältig ausweichen, und wenn ihre gesamte Presse nur die Machtmittel des Geldes und der Waffen und die Chancen des Erfolges in Betracht zieht.

Man kann dabei mit reizenden Worten von Kultur und Menschlichkeit sprechen und kalten Blutes alle Gefühle der Menschlichkeit verläugnen.

Der modernen Geistesentwicklung steht, was ihre leitenden Gedanken und obersten Grundsätze betrifft, auf allen Gebieten das Zeichen der Unmenschlichkeit an der Stirne geschrieben. Es ist die denkbar niedrigste Stufe, auf welcher die modern liberale Welt mit ihren vorherrschenden Anschauungen und Bestrebungen den Standpunkt sich erwählt hat.

Die Lapidarschrift der zehn Gebote skizziert, indem sie sich mit ihrem Verbikt gegen Gottlosigkeit und Unglauben, gegen Mord, Ehebruch und Diebstahl auf die einfachsten Rudimente der Ethik beschränkt, auf eine Weise, die jedem Menschen die Schamröte ins Gesicht treiben muß, die allererste Anfangsstufe und den untersten Tiefstand der Humanität. Der heutigen Kultur ist es selbst in dieser weitesten Umgrenzung der Freiheit noch zu enge — ihr Standpunkt liegt weit außerhalb und unterhalb des Dekalogs. Besteht doch das innerste Wesen der modernen Rechtsanschauung ge-

rade darin, daß man im Menschen, indem man geflissentlich abzieht von allen seinen Beziehungen zu Gott, ein pures Individuum erblickt, ein unpersönliches und geistloses Wesen, wie auch die Tiere nichts weiter als solche Individuen sind.<sup>1)</sup>

Losgetrennt von der Gemeinschaft mit Gott hört der Mensch auf, ein Mensch zu sein, in dieser Isolierung auf sich selbst ist er keine Persönlichkeit mehr, das geistige Leben wird so seines wesentlichen Inhaltes entleert und zur vollen Bedeutungslosigkeit herabgedrückt. Betrachtet man in dieser Lostrennung von der höchstpersönlichen Gottheit den einzelnen Menschen für sich selbst, so stellt er nur noch eine Ruine dar, welcher in den Grundfesten und im Höhenbau zugleich der Einsturz droht. Das Geistesleben eines solchen Individuums, das sich Mensch nennt, ist total vernichtet; kein selbständiger Zweck ist in demselben zu finden, der ihm für sein inneres Leben zur Stütze dienen und ihm unabhängig von der Natur ein Sein für sich und eine eigene Bedeutung sichern könnte; alle Regungen eines solchen Individuums gehen nach außen und absorbieren sich in der Richtung auf die Sinnenwelt, sein ganzes Sinnen und Trachten identifiziert sich so zu sagen mit den Naturerscheinungen. Erkenntnis und Wille werden dem Sinnenkult dienstbar und verlieren alle Festigkeit gegenüber dem Wechsel der schwankenden Naturprozesse. Das schillernde Irrlicht des sinnlichen Vergnügens gänzelt als höchster Kulturzweck die Wünsche, um sie von einer Täuschung in die andere zu führen. Und was ein solcher Quasimensch nach eigenem Belieben sich er-

1) Nicht umsonst haben hervorragende Männer in letzter Zeit die Notwendigkeit betont, dem Menschen die Ehrenrechte seiner Persönlichkeit wieder zurückzugeben. „Auch der Staat muß eine Seele haben“, schreibt Förster in seiner Abhandlung „Autorität und Freiheit“, und Werner Sombart fühlt sich in seiner Schrift „Händler und Helden“ gedrängt zu der bitteren Klage: „Das moderne Leben ist eine Rutschbahn geworden ohne alle Ideale, ein ewiges Sterben und Faulen, ein Gestank wie von einem Körper, dem die Seele entflohen ist.“

träumen mag, um die in ihm leer gewordene Stelle auszufüllen, welche dem wahren Gott allein zukommt, was er an falschen Göttern und Idealen sich ersinnt, was er von absoluter Freiheit und Schönheit zu fabeln weiß und von höchsten Idealen der Humanität und Kultur, das läuft alles auf's Nämliche hinaus — Naturanbetung mit mehr oder minder Selbstvergötterung.

Mit diesem ebenso gottlosen wie geistlosen Prinzip der Verneinung hat die Vogenwissenschaft allem, was den Menschen adelt und erhebt, was ihn wahrhaft frei und glücklich macht, den Todesstoß versetzt. Gemäß dieser Lebensauffassung und Weltansicht sind die Utopisten der Sozialdemokratie in vollem Recht, wenn sie behaupten, daß die Weltgeschichte ein bloßer Kampf ums Dasein sei, der mit gleicher Notwendigkeit verläuft, wie die Evolutionen der Natur, als gäbe es in der Entwicklung der menschlichen Geschehnisse kein freies Wollen und kein verantwortliches Tun, sondern nur ein blindes Geschehen und Werden.

In gewissem Sinn und bis zu einem gewissen Grad ist das Trauerspiel der Weltgeschichte auch wirklich ein Auf- und Abschneiden finsterner Mächte und Gewalten, die mit elementarer Notwendigkeit gleich Wetterstürmen und Erdererschütterungen sich entladen; — vornehmlich dann, wenn der Mensch zufolge seiner sinnlichen Anlage sich allzusehr seiner zentrifugalen Neigung überläßt, sich von Gott, dem Mittelpunkt des Lichtes und des Lebens abzuwenden, um sich der angebeteten Natur heißbegierig in die Arme zu werfen. Bei einer solchen Stellungnahme zur Natur ist es ganz unvermeidlich, daß ihm die Zügel der Herrschaft über sie aus den Händen fallen, ja daß eben seine vermeintliche Herrschaft über die Natur ihm zur Sklavensessel wird. So muß zuletzt das Unpersönliche über den Geist triumphieren, selbst mächtige Reiche und Völker werden wie steuerlose Schiffe dem Sturm der rasenden Elemente preisgegeben sein zur Strafe dafür, weil man die niedrigen Triebe der Selbstsucht zu mächtig werden ließ.

So ist es jetzt. Weil Haß und Neid, Geldgier und Wollust in ihrem Übermut bei Anlehnung an die Natur sich allzu mächtig übernommen haben, hat sich im Verhältnis von Natur und Geist die Wage zu ungunsten des letzteren gesenkt — so sieht die erstaunte Welt jetzt mit Entsetzen, wie das stolze Europa gleich einem sinnlosen Tier, das auf seinen Beutezügen am Räder sich verbißt, wie in einem selbstgelegten und selbsterfundenen Fangeisen feststeht in der Klemme. Europa ist zur Zeit ganz und gar jenen rohen Kräften überliefert, welche sinnlos walten; es gleicht einem einzigen Riesen-Walz- und Räderwerk und einer Feueresse, deren Brand unablässig von bösen Geistern geschürt wird, um die Menschen erbärmungslos zu zermalmen.

Diese bitter peinliche Zwangslage ist die naturnotwendige Folge der wahnsinnigen Freiheitsträume, denen es sich vertrauensfelig hingegeben hat seit der Zeit, als man dafür hielt, daß die Loge und ihre Wissenschaft mehr Glauben verdiene als der Welttheil und der Papst.

Nicht alles, was sich Freiheit nennt, verdient die Ehre dieses Namens. Was unter Menschen mit dem Brandmal unpersönlicher Triebe in die Erscheinung tritt, unterscheidet sich wenig vom Fagen und Streben eines Tieres, welches vom Hunger getrieben ohne Wahl und Selbstbeherrschung dem Zug einer vermeintlichen Selbsterhaltung folgt. Die rohen Kräfte der Selbstsucht und Sinnlichkeit sind weit mehr dem Stoff und der Materie als dem Geiste verwandt. Kann man es Freiheit nennen, wenn tausende von jugendlichen Heißspornen, Burschen wie Mädchen, im Drang der Flegeljahre auf den Weg der Landflucht sich begeben, um sich als Kandidaten der Freizügigkeit in den ruhelosen Strom der Großstädte hineinzustürzen, wo sie wie in einer Simultanschule des praktischen und theoretischen Unglaubens unfehlbar geistig verkommen müssen? Meistens sind es Leute, denen ernste Gedanken hinsichtlich der für's ganze Leben entscheidenden Berufswahl gänzlich ferne liegen; es ist weniger Arbeit und Beschäftigung, was sie suchen, als

der Drang nach einem freien genußreichen Leben, was ihnen im Sinne liegt; so sind sie Sklaven der Leidenschaft und Opfer der Selbstsucht nicht erst dann, wenn sie abgelebt und überdrüssig nach der sauren Arbeit mit dem Nothbedarf einer mageren Rente sich begnügen müssen, sondern bereits zu einer Zeit, wo sie in der Vollkraft ihrer Jugend mit Saus und Braus ihre Arbeitslöhne verjubeln und vergeuden. Ebenso wenig kann man den zornglühenden Schreiern einer Volksversammlung den Ehrenvortrag der Freiheit einräumen, wenn sie wie vom Wahnsinn besessen ohne jede Spur einer vernünftigen Selbstzucht ihre utopistischen Extravaganzen verfolgen in der Meinung, das Recht der freien Meinungsäußerung auszuüben.

Man preist die Freizügigkeit der modernen Zeit und stellt sie mit Emphase der bodenständigen Gebundenheit früherer Zeiten gegenüber. Ob mit Recht? Kann man es Freiheit nennen, wenn der Mensch zu einer Ware wird, die beliebig von jedermann gekauft und verkauft werden kann? Dürre Herbstblätter erfreuen sich wohl auch einer überaus freien Bewegung, wenn sie vom Baume ihrer natürlichen Zugehörigkeit losgerissen, vom Sturmwind erfaßt heute hier auf einen Haufen zusammengewirbelt und morgen wieder auseinandergestreut werden. Verdient vielleicht diese Art einer gänzlich ordnungslosen Bewegung den Vorzug vor jener Bewegung, welche die grünen Blätter eines lebendigen Baumes im Wehen der warmen Frühlingslüfte auszeichnet, so lange sie mit dem Baume als der Nährquelle ihres örtlich beschränkten Daseins zusammenhängen?

Und wenn im Orkan einer stürmischen Wahlbewegung die Massen nicht nach Ständen sich ordnen, sondern nur nach Interessengruppen und Parteien sich sondern, wenn sie gänzlich ordnungslos und jeder autoritativen Führung entbehrend nach dem widersinnigen Prinzip einer theoretischen Gleichheit sich sammeln, wenn sie einzig auf sich selbst bedacht nur von Rechten zu schreien wissen und auf alle Pflichten vergessen — ist das Freiheit? Gibt man Kindern

geschliffene Messer und gefährliche Waffen in die Hand? Sollte man nicht von jeder Versammlung, die für sich das Recht der freien Diskussion beansprucht, ebenso verlangen, daß sie eine wohlgeordnete Gemeinschaft darstellt, wie ein Regiment, das nicht ohne höhere Führung ins Feld rückt, weil es in einer Schlacht nicht an solchen fehlen darf, die zufolge des höheren Standpunktes ihrer Stellung im Stande sind, mit weitem Blick das Ganze zu überschauen?

Wo keine Ordnung ist, hört jede Freiheit auf und kann kein Friede sein.

Kann dort irgendwelche Ordnung sein, wo kein Geist ist? Wo in einem Volke das ganze Rechtsbewußtsein in ein kalt berechnendes Gelbbewußtsein sich verwandelt? Kann die Freiheit dort zu ihrem Rechte kommen, wo auf dem großen Markt der Welt mit der Frage: Was rentiert sich am meisten? über die wichtigsten Fragen ohne jede Rücksicht auf Ehre und Gewissen das Loos geworfen wird? Nicht selten werden die zweifelhaften Leistungen von Seiltänzern und Bänkelsängern höher bewertet als die schweißtriefende Arbeit der Lebensmittelerzeugung; die Massenproduktion von entbehrlichen Luxusartikeln zieht nicht selten mehr Arbeitskräfte in die Stadt hinein, als die notwendige Bedarfsarbeit des Landes entbehren kann; ebenso sind die schmutzigen Obszönitäten der leichtfertigen Genußliteratur und der nichtsnutzigen Kolportage-Romane mehr begehrt und besser bezahlt als die ernste Geistesarbeit gewissenhafter Forscher. So ist es unvermeidlich, daß die natürliche Ordnung der Stände sich infolge einer falschen Wertbemessung ins gerade Gegenteil der Wahrheit verkehrt, indem das unterste obenauf zu stehen kommt, wenn nicht gar die ganze Struktur einer vernünftigen Berufsorganisation und Arbeitsteilung sich auflöst, so daß das Mißverhältnis zwischen Stadt und Land ganz unheimliche Formen annimmt.

Unter dem verderblichen Einfluß jener sogenannten Freiheit, welche nur Interessen und keine Pflichten kennt, hat sich das Verhältnis der einzelnen Berufsstände tatsächlich

so naturwidrig gestaltet, daß von einer gesunden, organischen Gesellschaftsordnung vielfach kaum mehr geredet werden darf; wo dieser Einfluß ohne Widerstand zur Geltung kommen kann, da stellt sich das geistlose Gefüge der atomisierten Gesellschaft großenteils nur mehr als eine mechanische Klassenschichtung dar; über der unterschiedslosen Masse von unständigen und berufslosen Leuten erhebt sich schwer und brügend wie eine Pyramide als einziger Stand, der noch etwas zu bedeuten hat, der Stand der lukrativen Erwerbsarten und Profitvirtuosen, die Plutokratie und, weil das Geld zur Zeit mehr gilt als alles in der Welt, Könige und Exzellenzen nicht ausgenommen, in engster Verbindung damit die Bureaukratie; so stellt das ganze Menschenleben von oben bis unten nichts weiter mehr dar als einen wilden Kampf ums Dasein, ein Geschäft.

Ganz natürlich — wo im Geistesleben die Anarchie der Gedanken und Wünsche ohne irgend welche Einschränkung geduldet ist, da muß auch das äußere Zusammensein der Menschen unleidlich sich verwirren; die prinzipielle Unordnung läßt sich nie und nimmer in ein System der Ordnung verwandeln, auch wenn sie in hunderttausend Gesetzesparagraphen eingewickelt wird. Wo aber keine Ordnung ist, da wird das gesamte Menschenleben, als wäre der Mensch nichts weiter als ein leibliches Sinnenwesen ohne Geist, etwas rein Außerliches, ein Drama des eigenen Beliebens ohne Sinn und ohne Zweck, wobei es ganz gleichgiltig ist, ob es sich auf vernünftige oder unvernünftige Weise abspielt, ob es sich nach sittlichen oder unsittlichen Grundsätzen ordnet, wenn es nur überhaupt nach irgend einer Regel verläuft, so oder so mit mehr oder minder Freiheit und Zwang, je nach dem es einem obersten Leiter so oder anders gefällt. Warum soll es nicht zulässig sein, Formen des Rechtes zu schaffen ohne jede Rücksicht auf die Natur und Bestimmung des Menschen in gleicher Weise, wie man in einem Maschinenhaufe die Kräfte und Wirkungen, die Lasten und Leistungen verteilt?

In einem also unmenschlich gedachten Gemeinwesen werden alle Attribute des Geistes bedeutungslos werden — was über einem solchen Trümmerhaufen und Leichenfeld gesprochen wird von Freiheit und Tugend, von Menschlichkeit und Kultur, das sind weiter nichts als leere Redensarten, künstliche Kranzspenden, um die übertünchten Gräber zu schmücken, in welchen die Freiheit samt der Zivilisation begraben liegt.

In einer Welt, die sich hermetisch abschließt von jeder Berührung mit überirdischen Gedanken und Wünschen, wo das Geld die einzige Kraftzentrale aller Bewegungen ist, sollte man lieber gänzlich schweigen von allen gottverwandten Relationen des Geistes; wo es keine Menschen mehr gibt, kann es auch keine Ideale mehr geben; wo man außer jener Befriedigung, welche Reichtümer und Sinnenreize dem sterblichen Teil des Menschen gewähren, keine höheren Bedürfnisse kennt, da muß im Durcheinander der niemals ruhenden Kämpfe ums Dasein das Streben nach Vermehrung der Verdienstmöglichkeiten, nach Erhöhung und steter Steigerung der Arbeitslöhne, nach Verbesserung der Besoldungsverhältnisse sich ins Ungemessene steigern, da muß neben diesem Hauptthema der öffentlichen Diskussion alles andere weit in den Hintergrund treten. Und das Ende davon?

Trommelfeuer — Schützengräben — Unterstände — passive Bilanzen — Hungerkatastrophen!

Hätte man über der Erde den Himmel nicht vergessen, wäre das alles ausgeblieben.

Oder hat vielleicht das Leben der Menschen sich ebenso auf einer von obenher bestimmten und beherrschten Bahn zu bewegen wie der Erdball selbst, welcher um die Sonne kreist? Gibt es für den Menschen nicht ebenso wie für den Planeten, welchen er bewohnt, gewisse unverrückbare Pole, von denen er in seiner Richtungswahl nicht abweichen darf? Und welches sind diese Pole? Ist es nicht Gott, von dem jedes Menschenleben seinen Ausgang nimmt, und ist es nicht wieder Gott, wohin es als zum Ziel seiner Befeligung gravitiert? Und

was kann außerhalb dieser Bewegungslinie und unabhängig von diesen Polen der Mensch wohl noch bedeuten? Er ist so ein Planet, der aus seiner Bahn geschleudert sein Gravitationszentrum verloren hat und darum notwendig in eine Trümmermwelt von Asteroiden auseinanderstäuben muß.

Ohne Bezugnahme auf Gott, den ersten Grund und letzten Zweck aller Dinge, ist es absolut unmöglich für den Menschen, sich ein gesichertes und friedliches Dasein auf Erden zu schaffen. So notwendig die Erde mit ihrer Bewegung und ihrer Vegetation auf die Sonne angewiesen ist, so notwendig ist das wahre Menschenglück mit dem Gottesglauben und der Himmelshoffnung untrennbar verknüpft.

Hätte das lebende Geschlecht nicht den kostbaren Wunderbalsam der Himmelshoffnung aus der Hausapotheke seines dürstigen Seelenlebens gänzlich ausgeschlossen und entfernt, dann hätten die Ansprüche an diesseitige Erden-dasein sich nicht so maßlos gesteigert; als Christen hätten die Menschen gemäß der Bitte ums tägliche Brot ihren ungezügelter Begierden nicht so viel unerfüllbare Wünsche gestattet, wie sie nur im Schlaraffenland unmöglicher Träume gedeihen, sie hätten mit jener Bescheidenheit, welche vernünftigen Menschen geziemt, weil die vollkommene Glückseligkeit dem Jenseits vorbehalten ist, sich vorläufig mit jenem Zustand der Zufriedenheit begnügt, welcher schon auf Erden möglich ist.

Das ist die einzige Möglichkeit für die Erdenbewohner, zu einem wahren und dauernden Frieden zu gelangen. Darin besteht das Wesen jenes Friedens, der nur von Gott kommen kann; das ist jene Art Friedfertigkeit, mit welcher es nach der Versicherung des Heilandes allein möglich ist, das Erdreich in Ruhe zu besitzen, das ist jene tranquillitas ordinis, von der der hl. Augustin spricht, indem er das innerste Wesen des Friedens definiert, weil aus der Ordnung und Seelenruhe der vernunftgemäß geregelten Leidenschaften die äußere Ordnung naturgemäß hervorgeht.

Der geheimnisvollen Kraft dieser maßvollen Seelenstimmung ist es zu danken, daß in den Tagen der christlichen

Vergangenheit die Völker weit mehr als heutzutage sich eines sorgenfreien Daseins und eines angenehmen und wohlthuenden Friedens erfreuen konnten. Höre man endlich einmal auf, das finstere Mittelalter als eine Zeit der Unfreiheit und Unmündigkeit verächtlich zu bespötteln und zu lästern. Was man in mancherlei Einschränkungen jener Zeit einen Mangel an freier Bewegung nennen will, das waren keine Fesseln sondern Stützen der Freiheit. Es steht sehr dahin, ob die Bürger und Bauern jener Zeit an dem glänzenden Elend unsrer Gegenwart viel Gefallen finden würden.

Damals befolgte man auf allen Gebieten des privaten und des öffentlichen Lebens den weisen Spruch der Mäßigung und Klugheit: *est modus in rebus, sunt certi denique fines*. Was man damals einen Stand geheißen, war etwas wesentlich anderes, als was man heute darunter versteht, ebenso wie der Staat von heute mit der politischen Ordnung von damals in keiner Weise sich vergleichen läßt.

Erste Bedingung für die Berechtigung eines Standes ist nicht das Interesse und das willkürliche Belieben egoistischer Bestrebungen, sondern die Rücksicht auf das Gemeinwohl und auf die notwendigen Bedürfnisse eines Volkes. Eine gleichartige Masse von Interessenten, die nur äußerlich durch die zwingende Gewalt der Umstände zusammengehalten sind, ist weit entfernt davon, ein Stand zu sein; einen Stand kann es nicht geben ohne ein inneres und dauerndes Lebensgesetz; jeder Stand, der als solcher besondere Rechte für sich beanspruchen will, schließt eine gewisse gesellschaftliche Pflichtleistung in sich, und diese kann nicht eine rein materielle sein, muß gemäß der Doppelnatur des Menschen notwendig auch eine sittliche sein; mit andern Worten, sie ruht nicht bloß auf materiellen Voraussetzungen, sondern auch auf geistig ethischen Faktoren.

In der natürlichen Gliederung der Stände vollzieht sich eine vernünftige Austeilung der Kräfte und Neigungen, aber nicht zur gegenseitigen Vernichtung, sondern zur Förderung des Gemeinwohls und für's allgemeine Beste. Das ist wohl

eine Beschränkung der Freiheit, aber eine solche, welche dieselbe nicht aufhebt, sondern kräftigt und stärkt. Gerade die klassenlosen Leute, wie unsre Gegenwart sie täglich auf die Straße wirft, sind am allerwenigsten frei, diese wissen am wenigsten, was sie sind und wem sie angehören.

In der klugen Selbstbeschränkung, die jemand sich auferlegt, indem er sich in die Ordnung eines bestimmten Standes eingliedert, liegt ein hervorragendes sittliches Moment. Diese Selbstbeschränkung ist ein Akt von hohem sittlichem Wert und begründet für jeden, der sich also selber bindet, einen besonderen Rechtsanspruch, weit mehr als einem berufslosen Arbeiter und einem Allweltsgeschäftsmann ein solcher zukommt, der weder in Hinsicht seines Aufenthaltes noch in Hinsicht seiner Geschäftsausdehnung sich irgendwelche Beschränkung gefallen lassen will.

Von einer wahren und gesunden Standesorganisation kann nur dort die Rede sein, wo jeder, der dieser Organisation angehört, festen Boden unter den Füßen hat, wo jedem seine eigentümliche Arbeit ebenso als ein Recht geschützt und gewährleistet ist, wie einem Eigentümer sein Fleck Erde gegen fremde Angriffe gesichert sein muß. Kein Stand kann einen gewissen Fundus von realen Besitzungen oder von unangreifbaren Rechten entbehren, wie es auch selbstverständlich ist, daß es in jedem Stande eine gebietende Autorität geben muß. Weil in keinem Stande sämtlichen Berufsgenossen die gleiche Möglichkeit gegeben ist, eine gebietende Stelle einzunehmen, darum stellt jeder Stand, der dieses Namens würdig ist, nicht ein Verhältnis der Unordnung und völliger Gleichberechtigung, sondern ein Verhältnis der Über- und Unterordnung dar.

Das waren hauptsächlich die Grundlinien, auf welchen die festgegliederten und wohlgeordneten Organisationen der Stände sich erbaut haben, so lange christliches Denken und und Empfinden in denselben vorherrschend war. Es gab keine Schmarogerstände, welche sich am Körper der menschlichen Gesellschaft hätten mästen können, es gab auch keinen

privilegierten Stand über den Ständen, welcher alle andern hätte auswuchern können — der Mensch galt damals mehr als die Sache, der Geist mehr als die Materie und das Werkzeug der Sinne. Durch ihre Unterordnung unter das Gemeinwohl und durch ihre eigenrechtliche Unabhängigkeit waren jene Organisationen in aller Wahrheit sozial und demokratisch im besten Sinne dieses Wortes, während die aus der atomistischen Gesellschaft hervorgegangenen Sozialdemokraten in jeder Hinsicht das Gegenteil dessen sind, was ihr Name sagt.

Unter der Vorherrschaft der christlich-germanischen Rechtsgrundsätze konnte jener Geist seine Kraft entfalten, der lebendig macht; weil Wahrheit und Gerechtigkeit miteinander Hand in Hand gingen, sah man Volk und Klerus, Priester und Laien nicht mit entgegengesetzten Anschauungen auf getrennten Wegen wandeln, während man später unter dem verderblichen Einfluß des römischen Rechtes und der von Frankreich und England herübergekommenen liberalen Lebensauffassung sich dem törichten Bestreben hingab, nach eigenem Belieben ein Recht zu schaffen, ohne der Wahrheit zu bedürfen, ein schlechtthin äußerliches, konventionelles und konstitutionelles Recht, eine förmliche Religion der Selbstsucht, wie man im Gegensatz zum Altruismus der christlichen Überlieferungen das römische Recht sehr treffend genannt hat. Diese Art Gerechtigkeit mußte sich naturgemäß dem Einfluß und der Mitwirkung der Kirche um so mehr entziehen, je mehr dadurch das Recht eine Sache menschlicher Willkür wurde, wobei es nicht darauf ankommt, was wirklich recht ist, sondern was die Menschen nach eigenem Belieben dazu machen. So wurde das Recht eine Sache des freien Übereinkommens und der Willkür, wobei die Tendenz vorherrschend wurde, daß die rohen Kräfte und Triebe der Selbstsucht nicht zu kurz kommen dürfen. Das war nur dann zu erreichen, wenn es nicht auf moralische Weise durch autoritative Gesetzesbestimmungen, sondern mechanisch durch Majoritätsbeschlüsse zustande kam.

Mit unglaublicher Verblendung meinten viele, welche zufolge ihrer angeborenen Vorliebe für alles, was den Sinnen schmeichelt, das glänzende Nichts der gleißenden Lüge vom echten Gold der Wahrheit nicht zu unterscheiden vermochten, es sei durch diese prinzipielle Umkehrung aller Begriffe ins Gegenteil den Völkern ein Weg geöffnet, zu größerer Freiheit und zu erhöhtem Wohlstand zu gelangen, in Wahrheit aber ist durch die in aller Heimlichkeit vollzogene und unter schmeichelhaften Redensarten verstoßens durchgeführte Verwechslung der christlichen Gedanken mit heidnischen Vorstellungen den Völkern unermesslicher Schaden zugefügt worden. Man glaubte durch die vorgetäuschte Freiheit der Völker, sich nach eigenem Ermessen ein Recht des willkürlichen Beliebens zu schaffen, etwas Besseres zu erhalten als die altüberlieferten Rechtsgewohnheiten waren — in Wahrheit aber sind die christlichen Völker bei diesem Umwandlungsprozeß schändlich hintergangen worden — es wurde ihnen mit der Wahrheit auch die Gerechtigkeit geraubt und dafür wurde ihnen durch die Unterstellung eines neuen Rechtes die höchst zweifelhafte Freiheit eingeräumt, durch ein beständiges Wettrennen der Selbstsucht und Übervorteilung sich wechselseitig zu bekriegen und im Kampf ums Dasein sich durch Majoritätsbeschlüsse zu vergewaltigen. Dieser ethischen Unordnung prinzipiell widerstreitender Gedanken und Wünsche kam die egoistische Weltklugheit des römischen Rechtes und der konstitutionelle Formalismus der modernen Weltanschauung trefflich zu statten, um ihr äußerlich das Mäntelchen einer wenigstens scheinbaren Ordnung umzuhängen.

Damit ist der christlich-germanische Geist echt deutscher Ehrlichkeit und Rechtlichkeit tödlich verwundet und durch ein neues, der romanisch-humanistischen Freimaurerei und dem antiken Heidentum angepaßtes modernes, höchst undeutsches Deutschtum gefälscht worden, ein Deutschtum, an welchem nur das feindliche Ausland Freude haben konnte, weil es den Keim zum unvermeidlichen Verfall der einstigen Macht und Größe Deutschlands in sich trug.

Wo im menschlichen Leben allenthalben das Interesse obenan steht, während Recht und Pflicht weit zurückgedrängt erscheinen, da stellt der sozialpolitische Aufbau der Volksgemeinschaft nicht ein unerschütterlich festes Gefüge dar, sondern ein haufällig gewordenes, allzeit bewegliches Geschiebe, wo die Berufsgenossenschaften und Interessengruppen — Stände kann man sie so lange nicht nennen, so lang sie außer der rollenden Basis des Geldes keinen anderen Halt besitzen — nicht bloß unter sich beständig im Kampfe liegen, sondern auch Staat und Erwerbsklassen stets aufs neue in gegensätzlicher Spannung sich begegnen, weil bald die Agrarier, bald die Industriellen und Arbeiter mit dem Despotenspruch: *l'état c'est moi* sich über alle erheben und als einziger Stand mit dem Staat sich identifizieren, ja über den Staat sich stellen wollen.

Dieser Geist der Revolution und Anarchie zog aber immer weitere Kreise; hatte er auf dem Wege einer schulgerechten und künstlichen Rechtsverfälschung vorerst innerhalb der einzelnen Länder und Reiche den organischen Zusammenhang der ständisch gegliederten christlichen Gesellschaftsordnung zerstört und so die feste Grundlage der Freiheit eines Volkes und der sozialen Ordnung erschüttert, dann mußte auch im Nebeneinander der Staaten, je mehr der Geist der Willkür und Selbstsucht in den einzelnen Ländern vorherrschend wurde, jede Ordnung einer vernünftigen Solidarität verschwinden und untergehen. Aus der Anarchie der Stände ergab sich die Anarchie der Staaten folgerichtig von selbst. Wie sich auf dem locker gewordenen Geschiebe der Volksgemeinschaft ein Stand über den andern erheben wollte, so entstand jetzt auch im internationalen Ensemble der Völker, je mehr sie durch Zerstörung ihrer volkrechtlichen (wahrhaft demokratischen) Freiheit und Selbständigkeit aufhörten, wirkliche Völker zu sein, je mehr der Geist christlichen Lebens aus ihnen wich, weil sie mit niedrigen Tendenzen bloße Nationen und Interessengruppen wurden, das Schieben und Drängen der Großmächte mit dem Bestreben, alle andern

an Größe und Macht zu übertreffen. Das Lügenwort vom europäischen Gleichgewicht wurde bei diesem Wettrennen der Habgier und des Stolzes am liebsten von den Engländern gebraucht, welchen nichts so sehr am Herzen lag, als ein Weltreich über allen andern Reichen, ein Staat der Vorrherrschaft über alle andern zu werden.

Unermeßliches Unheil ist aus diesem lüsternden Streben nach Macht und Größe hervorgegangen. Denen, die daraus für sich selbst Gewinn ziehen konnten, war es um nichts weniger als um das Glück der Völker zu tun. Sie haben es leider meisterhaft verstanden, durch alle Hilfsmittel der Lüge und Arglist, nicht zum wenigsten durch die Verführungskünste der Loge, die Völker für ihre hochfliegenden Gedanken und abenteuerlichen Pläne zu begeistern und auf den blutigen Wegen gewaltthätiger Umwälzungen mit sich fortzureißen. Dank der unübersehbaren Menge jener oberflächlichen Durchschnittsmenschen, welche als Hörer der hohen Schulen und als liberale Zeitungsleser einfach gewohnt sind, gedankenlos in verba magistri zu schwören, fehlt es den offiziellen Männern und Häuptern der Loge, welche mit Schurzfell und Kelle die Tempel der Meister vom Stuhl frequentieren, in keinem Land an einer jederzeit dienstfertigen Armee von nichtamtlichen Mitläufern, welche nicht wissen, was sie tun, indem sie die geheimen und offenen Anschläge der Loge mit ihrem Beifall begleiten und durch ihre Heeresfolge unterstützen.

Dadurch ist es den Engländern und Franzosen möglich gewesen, durch ganze Generationen hindurch mit Hilfe der Freimaurerei ganz Europa und nicht zum wenigsten Deutschland geistig zu beherrschen und zu übertölpeln. Freiheitschwindel und Großmannsucht sind aber sehr zweifelhafte Geschenke für ein Volk. Für Italien und Portugal, für Griechenland und Rumänien dürfte die Zeit nicht mehr ferne sein, wo sie ihre parlamentarische Verfassung mit allen ihren Menschheitsidealen verwünschen werden, wenn sie einmal zur Einsicht kommen, daß es eben dadurch ihren großmächtigen

Freunden mit Hilfe der Lagenpresse gelungen ist, sie durch Aufreizung ihrer nationalen Eitelkeit in unabsehbare Elend zu stürzen.

Hält vielleicht das Völkerglück gleichen Schritt mit dem Wachstum ihrer Macht und ihrer politischen Größe? Oder wären Wohlfahrt und Freiheit eines Volkes und der Friede unter den Völkern nicht weit besser gesichert, wenn Europa aus weniger sogenannten Großmächten bestünde? Wenn es eine Einheit von mehr selbständigen Kleinstaaten darstellen würde? Dann wäre wohl weniger Ursache, von unterdrückten und geknechteten Völkern zu reden. Verbirgt sich vielleicht in den großen Worten der englischen Geschäftspolitiker, wenn sie von Menschheitsidealen sprechen, die Absicht, die Völker frei und glücklich zu machen, oder der verlockende Gedanke, ihre Renten zu vermehren und die Arbeitskräfte durch erhöhte Sklaverei zu verbilligen?

Diese fatale Möglichkeit sollten die Proletarier wohl im Auge behalten, wenn sie in den süßen Träumen einer allgemeinen Weltrepublik sich ergözen.

Die Geschichte einiger Großmächte läßt für die Zukunft Europas und namentlich für das Los der Arbeiter wenig Gutes erwarten, wenn sie in gleicher Weise wie bisher sich vergrößern. Je mehr das einst so militärfromme und jetzt so kriegswütige England seine Macht über alle Meere und Länder ausdehnt, um so mehr wird es seiner innersten Natur nach in einen puren Raubstaat sich verwandeln und nach Art der gefräßigen Ungeheuer des Tierreiches alles, was schwach und klein ist, assimilieren und verschlingen.

Dazu war die Zeit nie günstiger als eben jetzt; nie war Europa, was seinen gestörten Geisteszustand betrifft, dafür besser präpariert. Um mit Erfolg fischen zu können, müssen die Wasser vorerst recht trübe sein. Zur Zeit hat England fast ganz Europa im Garn seiner Netze gefangen; das wäre ohne den ungeheuren Nebel, der sich durch die Phantome der modernen Weltanschauung, wie durch eine künstliche Markose auf die Geister gelegt hat, glatt unmöglich gewesen.

Dieser Nebel ist im Interesse Englands mehr wert als viele Milliarden. Ohne die liberal-demokratische Betäubung, an welcher Europa seit mehr als hundert Jahren geisteskrank darniederliegt, wären alle Bestechungsgelder, welche auf die einfältigen Mitläufer der englischen Politik nach hunderten von Millionen sind ausgeschüttet worden, wirkungslos gewesen.

Es ist sehr erklärlich, wenn man in London und Paris jene Völker, die noch an den Traditionen der christlichen Monarchie festhalten und von der größten Torheit des 19. Jahrhunderts, vom parlamentarischen Regime, nichts wissen wollen, für kulturwidrige Barbaren ansieht. Nur dort, wo man sich den Seifenschaum demokratischer Menschheitsideale gedankenlos um die Lippen streichen läßt, lassen sich profitable Geschäfte machen auf Kosten der betrogenen Völker.

Völker mit monarchisch-christlichen Gedanken stellen ein viel festeres Gefüge dar als die lustigen Kartenhäuser der liberalen Charlatanerie, welche sich durch jeden Windhauch schmeichelhafter Phrasen über den Haufen blasen lassen. Streicht der Sturmwind über wohlbestellte Gefilde strogenden Lebens, dann wird seine zerstörende Kraft weniger vermögen, als wenn er, alles vor sich niederwerfend, über öde Wüsten und dürre Steppen hinbraust. Die Zivilisation, wie der Engländer für seine Geschäfte sie braucht, verlangt Völker ohne Geist und ohne Halt, wo die leitenden Männer wie in Italien, Portugal und Rumänien gleich entwurzelten Bäumen umfallen und sich mit Schmiergeldern gleich den Kugeln eines Roulettespieles durcheinanderwürfeln lassen. Warum auch nicht? Moderne Männer von schwankender Gesinnung stehen mit ihrer pflichtenlosen Interessenpolitik und schrankenlosen Selbstsucht auf dem Standpunkte jener Zivilisation, die sich auf der grenzenlosen Borniertheit jener Nationen aufbaut, welche in der demokratischen Idee nur den einschmeichelnden Köder wahrnimmt, ohne etwas von der verborgenen Angel zu merken, mit der sie an der Nase herumgezogen werden.

Die heillose Verblendung, welche vom Licht der falschen Aufklärung ausgeht, hat sich leider wie ein Zauber auf die Regierungen und Völker zugleich gelegt, der Wahnsinn von oben hat sich vermählt mit dem Blödsinn von unten, Erklärung genug dafür, daß sich Europa durch die unerträgliche Weltplage des jetzigen Krieges in eine wahre Hölle verwandelt hat. Es werden so die Völker durch die Fürsten und die Fürsten durch die Völker gestraft, weil beide gleichmäßig schuld sind an der Erschütterung aller Grundlagen des Rechtes und der Wahrheit.

Die Gottesordnung, die in den Dingen selber liegt, sofern der sinnliche Mensch der unsterblichen Seele und die Natur dem Geiste unterworfen sein soll, läßt sich nicht ungestraft in eine bloße Weltordnung verwandeln, welche die materiellen Interessen höher wertet als die Ideale der Ewigkeit. Es steht nicht im Belieben des Menschen, sein Verhältnis zur Natur und zur Welt anders zu bestimmen, als Gott selbst es geordnet hat. Der höchste Zweck seines Daseins ist nicht die sichtbare Welt, die sich zuletzt als Grab für ihn öffnet, um ihn zu verschlingen. Nicht gesenkten Blickes, erhobenen Hauptes soll er über die Erde wegschreiten, welche keine Stätte des Bleibens für ihn ist, er soll zum Himmel ausblicken, der über den Sternen ihn erwartet. Seine Vermählung mit der vergänglichen Welt der Natur darf nicht ohne alle Rücksicht auf Gott eine bloße Zivilehe sein, wonach ihm freisteht, mit derselben nach Belieben Mißbrauch zu treiben.

Der Gedanke an eine ausschließlich auf's irdische Diesseits isolierte Humanität ist unerträglich für jeden vernünftigen Menschen, der etwas auf seine Menschenwürde hält. So edle Pflanzen, wie Kultur und Menschenbildung nun einmal sind, in die Schranken der Naturnotwendigkeit und physischen Gewalt einzwängen, heißt soviel, als den Geist seiner Persönlichkeit berauben wollen, um ihn wie ein ungeistiges und unpersönliches Individuum im Staube zu ersticken. Den Menschen in den Ansprüchen seiner Unsterb-

lichkeit beeinträchtigen, seine religiösen Bedürfnisse unterdrücken und schmälern wollen, ist ebenso töricht und widersinnig, als wenn man ein Samenkorn unter der Erde mit Ketten anschnieden wollte, um dessen Drang zum Tageslicht zu unterbinden und es zu zwingen, statt aufwärts abwärts zu keimen.

Ein wilder Baum, wie der Mensch von Natur aus ein solcher ist, veredelt sich nicht selbst; um ein Baum wahren Lebens und fruchtbaren Gedeihens zu werden, muß er von der Wurzel bis zu den Zweigen ins Licht jener Sonne sich tauchen, welche in Christus der Menschheit erschienen ist. Nur vereint mit Gott wird der Mensch über die Natur wie ein König gebieten, getrennt von Gott wird er deren Sklave sein.

Bereits in den Tagen des Friedens war in Anbetracht der maßlosen Rüstungen zu fürchten, die Staaten, die sich im Vertrauen auf ihre Kriegspanzer Großmächte nennen, könnten einmal durch das Schwergewicht ihrer Machtmittel völlig erdrückt werden. Wie wird dies erst nach dem Kriege werden? Sie werden, wenn sie auf den Schlachtfeldern sich verabschieden, nicht allein heimkehren; jede Macht wird begleitet sein nicht bloß von den wehklagenden Schatten der gefallenen Krieger, sondern von einer zweiten Großmacht, von der Riesengestalt der negativen Milliarden, welche leider kein bloßes Gespenst der Einbildung, sondern eine sehr reale Wirklichkeit sind. In diesem Defizit kommt die geistige Leere und Hohlheit der modernen Lügen- und Lügenkultur sehr drastisch zum Ausdruck. Man wollte im Bund mit der Natur sich zur Herrschaft über die göttliche Weltordnung erschwingen, was ein Ding der Unmöglichkeit ist. Durch nichts wird der Mensch so sicher ein Knecht und Sklave der Natur als durch die Auflehnung gegen Gott. *Orbis terrarum pugnabit contra insensatos* — heißt es im Buche der Bücher.

### LXIII.

#### Leibniz und die polnische Frage.

Zur 200. Wiederkehr seines Todestages am 14. November.

Von Dr. Jos. Weiß.

Fünffmal mußte die Stadt Warschau ihre Tore einem mittelsbachischen Sieger öffnen: am 9. September 1655 und am 30. Juli 1656 dem König Karl X. Gustav von Schweden, am 24. Mai 1702 sowie am 12. November 1705 dem König Karl XII. von Schweden und am 5. August 1915 dem Prinzen Leopold von Bayern; siebenmal läuteten die Hochzeitsglocken einem mittelsbachisch-polnischen Herzensbündnis: 1352 zwischen Markgraf Ludwig VI. dem Brandenburg und Kunigunde, Tochter König Kasimirs III., 1475 zwischen Herzog Georg dem Reichen von Landshut und Hedwig, Tochter König Kasimirs IV., 1642 zwischen Pfalzgraf Philipp von Neuburg und Anna Katharina Konstanza, Tochter König Sigismunds III., 1691 zwischen Hedwig Elisabeth, Tochter Philipp Wilhelms von der Pfalz. und Jakob Ludwig Sobieski, 1694 zwischen Kurfürst Max Emanuel und Theresie Kunigunde, Tochter König Johann Sobieski, 1747 zwischen Kurfürst Maximilian III. Joseph und Prinzessin Maria Anna, Tochter König Friedrich Augusts II., sowie zwischen Maria Antonia von Bayern und Christian August, dem Sohne König Friedrich Augusts II.<sup>1)</sup> Die polnische Königskrone war 1655 das flüchtige Traumbild des Kurfürsten Ferdinand Maria von Bayern, 1696 seines Sohnes Max Emanuel und 1668 des Pfalzgrafen (nachmaligen pfälzischen Kurfürsten) Philipp Wilhelm von Neuburg.

Philipp Wilhelm war der Schwager Johann Kasimirs, der 1668, besiegt von Karl X. Gustav, dem Schwedenkönig

1) Das Bayerland XXVI, 407 u. 422; XXVII, 4 ff.

aus dem Hause Pfalz-Zweibrücken, und dem brandenburgischen Großen Kurfürsten, die polnische Krone niederlegte. Des Pfalzgrafen Gattin, Anna Katharina Konstanze, war nach kurzer Ehe 1651 eines plötzlichen Todes gestorben; aus ihrer reichen Mitgift stammt noch heute im wittelsbachischen Hausschatz manche Kostbarkeit mit ihrem Wappen und ihren Initialen A. C. C. (Anna Catharina Constanze). Er hatte mittlerweile 1653 vergebens um die Hand der »Grande Mademoiselle« (Anne Marie, Herzogin von Montpensier) gefreit,<sup>1)</sup> zum zweitenmal einen Hausstand begründet mit der hessischen Prinzessin Elisabeth Amalie und eine zahlreiche Familie gestiftet, 1657 sich vergebens um die Kaiserkrone beworben und beschloß nun die polnische Königskrone anzustreben. Er glaubte sich auf seinen Anhang in Polen stützen zu können und wußte sich auf den Rat des Großen Kurfürsten der publizistischen Beihilfe des jungen, damals zweiundzwanzigjährigen Gottfried Wilhelm Leibniz zu versichern, den er zu seinem Wahlgesandten auserkahl.

Zu Gunsten Philipp Wilhelms verfaßte Leibniz eine Werbeschrift unter einem Decknamen, der die Initialen seines lateinischen Namens G. V. L. verbarg, die vorgab schon 1659 in Wilna erschienen zu sein, aber erst 1669 in Danzig gedruckt worden ist. Sie führt den Titel: „Specimen demonstrationum politicarum pro eligendo rege Polonorum; novo scribendi genere ad claram certitudinem exactum auctore Georgio Vlicovio Lithuano. Iuxta exemplar editum Vilnae anno 1659.“<sup>2)</sup> Leibniz verfährt streng mathematisch und führt den Beweis nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung. Auf Grund von 60 „propositiones“ und 4 „conclusiones“, die den 7 Forderungen entsprechen, welche man 1659 in Polen für die Kronbewer-

1) Heigel hat diese Episode sehr köstlich geschildert in den Münch. Sitzungsber. 1904, S. 533 f. (Biogr. u. Kulturgesch. Essays S. 157 bis 170.)

2) Opera omnia, Genevae 1768, Tom. IV, S. 522—630.

bung aufgestellt hatte, wird das Plus und Minus der einzelnen Kandidaten berechnet: des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm, des Herzogs Karl von Lothringen (österr. Kandidatur), des Herzogs von Enghien, Sohnes des großen Condé (französl. Kandidatur), und des russischen Kandidaten, eines Sohnes des Zaren Alexei. Die Hauptsumme vereinigt schließlich Philipp Wilhelm und die 4. Conclusio lautet demgemäß: „Neoburgicus utiliter eligitur.“

Heute, wo das Königreich Polen seine Auferstehung feiert und zum 200. Male der Todestag Leibnizens wiederkehrt, ist es nicht ohne aktuellen Reiz, die verschiedenen „Propositiones“ zu lesen, welche Leibniz damals unter der Maske eines polnischen Edelmannes den Polen vorstellen zu sollen glaubte. Wir heben darum einige hervor:

2. „Nobilitas et per consequens Respublica Polonica sibi sufficit.“ — („In Polonia territorium lignis, frumento, melle, sale, pecore abundat.“)
15. „Interregnum in Polonia diuturnum ne esto.“
16. „Democratiae exercitium in Poloniam non cadit.“
17. „Aristocratia Polonis periculosa est.“
18. „Rex quamprimum in Polonia eligitor.“
19. „Electio non per sortem, sed rationalis esto.“
21. „Eligendus in regem reapse rex nobis esse posse debet, seu per vice-regem imperaturus ne esto.“
22. „Eligendus catholicus esto.“
23. „Eligendus ante spem regni catholicus esto.“ — („Mercenaria religio nulla est.“)
27. Nihil obstat eligendum linguae Polonicae imperitum esse, dummodo latinaeperitus sit.“ — („Neoburgicus Latinam, Italicam, Germanicam, Gallicam, Hispanicam non intelligit modo, sed et prompte loquitur; nec Polonicae insciens est, sed ea nec indelectatur.“)
31. „Prodest, eligendum aetate provectum esse, maxime autem si filios habeat.“
35. „Eligendus dissidentibus vim ne facito.“ — („Cae-

terum haec propositio est contra Moscum, cujus natura est dissidentes a se persequi.“)

An dem Neuburger rühmt Leibniz die verwandtschaftliche Beziehung zum letzten König und zu Polen — „plenam Polonis aulam habuit“ —, er sei nicht mehr jung und noch nicht zu alt, stamme aus einem berühmten Haus die — Pfälzer Karl X. Gustav, Rupprecht „der Kavalier“ und dessen Bruder Eduard werden besonders hervorgehoben — besitze Vermögen — „Iam Moschi filius quidquid habet, patris est“ — die reiche Witgift der Anna Katharina Konstanze würde dann wieder nach Polen zurückfließen „quod certe contemni non potest“ — und die polnischen Studenten würden künftig leichten Zugang zu den Universitäten Ingolstadt und Köln erlangen, die den neuburgischen Staaten benachbart seien. Er ist ein guter „pater familias“ und wird auch ein guter „pater patriae“ werden. Er war immer auf Förderung von Verkehr und Handel in seinen Ländern bedacht; das lehrte ihn die Nachbarschaft der Niederlande und die Arbeitsamkeit der dortigen Bevölkerung.

Gerade diese volkswirtschaftlichen Erwägungen sprächen für die Kandidatur Philipp Wilhelms. „Praete commercia Polonis nihil ad felicitatem deest“ . . „Solo hactenus rege oeconomus destituti sumus, hunc cum primum nacti erimus, efferet Polonia caput“ . . „Materiam rudem apud nos nascentem vili pretio vendimus, praeparatam ad speciem magis quam ad durationem duplicato sumptu recipimus“ . . „Et recte ordinatis velut notis grandis hujus machinae gente sua bona agnoscente, ad universalem *αὐταρξίαν* (sufficientiam) cunctos deducet . . Monetam reparabit, commerciorum ac manufacturarum rationem, quae sola hactenus Poloniae defuit, ordinabit. Tum demum florebimus, cum ad bona ipsi nostra animum convertemus, aperiemus oculos, sentiemus fraudes istas, quibus Iudaei et Christiani et nativi nos exsugunt; desinemus ab exteris petere, quae apud nos nascuntur, cessabimus plus pecuniae regno exportare quam importetur; parcius aliunde emendi-

cabimus, quae apud nos, si studium impenderemus, nasci possent; agnosceremus satius rudem ab exteris materiem sumi, dein inquilinorum artibus elaborari, pretium mercedemque nostris hominibus cedere; quam facile imitabiles exterorum affanias, speciosiores quam durabiliores, immani sumtu comparari.“

So wie die Herrschaft des Pfalzgrafen für Polen der Beginn einer neuen volkswirtschaftlichen Blüte sein wird, so wird die russische Herrschaft für Polen der Anfang vom Ende sein: „gladium ipsi praebebimus, quo nos jugulet.“ Und nicht nur für Polen, sondern für das ganze Abendland, für Europa. Sie wird die Macht zur Unterdrückung Europas großziehen, die selbst der Türke fürchten wird — „nasci potentiam opprimendae Europae parem“ . . „Ipse Turca nascentem potentiam formidabit“ — denn dann werde den Barbaren der Weg ins Herz Europas offen stehen: „barbaris in viscera Europae viam apertam esse.“ —

Gar manches von dem, was Leibniz sagte und schaute, hat sich in der Folge nur als zu berechtigt erwiesen. Trotz alledem konnte der beredte und einsichtige Wortführer der Sache seines Klienten nicht zum Siege verhelfen. Gewählt wurde keiner von den drei Kandidaten, sondern ein Schwächling, Michael Korybut Wicniowiecki aus dem Stamme der Jagellonen. Und noch ein zweites Mal, als nach dessen Tod 1674 die Krone wiederum vergeben werden sollte, blieb Philipp Wilhelms Bemühen umsonst; Sobieski trug diesmal den Preis davon. Und 1697, als der Nachfolger Sobieskis zu wählen war, unterlag dann Philipp Wilhelms Sohn, Karl Philipp, seinem Gegenkandidaten, dem Kurfürsten Friedrich August II. von Sachsen, der kurz vorher zur katholischen Kirche übergetreten war, nicht so ganz „ante spem regni“, wie es in der 23. Propositio heißt.

## LXIV.

### Dr. Remigius Stölzle zum 60. Geburtstag (23. Nov. 1916).

Der Wanderer, der einen beschwerlichen Weg beschreitet, wird zuweilen stehen bleiben und mit befriedigtem Blicke den zurückgelegten Weg überschauen. Das freudige Bewußtsein der überwundenen Schwierigkeiten wird seine Schritte beflügeln und ihm neue Kraft zur glücklichen Erreichung des Zieles verleihen. Nicht unähnlich diesem Wege eines Wanderers ist die Laufbahn des Gelehrten, die auch über manche Schwierigkeiten hinwegführt, aber auch manche Ruhepunkte bietet, die von selbst zur Umschau auf die in mühevoller Arbeit errungenen Erfolge einladet. Ein solcher Ruhepunkt ist für den Professor der Alma Julia in Würzburg, Dr. Remigius Stölzle, mit dem Eintritt in das 60. Lebensjahr gekommen. Aus diesem Anlaß dürfte es daher nicht unangebracht erscheinen, einen prüfenden Rückblick auf sein bisheriges Leben und Streben zu werfen und sein Wirken und Schaffen im Dienste der Wissenschaft in näherer Beleuchtung zu betrachten.

R. Stölzle wurde geboren am 23. November 1856 zu Ob im Allgäu. Nachdem er in der Schule seines Vaters den Elementarunterricht genossen hatte, besuchte er von 1869—1873 das Gymnasium in Kempten und von 1873 bis 1876 dasjenige in Neuburg a. D. als Zögling des dortigen Studienseminars. Hierauf studierte er von 76—78 in München unter den Philosophen Carrière und Brantl und den Philologen Christ, Bursian, Halm klassische Philologie und Philosophie und unter Riehl und Giesebrecht Geschichte. Nachdem er im Sommer 1878 als Lehramtskandidat ausbilsweise in Kempten verwendet worden war, ging er im Herbst des gleichen Jahres nach Würzburg und hörte dort die Philologen Schanz, Ulrichs, Grasberger, den Germanisten Lexer

und den Philosophen Stumpf. Im Jahre 1880 löste er die Preisaufgabe aus der Philosophie „Über die Lehre vom Unendlichen bei Aristoteles“ und unterzog sich dem philologischen Staats- und dem Doktorexamen. Noch im nämlichen Jahre wurde er als Assistent an das humanistische Gymnasium St. Stephan in Augsburg berufen und wirkte dort sechs Jahre. Im Jahre 1881 bestand er das Spezialexamen aus deutscher Literatur, 1882 aus klassischer Philologie. Im Jahre 1886 bereifte er Italien und besuchte die dortigen Gymnasien und Lyzeen, über die er 1887 eine eigene Schrift veröffentlichte, die später auch in italienischer Übersetzung erschien. Im Jahre 1886 erfolgte seine Ernennung zum Gymnasiallehrer am Neuen Gymnasium in Würzburg. Noch im November des gleichen Jahres wurde er auf Vorschlag der philosophischen Fakultät als a. o. Professor für christliche Philosophie an die Universität Würzburg berufen, wo er seit 1894 als ö. o. Professor für Philosophie und seit einigen Jahren mit einem weiteren Lehrauftrage für Pädagogik eine segensreiche Tätigkeit entfaltet.

„Kann man hoffen, eine reiche Ernte zu machen, wenn man oft schon gedroschene Ähren anders geordnet nochmals derselben Arbeit unterwirft, während noch ungeschnittenes Korn auf dem Halme steht?“ Dieser Ausspruch von R. E. v. Baer ist das Leitmotiv für Stölzles literarisches Schaffen; stets ist sein Absehen darauf gerichtet, den Fortschritt der Erkenntnis zu fördern und die Wissenschaft mit neuen Werten zu bereichern. Hauptsächlich sind es drei Gebiete, auf die sich seine wissenschaftliche Tätigkeit erstreckt: Philosophie, Gelehrtengeschichte und Pädagogik.

1.) Ein besonderes Verdienst um die Abälardforschung hat sich Stölzle durch die Auffindung und Herausgabe (1891) einer verlorenen Schrift Abälards, des 1121 zu Soissons verurteilten Traktates erworben.<sup>1)</sup> Schon vorher hatte er

1) Abälards 1121 zu Soissons verurteilter tractatus de unitate et trinitate divina 1891 XXXVI u. 101 S.

zu Giordano Brunos Schriften neue Handschriften in Augsburg und Erlangen und eine unbekannte Schrift desselben Philosophen auf der Erlanger Universitätsbibliothek aufgefunden und darüber im Archiv für Geschichte der Philosophie berichtet. Im Jahre 1897 veröffentlichte er eine große Monographie: „R. E. v. Baer und seine Weltanschauung“ (XI + 687 S. Regensburg) und legte darin die erkenntnistheoretischen, natur-, religions- und geschichtsphilosophischen, ethischen, pädagogischen und politischen Anschauungen des großen Naturforschers und Naturphilosophen dar. Mit dieser Arbeit erntete er viel Beifall; nannten sie doch die preußischen Jahrbücher (1898) ein „Monument von Gelehrsamkeit und Fleiß, wie wir sie vielleicht nur bei einem deutschen Professor suchen dürfen“. 1907 gab er in den Büchern der Weisheit und Schönheit „R. E. v. Baers Schriften ausgewählt und eingeleitet“ (VI + 230 S.) heraus. Im Jahre 1901 erschien von ihm „Kölliters Stellung zur Deszendenzlehre“ (Münster, Aschendorff, 172 S.) Hier wie auch sonst nimmt Stölzle zu den einschlägigen Problemen im Sinne einer ausgesprochenen theistisch-christlichen Weltanschauung Stellung. Dazu kommen noch verschiedene Abhandlungen über philosophische Fragen wie „Einige Stellen aus Aristoteles' Metaphysik“, „Naturwissenschaft und Metaphysik“, „Newtons Weltanschauung“, „E. v. Lasaulx als Geschichtsphilosoph“, „Ist die Bezeichnung Kant-Laplace'sche Hypothese berechtigt?“, „Die Entwicklungsgeschichte der Nebularhypothese von Laplace“, <sup>1)</sup> „Windelbands Stellung zu den Gottesbeweisen“, „Oskar Hertwig über R. E. v. Baer und Darwin“.

2.) Diesen philosophischen Arbeiten reihen sich Bücher und Abhandlungen zur Gelehrtengegeschichte an. In der Schrift „E. v. Lasaulx“ ein Lebensbild, <sup>2)</sup> die Freiherr von Hertling in diesen Blättern ein schönes Buch nannte, entwarf er auf Grund von Briefen und Akten ein Bild von den Lebens-

1) In Festgabe zum 70. Geburtstag von Hertling 1913 S. 349—69.

2) Münster i. W. 1904, 302 S.

schicksalen dieses einst hochgefeierten Hochschullehrers und Parlamentariers. 1905 erschien: „Zur Wiederkehr des 100. Geburtstages von E. v. Lasaulx“.<sup>1)</sup> Dem 1906 verstorbenen verdienten Apologeten, seinem Freunde H. Schell, dem Vorkämpfer für die Gleichberechtigung theistischer Philosophie an der Universität Würzburg, widmete er einen Nekrolog<sup>2)</sup> und die pietätvolle Gedächtnisrede bei Enthüllung seines Grabdenkmals, gehalten am 18. Juli 1908.<sup>3)</sup> In derselben charakterisierte er Schell als einen Mann der Arbeit und beleuchtete die Reinheit seiner Absichten und seine Milde in Wissenschaft und Leben. Die Rede trägt als Motto den bedeutungsvollen Ausspruch von Joseph Görres: „Ich stimme überall für die frische, grüne Wahrheit ohne alle Furcht.“

Ein ganz besonderes Interesse brachte Stölzle dem großen Pädagogen und Bischof A. M. Sailer entgegen, wie die zahlreichen Beiträge zur Aufhellung der Lebensumstände dieses seltenen Mannes bezeugen. 1910 gab er in der Sammlung Kösel „Sailers Schriften ausgewählt und eingeleitet“ (277 S.) in der Absicht heraus, die tiefen Gedanken Sailers in ihrer klassischen Form dem modernen Leser wieder nahe zu bringen. Im gleichen Jahre erschien als Frucht archivalischer Forschung das Buch: „Joh. Mich. Sailer, seine Maßregelung an der Akademie zu Dillingen und seine Berufung nach Ingolstadt,“<sup>4)</sup> ein Beitrag zur Gelehrtengegeschichte aus der Zeit der Aufklärung.“ In dieser Schrift werden die Anklagen, die man gegen Sailer erhoben hat und die 1794 seine Absetzung zu Dillingen zur Folge hatten, aktenmäßig geprüft und als nichtig erwiesen. Die Schrift ist eine Rettung Sailers und ihre Resultate sind heute als endgültig anerkannt. Vor und nach dieser Schrift

1) Allgemeine Rundschau, Nr. 12 S. 139. Vergl. auch den Artikel „E. v. Lasaulx in seinen Briefen“ im Hochland 1904.

2) Allgem. Rundschau 1906 Nr. 23 S. 274—276.

3) Erschienen bei Kösel, Rempten 1908, 21 S.

4) Ebenda 1910, VI + 178 S.

veröffentlichte Stölzle noch verschiedene Abhandlungen und kleinere Schriften, welche an der Hand urkundlichen Materials teils das dramatisch bewegte Leben Sailer's aufklären, teils seine Lehre ins rechte Licht setzen. Wir nennen hier: „Bischof Sailer im Urteil seiner Zeitgenossen“<sup>1)</sup>; „J. M. Sailer's Berufung nach Ingolstadt“<sup>2)</sup>; „Sailer und Kurfürst Karl Theodor“<sup>3)</sup>; „Sailer und seine Bedeutung“<sup>4)</sup>; „Briefe König Ludwigs I. an Sailer“<sup>5)</sup>; „Urkundliche Beiträge zu Sailer's Biographie“<sup>6)</sup>; „Aus ungedruckten Briefen Sailer's“<sup>7)</sup>; „Sailer und die Jesuiten“<sup>8)</sup>; „Sailer in seinen Briefen“<sup>9)</sup>; „Sailer's Berufungen nach Preußen (Münster und Bonn“<sup>10)</sup>; „Sailer's religiöse Entwicklung“<sup>11)</sup>; „J. M. Sailer, seine Ab- lehnung als Bischof von Augsburg im Jahre 1819, erstmals aktenmäßig dargestellt“<sup>12)</sup>.

3.) Neben Philosophie und Kulturgeschichte befaßte sich Stölzle mit eindringenden Studien auf pädagogischem Gebiete. Davon sind Zeugnis zahlreiche Publikationen sowohl zur Theorie wie besonders zur Geschichte der Pädagogik. Die Arbeiten erstrecken sich auf Fragen der Erziehung, des Unterrichts und der Organisation und nehmen Bezug auf die Volksschule, das Lehrerseminar, das Gymnasium, die Hochschule und die Anstaltserziehung.

Spezielle Probleme des Volksschulwesens betreffen Abhandlungen wie: „Weltanschauung und Lehrerbildung“<sup>13)</sup>;

1) Histor.-polit. Blätter Bd. 142 S. 542—544.

2) Ebenda Bd. 143 S. 68—78.

3) Ebenda Bd. 144 S. 947—953.

4) Hochland 1910 S. 129—138.

5) Ebenda 1910 S. 149—161.

6) Katholik 1910 S. 112—121.

7) Helianth 1910 S. 183—188.

8) Mar, 2. Jahrg. 1911/12 S. 262—263.

9) Ebenda S. 369—384.

10) Histor. Jahrbuch 1911, S. 317—322.

11) In „Theologie und Glaube“ 1914 S. 529—542.

12) Schöningh, Paderborn, 1914, 45 S.

13) Christliche Schule 1913 S. 243—247.

„Religionsunterricht und Kultur“<sup>1)</sup>; „Die Deszendenzlehre in der Schule“<sup>2)</sup>; „Die teleologische Naturerklärung in der Schule“<sup>3)</sup>; „Neudeutschland und die vaterländische Erziehung der Zukunft“<sup>4)</sup>; „Die deutsche Volksschule und ihre Reformen nach dem Weltkrieg“<sup>5)</sup>. In den beiden letztgenannten Abhandlungen tritt er gegenüber radikaler Umwälzung des Schulwesens nach dem Kriege für die alte Schule ein, ohne jedoch einen gesunden Fortschritt auszuschließen.

Als ehemaliger Gymnasiallehrer hat Stölzle auch zu Fragen des Gymnasialwesens in mehreren Abhandlungen das Wort genommen. Seine kritische Tätigkeit eröffnete er mit einer scharfen Beleuchtung des Zettel'schen Lesebuches in dem Artikel „Die deutschen Dichter in Zettels Lesebuch“<sup>6)</sup>. Die Verteidigung des bayerischen Gymnasialwesens gegen einen Angriff von französischer Seite hat die Abhandlung im Auge: „Das bayerische Gymnasialschulwesen in französischer Beleuchtung“<sup>7)</sup>. Die Frage der Vor- und Fortbildung der bayerischen Gymnasiallehrer wird erörtert in den Abhandlungen: „Über den drohenden Rückgang der wissenschaftlichen Vorbildung der bayerischen Altphilologen“<sup>8)</sup> und „Die wissenschaftliche Fortbildung des Lehrpersonals an bayerischen Gymnasien“<sup>9)</sup>. Die Frage der Weltanschauung in der Schule bildet den Inhalt des Artikels: „Weltanschauung und Schule“<sup>10)</sup>. Zu dem Streit um die klassischen Alter-

1) Pharus 1915 S. 481—483.

2) Zeitschrift für christliche Erziehungswissenschaft 1916 S. 65—67.

3) In der Zeitschrift „Deutsche Pädagogik“ (Archiv für Lehrerbildung) 1904 S. 301/2 und 318/19.

4) Paderborn, Schöningh 1915, 31 S.

5) Christliche Schule 1916, Beiheft 3 und Christliche Schule 1916 S. 345—350.

6) In den „Blättern für das bayer. Gymnasialwesen“ 1884 Bd. 20 S. 22—35.

7) Ebenda 1898 Bd. 29 S. 65—88.

8) Ebenda 1898 Bd. 34 S. 10—35.

9) Ebenda 1912 Bd. 48 S. 91—97.

10) Pharus 1911 S. 212—218.

tumstudien nehmen Stellung seine Aufsätze: „Die klassischen Altertumstudien und das Christentum“<sup>1)</sup> und „Brauchen wir eine neue Schule?“<sup>2)</sup> Eine Frage der Mittelschulerziehung berührt der Artikel: „Erziehung zu Höflichkeit und Anstand, ein vernachlässigtes Kapitel moderner Pädagogik“<sup>3)</sup>. 1887 gab er in der bibliotheca Gothana einen Kommentar zum I. Buch von Ciceros Schrift: *de oratore* heraus (VI + 119 S.).

Zur Hochschulpädagogik schrieb er 1909 einen damals viel bemerkten Artikel: „Zur Reform des studentischen Korporationswesens“<sup>4)</sup>, worin er mehr Einfachheit, mehr Freiheit, mehr Einsamkeit und mehr lebendiges Christentum verlangte, Forderungen, die noch bis vor dem Kriege aktuell waren. Hierher gehört auch der Artikel: „Studentische Korporationen und sittliche Verantwortlichkeit“<sup>5)</sup>.

Auch der Anstaltspädagogik hat er seine Aufmerksamkeit geschenkt, wie verschiedene Artikel in den „Blättern für Anstaltspädagogik“ (*Pharus*)<sup>6)</sup> beweisen.

Sehr zahlreich sind daneben Stölzles Schriften zur Geschichte der Pädagogik. Die hier einschlägigen Arbeiten betreffen Beiträge zur Charakteristik von Erziehungstheoretikern und zur Schulgeschichte. Es sind Forschungen vielfach urkundlicher Art, durch welche bisher unbekannte Erziehungstheoretiker der Vergessenheit entrissen oder Schulzustände und Einrichtungen ans Licht gezogen werden. Hierher gehören aus dem 16. Jahrhundert: „Ein vergessener Erziehungstheoretiker aus der Reformationszeit“ (Georg

1) *Histor.-polit. Blätter* Bd. 127 S. 191–198.

2) *Pharus* 1916 S. 289–297.

3) *Pharus* 1916 S. 443–449.

4) *Allgemeine Rundschau* 1909 Nr. 39. Dieser Artikel wurde zum Teil auch in den burschenschaftlichen Blättern (1909 Nr. 82) abgedruckt.

5) *Allgemeine Rundschau* 1910, Nr. 34 S. 475–476.

6) 1914 Nr. 12; 1915 Nr. 1 u. 3; *Pharus* 1915 S. 468/69.

Lauterbeck<sup>1)</sup>; „Eine unbekannte Vorrede Melancthons“<sup>2)</sup>; aus dem 17. Jahrhundert: „Pietismus und Hochschulpädagogik im 17. Jahrhundert“<sup>3)</sup>, „Erzieher- und Lehrerfehler im Licht pietistischer Pädagogik“<sup>4)</sup>, „M. Johannes Crassellius, ein Erziehungstheoretiker am Ende des 17. Jahrhunderts“<sup>5)</sup>. In dem Artikel: „Ein Arzt als Schulreformer vor 200 Jahren“<sup>6)</sup> lernen wir Joh. Koch als Erzieher kennen. „Ein Erziehungsprogramm in 8. Paragraphen von J. M. Sailer“<sup>7)</sup> und „Pädagogische Aphorismen Sailers aus ungedruckten Briefen“<sup>8)</sup> gestatten uns einen Blick in Sailers pädagogische Anschauungen. „Katholische Anstaltspädagogen vor 100 Jahren“<sup>9)</sup> stellt uns die beiden Franken Nepf und Straulino als Erzieher vor. „Ein Hofmeisterleben vor 100 Jahren“<sup>10)</sup> macht uns mit einem Vertreter der Hofmeistererziehung, dem Priester R. Schlund, einem Schüler Sailers, bekannt.

Dazu kommen noch Schriften zur Schulgeschichte. Hier ist zunächst eine kleine Abhandlung zu nennen, welche zur Arbeit anregen will, „Klerus und Schulgeschichte“<sup>11)</sup>. Die Geschichte des Volksschulwesens betrifft ein Aufsatz: „Die Arbeitsschule im Fürstbistum Würzburg, ein vergessenes Kapitel zur Geschichte der Arbeitsschule“<sup>12)</sup>. Auf das Mittelschulwesen nehmen Bezug: „Italienische Gymnasien und

1) In der Zeitschrift für Geschichte der Erziehung und des Unterrichts. Berlin 1915 S. 77—92.

2) Im Archiv für Reformationsgeschichte. Leipzig 1915 S. 132—136. Sie zeigt uns Melancthon als Freund Lauterbecks.

3) Christl. Schule 1914 S. 678—683. Sie handelt von Abasver Fritsch, einem Vorläufer Brandes.

4) Ebenda 1915 S. 208—214.

5) Pharus 1915 S. 298—310.

6) In der Zeitschrift für Geschichte der Erziehung und des Unterrichts. 1912 S. 63—81.

7) Christliche Schule 1912 S. 385—388.

8) Pharus 1910 S. 26—29.

9) Ebenda 1913 S. 36—41.

10) Pharus 1911 S. 313—345.

11) Christl. Schule 1910 S. 336—339.

12) Ebenda 1916 S. 81—95.

Hygeen“<sup>1)</sup>); „Pädagogische Einrichtungen und Stiftungen im Juliuspital zu Würzburg“<sup>2)</sup>); „Katholische Internatserziehung im Zeitalter der Aufklärung“<sup>3)</sup>). „Ein vergessenes Studenteninstitut im Juliuspital zu Würzburg“<sup>4)</sup>). Diesen vorbereitenden Abhandlungen folgte ein größeres auf mehrjährigen archivalischen Studien beruhendes Werk: „Erziehungs- und Unterrichtsanstalten im Juliuspital zu Würzburg von 1580 bis 1803, erstmals aktenmäßig dargestellt, herausgegeben mit Unterstützung der Gruppe Bayern der Gesellschaft für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte“<sup>5)</sup>). Die Schrift ist ein wertvoller Beitrag zur Kulturgeschichte Frankens und füllt zugleich eine Lücke in der Geschichte der Pädagogik aus. Weiterhin sind hier einschlägig: „Schulerinnerungen eines Würzburger Jesuitenzöglings aus den Jahren 1753—1763“<sup>6)</sup>); sie geben einen interessanten Einblick in den Studienbetrieb am Würzburger Jesuitengymnasium. Zur Geschichte des Hochschulwesens verzeichnen wir: „Der Streit um Kant an der Universität Dillingen i. J. 1793“<sup>7)</sup> und „Ein Kantianer an der Universität Dillingen und seine Schicksale 1793 bis 1797“<sup>8)</sup>); ferner: „Seminarien der philosophischen Fakultät (I. Sektion)“ (Hundert Jahre bayerisch, ein Festbuch von der Stadt Würzburg<sup>9)</sup>); „Der philosophische Unterricht an der Universität Würzburg 1762—73 im Urteil eines ehemaligen Jesuitenzöglings“ (Oberthürs<sup>10)</sup>); „Ein bayrischer Pädagogik-

1) Blätter für das bayerische Gymnasialwesen 1887 S. 289—310 u. S. 353—368.

2) Histor.-polit. Blätter Bd. 141 S. 285—92.

3) Viertes Jahrbuch des Vereins für christliche Erziehungswissenschaft 1912 S. 173—197.

4) Christl. Schule 1913 S. 553—568.

5) München, Beck'sche Verlagsbuchhandlung 1914 IV u. 319 S.

6) Zeitschrift für Geschichte der Erz. u. des Unterrichts 1916. 43—52.

7) Archiv für Geschichte des Hochstiftes Augsburg 1910 S. 222—240

8) Fulda 1911.

9) 1914 S. 225—230.

10) In der Zeitschrift für Geschichte der Erziehung und des Unterrichts 1916 S. 235—38.

professor am Lyzeum in Dillingen von 1805—1826" (Joseph Röckl<sup>1)</sup>); „Studentenleben an Universitäten des 17. Jahrhunderts" <sup>2)</sup>).

4.) Eine Ehrenpflicht des Universitätslehrers ist es, neben seiner Unterrichtlichen und literarischen Tätigkeit auch auf weitere Kreise einzuwirken und Jünger zu wissenschaftlicher Arbeit anzuregen. Dieser Aufgabe entsprach Stölzle durch Begründung eines philosophischen Seminars an der Universität Würzburg, ferner durch Begründung der „Studien zur Philosophie und Religion“, die seit 1908 vorwiegend Arbeiten seiner Schüler bringen — bis jetzt 18 Hefte — und durch die Herausgabe (seit 1916) der „Pädagogischen Forschungen und Fragen". <sup>3)</sup> Beide Publikationen dienen strenger Wissenschaft, die erste im Dienste theistisch-christlicher Weltanschauung, die letztere im Dienste der Forschung auf dem Gebiete der Geschichte der Pädagogik, aber auch einer nationalen und christlichen Erziehung.

Als Mitarbeiter an zahlreichen Zeitschriften übt Stölzle in seinen Referaten streng sachliche Kritik; er beurteilt wissenschaftliche Arbeiten ohne Rücksicht auf Gesinnung und Person des Autors lediglich nach der Leistung d. h. darnach, ob die Arbeit einen Fortschritt der Erkenntnis bedeutet und selbstständig gefertigt ist. Er hält sich ferne von der in gewissen Kreisen vielfach eingerissenen Gewohnheit, literarische Erzeugnisse wegen ihrer Übereinstimmung mit der Gesinnung des Referenten von vornherein ausgezeichnet zu finden, und betrachtet diese Unsitte als ein Hindernis wissenschaftlichen Fortschritts.

Damit ist auch schon zum Teil der Standpunkt charakterisiert, den er sich in seinem geistigen Streben und Wollen

1) Christliche Schule 1915 S. 27—33.

2) Archiv für Kulturgeschichte 1916. 411—15.

3) Bisher liegen vor: Willmann als Pädagog und seine Entwicklung, von Dr. Greißl; Wessenberg, ein christlicher Pädagog, von Dr. J. P. Müller; Salzmann als Moralphädagoge, von Dr. Schnitzler; F. Jos. Müller, ein bayerischer Pestalozzischüler, von Dr. Jos. Hauser.

zur Richtschnur nimmt. Soweit die historische Pädagogik in Frage kommt, legt er Wert darauf, daß dieselbe den Fortschritt der Erkenntnis fördere entweder durch Beibringung ganz neuer Forschungsergebnisse oder durch die Begründung neuer Auffassungen. Hinsichtlich der Theorie ist er ein abgelagerter Feind der auf pädagogischem Gebiete so üppig wuchernden Phrase und im wesentlichen Anhänger des bewährten Alten, ohne sich einem zeitgemäßen und organischen Fortschritte zu verschließen. Darum nimmt er die Vernerschule in Schutz gegen unberechtigte Angriffe und bezeichnet die Verstandesbildung als eine Hauptaufgabe jeder Schule, ohne indes die Charakterbildung zu unterschätzen, die freilich die Schule infolge der ihrem Einflusse entrückten Mieterzieher nur innerhalb gewisser Grenzen betätigen kann. Er betont die Wichtigkeit wissenschaftlicher Vor- und Fortbildung der Lehrer jeder Schulgattung, tritt ein für den Humanismus an unseren gelehrten Schulen und lehnt eine Reform der Disziplin im Sinne der englisch-amerikanischen Selbstregierung und der Schülergerichte als undeutsch und als pädagogische Verirrung ab, dafür fordert er Festhalten an der bisherigen strengen, gemessenen und doch humanen Schulzucht. Auch redet er mit allem Nachdruck einer deutsch-nationalen Erziehung das Wort, wie er dies z. B. in seiner Schrift „Neudeutschland und die vaterländische Erziehung der Zukunft“ in bereicherter Form zum Ausdruck gebracht hat.

Daß ein Vertreter der christlichen Philosophie auch in der Pädagogik in religiöser Hinsicht den christlichen Standpunkt nicht verleugnet, ist selbstverständlich. Wo es geboten ist, läßt Stölzle keinen Zweifel, daß er gleich dem von ihm so hoch verehrten Sailer ein überzeugter Anhänger und Verteidiger einer vom christlichen Geiste getragenen Erziehung ist. Wahre Bildung hält er nur für möglich, wenn sie aus dem Wurzelboden der Religion ihre Kraft schöpft, während eine Erziehung ohne Religion die Erziehung der Seele beraubt und das innere Leben des Menschen verkümmern läßt. Die Beseitigung der Religion aus der Jugenderziehung,

wie sie von den radikalen Reformern verlangt wird, erscheint ihm an sich als kulturwidrig, vom vaterländischen Standpunkte aus vollends als ein Verderben für ein Volk; denn nur die Religion ist es, die der Liebe zum Vaterlande und der Opferwilligkeit für dasselbe im Frieden wie ganz besonders im Kriege die wirksamsten und nachhaltigsten Antriebe gibt; sie ist der stärkste Halt der Sittlichkeit und besitzt die größte gemeinschaftsbildende Kraft. „Hauptsache und Ziel aller Erziehung soll sein und bleiben: Körperliche Tüchtigkeit und sittliche Reinheit, Selbständigkeit des Denkens und fernhafte Religiosität“. — Mit diesen Worten hat Stölzle sein Erziehungsideal, das Ideal des christlichen Pädagogen, hinreichend gekennzeichnet.<sup>1)</sup>

Damit glauben wir das Bild Stölzles, wie es sich in seiner langjährigen akademischen Tätigkeit widerspiegelt, in den wichtigsten Zügen getroffen zu haben. Sein erfolgreiches Wirken fand denn auch die verdiente Anerkennung in verschiedenen äußeren akademischen und amtlichen Auszeichnungen. Das Vertrauen der Kollegen berief ihn zum Amt des Dekans und in den akademischen Senat, die Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde wählte ihn zum Mitgliede, die Görresgesellschaft zum Mitglied des Beirates, die bayerische Regierung verlieh ihm den Michaels-Orden 3. Klasse und den Titel eines Geh. Hofrates. Freilich fehlte es in seiner Laufbahn auch nicht an mancherlei feindlichen Hemmungen, die jedoch mit Hilfe guter Freunde glücklich überwunden wurden. Der Völkerkrieg brachte auch ihm, wie so vielen Tausenden schweres Leid durch den Heldentod seines einzigen vielversprechenden Sohnes. Wie ihm aus Anlaß dieses traurigen Ereignisses vielseitige Teilnahme entgegengebracht wurde, so begleiten ihn an dem Tage, der ihn in das 7. Jahrzehnt eines von reicher Arbeit erfüllten Lebens führt, die aufrichtigsten Glückwünsche

1) Vgl. „Neudeutschland und die vaterländische Erziehung der Zukunft“ S. 31.

seiner Schüler und Freunde in Verbindung mit der Hoffnung, daß ihm seine nie rastende Schaffenskraft noch viele Jahre erhalten bleibe und er noch lange seinem Berufe und der Wissenschaft leben könne, getreu dem Wahlspruch: Vitam impendere vero.

Günzburg.

Dr. J. Hauser.

## LXV.

### Zur Geschichte des Illuminatenwesens in Ingolstadt.

Von Dr. Jakob Angermaier, Freising.

Kurfürst Karl Theodor sah sich veranlaßt, gegen den Illuminatenorden mehrere Verordnungen zu erlassen. Am 22. Juni 1784 wurden ganz allgemein alle geheimen „ohne öffentliche Autorität und landesherrliche Bestätigung errichteten“ Gesellschaften verboten. Am 2. März 1785 ging man schon schärfer vor: die Illuminaten wurden mit Namen genannt, ihr Vermögen sollte zur Hälfte dem Staate, zur Hälfte dem Angeber verfallen. Ein Erlaß vom 16. August 1785 forderte von sämtlichen Vorständen und Mitgliedern der Kollegialbehörden, die dem Orden zugehörten, sich innerhalb acht Tagen freiwillig anzugeben und zum Austritt zu verpflichten.<sup>1)</sup>

Ein Herd des bayerischen Illuminatentums war besonders Ingolstadt. Unter den Professoren und namentlich auch unter den Studenten der Universität befanden sich Anhänger des Ordens. Der kurfürstliche Erlaß vom August 1785 hat natürlich in Ingolstadt besondere Erregung hervorgerufen. Ich möchte hier nur etwas von dem wiedergeben, was ich in Hedenstallers Frisingensia<sup>2)</sup> gefunden habe:

1) Doeberl, Entwicklungsgeschichte Bayerns, II. Band S. 323.

2) Eine sehr wertvolle Sammlung von Akten des Fürstbistums Freising. Dr. Joseph von Hedenstaller geb. 1748 in Regensburg, von Fürstbischof Max Prokop 1788 nach Freising berufen

Der Fürstbischof von Freising, Ludwig Josef von Welben (1769—1788), hatte großes Interesse an den Vorgängen in Ingolstadt, wohl auch deshalb, weil einige seiner Kleriker an der dortigen Universität ihre Studien machten. Er ließ sich daher über die einzelnen Vorkommnisse in der Professoren- und Studentenwelt genauen Bericht erstatten. Sein Vertrauter<sup>1)</sup> machte nun am 19. August 1785 Mitteilung von dem kurfürstlichen Erlaß und den Folgen, welche derselbe für einzelne Persönlichkeiten in Ingolstadt gehabt habe. Unter anderen waren vor allem der Benefiziat Drexel, der Freiherr von Frauenberg und der Freiherr von Bartels genannt. Diese drei gehörten nämlich zu den „vorzüglich sich auszeichnenden“ Illuminaten, die ihre freien Ansichten auch schriftlich zu erkennen gegeben hatten. Benefiziat Drexel war Universitätsbibliothekarius, Frauenberg und Bartels waren Studenten.<sup>2)</sup>

Drexel, Frauenberg und Bartels standen in Beziehung zu einem Freiherrn von Berchem. Dieser besaß ein Stammbuch, ein „Einschreibbuch“, in welches Drexel, Frauenberg und Bartels ihre Ansichten über Religion eintrugen.

Der Vertrauensmann des Freisinger Fürstbischofs übersandte am 19. August 1785 zugleich mit dem Berichte auch „Drei Auszüge aus dem Stammbuch des Freiherrn von Berchem, welche die Herren: Benefiziat Drexel, der Freiherr von Frauenberg und dann der Freiherr von Bartels

---

als geistl. Rat, erhielt 1792 von Joseph Konrad, dem letzten Fürstbischof, den Auftrag, die Urkunden und Akten des Hochstifts, die zerstreut umherlagen, zu sammeln und zu ordnen. Heidenstaller, der später Domdekan und apostol. Vikar des verwaisten Bistums wurde, plante auch eine Fortsetzung von Meichelbecks Geschichtswerk. Doch erschien nur die Diss. de antiqu. Eccl. Cath. Frising. 1824. Heidenstaller starb 1831 (1832?) und liegt in München begraben.

- 1) Es fehlt die Unterschrift, nur Datum (19. Aug. 1783) u. Ort (Ingolst.) sind sicher.
- 2) Genaueres über die gen. Personen kann vielleicht später berichtet werden.

in selbiges hineinschrieben.“<sup>1)</sup> Wenn man die in das Stammbuch eingetragenen Ansichten betrachtet, kann man verstehen, warum Karl Theodor gegen derartige Persönlichkeiten so energisch vorging.

Im „ersten Pièce, von dem geistlichen Benefiziat Drexel“ wird ein Mensch ohne Aufklärung einem aufgeklärten gegenübergestellt.

„Welches ist die Religion eines Menschen oder Volkes ohne Aufklärung! Nichts weiter als Gedächtnis Werke, als Ceremonie Werke, . . . als Selbstbetrug! Die niedrigsten Begriffe von der Gottheit, und ein ebenso niedriges, knechtisches, kindisches Verhalten gegen dieselbe. Die abergläubigsten Vorstellungen von der Wunderkraft gewisser Worte — — — Eifer ohne Verstand, Glaube ohne Tugend, Frömmigkeit ohne Menschenliebe!

Und welches ist die Religion eines aufgeklärten Mannes, eines Volkes, wo man das Licht nicht scheut, wo man ihm den Zugang zu dem Verstande der Menschen gerne öffnet! Das Gegentheil von jenem!“

Hiermit empfiehlt sich dem Andenken des würdigen Besitzers  
Anton Drexel.

Der zweite Eintrag in das Einschreibbuch des Freiherrn von Berchem ist von Frauenberg. Seine Worte sind voll höhnenenden Spottes über die Verrichtung guter Werke. Sie enthalten auch eine schwere Beleidigung des Priesterstandes. „Derjenige ist ein guter Christ, . . . der seine Gaben auf den Altar darbringt, der von der Frucht seines eigenen Fleißes nicht eher etwas kostet, als bis er einen Teil davon Gott widmet — bringt Geschenke von Zehenden den Geistlichen, kommt fleißig in die Kirche und bittet die H. H. demütig um ihren Schutz! Wenn ihr diese Dinge beobachtet, so könnt ihr mit Zubericht zu dem Richterstuhl des ewigen Richters gehen.“

Freiherr von Bartels machte in das „Stammbuch“ einen Eintrag „über die Entstehung der geoffenbahrten Religion.“

1) Heftenst. Fris. 307.

Im Anschluß an Lessings theologischen Nachlaß erklärt er: „Einen Gott erkennen, sich die würdigsten Begriffe von ihm machen, auf diese würdigsten Begriffe bey allen unseren Handlungen und Gedanken Rücksicht nehmen, ist der vollständigste Inbegriff aller natürlichen Religion.“

Nur die natürliche Religion sei das Wesentliche, alles Positive sei menschliches Beiwerk. „Alle positive und geoffenbahrte Religion sei gleich wahr und gleich falsch. Gleich wahr, sofern es überall gleich nothwendig gewesen ist sich über verschiedene Dinge zu vergleichen, gleich falsch, indem nicht sowohl das, worüber man sich verglichen, neben dem Wesentlichen bestehet, sondern das Wesentliche verdrängt. Die beste geoffenbahrte Religion ist die, welche die wenigsten konventionellen Zusätze zur natürlichen Religion erhält.“

Freiherr von Berchem, in dessen Einschreibbuch diese Ansichten eingetragen waren, hatte nach dem Urtheile des Freisinger Vertrauensmannes noch nicht die gleichen Gesinnungen. „Es scheine ihm vielmehr, daß die drei anderen Berchem mittels solcher Handgriffe zu ihrer Seite langsam präpariren wollten.“

Im kurfürstlichen Erlasse vom 16. August 1785 hieß es nun: „Derley Leuth könnten unmöglich in den Landen geduldet werden.“

„Der Benefiziat Drexel als ein auf der Universität schädlicher und gefährlicher Mann sei seines Beneficii hie-mit enthoben, selbiger hätte nach einigen Jahren testimonia seines Wohlverhaltens beizubringen, dann werde man ihm, wenn nichts entgegen sey, fernere Versorgung zukommen lassen. Die unter den Illuminaten vorzüglich sich auszeichnenden Frauenberg und Bartels hätten sich als räuthige Schaf von der Universität zu entfernen und bey ihren respektiven Vormündern oder Eltern besseres Christenthum zu lernen.“

## LXVI.

### Deutscher Reichstag und auswärtige Politik.

Die öffentliche und noch mehr die vertrauliche Erörterung im deutschen Reiche steht nicht erst seit Ausbruch des Krieges unter dem Eindruck des Versagens der deutschen Diplomatie. Ob diese Auffassung berechtigt ist oder nicht, kann hier dahingestellt bleiben. Fest steht, daß unausgesetzt über die Reform des diplomatischen Dienstes in der Presse von Berufenen und Unberufenen gesprochen wird, daß man denselben aus dem Rahmen exklusiver Gesellschaftsschichten herausgenommen und auf eine breitere Basis gestellt sehen möchte. Das Wesen der Sache wird dadurch noch nicht getroffen, wenngleich die Technik des äußeren Dienstes gleichfalls außerordentlich wichtig ist, weil durch sie die Instruierung der Zentralstellen über die Lage in den einzelnen Ländern erfolgt und die Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Ausland geschieht — oder besser gesagt: erfolgen und geschehen soll. Das Wesen ist die äußere Politik selbst, sind ihre Richtlinien, nicht aber die Form ihrer Lebensbetätigung.

Fürst Bismarck hatte Preußens auswärtige Politik auf das kleindeutsche Programm eingestellt und so die deutsche Frage gelöst, in Anlehnung an Rußland. Diese Grundrichtung, welche von großdeutscher Seite abgelehnt wurde, hat Fürst Bismarck mit eiserner Konsequenz und mit vollendeter diplomatischer Virtuosität in der Fernhaltung von Mächtecombinationen durchgeführt. Nach ihm wurde alles flüssig. Allein der Anfang reicht noch in die Bismarck'sche Ära zurück. Der deutsch-russische Neutralitätsvertrag war das letzte Werk Bismarcks, die Auflösung desselben ist indes noch durch die Ereignisse während der Amtszeit Bismarcks erfolgt. Denn die Versuche des Zaren Alexander III.,

Frankreich an die Seite Rußlands zu bringen, waren schon lange Zeit lebendig. Der russisch-deutsche Neutralitätsvertrag aber wurde durch die russisch-französische Entente hinfällig. Nach Bismarck erfolgte ein Hin- und Herpendeln der deutschen auswärtigen Politik zwischen England und Rußland. Als 1907 die englisch-russische Abmachung erfolgte, da war eigentlich alles gegen das deutsche Reich festgelegt. Gleichwohl wurden die deutsch-englischen Verständigungsversuche betrieben. Und wie man aus den Reden und Aktenstücken sehen kann, hat man sich auf deutscher Seite bis zum Ausbruch des Krieges mit der Hoffnung getragen, England werde bei einer Konflagration nicht der Gegner Deutschlands sein.

Man begegnet heute kaum noch einem ernstlichen Widerspruch, wenn man das Ergebnis der Lage dahin zusammenfaßt: an der Grundrichtung der deutschen äußeren Politik hat es gefehlt.

Hier setzt nun der deutsche Reichstag auch ein. Mit 302 gegen 31 konservative Stimmen nahm am 27. Oktober der Reichstag einen Antrag des Zentrums an, zu beschließen: „Der Reichstag ermächtigt den Ausschuß für den Reichshaushalt, zur Beratung von Angelegenheiten der auswärtigen Politik und des Krieges während der Vertagung zusammen zu treten.“

Der Zentrumsführer Gröber, der den Antrag begründete (26. Oktober), forderte eine dauernde Verständigung zwischen Reichstag und Reichsleitung über die Richtlinien der deutschen auswärtigen Politik, ein Zusammenwirken zwischen Reichsleitung und Reichstag, eine ständige Kontrolle über die Führung der äußeren Politik. Er fügte hinzu, die Volksvertretung sei in der Lage, durch das Mittel der Geldbewilligung ihrer Auffassung mit Nachdruck Geltung zu verschaffen. Wie man sieht, ist hier von der Technik, d. h. dem diplomatischen Dienst, und von der Durchführung der auswärtigen Politik im einzelnen keine Rede. Es ist kein parlamentarischer Eingriff in die Verwaltungssphäre; die Initiative,

Durchführung und Verantwortung bleibt nach wie vor bei den verantwortlichen Stellen der Reichsleitung. Nur mit den Richtlinien wird sich der Reichstag beschäftigen. Und hier muß eben diese Aufgabe der Natur der Sache nach beschränkt sein auf die Information des Reichstags durch die Reichsleitung, der sich dann auf Grund dieser Informationen sein Urteil zu bilden haben wird.

Die Parallele ist gegeben im Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten, der im Artikel 8 der Reichsverfassung festgelegt ist. Dort heißt es:

„Außerdem wird im Bundesrate aus den Bevollmächtigten der Königreiche Bayern, Sachsen und Württemberg und zwei alljährlich zu wählenden Bevollmächtigten anderer Bundesstaaten ein Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten gebildet, in welchem Bayern den Vorsitz führt.“

Dieser Ausschuß ist geschaffen worden durch den bayerischen Vertrag vom 23. November 1870, Art. 2, § 6, und sollte nach demselben aus den Bevollmächtigten der Königreiche Bayern, Sachsen und Württemberg unter dem Vor- sitze Bayerns bestehen. Bei der Redaktion der Reichsverfassung wurde er aber verstärkt durch 2 vom Bundesrate alljährlich zu wählende Bevollmächtigte anderer Bundesstaaten.

Es ist für die Bestrebungen, welche jetzt im Reichstag verwirklicht werden sollen, ersprießlich, einen Rückblick auf die Entstehung und Bedeutung dieses Bundesratsausschusses zu werfen.

Über diese läßt sich der Staatsrechtslehrer Dr. Paul Laband also vernehmen:

„Dieser Ausschuß ist durchaus verschieden von den übrigen durch die norddeutsche Bundesverfassung bereits vorgesehenen Bundesratsausschüssen und entspricht einer ganz anderen Funktion des Bundesrates wie die Letzteren, obwohl er im Art. 8 der Reichsverfassung neben denselben Platz gefunden hat. In allen, den übrigen Ausschüssen zugewiesenen Funktionen erscheint der Bundesrat durchweg als ein Organ des Reiches, als ein Teil

des Regierungsapparates des Reiches; in dem Ausschusse für die Auswärtigen Angelegenheiten dagegen als ein Kommunikationsmittel der Einzelstaaten. Dieser Ausschuß hat nichts zu tun mit der Instruierung der diplomatischen Geschäftsträger, mit dem Abschluß internationaler Verträge, mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten; er kann nicht namens des Reiches beschließen oder Beschlüsse des Bundesrates in auswärtigen Angelegenheiten vorbereiten. Er ist nur dazu da, um Mitteilungen über die auswärtigen Beziehungen des Reiches zu empfangen und die Ansichten der Regierungen über diese Mitteilungen auszutauschen; er dient lediglich zur Information der Bundesregierungen über den Stand der auswärtigen Politik und zur Diskussion dieser Politik, ihrer Zielpunkte und Wege.

Daraus erklärt es sich, daß in diesem Ausschusse, und zwar nur in diesem, Preußen nicht vertreten ist, da eine Information des Kaisers über den Stand der auswärtigen Politik, deren oberste Leitung ihm selbst zusteht, widersinnig wäre. Dieser Ausschuß bildet aber keineswegs ein Hindernis, daß nicht auch dem Plenum des Bundesrates unmittelbar Mitteilungen über die auswärtigen Angelegenheiten des Reiches gemacht werden, wie dies bereits vor Bildung dieses Ausschusses wiederholt geschehen ist.

Da der Bundesrat ein Kongreß von Bevollmächtigten sämtlicher Bundesstaaten ist, so kann er auch dazu dienen, daß die deutschen Regierungen außerhalb der verfassungsmäßigen Kompetenz des Bundesrates sich über gleichmäßige Verwaltungseinrichtungen oder übereinstimmende Handhabung von Dingen, welche der freien Verwaltung der Einzelstaaten unterliegen, verständigen und darüber „Grundsätze“ vereinbaren. Hier ist aber die Majorität der Stimmen nicht befugt, die Minderheit zu zwingen; solche Vereinbarungen verpflichten nur diejenigen Regierungen, welche ihnen zugestimmt haben; auch können sie niemals die Kraft von „Rechtsätzen“ haben.“ („Das Staatsrecht des deutschen Reiches“, Bd. I, Seite 253 und 254.)

Der Direktor des Bundeskanzleramts Dr. Delbrück hat

dem Bundesratsausschuß folgende Begründung im Norddeutschen Reichstag gegeben:

„Es gehört hierher die Schaffung eines neuen Ausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten. Je weiter sich der Bund entwickelt und je mehr größere Staaten ihm beitreten, desto mehr tritt das sachliche Bedürfnis hervor, daß nicht bloß, wie es bisher vielfach geschehen ist, durch gelegentliche Mitteilungen an die Gesandten und an die im Bundesrat versammelten Vertreter der Bundesregierungen, sondern in einem formell geregelten Wege Mitteilungen über den Gang der politischen Lage gemacht werden. Es liegt in der Natur der den Ausschüssen des Bundesrats überhaupt zugewiesenen Funktionen, daß die Instruierung der Gesandten diesem Ausschusse nicht zufallen kann, er wird seinerseits Kenntnis von der Lage der Dinge nehmen und wird in der Lage sein, durch diese Kenntnis, durch Anträge, die er dem Bundesrat stellt, durch Bemerkungen, die er dem Präsidium macht, auf die Behandlung der Politik einen Einfluß auszuüben.“ (Stenogr. Sitzungsbericht des Norddeutschen Reichstages vom 5. Dez. 1870.)

Nochmals verbreitete sich Dr. Delbrück im Verlaufe der Beratung über die Bedeutung des Ausschusses:

Dr. Delbrück betont die Notwendigkeit, daß diejenige Macht, welcher die völkerrechtliche Vertretung des Bundes nach Außen und die Leitung der allgemeinen Politik des Bundes verfassungsmäßig zusteht, sich in fortwährender Fühlung erhalte mit den Bundesgenossen. Daß ein gleiches Verhältnis in dem neuen Bunde stattfinden werde, liege in der Natur der Sache. „Es schien nun, daß der wichtigste, einfachste und klarste Weg zur Herstellung dieser Verbindung und Mitteilung die Schaffung eines solchen diplomatischen Ausschusses sei; denn es kommt dabei und kam bisher keineswegs darauf an, die Mitteilungen bloß als Mitteilungen abzugeben, sondern es kam auch darauf an und ist Wert darauf gelegt worden, die Ansicht desjenigen Hofes über die Sache zu hören, dem diese Mitteilung gemacht wurde. Der Mittelpunkt dieser Mitteilungen, soll in Zukunft der diplomatische Ausschuß sein. Was

also die gegenteiligen Mitteilungen und was die darin liegende Aufforderung betrifft, eine Ansicht auszusprechen, ist er in der Tat nur der Ersatz für einen anderen unbedingt, wenn diese Bestimmung nicht da wäre, gebotenen und wie mir scheint, entschieden weitläufigeren Wege." (Stenographischer Sitzungsbericht des Norddeutschen Reichstags vom 8. Dez. 1870).

Wie man sieht, hat Laband diese Darlegungen Delbrücks in seiner Interpretation der Zuständigkeit und Bedeutung dieses Ausschusses festgehalten. Der Ausschuß ist nicht bloß ein Organ zur Information der Bundesregierungen über auswärtige Angelegenheiten, sondern auch Organ zur Aussprache, zur Stellung von Anträgen, um auf diese Art Einfluß auf die Behandlung der äußeren Politik zu gewinnen.

Solange Fürst Bismarck am Ruder war, ist aus dem Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten nichts geworden. Der Ausschuß ist unter Bismarcks Regide etwa dreimal zusammengetreten, späterhin auch nicht häufig, aber doch öfter wie früher. Unter dem Ministerium Bodewils ist der Ausschuß ersichtlich mehr zur Geltung gekommen und unter dem Ministerium Hertling außerordentlich oft, namentlich jetzt in der Kriegszeit. Wiederholt hat im Weltkrieg der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten nach solchen Beratungen für den Reichskanzler einstimmige und pointierte Vertrauensfundgebungen erlassen.

Hier sei an ein Wort des konservativen Abgeordneten von Blankenburg erinnert, der bei Beratung der Verfassung im Norddeutschen Reichstag sagte:

„Sachlich begrüße ich ihn (den Ausschuß) als einen Fortschritt und zwar als einen Fortschritt zur Stärkung der diplomatischen Macht Preußens, denn Preußen wird gerade im Ausland an Ansehen gewinnen, wenn das Ausland weiß, daß es in den diplomatischen Aktionen auch den verfassungsmäßig feststehenden Beirat der Bundesglieder eingeholt hat.“ (Sitzungsbericht vom 8. Dez. 1870.)

Das Wort kann man im gleichen Sinne auch heute

anwenden. Es ist ganz klar, daß die Führung der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches, wenn sie eine Klarlegung und Sachbehandlung im Bundesrat von Phase zu Phase findet und sich auf das Vertrauen der Bundesregierungen stützt, ein höheres Maß von Autorität besitzt.

Das Gleiche gilt aber auch vom Reichstag. Man kann für den Beschluß des Reichstages ebenso anführen, was für den Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten seitens Delbrück geltend gemacht worden ist: Information des Reichstags durch die Reichsleitung und Beeinflussung der Reichsleitung durch den Reichstag. So liegt die Frage rein theoretisch. Die praktische Durchführung ist natürlich etwas anderes. Es kommt darauf an, was aus der neuen Einrichtung gemacht werden will. Darüber sich in Vorhersagungen zu ergen, hat keinen Zweck. Bei den obigen Darlegungen war lediglich bezweckt, historisch-politisch zu erläutern, welches die innere Bedeutung des Reichstagsbeschlusses und was das Bedürfnis der Zeit ist.

## LXVII.

### Neuorientierung nach links?

— 7. November.

Der deutsche Reichstag hat am 11. Oktober eine Aussprache über die schwebenden politischen Fragen gepflogen und allerlei Nachflänge jener Diskussion sind auch noch in den jüngsten und allerjüngsten Verhandlungen zu vernehmen gewesen, so namentlich wieder bei Beratung des Antrages auf dauernde Fühlungnahme des Haushaltsausschusses mit der Regierung über die auswärtigen Angelegenheiten und Kriegsfragen.

Man konnte wohl begierig sein zu erfahren, welchen Einfluß der jetzige furchtbare Krieg auf die Geister der

Parteien ausgeübt, ob er Programme erschüttert, Unklarheiten geklärt, Irrtümer berichtigt, neue Ideen erzeugt oder zur Reife gebracht habe. Die Neugierde, insofern sie auf wirklich Neues gerichtet war, ist wenig oder gar nicht befriedigt worden, vielleicht wäre eher zu sagen, daß man vielmehr überrascht war, in der Hauptsache noch immer alte Parteischlagworte wirksam zu sehen. Das große Wort, um ebenfalls einen alten Ausdruck zu gebrauchen, haben nämlich wie bei früheren Gelegenheiten auch diesmal wieder die linksstehenden Parteien geführt. Diesen Parteien ist Deutschland auch heute noch zu reaktionär, und sie möchten es viel demokratischer und freisinniger eingerichtet sehen. Nach ihrer Meinung muß nach dem Krieg unbedingt eine Neuorientierung der Reichsführung in dem angegebenen Sinne, also eine entschiedene Linksdrehung erfolgen, das sei das Reich den aus den Schützengräben zurückkehrenden Helden unweigerlich schuldig und werde von diesen auch unweigerlich so gefordert werden.

Worin soll diese Neuorientierung, diese Linksdrehung in concreto bestehen? Vor Allem in der Einführung des allgemeinen Wahlrechts auch für den preußischen Landtag, dann aber auch in einer mehr oder minder weitgehenden Parlamentarisierung der Reichsregierung, und endlich solle es überhaupt mehr Freiheit im Reiche geben.

Das bestehende Wahlrecht für den preußischen Landtag hat kaum ernsthafte, jedenfalls keine glühenden Vertheidiger; es entspricht ja auch dem sogenannt reaktionären Standpunkt nur in sehr beschränktem Maße. Nur dessen Ersetzung gerade durch die Schablone des allgemeinen Wahlrechts hat bisher viele Bedenken erregt. Heute, wenn es darauf ankäme, würde der Widerstand gewiß bedeutend schwächer sein, obgleich die Meinungen über den inneren Wert desselben sich bei den Gegnern schwerlich geändert haben. Man hat nunmehr mit dem allgemeinen Wahlrecht schon so viele Erfahrungen gemacht, daß man unbedenklich sagen kann: diese Forderung, die ehemals eine große Be-

deutung hatte, ist heute eine rein doktrindäre Parteiforderung geworden, von welcher die Führer der betreffenden Parteien selber keine erhebliche Änderung, am allerwenigsten eine erhebliche Besserung der bestehenden Zustände erwarten. Die moderne Volkswillentheorie ist, wenn und wo nicht bestimmte Voraussetzungen bestehen, überhaupt eine sehr fragwürdige Theorie, und schon gar die Meinung, daß die modernen Parlamentsmajoritäten der wirkliche Ausdruck der überwiegenden Volksmeinung seien, ist (außer durch andere Argumente) schon oft auch durch den ziffernmäßigen Nachweis, daß diese Majoritäten nicht selten bloß die Minorität der Wähler darstellen, stark ins Schwanken gebracht worden. Also ist heute sowohl der Glaube an die beglückende Macht des allgemeinen Wahlrechts, wie auch die Furcht vor dessen umstürzender Wirkung sichtlich im Schwinden begriffen, und es ist schwer verständlich, wie man aus einer solchen Forderung mitten im mörderischsten Trommelfeuer in Ost, Süd und West soviel Wesens machen mag.

Das kurioseste Argument aber, das man je gehört hat, ist wohl das gewesen, daß man nämlich im Ausland so lange nicht an das Vorhandensein einer selbständigen öffentlichen Meinung in Deutschland glauben werde, solange nicht allenthalben das allgemeine Wahlrecht bestehe. Vor Allem noch immer diese Stachbudelei vor dem lieben Ausland! Ein Redner hat überdies den Einfall gehabt, bei dieser Argumentation auf England zu exemplifizieren, wo man alle öffentliche Meinung in Deutschland bloß für kommandiert halte. Nun hat England — trotz der allerdemokratischsten Tiraden eines Lloyd George — selber noch kein allgemeines Wahlrecht und wird sich, wegen der Iren, auch jetzt kaum sehr beeilen, es einzuführen. Außerdem: für den deutschen Reichstag besteht ja das allgemeine Wahlrecht schon seit Beginn. Wenn man trotzdem in England an die Selbständigkeit des Reichstags nicht glaubt, so wird man an jene des oder der Landtage noch viel weniger glauben. Der jetzige Reichstag in seiner Majorität will auch von einer Drehung der Reichs-

führung im linksliberalen Sinn nicht viel hören. Angenommen aber, die Reichsregierung gäbe wirklich eines Tages die Parole „Links schwenkt!“ aus, werden etwa dann die Engländer diese Linksschwenkung, wenn sie wirklich erfolgt, als weniger kommandiert betrachten?

Mit der gleichfalls geforderten Parlamentarisierung der Regierung verhält es sich wenig besser. Parlamentarisierung will sagen, daß man von der strengen Form der *trias politica* abgehen und Legislative und Exekutive in nähere, innigere Verbindung bringen solle. Praktisch läuft das darauf hinaus, daß die Führer der Parlamentsmajorität zur Regierung berufen werden sollen. Da ist es nun zunächst wieder nicht wenig kurios, daß der Ruf nach Parlamentarisierung gar nicht von der Majorität des Reichstags, die daran doch in erster Linie interessiert wäre, sondern nur von einzelnen Minoritätsparteien erhoben wird. Aber nehmen wir an, es würde mit der Parlamentarisierung Ernst gemacht, so gibt es dazu zwei Wege: den französischen und den englischen. Der französische Weg führt zur Republik. Aber daran denken selbst die Sozialdemokraten nicht ernsthaft. Bleibt also nur das englische Muster. Mit diesem englischen Muster jedoch verhält es sich beiläufig so, wie wenn man die Staaten des Altertums für die jetzige Zeit als Muster nehmen wollte. Alle Ordnung der etwa in Betracht kommenden antiken Staaten hatte die Sklaverei zur Voraussetzung. Und alle englische Ordnung hat wenigstens heute zur Voraussetzung, daß der übergroße Teil der englischen Besitzungen (Kolonien, Dominions und Schutzstaaten), rund 376 von 421 Millionen, im englischen Parlament und folglich auch in der englischen Regierung gar nicht vertreten ist. Worin also besteht da der Parallelismus? Aber selbst wenn man auch hievon absehen könnte: ist denn das europäisch-englische Muster gar so begehrenswert? Haben die Parteien, die sich im Demokratismus nicht genug tun können, etwa Sehnsucht nach der englischen Armen- und Arbeitslosengesetzgebung? Oder nach dem zynischen Kapitalismus, wovon alle

englischen Einrichtungen durchseucht sind? Bloß die Lichtseiten einer Sache zu wollen und die Schattenseiten nicht zu wollen, das versteht auch ein Kind, erfahrene Leute aber wissen, daß wo Licht auch Schatten ist und daß beide untrennbar sind. Eine parlamentarische Majoritätsregierung als System, was ist sie anderes und was kann sie anderes sein als ein großer aller Regierungszweige umfassender Trußt?

Endlich die größere, die weitestgehende Freiheit, worin soll die bestehen? In einer größeren Freiheit des Handelns? Der Dichter sagt so schön: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut, denn das allein unterscheidet ihn von allen Wesen, die wir kennen.“ In der Betätigung solcher Eigenschaften, wie der Dichter sie empfiehlt, sind die freiheitsdürstenden Redner sicher nie gehindert worden. Die Sache ist also anders gemeint, und im Musterlande England hat man es in anderer Hinsicht allerdings ziemlich weit gebracht. Schon einige Zeit vor Ausbruch des Krieges hatten die Ulsterleute sich ganz regelrecht bewaffnen, förmlich ein bewaffnetes Korps gegen Home-rule aufstellen dürfen. Die Iren haben es nachgemacht. Diesen wollte man es hindern, die Absicht ist aber nicht recht gelungen, und so geht jetzt in ernsten politischen Kreisen die Meinung um, der gegenwärtige Krieg sei den Lloyd George-Leuten auch aus dem Grunde willkommen gewesen, weil er einen Ausweg vor dem drohenden Bürgerkrieg eröffnete. An dieser Freiheit des Handelns haben sonach die Lloyd George-Leute, als es damit ernst werden wollte, selber keinen Gefallen mehr gefunden.

Der weitestgehenden Rede- und Preßfreiheit scheinen solche Bedenken nicht entgegenzustehen. Denn leicht bei einander wohnen die Gedanken, sagt der Dichter anderswo; und nur von den Sachen heißt es, daß sie sich hart im Raume stoßen. Aber was war denn eigentlich zuletzt noch zu reden und zu drucken verboten? Vom Reichsoberhaupt bis tiefst hinunter, am liebsten alles, was oben ist, haben wir durch die Hechel gehen gesehen. Und was auch sonst die Vorurteilslosigkeit betrifft: noch kurz vor dem Kriege hat

der vielberufene Pariser „Temps“ mit großem Behagen in Übersetzung einen deutschen Roman, einen, wie wir sagen möchten, deutschen Professorenroman veröffentlicht, der im Grunde nichts anderes war als eine kathedrale Rechtfertigung dessen, was man die freie Liebe zu nennen pflegt. Das soll etwa noch immer nicht genug sein? Man wolle doch bedenken, welche bedeutende Fortschritte man in diesen Beziehungen schon gemacht hat. Es ist noch gar nicht so lange her, daß ein Redner im Reichstag zitierte:

Wenn ich vor deinem (Schiller's) Denkmal steh',  
Dann tut mir's Herz im Leibe weh.  
Früher, ja, warst du der Mann,  
Heute ist's der Sudermann.

Das war damals. Heute ist ganz zweifellos auch Sudermann bereits überholt; man ist auf seiner Bahn schon wieder sehr bemerklich fortgeschritten. Auch im Reichstag selbst ist erst jüngst ein Thema behandelt worden, das man bei seiner — des Reichstags Gründung gewiß noch ganz für unmöglich gehalten hätte. Also unleugbar sehr bedeutende Fortschritte. Nur fürchten wir allerdings sehr für die Größe der deutschen Nation, wenn dieser Fortschritt als ein Fortschritt nach aufwärts, zu der Menschheit Höhen, angesehen werden sollte; es wäre das erste Beispiel der Weltgeschichte, daß ein Volk auf solchen Wegen groß geworden und geblieben wäre.

Neuorientierung — schon recht, es ist sicherlich manches zu bessern, und in mancher Beziehung werden nach dem Kriege neue Wege einzuschlagen sein. Nur sollten vielleicht diejenigen, die so laut nach Neuorientierung rufen, auch auf sich selber nicht ganz vergessen. Denn es steht irgendwo schon seit etwa neunzehnhundert Jahren beiläufig geschrieben: *omnis reformatio incipiat a reformante*. Und wenn dieser Autor mißliebig sein sollte, so versuchen wir unser Glück mit einem viel jüngeren, mit Lessing, der meint: „Man spricht selten von der Tugend, die man hat, aber desto öfter von der, die uns fehlt.“ J . . . . l.

## LXVIII.

### Kürzere Besprechungen.

1. Der Papst und die römische Frage. Unter dieser Überschrift erschien vor kurzem im Verlage von J. P. Bachem in Köln eine Schrift aus der Feder Dr. Karl Hoebers, Redakteur an der „Köln. Volksztg.“. Die Schrift ist eine erweiterte Ausarbeitung eines Vortrags, den der Verfasser im Februar bezw. März d. J. in der Vereinigung akademisch gebildeter Katholiken zu Köln bezw. Hamm i. W. gehalten hat. Sie beansprucht deshalb vor allem besondere Aufmerksamkeit, weil der Verlag, wie es in einem kurzen Vorworte heißt, sich bemüht hat, bezüglich der darin gemachten Vorschläge zur Lösung der römischen Frage die Meinung „der in dieser Hinsicht allein entscheidenden Stelle“ zu erkunden. Es ist darauf ein vom 12. März 1916 datiertes Schreiben aus Rom als Antwort eingegangen, das in den auf die vorliegende Hauptfrage bezüglichen Stellen folgendermaßen lautet:

„Was den Inhalt Ihres Schreibens anbelangt, so beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß der Vortrag des Herrn Dr. Hoeber sehr schön ist und hier gut gefallen hat. Sie können sehr gut den Vortrag in seinem Wortlaut im Buchverlag herausgeben und auch die Stelle, „daß das Gebiet des Papstes nur wenige Quadratkilometer zu umfassen brauchte usw.“, bestehen lassen; denn nur ein wirklich territoriales Besitz kann dem Papste diejenige Freiheit gewährleisten, deren derselbe zur Ausübung seines hohen Amtes bedarf. Der Papst muß ein wirklicher Souverän sein und nicht ein solcher, dem durch die Gnade eines Staates oder auch aller Staaten lediglich nur souveräne Ehrenrechte zugebilligt werden; das wäre unwürdig für das Oberhaupt der Kirche. Die Internationalisierung der italienischen Garantiegesetze würde den Papst nur zum Spielball sämtlicher Mächte machen.“

Einleitend weist der Verfasser darauf hin, daß gegenwärtig die römische Frage bei den Katholiken wie Nichtkatholiken aller Kulturvölker im Mittelpunkt der öffentlichen Interessen steht, und daß das allgemeine Empfinden vorherrscht, es müßte im Weltkriege auch die römische Frage im Sinne des Rechtes und im Interesse der Wohlfahrt und des Friedens der Völker endgültig aus der Welt geschafft werden. Er behandelt dann nacheinander die religiös-kirchliche, die italienisch-nationale und die völkerrechtlich-internationale Seite der römischen Frage, um sich zum Schluß mit neueren Vorschlägen und Richtlinien zu ihrer Lösung zu befassen. Die beiden ersten Kapitel geben im wesentlichen eine orientierende Übersicht über die bekannten, von religiös-kirchlicher und italienisch-nationaler Seite zu berücksichtigenden Gesichtspunkte. Von besonderer Wichtigkeit ist das dritte Kapitel, das sich mit der völkerrechtlich-internationalen Seite der römischen Frage befaßt. Verfasser legt darin im einzelnen das Zwitterhafte und das in sich Widerspruchsvolle des Garantiegesetzes dar. Die Geschichte der letzten 45 Jahre zeigt, daß die italienische Regierung das Garantiegesetz einerseits aus bösem Willen selbst nicht in allen Fällen beachtet hat, andererseits auch gar nicht in der Lage ist, es unter allen Umständen zu wahren. Verfasser belegt dies mit zahlreichen Beispielen und Zeugnissen. Eine wirkliche Kriegserklärung der italienischen Regierung gegen den hl. Stuhl erblickt der Verfasser in dem Abkommen Italiens mit dem Vierverbände, wonach Italien bei seinem Beitritt zum Londoner Vertrag am 30. November 1915 sich ausbedungen haben soll, daß bei zukünftigen Friedensverhandlungen die Internationalisierung der römischen Garantiegesetze für den Heiligen Stuhl nicht erörtert, noch irgend welche Veränderungen an diesen Gesetzen zugunsten des Vatikans beschlossen werden dürften.

In einem vierten und letzten Kapitel verbreitet sich der Verfasser über neuere Vorschläge und Richtlinien zur Lösung der römischen Frage. Selbstverständlich handelt es sich und soll es sich dabei handeln nur um private Versuche und um eine private Prüfung ihrer Durchführbarkeit und ihrer ideellen

und materiellen Folgen. Daher stellt der Verfasser auch an die Spitze den Satz: Der Heilige Stuhl wird selbst die Grenzen der Lösungsmöglichkeiten feststellen, wenn hierfür die Zeit gekommen ist. Zunächst bespricht er dann kurz den von verschiedenen Seiten gemachten Vorschlag einer Internationalisierung des Garantiegesetzes und zeigt, welche Gründe gegen eine solche Lösung sprechen. Dann erwähnt er einen viel besprochenen Artikel der „Neuen Züricher Nachrichten“ vom 4. März 1916. Den darin gegebenen Richtlinien zur Beurteilung der römischen Frage, die in der Verurteilung des Garantiegesetzes, der Betonung des internationalen Charakters der römischen Frage und der Forderung auf Zulassung des Hl. Stuhles zu einem eventuellen Friedenskongreß gipfeln, stimmt er zu. Nach Erwähnung einiger französischer, deutscher und italienischer Pressestimmen kommt er auf den bekannten Vorschlag zu sprechen, etwa bloß den leoninischen Stadtteil Roms, zu dem gerade der Vatikan gehört, und das unmittelbar daranstoßende westliche Gebiet bis ans Meer als hinreichende territoriale Unterlage für eine päpstliche Souveränität zu erklären. Auch diese Lösung hält er mit Rücksicht auf die in den letzten Jahrzehnten erfolgte Bebauung dieses Stadtteils als undurchführbar. Endlich erwähnt Verfasser dann einen in jüngster Zeit aufgetauchten und auch in katholischen Kreisen Deutschlands und Österreichs mannigfach erörterten Vermittlungsgedanken von M. Claar in dessen Studie „Der päpstliche Stuhl und die römische Frage.“ Danach soll der Vatikan mit stillschweigender Zustimmung Italiens ausgedehnte Gebiete, die zwischen den vatikanischen Gärten und dem Meer liegen, als privatrechtliches Eigentum, wie jeder andere Käufer, erwerben und zunächst rein privatrechtlich und ohne extraterritorialen Charakter dieses Gebietes räumlich mit den vatikanischen Gärten verbinden. Einen ersten Anfang hat die Kurie unter Pius X. gemacht, als zur Erweiterung der vatikanischen Gärten der in der Nähe derselben gelegene Pinienhain gekauft wurde, der mit dem vatikanischen Gebiet durch einen mit Erlaubnis der italienischen Regierung gebauten Viadukt über eine öffentliche italienische Straße verbunden wurde.

Auß der auf privatllichem Wege erfolgten Erweiterung des vatikanischen Gebiets soll dann später nach erfolgter Annäherung des Vatikans und des Königreichs Italien eine den Wünschen des Papstes nach Unabhängigkeit mehr entgegenkommende Lösung gefunden werden. Den gegen einen solchen Vorschlag erhobenen Einwurf, daß ein kleines Gebiet die Freiheit und Unabhängigkeit des Papstes für die Zukunft nicht gewährleiste, will Verfasser nicht gelten lassen. Nicht um die größere oder kleinere Zahl von Quadratkilometern, sagt er, handelt es sich, sondern um die Grundlegung und die Anerkennung des Rechtes, auf das der Papst einen unbestreitbaren Anspruch hat. Der Kirchenstaat war im Verlauf seiner wechselvollen Geschichte bald größer bald kleiner; sein Gebiet brauchte an sich nur wenige Quadratkilometer zu umfassen, aber die Hauptsache ist, der Papst darf nicht Untertan eines fremden Souveräns sein.

Interessant ist es, daß der langjährige Präsekt der vatikanischen Bibliothek P. Ehrle, S. J., im Septemberheft der „Stimmen der Zeit“ einen ähnlichen Lösungsvorschlag macht. Er wünscht vor allem, daß der Vatikan, der dem Papst gegenwärtig nur zur Ruhepause überlassen ist, ihm als souveräner Besitz mit einer gegenwärtig erhebliche Unzulänglichkeiten aufhebenden unbedeutenden Abrundung als souveräner, weltlicher Besitz zurückerstattet werde. Der Heilige Stuhl und Italien braucht dann bloß ein solches Abkommen zu schließen und den auswärtigen Mächten zu notifizieren.

Hier werden in der Tat recht gangbare Wege zu einer zufriedenstellenden Lösung der römischen Frage gewiesen. Die Entscheidung, ob und wie weit sie gangbar sind, steht natürlich allein dem Heiligen Stuhle zu.

Dr. Krueckemeyer.

2. Benz, Blätter für deutsche Art und Kunst. 1. Die Renaissance, das Verhängnis der deutschen Kultur. Jena 1915. Fläskamp, Die deutsche Romantik. Warendorf.

Die beiden Bücher wollen den Aufbau einer deutschen Kultur zeichnen, wie sie uns not täte. Beide gehen negativ vor. Benz zeigt vom kunstgeschichtlichen Standpunkt ausgehend,

daß die Renaissance die Entwicklung der deutschen Kunst unterbrochen hat, verhindert hat, daß man „das Christentum durch das Medium der Kunst verwandelte, es aus der Praxis eines bejahenden Lebens, zu dessen Instinkten es im tiefsten Widerspruch stand, herausrettete und ganz ins geistig-bildliche setzte.“ Die geistige Kultur des Mittelalters war eine Volkskultur, „da sie in Bildern und Symbolen redete.“ Die Renaissance aber entwürdigte die Kunst zum Zeitvertreibe, zum Luxus der oberen Gesellschaftsklassen, denn zur Kunst ist ja jetzt Kennerchaft notwendig, bedingt durch Wissenschaft. Sehr lesenswert ist geschildert wie Schule, Universität, Konzert, Theater auf dies Ideal hinarbeiten. Der Grund, daß das so werden konnte, liegt im Fehlen einer wahrhaften geistigen Kultur. Benz empfindet, es ist in der Geisteswelt eigentlich nichts vorhanden, was das ganze Volk eint, wie etwa zur Zeit, da unsere großen Dome gebaut wurden. Allein es gibt für ihn auch nicht Religion, nur Mythos, in dem anscheinend Christus neben Freya auch noch einen Platz hat. Man wird abwarten müssen, wie er sich positiv äußert, denn daß wir bei allem Verständnis für Übersinnliches, wie es die Kunst gibt, heute nicht mehr Gefahr laufen, wie die Romantiker vor hundert Jahren die künstlerische Weltanschauung des deutschen Mittelalters mit der katholischen Glaubensansicht zu verwechseln, das scheint ihm ausgemacht.

Glaslapp geht im Gegensatz zu Benz geschichtsphilosophisch vor. Auch er stellt fest, daß Renaissance und Humanismus, nebst ihren Kindern Aufklärung und Rationalismus, es fertig brachten, anderthalb Jahrtausende organischer Menschheitsentwicklung zu unterbrechen und als nicht gewesen zu ignorieren und zu perhorreszieren. Das ist jedoch für ihn nur eine Vorfrage, wie auch alles, was er über unsere Zeit zu sagen hat, nur eine Konsequenz aus seiner Darstellung der Romantik ist. Die Romantik ist nach ihm — und mit Recht — nur eine geschichtlich bestimmte Auffassung und Prägung des Romantischen zu Anfang des 19. Jahrhunderts, von deren Bestimmtheit das spätere 19. Jahrhundert in seiner zweiten Hälfte im wesent-

lichen wieder abfiel. Das Romantische aber ist ein Zuwidersprechen und ein Zuwiderhandeln gegen den Materialismus, gegen die nüchterne Wirklichkeitsansicht, der Mensch und Natur als rein aus sich, rein an und für sich und für sich selbst, ohne überfinnliche und übernatürliche Beziehungen da zu sein scheinen. Daher ist denn auch das Romantische eine allgemeine Erscheinung aller Zeiten, aller Zonen und führt vielerlei Namen. Es ist also auch keine Erfindung der Romantiker, sondern die Wiederentdeckung und Wiedererweckung eines menschheitlich ursprünglichen und alten Weltgefühls und Weltbewußtseins unter einem neuen Namen. Nach Flaschkamp war wohl im Vorgehen der Reformation der tiefste Grund zu suchen für die Wirkungsmöglichkeit der einengenden Renaissance. Denn wenn die Reformation die Vergangenheit vernachlässigte, ja negierte, so mußte das zur Konsequenz führen, sich statt in einem weltgeschichtlichen und religiösen Zusammenhang zu fühlen, sich auf die Gegenwart, auf die bloße Erfahrbarkeit der Natur und Seele zu verengen. Die Romantiker aber entdeckten in der katholischen Weltmythologie (so erschien der Kath. Glaube den ersten Romantikern) im Gegensatz zu den beständig wechselnden wissenschaftlichen Systemen jene Kraftquelle, auf die sich aller Völker Leben und Streben gründete.

Daß damals vor hundert Jahren nicht der Anschluß an die frühere organische deutsche Kultur gefunden wurde, liegt — und hier berühren sich Benz und Flaschkamp — an der neuuropäisch-liberalen Bildung. Nur sagt Flaschkamp, daß die Neuorientierung energisch auf der so weiten und allein genügenden christlichen Grundlage erfolgen muß, während Benz mit dem Ruf nach Wiedergeburt der alten deutschen Kunst und Kultur unter gleichzeitiger Ablehnung des Katholizismus reichlich Unklarheiten bestehen läßt. Denn wenn er in seinem 2. Heft Görres neben Nietzsche als Verkünder deutscher Kunst stellt und den Rembrandt-deutschen neben Goethe, so fragt man sich wohl vergebens nach der höheren Synthese dieser Gegensätze.

Dr. R. M.

## LXIX.

### Die Jesuiten am Neuburger-Düsseldorfer Fürstenhofe in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts.

Von Bernhard Duhr S. J.

(Fortsetzung.)

Der Vorgänger des P. Rhem als Beichtvater der Prinzessin Maria Anna war P. Ernst Dorm, der zugleich das Beichtvateramt bei dem Prinzen Ludwig Anton versah. Am 21. Januar 1690 schrieb Gonzalez dem P. Dorm auf dessen Mitteilung, daß er zum Hoch- und Deutschmeister (Ludwig Anton) zurückgekehrt:

Da der Prinz so innig und so oft Ihre Rückkehr verlangt hat, mußte diesem Wunsche willfahrt werden und das Rektorat, welches ich der Tugend und den Verdiensten Ew. Hochwürden bestimmt, dem Dienste des Fürsten weichen, wenn nur Ihre Gesundheit, die das Haupthindernis für die Reise nach Spanien war, nicht im Wege steht. Da dies nach der Ansicht des Prinzen nicht der Fall sein wird, haben Sie durchaus in meinem Sinne gehandelt, indem Sie dem Wunsche Sr. Durchlaucht willfahrt. Sie werden mir keinen größeren Gefallen tun, als wenn Sie sich um den Prinzen wie früher, als Sie sein Beichtvater waren, soweit Ihre Gesundheit es gestattet, verdient machen.<sup>1)</sup>

In einem weiteren Schreiben vom 19. August 1690 versichert Gonzalez dem P. Dorm nochmals, daß die einzige

1) Ad Germ. Sup. 1684–1709.

Ursache, weshalb er nicht mit der Königin nach Spanien gegangen, seine schlechte Gesundheit gewesen, infolge deren ihn bei der Feier der Messe für die Prinzen eine Ohnmacht überfallen. Als Beichtvater der Prinzessin habe er alle Pflichten eines eifrigen, weisen und vorzüglichen Ordensmannes erfüllt zur Zufriedenheit des Generals und der Gesellschaft, die ihm dafür und für die ausgezeichneten Dienste, die er dem Hoch- und Deutschmeister zu leisten fortsetze, zu Dank verpflichtet sei.<sup>1)</sup>

Der Deutschmeister starb schon einige Jahre später am 4. Mai 1694 zu Lüttich. In einer gleichzeitigen Aufzeichnung wird seine außerordentliche Liebe zur Gesellschaft Jesu hervorgehoben, aus der er stets seinen Beichtvater wählte. Als ihm bei den Verhandlungen zur Wahl in Lüttich mehrere jansenistisch gesinnte Domherren ihre Stimme versprachen, wenn er seinen Beichtvater aus dem Jesuitenorden entlasse und an dessen Stelle einen von ihnen vorgeschlagenen Weltpriester Namens de Racourt nehme, wies er dies Ansinnen rundweg ab, obschon er durch dessen Annahme seine Wahl gesichert hätte.<sup>2)</sup>

Von den Töchtern Philipp Wilhelms heiratete Dorothea Sophie den Herzog von Parma und Piacenza, Odoardo Farnese. Sie begleitete nach Italien als Beichtvater P. Wolfgang Eberle, der als Rektor in Neuburg in nähere Verbindung mit dem Hofe getreten war.<sup>3)</sup> Geboren am 6. März 1625 zu Schwaz (Tirol) und eingetreten 15. Sept. 1645, lehrte er einige Jahre Rhetorik und Philosophie, dann wurde er Rektor an verschiedenen Collegien. Im September 1689 klagte er dem General Gonzalez über seinen schlechten Gesundheitszustand infolge des Klimas und bat um die Erlaubnis in die deutsche Provinz zurückkehren zu dürfen.

1) Ad Germ. Sup.

2) Rhen. Inf. 58.

3) Vgl. den Brief Eberles vom 17. Juli 1682 an Philipp Wilhelm.  
 / Orig. München, Staatsarchiv blau 55/4.

Gonzalez antwortete ihm am 15. April 1690: Da das Florentiner Klima Ihrer Gesundheit fortgesetzt weniger zuträglich ist und Sie die Einwilligung des Großherzogs und Ihrer Prinzessin schon erhalten haben, werde ich keine weiteren Schwierigkeiten gegen Ihren Wunsch, in Ihre Provinz zurückzukehren, erheben.<sup>1)</sup>

Nach Deutschland zurückgekehrt, wurde er vom Pfalzgrafen als Rektor für Neuburg gewünscht, womit sich aber Gonzalez nicht einverstanden erklärte.<sup>2)</sup> Dann bat der Sohn Philipp Wilhelms, Philipp Wilhelm August, um ihn als Beichtvater. Derselbe hatte sich am 29. Oktober 1690 zu Raudnitz in Böhmen mit Anna Maria, einer Tochter des Herzogs Julius Franz von Sachsen-Lauenburg vermählt. Am 23. Mai 1691 richtete der Prinz von Neuburg aus einen Brief an „den wohl ehrwürdigen unsern besonders lieben und andächtigen P. Vened. Painter der löbl. Societet Jesu Provinzial der bairischen Provinz (Constantiae Cito Cito)“: Da unser bisheriger Beichtvater P. Innocentius Pescius uns gebeten, ihn wegen seiner Unpäßlichkeiten in Gnaden zu entlassen, hat er dessen inständiger Bitte um so vielmehr willfahrt als er dessen Genesung künftighin gern sehen möchte. Als Nachfolger hat er den im hiesigen Colleg befindlichen P. Wolfg. Eberle bereits ausersehen. Deshalb möge P. Provinzial dem P. Eberle erlauben, daß er sammt einem Socio sich zu uns begeben und mit seinen geistlichen Consiliis assistire.<sup>3)</sup> Am 28. Juli 1691 erklärte sich der General damit einverstanden.<sup>4)</sup> Im Dienste dieses Fürsten starb P. Eberle zu Reichstadt in Böhmen am 29. Oktober 1693.

Als Reisebegleiter für seine Söhne nahm Philipp Wilhelm weiterhin in Anspruch die PP. Peter Herwarß und

1) Ad Germ. Sup.

2) An den Provinzial Painter 3. Februar 1691.

3) Orig. München, Reichsarchiv Jes. 1985.

4) An Painter Ad Germ. Sup.

Ulrich Dirrheimer. P. Peter Herwarth aus Aachen (geb. 1628) war 1647 in die Gesellschaft eingetreten und hatte mehrere Jahre Philosophie und Theologie mit großem Erfolge gelehrt. Früh trat er mit dem Neuburger Hofe in Verbindung, an dem er eine große Wertschätzung genoß.

Am 9. Juni 1676 wurde Herwarth Rektor in Düsseldorf. Von dort schrieb am 18. Mai 1678 Pfalzgraf Wolfgang Georg an seinen Vater, P. Herwarth sei als Deputierter für die Kongregation in Rom gewählt worden. Das komme sehr ungelegen, da niemand da sei, der so leicht Audienz beim Kurfürsten (von Köln) erlangen könne. Dieser Brief wird verständlich aus anderen gleichzeitigen Briefen, aus denen hervorgeht, daß sich damals P. Herwarth und P. Paalenius im Auftrage des Pfalzgrafen für die von Wolfgang Georg erstrebte Kölner Roadjutorie bemühen mußten.<sup>1)</sup> Auf die Vorstellung des Pfalzgrafen antwortete der Provinzial Wiedenfeld, an Stelle des P. Herwarth werde P. Mylius nach Rom reisen und P. Herwarth zu Diensten des Pfalzgrafen am Rhein bleiben.<sup>2)</sup>

Die Art der Dienstleistungen flößten dem General Besorgnisse ein, und er gab diesen in einem Briefe vom 16. Jan. 1678 an Herwarth Ausdruck, in dem er auch von Klagen spricht, die nach Rom gedrungen, daß P. Herwarth in einem prächtigen Wagen nach Köln fahre.<sup>3)</sup> P. Herwarth suchte

1) Diese und die vorhergehenden Briefe München, Geh. Hausarchiv 161.

2) Brief ohne Datum. München, Staatsarchiv blau 55/3. Vergl. Brief vom 10. Juli 1678 an Herwarth.

3) *Confido haudquaquam illam [Serenitatem Suam] Societatis nostrae opera usuram in rebus ab Instituto nostro alienis. Haec fiducia mihi persuadet, ea, quae RV. Coloniae illius nomine negotia peregit, non esse de rerum earum genere, quae politicae appellantur, sed in iis etiam quae tractari possunt, vitare omnem pompam debemus, nec ultra quam necesse sit operam nostram extendere, intelligo autem RVam magnifico curru Coloniam invehiri, et cum illis quoque Canonicis, qui Presbyteri appellantur, agere solere non sine multorum invidia. Videat proinde RV quid ab ipsa tum prudentia sua tum leges nostrae requirant. Orig. Reg. Ad Rhen. Inf.*

den General zu beruhigen, woraufhin dieser ihm am 16. Juli 1678 antwortete, er sei durch die Aufklärungen des P. Herwarz von einer großen Furcht befreit worden.<sup>1)</sup>

Bald darauf mußte P. Herwarz wegen seiner sehr angegriffenen Gesundheit eine Badekur gebrauchen. Am 18. Oktober 1679 meldet Wolfgang Georg seinem Vater, daß P. Herwarz von Aachen, allwo er sich des Bades gebraucht hat, wieder kommen sei.<sup>2)</sup> Nicht lange darnach sollte Herwarz drei Söhne des Pfalzgrafen nach Rom begleiten. Am 5. Mai 1681 wandte sich deshalb Philipp Wilhelm an den General Oliva mit der Bitte, dieselben gut aufzunehmen und mit seinem Räte zu unterstützen; den P. Herwarz, ihren Beichtvater, möge er in demselben Quartier mit den Prinzen wohnen lassen, wie dies früher auch dem verstorbenen P. Pasenius gestattet worden sei.<sup>3)</sup> Die Prinzen sollten anfangs in dem Profeßhause Aufnahme finden, wegen des am 26. November 1681 erfolgten Tode des P. Oliva ging das aber nicht, und so schrieb der Generalvikar de Noelle am 8. Dezember dem Pfalzgrafen, die Prinzen würden im Noviziat St. Andreas wohnen, wo alles für sie eingerichtet werde.<sup>4)</sup>

Über die Reise erfahren wir Näheres aus der Leichenpredigt, die P. Bobler am 28. Juni 1683 auf den während dieser Reise am 3. Juni 1683 verstorbenen Prinzen Wolf-

- 1) Magno metu me liberavit RV literis suis, quibus aperte testatur itinerum suorum causam haudquaquam eam fuisse quam aliqui suspicabantur (Stimmen-Sammlung in Köln für den Neuburger Prinzen), quamque mihi improbari significaveram. Nunc id quoque curandum vobis est, ut tam a (munere?) negotii curandi politici quam a suspicione absimus, Gaudebo magnopere si licuerit RVam coram amplecti, optoque illud iter, si quidem a Screnissimo Duce vacationem eam impetraverit, feliciter ipsi cedere. Orig. Reg. Ad Rhen. Inf.
- 2) München, Geh. Hausarch. 161.
- 3) Orig. Epistolae Princip. X, 34.
- 4) Epistolae Nostror. ad diversos.

gang Georg in Neuburg hielt.<sup>1)</sup> Er schildert die Abreise Wolfgang Georgs mit seinen beiden jüngeren Brüdern Carl Philipp und Franz Ludwig und den rührenden Abschied von ihrem Bruder Johann Wilhelm, dem regierenden Fürsten von Jülich-Berg. Die Prinzen reisten erst 1683 wieder von Rom ab, wo sie von Papst und Kardinälen die größten Ehrenbezeugungen empfangen hatten. Kurz vor seinem Tode nahm „dieser todfranke Herr seinen geistlichen Vater und von vielen Jahren unabgesonderten Gefährten, einen Vater unserer Societät (P. Herwarth), bei der Hand und sprach ganz kindlich, daß dem Vater möchte Mark und Wein durchbringen: Ich sage Ew. Ehrwürden Dank, daß Sie mir beistehen bis in den Tod“.<sup>2)</sup>

Eben von der Reise zurückgekehrt wurde Herwarth von dem Pfalzgrafen für seinen Sohn Franz in Anspruch genommen. Am 8. September 1683 bat der Pfalzgraf den General, ihm den Vater für seinen Sohn Franz, den erwählten Bischof von Breslau, als Beichtvater und Ratgeber gewähren zu wollen. Für die Zusage vom 25. September 1683 bedankte sich der Pfalzgraf am 13. Oktober 1683.<sup>3)</sup>

Am 25. September 1683 teilte der General den Wunsch des Pfalzgrafen dem P. Herwarth mit; der Fürst habe ihn erwählt, weil er die Tugend und Klugheit des Vaters hochschätze und bewährt gefunden habe. Da die Gesellschaft dem Pfalzgrafen so sehr verpflichtet sei, könne er nicht anders, als demselben willfahren. P. Herwarth möge sich deshalb mit Beiseitstellung aller anderen Arbeiten nach Breslau begeben und dem Fürstbischof Franz zur Verfügung stellen.<sup>4)</sup>

Die Gesundheit des P. Herwarth, die nie fest gewesen, litt unter dem schlesischen Klima so, daß er dem Tode nahe

1) Druck in Bodler, Sonntägl. Predigen-Curs 837 ff.

2) So Bodler a. a. O. S. 844.

3) Die Briefe Orig. bezw. Conc. in München, Staatsarch. blau 55/3.

4) Rhen. Inf. 14. Soli.

kam. Eingehend schreibt er darüber von Breslau 14. März 1687 an den Pfalzgrafen.

Ew. Kurfürstl. Durchlaucht werden vielleicht anderwärts gnädigst vernommen haben den miserablen Zustand, in welchen ich dahier zu Breslau geraten bin, daß wohl sagen kann: manus Domini tetigit me. Es ist nun mehr als anderthalb Jahr, als es angefangen. Weil es aber anfänglich nicht gar so oft und allein zu Nachtzeiten (obwohl sonst *cum periculo suffocationis vel apoplexiae*) mich angegriffen, so habe ich immerzu gehofft gehabt, es möchte sich dieses *Azident arte medicorum*, welche ich nicht allein hier und zu Reisse, sondern auch auf der vorigen Reise zu Heidelberg, Düsseldorf, Köln und Aachen konsultiert, überwinden lassen. Und habe deshalb sowohl bei Ew. Kurfürstl. Durchlaucht als bei des H. Bischof Hochfürstl. Durchl., welche gleichwohl von dem Zustand gewußt haben, gänzlich dissimuliert, damit ich nicht vielleicht in den Verdacht kommen möchte, als wollte ich durch Praktik, dazu mir gleichwohl die geringste Ursach niemals gegeben ist, vom Hof machen, auch damit ich meine untertänigste und schuldigste Devotion und Dankbarkeit bis auf das Äußerste bezeigen möchte. Nun hat durch hiesige Luft das Übel dergestalt überhand genommen, daß ich nun 3 ganze Monate das Zimmer verwahren müssen, wegen denen immerzu mir zustoßenden *paroxismos*, welche einer fallenden Krankheit nicht sehr ungleich, erbärmliche *convulsiones membrorum cum spectantium horrore et summa mea confusione* kausieren; dazu kommen die heftigsten Steinschmerzen. Alle Aerzte sind für Luft Verenderung. Er bittet deshalb fußfällig und demütigst von dieser fatalen Luft befreit zu werden.<sup>1)</sup>

Darauf antwortete der Kurfürst Heidelberg, 3. April 1687:

Ich habe aus Ew. Ehrwürden schmerzlich Schreiben v. 14. passato dero betrübten und gefährlichen Leibszustand wohl

1) Orig. München, Staatsarch. blau 55/5. Dort auch die übrige Korrespondenz von 1680—87, die zeigt, zu wievielen Kommissionen P. Herwart von Philipp Wilhelm in Anspruch genommen wurde. Vgl. auch die Korrespondenz 1678—80 blau 55/16.

mit sonderbarem Leidwesen vernommen, auch daraus ersehen, daß Ew. Ehrwürden sich necessitiert befinden, den schlesischen Luft zu verändern. Gleichwie Ew. Ehrwürden aus meiner Throatzeit zugetragener Affektion und Konfidenz leichtlich erachten werden, daß mir diese Ihre Schwäche und gefährliche Unpaßlichkeit mit wenig zu Gemüte gehe, also werden Ew. Ehrwürden auch hingegen nach Ihrer großen Prudenz unfehlbar erkennen, wie mich sehr surprinieren müsse, daß Ew. Ehrw. von meines geliebtesten Sohns des Bischofs zu Breslau Ld., bevorab bei jegig münsterischer Residenzmachung, separiert sein sollen. Ew. Ehrwürden sind in allem informiert und gedachtem meinem gelieb. Sohn, dem Sie bis dato so löblich treu und nützlich assistiert haben, ganz vertraut und beide einander schon von vielen Jahren her gewohnt und daß ohnedem die Veränderung der Weichtäter nicht gut ratfam. Dafern jedoch, da ich gleichwohl ein Besseres verhoffen will, die Veränderung des Lufts durch meines geliebtesten Sohnes münsterische Reis, Ew. Ehrw. schwere Leibesaffekt nicht mildern, und zur Rekonvaleszenz kein Vertröstung zeigen würde, so müßte ich Ihre verlangende Retirada, ob zwar wider meinen Willen geschehen lassen.<sup>1)</sup>

So konnte P. Herwarz in seine heimatliche Provinz zurückkehren, wo es ihm allmählich wieder besser ging, so daß er nach einigen Jahren das Provinzialat der nieder-rheinischen Provinz übernehmen konnte. Er starb aber bereits im dritten Jahr seiner Verwaltung am 4. Febr. 1696.

Auf den an zweiter Stelle genannten P. Dirrhaimer legte der Pfalzgraf seine Hand für eine Komreise seiner Söhne Alexander und Friedrich. P. Ulrich Dirrhaimer war geboren zu Dinkelsbühl (Schwaben) (12. Juli 1638) und am 13. Nov. 1655 in die Gesellschaft eingetreten. Nach kurzer Lehrtätigkeit wurde er Hosprediger zu Innsbruck, wo er 1676 und 77 mehrere seiner Predigten herausgab. Dann wurde er Prediger in Augsburg und Neuburg. Als Prinz Alexander Sigismund die Diözese Augsburg übernahm, blieb

1) Concept a. a. D.

Dirrhaimer bei diesem als Beichtvater und Prediger in Augsburg, wo er am 17. Sept. 1715 starb. Er wird als ein sehr liebenswürdiger und unterrichteter Mann geschildert; außer eigenen Predigten gab er Übersetzungen und Bearbeitungen heraus aus dem Niederländischen (Kirchengeschichte von Hazart) aus dem Italienischen (Segneri) und aus dem Französischen.

Am 10. Jan. 1685 bedankte sich Philipp Wilhelm beim General de Royelle, daß er P. Dirrhaimer, dem Reisebegleiter seiner Söhne gestattet habe, bei diesen in demselben Quartier zu Rom, nämlich in S. Andreas zu übernachten.<sup>1)</sup> Als Prinz Friedrich in Rom erkrankte, berichtete Royelle am 14. April 1685 dem Vater, daß Fieber sei durch die Anwendung von China China (Chinin) gesunken und Hoffnung auf Wiederherstellung vorhanden. Bereits am 28. April konnte der General melden, daß Alexander und Friedrich Rom verlassen; die Reise würde so eingerichtet, daß sie der Rekonvaleszenz nicht schade.<sup>2)</sup>

In einem sehr innig gehaltenen Dankbrief dankte am 16. Mai Philipp Wilhelm dem General für alle Liebe, die er und die Gesellschaft seinen Söhnen erwiesen habe.<sup>3)</sup>

Noch nicht 20 Jahre alt war einer derselben, Sigismund, zum Roadjutor von Augsburg gewählt worden. Der Fürstbischof von Augsburg, Johann Christoph, hatte nämlich 1680 seinem Kapitel vorgeschlagen, zu seinem Roadjutor mit dem Rechte der Nachfolge diesen Prinzen zu wählen, weil derselbe sich ganz dem geistlichen Stande widmen wolle und dem Bistum in jeder Beziehung nützen werde, letzteres auch wegen seiner Verbindungen mit mächtigen Häusern. Die Wahl erfolgte in der Tat am 8. Febr. 1681 und wurde von Innozenz XI. durch Bulle vom 27. Juli 1681 bestätigt.<sup>4)</sup>

1) Orig. Epp. Princip, X, 129. Brief des General's vom 9. Dez. 1684 in Epp. N. N. ad diversos 1684—1685.

2) Epp. Nostror. 14.

3) Orig. Epp. Princ. X, 131.

4) Braun, Gesch. der Bischöfe von Augsburg, IV, 375 ff.

Bei diesen Vorgängen muß auch Dirrhaimer eine Rolle gespielt haben, denn der General antwortete ihm am 2. Mai 1680 auf einen erfreulichen Bericht vom 22. März 1680, daß er die Sache sofort dem Papst vorgetragen habe; derselbe sei vollständig einverstanden. Dirrhaimer möge also mit dem größtem Eifer das angefangene Werk vollenden. Am 6. Juni schreibt der General, der Papst würde den Fürsten mit Liebe aufnehmen, dessen Beispiel von so großer Bedeutung sei für das Wohl der Kirche.<sup>1)</sup>

Mit 22 Jahren suchte Alexander Sigismund i. J. 1685 um päpstliche Dispens nach, um die Priesterweihe empfangen zu dürfen. Der Papst erteilte diese am 6. April 1685, die Weihe erfolgte aber erst 1689, und im selben Jahre las Sigismund am 28. Aug. die erste hl. Messe in der Jesuitenkirche zu Neuburg in Gegenwart des Kaisers Leopold und der Kaiserin Eleonore; nach der Messe vollzog der Neupriester die feierliche Einsegnung der Ehe seiner Schwester Maria Anna mit dem König von Spanien, Karl II.<sup>2)</sup>

Nachdem der Bischof Joh. Christoph am 1. April 1690 gestorben, mußte der noch nicht 27 Jahre alte Prinz die Leitung der Diözese übernehmen. Bei dieser Gelegenheit gab ihm sein Vater durch Vermittlung des P. Dirrhaimer ernste Mahnungen. Darüber schreibt der Beichtvater von Augsburg 5. Mai 1690 an den Kurfürsten Philipp Wilhelm:

Die Aufträge habe ich gleich am folgenden Tage nach meiner Rückkehr von Neuburg meinem Fürsten in der Ordnung und mit dem Nachdruck vorgetragen, wie es mir von Ew. Durchlaucht aufgetragen war, und keinen Punkt ausgelassen. Der durchl. Fürstbischof hat alles und jedes in Ruhe und Bescheidenheit angehört und tief in sein Herz eingesenkt als Zeichen der liebevollen väterlichen Fürsorge und als treue für ihn höchst notwendige Mahnungen. Ausdrücklich hat er mir erklärt, daß

1) Diese Briefe in Epp. ad Germ. Sup. Soli 1678—1773.

2) Vgl. Braun IV, 390 f. Die Festpredigt des P. Boder in dessen Predigen=Curs 767 ff.

er alles in kindlicher Ehrfurcht annehme. In der Folge werde sein einziges Bestreben sein, zu beweisen, daß er als gehorsamer Sohn die väterlichen Mahnungen beobachte und hochhalte. Die in dem einen oder andern Punkte gezeigte Überstürzung werde er durch Maßhaltung zu bessern suchen. In einigen Punkten, wo die Sachlage Ew. Durchlaucht zu ungünstig vorgelegt schien, will er durch einen besonderen Brief Aufklärung und auch entsprechende Genugtuung geben. Ich werde mit allen meinen Kräften dahin wirken, daß der Brief Ew. Durchlaucht, der so viele erleuchtete Ratschläge und heilige Mahnungen enthält, als ein Regentenspiegel und Fürstenideal meinem Fürsten stets vor Augen schweben und in seinem Herzen lebendig bleibe.<sup>1)</sup>

Diesen Mahnungen hat der Bischof in der That entsprochen. Der Biograph der Augsburger Bischöfe rühmt von ihm:

„Er war ein frommer exemplarischer Bischof. Keinen Tag ließ er vorbeigehen, ohne an demselben das hl. Messopfer entweder selbst zu feiern, so lange es seine Kräfte und seine Gesundheit erlaubten, oder demselben mit inniger Andacht beizuwohnen. Bei den gewöhnlichen Feierlichkeiten, öffentlichen Andachten und Prozessionen fand er sich, seiner mannigfachen Gebrechlichkeiten ungeachtet, fleißig und mit erbauender Devotion ein und nichts als Krankheit konnte ihn davon abhalten. . . . Seinen Eifer für die Erhaltung der Kirchendisziplin und Sittlichkeit und für die Beförderung der Ehre Gottes bekunden seine weisen Verordnungen, so wie sich seine Sorgfalt für das Seelenheil seiner Diözesanen in der Errichtung des Seminars zur Bildung würdiger Seelsorger laut ausspricht. Auch in Hinsicht des Zeitlichen war er seinem Stift höchst wohlthätig, indem er nicht nur die große Schuldenlast desselben tilgte, sondern es auch mit Gütern und Einkommen bereicherte.“<sup>2)</sup>

Fast alle bisher aufgezählten Beichtväter und Erzieher nahmen die Neuburger Fürsten auch noch für andere Ge-

1) Orig. München, Staatsarch. blau 55/6.

2) Braun, Geschichte der Bischöfe von Augsburg IV, 434.

schäfte in Anspruch, wenn dieselben nur in irgend einer Beziehung zu kirchlichen Dingen standen oder zu stehen schienen. Diese Beziehungen glaubten die Pfalzgrafen bei den Obern in Rom um so leichter und sicherer geltend machen zu können, weil ja damals die regio und religio in so nahen Wechselbeziehungen standen. Das betonten die Fürsten selbst in Fragen, die an und für sich rein politische waren und die sie deshalb durchaus von den Jesuiten hätten fern halten müssen.

Für solche Zwecke forderten die Pfalzgrafen auch die Hilfe noch weiterer Jesuiten, selbst wenn dieselben, weder als Beichtvater noch Erzieher nicht oder nicht mehr in ihren Diensten standen. Dafür noch einige Beispiele.

Für unzählige Anliegen wandten sich die Pfalzgrafen an P. Albert Curb (Kurz), den Bruder der beiden Minister in München und Wien, der uns bereits früher begegnet ist.

P. Albert Curb war 1600 zu München geboren und schon früh mit 16 Jahren in die Gesellschaft eingetreten. Er lehrte 2 Jahre Poesie, Mathematik und Ethik 4 Jahre, war als Prediger 16 Jahre und als Rektor in den Kollegien von Eichstätt, Luzern, Neuburg 12 Jahre tätig, in Neuburg war er zweimal Rektor und 3 Jahre Instruktor der pfalzgräflichen Kinder. Er starb 1671 zu München. Schon früh wurde er von verschiedenen Höfen mit allerlei Aufträgen beehrt. Im Jahre 1647 begleitete er den Pfalzgrafen nach Düsseldorf, der ihn in weitgehender Weise mit seinen Aufträgen bedachte, wie Klagen und Mahnungen aus den Jahren 1647/48 zu beweisen scheinen.<sup>1)</sup> Sein Bruder Graf Maximilian Curb, Obersthofmeister am Münchener Hofe, erwirkte um diese Zeit, (1149), daß der für ihn sehr unangenehme Auftrag, die Abfassung der bayerischen Geschichte, wieder zurückgenommen wurde.<sup>2)</sup>

Wie vielgestaltig die Beziehungen des P. Curb zu dem

1) Vgl. Duhr, Geschichte der deutschen Jesuiten II 2, 263 f.

2) A. a. O. 2, 419 A. 9.

Pfalzgrafen Philipp Wilhelm waren, zeigt die große Korrespondenz zwischen beiden aus den Jahren 1648—1667.<sup>1)</sup> Die vielfach chiffrierten Briefe betreffen u. a. den Streit mit Brandenburg wegen der Jülich-Cleveschen Erbschaft, Krankheit und Tod der ersten Gemahlin und die Wahl einer neuen. Die Briefe von 1652 enthalten z. B. Andeutungen über die vielerlei Angelegenheiten, derentwegen P. Curz im Auftrag des Pfalzgrafen nach Breisach, Mainz, Frankfurt usw. reiste. Die teilweise bereits vermoderten Briefe von P. Curz an den Pfalzgrafen aus dem Jahre 1668 betreffen die Erlangung von Pfründen für Söhne Philipp Wilhelm's.<sup>2)</sup>

Einer der ersten Jesuiten, die Philipp Wilhelm nach dem Tode seines Vaters für Geschäfte verwandte, war P. Joh. Antonius, der das aus Fulda geflüchtete päpstliche Seminar nach Köln geleitet und dort fortgeführt hat.

Komp entwirft von ihm folgendes Lebensbild. „Dieser um das Seminar höchst verdiente Pater war den 14. Oktober 1606 zu Anrad geboren und den 23. März 1626 in die Gesellschaft eingetreten. Es war ein Mann von ungewöhnlicher Klugheit, gewecktem Geist und scharfsichtigem Urteil. In der Behandlung der Geschäfte zeigte er sich bedacht und nachhaltig und besaß eine hervorragende Geschicklichkeit Anderen und namentlich Jenen, die ihm seiner Meinung nach eine Beleidigung zugefügt hatten, sich gefällig und wohlthätig zu erweisen. Gegen die Armen und vor Allem Neubefehrte war er freigebig. Fürstlichen Persönlichkeiten, die sich seines Rates und seines Beistandes in schwierigen Angelegenheiten bedienten, war er lieb und wert. Papst Alexander VII., da er als Fabio Chigi Nuntius am Rheine war, wählte sich ihn zum Beichtvater. Er starb den 28. Juli 1661 zu Mainz, wohin er aus Gesundheitsrücksichten gesandt worden war.“<sup>3)</sup>

1) München, Staatsarchiv blau 55/11.

2) A. a. D. 55/2.

3) Komp, Die zweite Schule Fuldas und das päpstliche Seminar (1877) 58.

Schon Anfang der 50er Jahre hatte sich Philipp Wilhelm des P. Antonius bedient. Er hatte ihn betraut mit der Werbung um die Hand der „Grande Mademoiselle“, der Tochter des Prinzen Gaston von Orleans. Die Werbung zerfiel. Antonius betont in den über diesen Auftrag erhaltenen Briefen, er sei bereit, alle Mittel anzuwenden, aber nur innerhalb der vom Institut gesetzten Grenzen.<sup>1)</sup>

Raum hatte Philipp Wilhelm die Regierung angetreten, als er den General Nidel um die Erlaubnis bat, den P. Antonius mit einigen Aufträgen nach Spanien schicken zu dürfen. Der General machte anfangs Schwierigkeiten, gab aber schließlich nach, da der Pfalzgraf nachzuweisen vermochte, es handle sich nicht um Aufträge politischer Natur. Wie aus dem Briefe Nidels vom 7. März 1654 hervorgeht, muß sich der Pfalzgraf beklagt haben, daß einige Patres sich schwierig gezeigt, diesen Auftrag zu übernehmen. Nidel entschuldigt dieselben, weil sie es aus Liebe zum Institut getan, das sie in einer wichtigen Sache zu verlegen gefürchtet hätten.<sup>1)</sup>

Was aus dieser spanischen Reise geworden, ist nicht näher bekannt.

Im folgenden Jahre sandte Philipp Wilhelm den P. Antonius nach Rom. Er sollte die Unterstützung des zukünftigen Papstes für die Wiederherstellung des englischen Königs Karl II., der sich nach der Hinrichtung seines Vaters damals in Köln aufhielt, gewinnen und gleichzeitig über die Wahl für den erledigten Kaiserthron verhandeln. In dem Creditiv für P. Antonius Rector Collegii Pontificii Fuldensis vom 4. März 1655 bezeichnet der Pfalzgraf den Vater als einen Mann, dessen Klugheit ihm seit Jahren erprobt sei; seiner Tugend könne der Papst vertrauen; seine Worte

- 
- 1) Briefe vom 20. Juni 1650 bis 13. Mai 1653 in München, Geh. Hausarchiv 128. Französische Briefe von ihm, 6. u. 13. Sept. 1652, in Düsseldorf, Staatsarch. Jülich-Berg, Familiensachen 82<sup>1</sup>/<sub>2</sub>.
  - 2) Nidel an Phil. Wilhelm 13. Dez. 1653 u. 7. März 1654. Orig. München, Staatsarchiv blau 55/1.

möge er so aufnehmen, als kämen sie von dem Pfalzgrafen selbst.<sup>1)</sup>

Die eben erfolgte Papstwahl hätte nicht günstiger ausfallen können, denn der frühere Kölner Nuntius Ghigi, der den Pfalzgrafen und den P. Antonius persönlich kannte, ging am 7. April 1655 aus der Wahl hervor (Alexander VII.) Der Auftrag des P. Antonius in Bezug auf England hatte kein Resultat. Hier interessiert uns besonders der zweite Auftrag.

Dieser zweite Auftrag ist des längern auseinandergelegt in einer eigenen Instruktion. Bevor wir auf dieselbe näher eingehen, ist ein Blick auf die damalige Lage erforderlich.

(Schluß folgt.)

---

## LXX.

### J. M. Sailer's Freundschaftsbriefe an Eduard von Schenk.

Von Anton Döberl.

In seiner neuesten, wiederum wertvollen Arbeit „Johann Michael Sailer, seine Ablehnung als Bischof von Augsburg im Jahre 1819“ meint Stölzle, „ein Mann von so weit greifender Wirksamkeit und so ergreifenden Schicksalen, wie Sailer, gehört nicht bloß der Kirche an, er gehört der Menschheit.“ Ich könnte hinzufügen, ein Mann, den so bedeutende Persönlichkeiten wie Savigny, der größte Zivilist seiner Zeit, Clemens Brentano, der wunderbar geniale Dichter, Görres, der gewaltigste Publizist der Restaurationszeit, und viele, viele andere ihren Freund nannten, muß

---

1) Concept a. a. D. Druck bei Hassenkamp, Ueber die Versuche des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm König Karl II. von England auf den Thron zurückzuführen. Deutsche Zeitschrift für Geschichtswissenschaft I (1897) 254. Die Correspondenz über diese Reise in Düsseldorf, Staatsarchiv. Jülich-Berg, Familiensachen 82<sup>1</sup>/<sub>2</sub>.

nicht bloß von rein kirchlichem, sondern auch von allgemein menschlichem Standpunkt aus betrachtet werden. Sailer als Freund, als edler, warm fühlender, uneigennütziger, treuer Freund, dazu fanden sich schon auf Grund meines bisherigen Einblicks in die urkundlichen Quellen viele neue erhebende Züge; und ein Bild so heilig schöner Freundschaft könnte aus all den einzelnen Zügen gezeichnet werden, daß alle, die verstehen, welch kostbares, leider nur zu seltenes Gut echte Freundschaft ist, daran ihre helle Freude haben müßten.

Aus dem Kapitel „Sailer und seine Freunde“ will ich eine Seite in neues Licht stellen: die Freundschaft Sailers zu Eduard von Schenk.<sup>1)</sup>

Diese Freundschaft reicht zurück auf die Landshuter Professorentätigkeit Sailers. Der Einfluß Sailers auf E. von Schenk in dieser Landshuter Zeit läßt sich ziemlich klar feststellen. In seiner im August 1811 zur Erlangung der Doktorwürde eingereichten Dissertation hatte Schenk, wohl unter dem Einfluß Sailers und Zimmers, mit denen er häufig verkehrte, die These aufgestellt: „Die Kirche ist dem Staate nicht untergeordnet“ und damit in der Zeit des Systems Montgelas einen aner kennenswerten Beweis wahrhaft freiheitlicher Gesinnung erbracht. Diese These nahm man nun in München und Landshut zum Vorwand auf, neue vor den „gefährlichen“ Lehren Sailers zu warnen und Sailers Freund, Prof. Zimmer, wurde in Verbindung mit diesen Vorwürfen vorübergehend seines Lehramts entsetzt.<sup>2)</sup>

Der Einfluß Sailers auf den jugendlichen Eduard von Schenk kam auch dadurch zum Ausdruck, daß Schenk im Jahre 1817 zur katholischen Kirche konvertierte. Daß diese

1) Eduard von Schenk, geb. 1788. Vgl. über ihn den Artikel der A. D. B., der jedoch, wie Lempfrid meint, der Ergänzung bedarf. — Sr. Exzellenz, dem hochwürdigsten Herrn Bischofe Dr. Antonius von Henle, Reichsrat der Krone Bayern, sei auch an dieser Stelle ehrerbietigster Dank für die gnädigste Erlaubnis zur Benützung der Ordinariatsakten gesagt.

2) Charitas 1838, S. 279.

Konversion aus lauterster Überzeugung geschah, ist bei dem männlichen, idealen Charakter Schenks unzweifelhaft und daß Sailer mit seiner herzzgewinnenden Liebe von Einfluß auf sie war, läßt sich vermuten, wenn man bedenkt, wie die Konvertiten gerade zu Sailers mildem, frommem Wesen sich hingezogen fühlten.

Während und nach der Landsöhuter Zeit äußerte sich die Freundschaft Sailers mit E. von Schenk in regem Briefwechsel und auch mündlichem Verkehr. Schenk hat in der „Charitas“ 1838 selbst einen Teil der Korrespondenz Sailers mit ihm veröffentlicht. Besonders häufig wurde dieser freundschaftliche Briefwechsel in den letzten Jahren, seitdem Sailer zum Roadjutor in Regensburg ernannt war. Einen ziemlich großen Teil dieser oft nur in wenigen Sätzen bestehenden Briefe Sailers habe ich bereits früher mitgeteilt;<sup>1)</sup> sie sind an den Vorstand des obersten Kirchen- und Schulrates, bezw. an den Minister E. von Schenk gerichtet und betreffen Kirchen- und Schulangelegenheiten; sie sind durch die große Reihe von Fragen, die zwischen Sailer und Schenk verhandelt werden; ein Beleg dafür, daß Schenk doch bedeutender war, als man ihn oft hinzustellen liebte.

Einen besonderen Reiz aber bieten von den vielen Briefen Sailers an Schenk jene, in denen der Freund zum Freunde spricht; diese Freundschaftsbriefe Sailers verdienen es, der Öffentlichkeit unterbreitet zu werden. Wir können darin die Geschichte des Ministeriums Schenk mit dem Herzen Sailers lesen.

Mit dem Regierungsantritt König Ludwigs I. begann frisches Leben im Staatswesen. Im Ministerium des Innern wurde eine Abteilung für die Angelegenheiten der Kirche und des Unterrichts neu gebildet und ihre Leitung am 31. Dezember 1825 Eduard von Schenk übertragen, der mit dem Könige durch persönliche Freundschaft verbunden war. Der neue Vorstand des obersten Kirchen- und Schulrates ging

1) Histor.-pol. Blätter Bd. 151, S. 793; Katholik 1915, S. 237

Histor.-polit. Blätter CLVIII (1916) 11.

mit Eifer an die 1804 geplante, aber immer verschobene Reform des Schulwesens. Er arbeitete mehrere Denkschriften hierüber aus.

Sailer hat diese Bestrebungen Schenk's mehrfach gefördert. Er hat Schenk's „klassische Ideen“ — und diese Ideen handelten, wie es sich jetzt klar zeigt, von „der Restauration des Schul- und Studientwesens“, diese Ideen, „die überall auf Religion als Grundbildung zurückkommen“, in „brüderlicher“ Freude bestätigt, er hat sie „durch Mitteilung des Guten und des Schlechten, das sich an einzelnen Lehranstalten (Gymnasium in Straubing, Studienanstalt in Passau, Gymnasium in Regensburg, Lehranstalt in Dillingen) zeigte“ als auch durch Übersendung von Gutachten und „Erinnerungen“ eines der besten Geistlichen und Lehrers der Regensburger Diözese zur „bezwirkten Verbesserung des Schulwesens“ wertvoll ergänzt.<sup>1)</sup>

Bei allem Eifer aber, womit Schenk an die Neuordnung des Schulwesens ging, leicht scheint seine Stellung gerade nicht gewesen zu sein. „Der König ging fast völlig selbständig vor und im Gegensatz zu seinem Vater beanspruchte er den Rat seiner Minister zu wenig.“ So blieben Schwierigkeiten dem Vorstand des obersten Kirchen- und Schulrates nicht erspart. In einem Brief an Sailer vom 24. Sept. 1826 muß nun Schenk das nähere auseinandergesetzt haben, daß und warum er sich „niedergeschlagen“ fühle. Da war es Sailer, der ihn wieder ermunterte und bestärkte durch den Hinweis auf Gottes Segen und die Wichtigkeit des ihm gewordenen Amtes.

Barbing, 25. Sept. 1826.

Liebster Eduard!

Allerdings kann Dich das Gedräng der Arbeiten und der Mangel eines tüchtigen Mitarbeiters und selbst auch die Beweglichkeit des königlichen Gemütes und viele andere Dinge, die noch keinen Namen haben, könnten Dich niederschlagen.

1) Histor.-polit. Blätter Bd. 151, S. 877.

Aber, liebster Freund, sieh auf — zu dem, der Dich an die Spitze des obersten Kirchen- und Studienrates berufen hat, der Dich bisher wunderbar teils bewahrt, teils gerettet hat, der so viele und so große Hoffnungen für unser Vaterland in Deine Hand gelegt hat, der der König unseres Königs ist . . . zu dem gerade die gläubigsten Gebete für den König und Seine treuen Diener, die nächst um ihn gelagert sind, aufsteigen . . . sieh auf zu dem allerobersten Regenten, und strecke Deine Hände aus zu Ihm, und Du wirfst neues Licht in Deinen Blick und neue Fülle in Deine Hände und neue Stärke in Deine Seele herniederbekommen. Ein zweiter Christoph wirfst Du Religion und Wissenschaft durch die stürmenden Wogen der Zeit herüber bringen, denn der Herr ist mit Dir und hilft tragen die schwerste Bürde. Amen.

(Dies als Antwort auf eine Stelle Deines gestrigen Briefes.)

Vale, ama, ora, confide, triumpha!

Das Jahr 1826 schien in dreifacher Hinsicht die Erwartungen, die die kirchlichen Kreise auf den neuen König gesetzt, zu erfüllen oder wenigstens der Erfüllung näher zu bringen. Die Schulreform war in Angriff genommen und, wie man hoffte, im Sinne der alten Schulen. In den allgemeinen Plan einer Neuordnung des Schulwesens war ferner der besondere, die Errichtung „zeitgemäß konstituierter Klöster“ „in Hinsicht des öffentlichen Unterrichts“, aufgenommen. Das Ordinariat München ging mit einem Gutachten über Klosterrestauration voran; Sailer, der es mit Beifall gelesen, ergänzte es durch wichtige „Bemerkungen“, die er im August oder September dem obersten Kirchenrat Deutinger überjandte. Auch konnte Sailer schon 1826 bestimmte Vorschläge für die Klosterrestauration machen. Er wies auf Metten und das Karmeliterkloster in Regensburg hin. Die Verlegung der Universität von Landshut nach München ließ neue Hoffnungen bei den kirchlichen Kreisen aufsprießen. Denn bei derselben wurden einige die rationalistische Aufklärung vertretende Professoren, wie Salat, Weiller

und Köppen, ausgeschaltet, dagegen dem Rationalismus feindliche Gelehrte an die neue Anstalt berufen, die Philosophen Schelling und Baader, und unter den Theologen vor allem Döllinger. An diesem vielverheißenden Umschwung der Dinge hatte Schenk durch seine „Anträge“ beim König verdienstlichen Anteil. Es ist deshalb begreiflich, wenn Sailer in einem Brief zu Ausgang des Jahres 1826, der die hoffnungsfreudige Stimmung der kirchlich Gesinnten atmet, in dankbarer Freundschafts- und Wirkens des Vorstandes des obersten Kirchen- und Schulrates gedenkt.

N., am Schlußabend des Jahres 1826.

Liebster Eduard!

Gott dankend und lobpreisend für alles Gute, was Er in diesem Jahre durch Deine Anträge an den König für unser Vaterland getan hat, Gott dankend und lobpreisend insbesondere für die Wiederherstellung und Stärkung Deiner Gesundheit . . . wünsche ich Dir und den Deinen im Unter- und Oberhause das allerbeste Neujahr und flehe zu dem, der das Füllhorn aller Segnungen in seiner Hand hat, daß er den König und das Haus des Königs und seine ersten und nächsten Mitarbeiter an Bayerns Wohlfahrt und uns alle in seinem allmächtigen Schutze behalte. Amen.

S.

Den originellen Brief des trefflichen Heigl's lege ich bei.  
S.

Die im Jahre 1826 in den kirchlichen Kreisen geweckten Hoffnungen erhielten auch im Jahre 1827 eine Bestärkung, vor allem dadurch, daß Görres, dessen Berufung Sailer schon längst empfohlen hatte, trotz aller gegnerischen Machinationen nun doch nach München kommen sollte. Als Schenk Ende Juli oder Anfangs August 1827 mit seiner Familie zu Besuch in Barbing eintraf, konnte er Sailer mit dem Rufe begrüßen: „Görres ist unser!“ —

Unmittelbar nach Schluß des Landtags 1828 gab Armanzperg das Ministerium des Innern ab. An seine Stelle trat Eduard von Schenk. Dieser hatte schon in seiner

bisherigen Stellung als Vorstand der Ministerialsektion für Angelegenheiten der Kirche und des Unterrichts ein Gegengewicht gegen den ihm vorgesetzten Minister Armanšperg gebildet. Um so größere Hoffnungen setzten die Konservativen jetzt auf den überzeugten Katholiken Schenk.<sup>1)</sup>

Eine ganz besondere Freude — das mußte auch der König — bereitete die Ernennung E. von Schenks seinem bischöflichen Freunde. Der folgende, ungemein herzliche Brief Sailers läßt uns seine ganze Freude nachempfinden.

Barbing, den 10. September 1828.

Lieber Freund!

So nenne ich selbst den Staatsminister, wenn ich ihn unter einem Hut mit meinem Eduard sehe, und meines Eduards Herz unter dem Ministerroche schlagen fühle, und ich darf ihn nicht anders nennen, wenn ich ihm die große, die innige Freude über seine Erhebung nur mit den Worten andeuten kann: „Freund, sieh in mein Herz!“ — Unablässig bete ich zu Gott, daß er den neuen Minister, und durch ihn den König, das Vaterland, die Kirche — segne, und ihm die Kraft und Weisheit verleihe, die ein so ungeheuer wichtiges Amt erfordert. Ja, Er wird sie Ihnen verleihen, denn Er will Sie ja zum Segen für viele machen. Der beste König hat mir diese große Freude noch dadurch zu vergrößern gewußt, daß er sie mir eigenhändig mit den gütigsten, rührendsten Ausdrücken kund tat. Ich werde ihm bei nächster Gelegenheit ehrerbietigst dafür danken, und einstweilen den trefflichen Grandauer bitten, es für mich zu tun.

Was Diepenbrock Ihnen, wie er sagt, vor wenig Tagen geschrieben hat, bestätige und wiederhole ich von ganzem Herzen, nämlich: daß, falls Sie durch diese neue Geschäftsvermehrung verhindert werden sollten, Ihr gegebenes Wort zu lösen, und uns mit Ihrem Besuche zu beglücken, Sie uns doch Ihre Damen mit den Kindern auf ein paar Wochen anvertrauen und sie, wenn immer möglich, persönlich wieder abholen möchten. Ich rechne zu fest auf diese Freude, als daß ich sie mir so leicht

1) Lempfrid, a. a. D. S. 70.

vereiteln ließe. Barbing ist nun vollends meubliert, der Herbst verspricht, nach einem so schlechten Sommer, schön zu werden; unsere Reben hängen voll Trauben, die schon zu reifen beginnen und sich darauf freuen, von einer so lieben Frau Ministerin genossen zu werden, usw. lauter freundliche Einladungen zum Kommen, die aber noch von denen unserer Herzen übertroffen werden.

Meine 7 Wochen lange Bade- und Brunnenkur, von der ich erst gestern Abend in Begleitung Christoph Schmid's, Proske's und Theresens zurückgekommen bin, hat mir ungemein wohlgetan, und ich hoffe nun, den Berufsarbeiten und den Einwirkungen des Winters eine mannhafte Stirn bieten zu können. Schonen doch auch Sie Ihre Gesundheit; es ist eine Pflicht, die mit der Zahl und Wichtigkeit der Geschäfte wächst, und dadurch desto schwieriger zu erfüllen wird.

Unsern lieben Schwäbl erwarten wir heute oder morgen; wie vieles wird er uns von Ihnen erzählen müssen!

Auch des würdigen Rieger's Ernennung zum Domkapitular in Augsburg hat mich sehr erfreut; ich danke Ihnen herzlich für Ihren Anteil daran.

Und so schließe ich denn für heute mit der Wiederholung meiner innigsten Glück- und Segenswünsche und mit der herzlichen Bitte an den neuen Staatsminister, daß er die Mitteilung meiner gutgemeinten Wünsche, Ansichten, Hoffnungen in Betreff des allgemeinen Besten künftig mit der gewohnten Liebe und Güte aufnehmen wolle, wie ich nicht aufhören werde, sie mit der bisherigen Aufrichtigkeit ihm zu machen, gemäß dem unbegrenzten Vertrauen und der treuen, unwandelbaren Liebe, die zu seinem teuern Eduard hegt

sein alter inniger Freund  
Bischof Sailer.

An das teure Ober- und Unterhaus meine und der Meinigen herzlichste Empfehlungen und Glückwünsche und die wiederholte Bitte eines baldigen Besuchs in Barbing.<sup>1)</sup>

1) „Wir wohnten damals in München mit meinem Großvater, Staatsrat von Neumayr, in einem Hause; die Familie Schenk wurde

Schenk selbst empfand das Bedürfnis, sich zu Beginn seiner Tätigkeit als Minister mit dem zu besprechen, der ihm in edelster Freundschaft zugetan war. Er kam Ende September zu Besuch nach Barbing. So kurz der Aufenthalt Schenk's war, so wohl muß er sich bei ihm befunden haben. Brentano, der zur selben Zeit bei Sailer weilte, schildert uns die schönen Tage, die er bei Sailer verlebte, und den bezaubernden Eindruck der Persönlichkeit Sailer's.<sup>1)</sup> Worüber sich Schenk u. a. mit Sailer besprach, läßt folgender Brief vermuten: die Besprechung betraf wiederum die Klosterrestauration.

Barbing, den 4. Oktober 1828.

Lieber Freund!

Nachträglich zu dem, was ich über die Redemptoristen in der bewußten Angelegenheit mit Ihnen geredet, übersende ich Ihnen hierbei F. Schlegel's Antwort auf meine, bei ihm über jenen Orden eingezogene Erkundigung. Das Zeugnis, welches dieser geistreiche Mann dem Orden gibt, ist mit soviel Umsicht, Nüchternheit und Aufrichtigkeit abgefaßt, daß es wohl hinreichen sollte, die mancherlei unbegründeten Gerüchte, welche auf der Oberfläche der großen Welt umherschwimmen, zu überwiegen. Besonders berücksichtigungswert scheint es mir, daß er andeutet, man würde zur Gründung eines neuen Klosters im Auslande nicht junge Leute aus Wien, sondern schon erprobte Männer aus der Schweiz und aus Steiermark, falls sie begehrt würden, senden. Hierdurch könnten dann vielleicht die Vorurteile, die man bei uns gegen Wien hegt, beseitigt werden. Ich überlasse einstweilen die ganze Sache Ihrem Ermessen und Ihrer weisen Einleitung.

Ferner erlaube ich mir, Ihnen das Duplikat einer Bittschrift des Priesters Lemke aus Mecklenburg um taxfreie Er-

von dem uns innig befreundeten sel. Bischof das Oberhaus und die Familie Neumayr, als unter uns wohnend, das Unterhaus genannt.“ Aus einem Briefe von Therese Stachelhausen.

1) W. Rosch, F. M. Sailer, Volks-B.-B. S. 20.

langung des bayerischen Indigenates beizulegen und bestens zu empfehlen. Lemke hat in Regensburg unter meiner Aufsicht die katholische Theologie studiert, hat in meine Hände sein Glaubensbekenntnis (er war lutherischer absolvirter Pfarrkandidat) abgelegt und sich seitdem als ein frommer, eifriger Priester in der Seelsorge bewährt, und unsre Diözese wird an ihm einen tüchtigen, des Namens werten Geistlichen gewinnen, woran sie so großen Mangel hat. Erwirken Sie ihm daher gütigst das nachgesuchte Indigenat.

Endlich möchte ich Ihnen noch einmal die Angelegenheit des armen Subrektors v. Kleinmayr in Kronach in's Gedächtnis rufen. Ich wollte mündlich mit Ihnen davon reden, vergaß es aber in dem Drange der Zeit.

Ich schließe für heute mit dem herzlichsten Danke für Ihren und der Ihrigen lieben Besuch, der uns allen hier leider nur zu kurz geworden ist. Wir hoffen, daß Sie glücklich nach München zurückgekommen sein werden.

Die respektvollsten Empfehlungen von uns allen an die lieben Damen, die so genügsam bei uns vorlieb nahmen.

Mit aufrichtiger Liebe und Freundschaft      Ihr  
Sailer.

Widmer, der gestern abgereist ist, Brentano, der morgen verreist, Diepenbrock und die Meinigen empfehlen sich bestens.

Das Jahr 1829 brachte Schenk eine doppelte Enttäuschung. In der Schulkommission wurde der Plan Grandauers verworfen, der Thiersch's angenommen. Schenk rettete seine Stellung nur durch kluge Zurückhaltung in der Kommission.

Im selben Jahre gewann Hormayr, seit Oktober 1828 Geh. Ministerialrat, starken Einfluß beim König und agitierte lebhaft gegen den Goskreis, mit dem er, wie es scheint, persönlich zerfallen war. Die Gegner der „Kongregation“, die in der Ernennung Schenks zum Minister einen gegen sie gerichteten Systemwechsel ohne Grund erblickt hatten, bekamen neuen

Mut. Im Pariser „Constitutionell“ vom 24. Januar 1829 kritisierte ein Münchener Berichterstatte heftig Schenks Amtsverwaltung und meinte spöttisch, seine Erhöhung zum Minister verdanke Schenk doch nur dem Einfluß des »parti prêtres«. Das „Bayerische Volksblatt“ gab diese Kritik mit behaglicher Zustimmung wieder. Schenk schwieg vornehm zu diesen Angriffen und Sailer billigte dieses Schweigen. „Es freut mich, daß Sie die bewaffneten Lästerungen nicht achtend verhallen lassen. Bene facere et male audire vere regium est. Dies Wort von Erasmus Rotterd. hat mich oft gestärkt und für die Wahrheit und Gerechtigkeit leiden ist das Wahrzeichen des Mannes und des Christen. . . .“<sup>1)</sup>

Nach diesen stürmischen Tagen ein blühender Maientag. Der König kam zur Besichtigung des für die Walhalla bestimmten Platzes und kehrte auch in Barbing ein. Man muß den Brief, in dem Sailer über den Besuch des Königs an Schenk berichtet, lesen, um Sailer's Freude nachempfinden und verstehen zu können, mit welcher Liebe Sailer an seinem Landesherrn hing, welche Verehrung aber auch der König unentwegt seinem ehemaligen Lehrer entgegenbrachte. Der Brief enthält aber noch eine andere, für Sailer und Schenk gleich freudige Nachricht. Der König, der, wie wir bereits gesehen haben, dem greisen Bischof eine besondere Freude zu bereiten gedachte, indem er ihm selbst die Ernennung Schenks zum Minister mitteilte, sprach auch in Barbing mit Anerkennung von dem „Werte“ Schenks und Sttls und von dem „Vertrauen“, das er in beide setzte. Die Stellung Schenks war aufs neue befestigt. Unmittelbar nach der Abreise des Königs, „das Herz noch voll von Freude“, teilte der Bischof seinem Freunde die Freuden- und Siegesbotschaft mit.

1) Aus einem Briefe Sailer's an Schenk vom 9. März 1829. Vgl. auch den Brief Sailer's an Schenk vom 19. März 1829, mitgeteilt in meinem Aufsatz „Briefe Sailer's an E. v. Schenk“ in Histor.-polit. Blätter, Bd. 151, S. 879.

Barbing, den 31. Mai 1829.

Ew. Excellenz!

Lieber Freund!

Lassen Sie mich die Freude, von der mein Herz noch voll ist, mit Ihnen teilen. Am 26. erhielt ich ein eigenhändiges Schreiben vom Könige, worin er mir auf die huldreichste Weise ankündigte, daß er mit H. von Klenze den Ort, wo die Walhalla erbaut werden soll, besichtigen, bei dieser Gelegenheit in Barbing absteigen, speisen und übernachten, und diese kleine Reise am 29. 4 Uhr morgens antreten werde. Dies vertraute er mir „sub sigillo confessionis“, denn er wollte nicht erkannt sein, da er diese Gegend als König noch nicht bereist habe, was er sich aber bald zu tun vorbehalte.

Diesem strengen Befehle gemäß durfte ich also auch gar nichts gegen irgend jemand verlauten lassen; die nötigsten Anstalten zu einer möglichst würdigen Bewirtung des hohen Gastes wurden daher in aller Stille getroffen und so sehr uns hierin die notwendige Vermeidung alles Aufsehen-Erregenden beschränkte, so zeigte doch der Erfolg, daß wir eher zu viel als zu wenig im Küchen-Departement getan hatten, so sehr genügsam bewies sich der gütige König. Er kam also am 29. Abends  $1\frac{1}{2}$  Uhr hier an, fuhr nach der ersten ungemein freundlichen Begrüßung sogleich mit H. von Klenze nach Stauf, bestieg den Walhalla- und den Schloßberg, kam nach anderthalb Stunden zurück, sehr erfreut über die schöne Lage und Gegend, und nahm dann mit erfreulichem Appetite das bereitete Mittagsmahl ein, wozu er auch mich, sowie Proßke und Diepenbrock einzuladen die Gnade hatte. Ich hatte ihm beide mit den Worten vorgestellt: Eure Majestät, hier ist einer, der für mich denkt und schreibt (Diepenbrock), und einer, der mich gesund macht und mich gesund erhält (Proßke.) Er sprach dann sehr gnädig und wiederholt mit beiden, merkte sich durch öfteres Aussprechen die Namen und war so gütig, beiden die emsigste Sorge für meine Erhaltung „auf die Seele zu binden.“ Er genoß bloß Fastenspeisen, wie er es voraus bestellt hatte. Während der Mahlzeit war

er ungemein heiter, herablassend, vertraulich und liebevoll. Was mich aber am meisten freute, war die herzliche Weise, womit er bei Tisch sowohl vor den übrigen Gästen als später, da ich am Abend und am andern Morgen allein auf seinem Zimmer mit ihm redete, Ihrer und Dettl's erwähnte in Ausdrücken, die die volle Anerkennung Ihres Wertes und das große Vertrauen, das er in Sie setzt, auf die unzweideutigste Art an den Tag legten. Gott segne ihn für dieses Vertrauen und segne ihn durch dasselbe, d. h. Er lasse es stets zum Mittel dienen, den Blick des Königs auf das wahre Wohl des Landes zu lenken, und alle Täuschung hierüber zu verschleichen!

Nachdem er am andern Morgen von 5 bis 8 Uhr in seinen mitgebrachten Papieren gearbeitet, dann mir und auf mein Bitten auch unserm Präsidenten — (der sein Hiersein morgens früh erfahren und sich eilig hieher begeben hatte) — noch eine Audienz gewährt hatte, fuhr er, nach einem gleich huldreichem Abschied von uns allen, um  $1\frac{1}{2}$  9 Uhr wieder ab, begleitet von unserm gerührtesten Dank und Segen.

Ihr eigenes Herz möge es mitempfinden, wie sehr mich dieser Besuch des besten Königs, wie sehr mich sein gesundes Aussehen und die mir erzeugte Huld und Gnade erfreut und beglückt hat.

Gott erhalte, segne, stärke unsern geliebtesten König Ludwig!

Zugleich bitte ich Sie, Sr. Majestät bei der ersten Gelegenheit nochmals in meinem Namen herzlichst und ehrerbietigst für diesen Besuch und die mir und meinem Hause dabei erwiesene allerhöchste Huld zu danken.

Empfangen Sie zum Schluß meine und der Meinigen herzlichste Empfehlungen und Segenswünsche für Sich und die werten Ihrigen, von deren Wohlfahrt mir H. v. Klenze zu meiner Freude so gute Nachrichten mitgeteilt hat, und bleiben versichert der treuen, aufrichtigen Liebe und Freundschaft Ihres

J. M. Sailer.

Ps. Ich bin so frei, Ihnen einige Exemplare der Ankündigung meiner Gesamtwerke beizulegen, deren Druck nun nächstens beginnen wird.

Schenk's Stellung war durch Sailer's Einfluß auf den König wieder neu befestigt. „Was eine solche Zusammenkunft, sei es auch nur eine Stunde, wirkt“, schrieb Schenk am 16. Juni 1829 an Sailer, „das hab' ich oft gesehen, wenn der Monarch mit Ihnen gesprochen hatte.“ Schenk's Stellung blieb unerschüttert auch im Sommer und Herbst 1829, wo der Cöskreis unter den schärfsten Kämpfen seinen Zusammenbruch erlebte. Zu Anfang des Jahres 1830 gewannen Schenk und seine Freunde in der Kommission für die Reform des Schulplans einen Erfolg gegenüber Thiersch. Dieser selbst bezeichnet in einem Brief an Cotta, vom 7. Januar 1830, die Stellung des Ministers Schenk als „wieder befestigt“.

Im März 1830 war Schenk, wie wiederholt früher, nach Regensburg geeilt, um an der Seite seines bischöflichen Freundes wahrhaft glückliche Tage zu verleben. Der folgende Brief scheint aus dieser freudigen Dankesstimmung geschrieben. Er bestätigt, was über die Stellung Schenk's zum König in dieser Zeit schon sonst bekannt ist. Besonders bemerkenswert aber ist die im Briefe gemachte Feststellung eines völligen Einverständnisses mit Rudhardt. Worauf sich das Einverständnis bezog, läßt sich leider nicht feststellen, immerhin hatten die Besprechungen Sailer's mit Rudhardt den Erfolg, daß dieser bedeutende Parlamentarier in den ersten Jahren des bayerischen Landtags eine Stütze des Ministerium Schenk werden wollte.

München, den 20. März 1830.

Ich kann unsern Freund Rudhart nicht von München scheiden lassen, ohne ihm einige Zeilen des Dankes und der Liebe an Sie, innigstgeliebter und verehrter Freund und Vater, mitzugeben.

Die herrlichen Tage, die ich in Regensburg in Ihrem Hause zubrachte, waren mir eine Erquickung, von welcher ich noch zehre. Der Nachhall dieser Tage ist noch in meiner Seele, erheitert und erhebt mich. In Ihnen, ehrwürdigster Vater, wiederholt sich, was wir in Legenden von der geistigen

Gewalt lesen, die so viele heilige Bischöfe über Alle ausübten, die in ihre Nähe kamen, — von, der Atmosphäre von Liebe, die sie umgab und die jedes Herz stärkte, das in ihren Kreis gezogen wurde. Darum Dank, tausend Dank, für geistige wie für leibliche Erquickung, für Alles, was Sie und Diepenbrock und Broste und Theresie mir Liebes und Gutes erwiesen haben!

Was ich mit Rudhardt verhandelt habe und wie innig wir uns verstanden haben, wird Ihnen Rudhardt selbst erzählen.

Der von Colombella zurückgekehrte Kurier hat die Organisation und Besetzung der alten Kapelle nicht zurückgebracht. Der König muß irgend einen Zweifel haben. Daß dieser Zweifel Broste nicht betrifft, ist unzweifelhaft, da er schon früher dessen Ernennung zum Kanonikus mit Bestimmtheit ausgesprochen hat. Dagegen brachte mir der Kurier einen herrlichen Brief des Königs, voll Herz und Vertrauen, nebst der Nachricht, daß der Monarch am 9. Juni in München eintrifft, am 10. der Fronleichnamsprozession beivohnt und ohngefähr bis zum 24. Juni hier bleibt. Also zwischen dem 10. und 24. sind Sie, geliebtester Vater, mein Gast in München. Ich freue mich darauf, wie ein Sohn, wie ein Freund. . . .

Unwandelbar der Ihrige

Eduard Schenk.

Lempfrid gibt in seinem mehrmals erwähnten Buche das Ergebnis der Entwicklung 1828—1830 mit folgenden Worten wieder: Auf religiös-kirchlichem Gebiet war Anfang 1830 ein Umschwung eingetreten, und die Haltung des Königs und seiner Ratgeber wurde von den vorher siegreichen Anhängern der Aufklärung argwöhnisch beobachtet. Zwischen Regierung und Volksvertretung herrschte ein leidlich gutes Verhältnis.

Anders wurde es in der zweiten Hälfte des Jahres 1830 und besonders im Jahre 1831, als die Pariser Ereignisse und ihre norddeutschen Folgeerscheinungen auch in Bayern zu Verfügungen gegen die Presse und die Opposition führten, die ihren schärfsten Ausdruck in der Zensur- und

Ausschlußverordnung des Jahres 1831 fanden. Die Schuld an diesen Preßordonnanzen kann nicht Schenk aufgebürdet werden, aber er war als Minister dafür verantwortlich. Ebenso wenig kann in dieser Beziehung von einer Beeinflussung des Königs durch den Görreskreis die Rede sein. Auch Sailer bekämpfte nicht unbedingt die Preßfreiheit. Trotzdem begann ein förmliches Kesseltreiben gegen die „Kongregation“, gegen den katholischen Bûcherverein und vor allem gegen Schenk. Die Folge davon war, daß Schenk im Mai 1831 seine Entlassung geben mußte.

An all den Kämpfen Schenks hat Sailer warmfühlen- den Anteil genommen; im Feuer dieser Läuterungen wurde klar das echte Gold seiner Freundschaftsliebe. Die drei folgenden Briefe legen dafür Zeugnis ab.

Em. Exzellenz!

Verehrter Freund!

In der Anlage übersende ich Ihnen den eben fertig gewordenen 6. und 7. Teil meiner Schriften, enthaltend die Pädagogik und einige dahin gehörige kleinere Schriften. Dem zweiten Teile der Pädagogik habe ich die damals dem Kronprinzen gehaltenen Vorträge einverleibt. Wenn ich vor dem vernünftigen Publikum einer Rechtfertigung meiner Ansichten von Staatsregierung u. dgl. bedürfte, so könnte ich nur auf diese Vorträge verweisen, sowie auf das über die Preßfreiheit S. 270 des II. Bd. Gesagte, worin gewiß jeder Wohlgesinnte mir beistimmen wird. Aber mit Leuten, die das Herz voll Leidenschaft, und darum den Kopf und den Mund voll von Jesuitism, Kongregation und geheimem Plassen-Einfluß haben, läßt sich nicht reden, und so muß man sie denn allein lassen, überzeugt, daß unser biederes Volk bald müde werden wird, sie zu hören.

An Ihrem schweren Kampfe — nicht gegen Gründe — sondern gegen Leidenschaft und Gemeinheit, haben wir innigen Anteil genommen, und uns an Ihrer Ruhe, Besonnenheit und würdigen Haltung hoch erfreut. Sie haben in diesem Kampfe

unendlich mehr gewonnen, als Ihren Gegnern glaublich und lieb ist, nämlich die Achtung und Vertrauen von Vielen aus allen Ständen, die Sie bisher verkannten. Dies muß Sie trösten.

Gott stärke und erhalte Sie!

Ich gedenke nach dem Fronleichnamsfeste wieder nach Karlsbad zu reisen, weil es mir im vorigen Jahre so wohl getan.

Bisher war es mein Spruch: Gott — die Liebe sitzt im Regiment. Nun heißt es: Gott — die Wahrheit sitzt im Regiment.

Es lebe die Wahrheit und alle ihre Kämpfer. Amen. Meine besten Empfehlungen an Ihr Doppelhaus und das Eine Oberhaupt.

Vale, confide, ama, triumpha.

Das Feuer der Leidsale prüft das Gold im Manne, im Kämpfer, im Helden, im Minister.

N. 20. Mai 1831.

Unser verehrtester Herr Minister Eduard, der mit aller Würde, die nur das Bewußtsein der Unschuld und der Gerechtigkeit behaupten kann, seine Entlassung um des Königs willen, von dem Könige erflehet hat, hat auf meine Teilnahme „an allen seinen Schicksalen“ den gerechtesten Anspruch. . . . Es ist mir, als wenn der König seines bewährtesten Freundes, der sich für ihn opferte, nicht lange werde entbehren können — und wenn Er aus der kurzen Nacht und ihren bunten Traumgestalten erwacht sein wird, keinen Augenblick mehr werde entbehren wollen.

Dies und was noch dazu gehört, leg ich in die Hand der Providenz und gönne dem geprüften im Feuer der Lästerung, und dem in der Prüfung bestandenen und dem im Erliegen siegenden Freunde die Entfernung von dem Theater seiner reinen Wirksamkeit und seiner edlen Leidsamkeit — und die mit dieser Entfernung verbundene Ruhe. . . . Gleicherweise gönnt seiner lieben Familie die errungene Heiterkeit

Bischof Sailer

N. 30. Mai 1831.

samt seinen Hausgenossen.

Ich werde am 6. Juni mit den Meinen die Karlsbadreise und Diepenbrock die Reise zu den Seinen antreten. H. v. Lint, Ex-Präsident, hat der Frau Ministerin Therese von Schenk, die in München leider ein Dornengärtchen hatte, in Regensburg das schönste Rosengärtchen gepflanzt.

10. Oktober 1831.

Geliebtester, verehrtester Eduard!

Dies Jahr sehe ich als ein denkwürdiges Gnadenjahr für Sie an, denn es hat Ihnen das Wort Gottes: „die ganze Welt liegt im Argen“ durch die bittersten Erfahrungen gepredigt und gerade diese Erfahrungen sind, weil sie die bittersten sind, auch die heilsamsten. Und der Gott, der Sie in diesen Schmelztiegel warf, der hat Sie auch wieder herausgezogen. Ihm die Ehre, Ihnen und den Ihren Heil und Segen! Amen.

Das ist mein Wunsch zum Namensfeste!

\* \* \*

Der König hat E. von Schenk auch nach seiner Entlassung Gnade und Huld bewahrt und ihn zum Regierungspräsidenten in Regensburg ernannt. Hier hatte Schenk Gelegenheit, die alte Freundschaft mit Bischof Sailer so innig wie immer zu pflegen; freilich nur mehr kurze Zeit, denn im Mai 1832 löste der Tod Sailer's das Freundschaftsband. Noch über das Grab hinaus hat aber Schenk die verehrende Liebe zu seinem Freund bewahrt. Sein bekannter Charitasaufsatz sollte der schönste Blütenstrauch sein, den er am Grabe dessen niederlegte, der ihm im Leben der edelste und treueste Freund gewesen.

## LXXI.

### Anglikanische Tagesfragen.

Von Urban Zurburg.

Mitten im Weltkriege hat die anglikanische Kirche alte und neue Streitfragen auszufechten. Vom Burgfrieden innerhalb der einzelnen Richtungen kann man nicht reden, da rührige Parteimänner die ernste Zeit des Krieges benützen, um ihren Bestrebungen Erfolge zu sichern. Die religiös indifferenten Massen, die auch im Anglikanismus eine überwiegende Mehrheit bilden, sind durch die Tagesereignisse auf dem Kriegsschauplatz zu sehr in Spannung gehalten, um durch die Schlagworte der kirchlichen Parteien merklich erregt werden zu können. Dieser Umstand kommt besonders der hochkirchlichen Richtung zu Nutzen; aber auch die obersten Leiter der Kirche möchten sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, möglichst unauffällig Streitpunkte und Reibungsflächen zu beseitigen und dem Kirchenschiff eine ruhigere Fahrt zu sichern.

Eine Hauptforderung der hochkirchlichen Richtung seit den Tagen der Oxfordbewegung ging auf weitgehende Befreiung ihrer Kirche von staatlicher Bevormundung und Kontrolle. Man sagte sich mit Kanonikus Libbon: „Das Parlament mit seinen ungläubigen Vertretern aller Schattierungen ist absolut unfähig eine kirchliche Frage besprechen zu können.“ Durch reiche Erfahrungen belehrt fand Lord Halifax in seinen bessern Tagen, daß selbst eine päpstliche Entscheidung in kirchlichen Fragen den Verfügungen der obersten anglikanischen Instanz im Privy Council vorzuziehen sei. Ungeduldig rüttelte man an den Ketten, in welchen die königliche Suprematie die Religion gefangen hielt. Der anglikanische Verein for the liberation of religion from State patronage and control hatte bis 1875 schon siebenhundert Versammlungen gehalten und eine Million Traktate verbreitet. Erzdiakon Denison sah in dieser Staats-

herrschaft eine corrupt phase der Geschichte der englischen Kirche und von Gladstone berichtet sein Biograph: „Seit etwa 1850 fürchtete er die Entstaatlichung tatsächlich nicht mehr; im Gegenteil, nichts fürchtete er mehr als die Gefahren der Verstaatlichung (establishment) für die Integrität des Glaubens“ (Morley, Life of Gladstone III 540.) Die Entstaatlichung der „Kirche von England“ in Irland 1869, das Werk Gladstones wurde von den Anglikanern schwer bekämpft, doch sah Gladstone darin nur eine Forderung elementarster Gerechtigkeit für die irischen Katholiken. Nicht als Befreiung der Religion von Staatsfesseln war die Entstaatlichung der anglikanischen Kirche von Wales 1913 gedacht, sondern als ein Entgegenkommen an die Mehrheit, welche daselbst die von der Staatskirche getrennten Sekten bilden. Eine religiöse Hebung des englischen Volkes wurde damit weder beabsichtigt noch erreicht. In kirchlichen Kreisen des Anglikanismus hat man diese Entstaatlichung als Raub an der anglikanischen Kirche bekämpft. Finanzielle Erwägungen spielen in diesen Fragen eine umso größere Rolle als Erfahrungen in Amerika und Irland zur Erkenntnis führen mußten, daß die anglikanische Gemeinschaft in ihrer Freiheit allerdings ihren Bestand bewahrt, jedoch keinerlei vermehrten religiösen Lebens sich erfreut und für die erhoffte Entwicklung und Blüte der freien Kirche noch keine Anzeichen sich erblicken lassen. Wenn daher der Ruf nach Befreiung von staatlicher Bevormundung im Anglikanismus erhoben wurde, ist dies dem Umstande zuzuschreiben, daß die einen die Lebenskraft des anglikanischen Protestantismus überschätzten und die anderen durch die offene Protektion von Ungläubigen und Häretikern und ihre Zulassung ins kirchliche Amt sich abgestoßen fühlten. Wo indessen die staatliche Oberhoheit beseitigt wurde, wie in Irland, ist die kirchliche Gesetzgebung nicht in die Hände der obersten kirchlichen Leiter, der Bischöfe, gelegt worden, sondern hat das Laientum es verstanden, in den Synoden sich recht fühlbar zu machen und sich auch in Sachen der kirchlichen Lehrentscheidungen nicht unähnlich dem königlichen Supremat als eine Macht auszuspielen, mit der die bischöfliche (Pseudo-)Autorität zu rechnen

hat. Letztere vergißt nur zu gern, daß sie eine Schöpfung des Staates ist und durch den Atem des Parlamentes lebt; dem anglikanischen Episkopat eine Stellung im Sinne des katholischen Dogma und Kirchenrechtes einzuräumen, lag nicht in den Intentionen des englischen Staates zur Zeit der Reformation, und es geht nicht an, wenn man, wie es der Bischof von Norwich in den „Times“ tat, gegen den Einbruch der staatlichen Autorität in das rein kirchliche Rechtsgebiet sich beklagt und es „absurd“ nennt, von einer „Vereinigung von Kirche und Staat“ noch sprechen zu wollen.

Schwer fühlte man die Allgewalt des Staates in Schaffung des neuen anglikanischen Eherechtes von 1908, wobei ein Dogma der Staatskirche, ein „göttliches Gesetz“, ein für sie undispen-  
sables Ehehindernis durch Machtspruch des Parlamentes beseitigt worden ist. Trotz allen öffentlichen und feierlichen Erklärungen und Protesten, trotz allen Drohungen von Trennung der Kirche vom Staat haben sich die anglikanischen Bischöfe ohne Ausnahme der Neuordnung unterzogen. Es scheint, daß diese Episode in der anglikanischen Geschichte wenigstens den Wunsch nach vermehrter Selbständigkeit der kirchlichen Organe hat aufkommen lassen.

Im Juli 1913 hatte das Representativ Church Council folgende Resolution gefaßt: „Es liege prinzipiell keine Unvereinbarkeit zwischen einer nationalen Anerkennung der Religion und der geistlichen Unabhängigkeit der Kirche, und ersucht daher das Council die Erzbischöfe von Canterbury und York in Erwägung zu ziehen, ob es nicht rätlich ist, eine Kommission zu ernennen mit der Aufgabe, zu prüfen, welche Änderungen angebracht sind, um in den Beziehungen von Kirche und Staat eine bessere Betonung (fuller expression) sowohl der geistlichen Unabhängigkeit der Kirche als auch der nationalen Anerkennung der Religion zu sichern!

Die beiden Erzbischöfe beeilten sich dem geäußerten Wunsche zu entsprechen und übertrugen einer Kommission das Studium dieser Frage. Letztere hat nun ihren Bericht veröffentlicht.

(Report of the Archbishops' Committee on Church and State, London 1916 [S. P. C. K.])

Die Kommission schickt ihren Reformvorschlägen die Bemerkung voraus: „Die Kirche von England ist nach bestimmten Richtungen hin lahmgelegt, denn sie hat keine Gewalt, die Organisation, die Regeln und Handbücher für den Gottesdienst, den sie von den vergangenen Jahrhunderten übernommen, den sehr veränderten Zeitverhältnissen von heute anzupassen. Die Räder der kirchlichen Maschine knarren und ächzen und verweigern zeitweise ihren Dienst.“

Der wichtigste Vorschlag der Kommission sieht die Bildung einer eigenen Instanz, das Church Council, vor. Dieser Behörde, mit staatlicher Anerkennung, sollten legislative Rechte in kirchlichen Fragen eingeräumt werden. Die bisherige Verbindung von Kirche und Staat wäre durch das Vetorecht des Parlamentes genügend berücksichtigt. Der Bericht erklärt: „Wir sind sicher, daß nur die Wiederherstellung der Selbstverwaltung für die Kirche sie befähigen wird, als Organ des geistlichen Lebens für jenen großen Nationsteil, der ihre Hülfe und Leitung verlangt, wirksam tätig zu sein. . . . Die Vorenthaltung der Selbstverwaltung für die Kirche durch den Staat bedeutete Unfähigkeit auf Seite des Staates, ein wesentliches Prinzip gefunden nationalen Lebens zu erkennen.“

Der neue Gesetzesapparat ist folgendermaßen gedacht. Jede Verordnung oder Neuerung, welche diese kirchliche Instanz (Church Council) passiert hat, soll während 40 Tagen in beiden Häusern des Parlamentes gedruckt ausliegen. Sodann soll ein eigenes Komitee gebildet werden, das als speziell kirchliches Komitee (Abteilung des Privy Council) dem Parlamente in Ausübung seiner Hoheitsrechte, kirchliche Fragen betreffend, behilflich ist. Letztere Kommission soll, eventuell in Verbindung mit dem Church Council, über die Vorlage den Bericht zuhanden der Krone abfassen. Vorlage und Bericht werden im Parlamente aufgelegt. Der Bericht hat die Aufgabe den beiden Häusern Aufklärung zu geben, inwieweit die Vorlage bestehende Parlamentsentscheide berühre und ob von Seite des Staates

ihrem Inkrafttreten etwas im Wege stehe. Ist der Bericht der Vorlage günstig, so muß nach Ablauf der 40 Tage die Genehmigung der Krone eingeholt werden, es sei denn, das Parlament habe eine besondere Verfügung erlassen.

Es fehlt aber nicht an anglikanischen Kreisen, denen eine Änderung der bisherigen Forderung nicht behagt, zumal man einer Beschränkung der Laienherrschaft in Sachen der kirchlichen Gesetzgebung abgeneigt ist. Ihrer Anschauung entsprechend ist auch das bischöfliche Amt nur ein Staatsamt, dem durch die Weihe kein höherer Charakter und keine Gnadenwirkung im Sinne einer apostolischen Succession zukommt. In der Auffassung der Reformation bleibt dem Laientum das kirchlich-religiöse Bestimmungsrecht unbeschnitten und was man Dogma nennen will und auf was sich seine Konfession verpflichtet oder zu verpflichten scheint, muß seinem Bistum und seiner Approbation ebenfalls vorgelegt sein.

In einer Kritik der Reformvorschläge von Seite der erzbischöflichen Kommission bemerkt ein Einsender in der „Westminster Gazette“: „Man sieht vor, daß Maßnahmen, welche Lehrformen oder den Gottesdienst oder die Zeremonien der Kirche berühren, nur ins Haus der Bischöfe eingeführt werden. Die Laien also — das heißt die Nation — werden der Gewalt beraubt, durch welche im 16. Jahrhundert sie — es war nämlich ihr Werk und nicht das Werk der Bischöfe — die Reformation durchgeführt haben.“

Es sind aber reichliche Anzeichen vorhanden, daß die überwiegende Mehrheit der englischen Protestanten, und selbst die hochkirchliche Richtung, trotz ihrer Behauptung „katholisch“ zu sein, am Werk der Reformation nicht rütteln läßt.

## II.

Eine andere Erscheinung, die heute wieder in den Vordergrund tritt und auch für die anglikanische Kirche ihre Bedeutung hat, ist die Feminist Movement. Der Ruf nach Emanzipation der Frau und die Forderung des Stimmrechtes für dieselbe hat in der Tätigkeit der Frauenrechtlerinnen in England vor dem

Krieg einige Berühmtheit erlangt. Ihre Agitation begnügte sich längst nicht mehr mit der Propaganda durch Wort und Schrift. Die Ausschreitungen dieser Bewegung sind bekannt, denn zerbrochene Schaufenster und zertrümmerte Straßenlaternen und noch gröbere Akte des Vandalismus mit Brandstiftung, der auch sechs Kirchen zum Opfer fielen, Madauszenen in den Räumen des Parlamentes und den geweihten Hallen der Kirchen, bezeichnen den Weg, den die englische Frauenbewegung gegangen ist. Diese erfolglose Tätigkeit wird während des Krieges aus höheren Gründen eingestellt, auch hat die Bewegung durch die Arbeit der Frauen in den Waffen- und Munitionsfabriken eine nützliche Ablenkung, aber auch tiefere Begründung erhalten. Die hohe Belobung und die warmen Dankworte, die nun selbst der Ministerpräsident den Interessen und Rechten der Frau öffentlich zollte, veranlaßte das „*Tablet*“ zur Bemerkung: „Das Frauenstimmrecht hat im Unterhaus den Segen des gefürchtetsten Gegners erhalten und sein Triumph dürfte in naher Zukunft als gesichert betrachtet werden“ (*The Tablet* 1916 II, 231).

Die Bewegung scheint aber auch für die anglikanische Kirche nicht ohne Einfluß zu sein.

Das Council of the National Mission, das eine religiöse Erneuerung und Weckung für ganz England anstrebt, versteigt sich zur Bemerkung: „Die Ziele und Ideale der Frauenbewegung, abgesehen von der Sache ihrer besonderen politischen und anderen Forderungen, sind in Übereinstimmung mit der Lehre Christi und Seiner Kirche bezüglich der Gleichheit von Männern und Frauen in den Augen Gottes — Gleichheit der Vorrechte, Gleichheit in der Berufung, Gleichheit in der dienstlichen Verwendbarkeit (opportunity of service).“ Im Schoße dieser Versammlung brachte Miß Maude Royden eine Motion vor, die als Resolution folgenden Wortlaut erhielt: „Es sollen die Bischöfe ernstlich erinnert werden, wie wichtig es ist, bestimmte Anleitungen zu geben bezüglich des besten Weges, sich den Dienst der Frauen zu sichern und die Mission der Frauenrednerinnen in der Kirche oder anderswo entgegenzunehmen.“

Wegen diese Entwicklung der Frauenbewegung und die

Stellung der Frau zur Kirche glaubte der angesehene Führer der hochkirchlichen Richtung, Athelstan Riley Stellung nehmen zu müssen. In einem Briefe an den Erzbischof von Canterbury bemerkt er: „Frauen in den Kirchen sprechen zu lassen, steht im direkten Widerspruch zur Heiligen Schrift mit den ausdrücklichen Vorschriften eines hl. Paulus im ersten Korintherbrief und der Gepflogenheit der katholischen Kirche. Sollte diese Neuerung in die Methode der National Mission eingeführt werden, muß dies unvermeidlich Unheil im Gefolge haben. Erwartet man vielleicht von den Gläubigen, daß sie in ihren Pfarrkirchen Frauen zuhören, wie sie ihr Missionsamt in Diözesen ausüben, die so unglücklich sind, einen Bischof unter Frauenkontrolle zu besitzen? Ich komme aber noch auf einen ernstern Punkt zu sprechen, der keine andere Beziehung mit der National Mission hat, als darzutun, wie notwendig es ist, der Frauenbewegung und einigen Damen gegenüber, die mit ihr in Beziehung stehen, auf der Hüt zu sein. Denn diese Resolution, Frauen in unseren Kirchen als Sprecherinnen auftreten zu lassen, die in einem unbewachten Augenblick durch das Council gefaßt worden ist, wäre der erste offene Schritt in einer organisierten Bewegung für die Frauen auch das Priestertum zu erlangen.“

Die Antwort des Erzbischofs, der seine Genugtuung über die Entschlüsse des Council of National Mission aussprach und die Bemerkung über die letzten Ziele der Frauenbewegung unberücksichtigt ließ, befriedigte den hochkirchlichen Führer nicht, und er beeilte sich zu einem entschiedenen, erneuerten Protest gegen die genannten Tendenzen. Die Bemerkungen der Resolution über die Gleichheit der Stellung von Mann und Frau in der Kirche bezeichnet er als Nonsens und betont: „Es geht nicht an, daß Frauen, wie Miß Maude Royden, die in eine Verschwörung verwickelt sind, das Priestertum sich Schritt für Schritt zu erobern, in der C. N. M. tätig sind und eine führende Rolle bei der Beratung und den Beschlüssen spielen dürfen.“ Diese Neuerung im Widerspruch zur apostolischen Lehre und kirchlichen Tradition würde ohne entschiedene Oppo-

fiction die englische Kirche zum „Gegenstand des Gelächters“ machen und schließlich in ihrem Bestand bedrohen.

In dem „Church Times“ erschienen weitere Beiträge, die auf die Ziele der Frauenbewegung im Anglikanismus hinweisen. Dort heißt es: „Es ist Tatsache, daß ein organisierter Versuch durch eine gewisse Frauengruppe gemacht wird, um den Frauen die Priesterweihe und selbst den Zutritt zum Episkopat zu verschaffen. Der Ernst der Lage wird an den Tag treten, wenn gewisse Papiere, die uns in die Hände gekommen sind, veröffentlicht werden.“ Aus einem Schriftstück werden dann folgende Worte angeführt: „Unsere Auffassung geht dahin: das Priestertum ist ein menschliches Amt, durchaus nicht an ein Geschlecht gebunden, und da die Frauen menschliche Wesen sind, ist es unvernünftig, ihnen die Gelegenheit, dasselbe zu erlangen, einfach weil sie Frauen sind, vorzuenthalten. Wenigstens eine Dame kenne ich, die ihres Berufes sich sicher fühlt und diese Frau wird, soweit sich voraussehen läßt, ein geradezu idealer Priester sein. Die Macht der Gewohnheit scheint den Geist Gottes niederzuhalten; für die Kirche entsteht hieraus ein schmerzlicher Verlust.“ Ein anderer Zeuge, der für die neue Bewegung angeführt wird, bemerkt: „Ich würde gern seiner Zeit Priesterinnen und sodann Frauenbischöfe sehen. Doch scheint es mir, die erste Bestrebung muß dahin gehen, das Diaconat uns zu sichern.“

Im Londoner Diözesanblatt verordnete der Bischof, daß Frauen unter folgenden Bedingungen ihre „Botschaft“, wie man es zu nennen pflegt, in den Kirchen erfüllen können: sie dürfen nur zu Frauen und Mädchen reden, müssen die spezielle Erlaubnis des Bischofs und des Ortspfarrers einholen und nie die Kanzel, das Lesepult oder den Chor benützen. Die geheimen Bestrebungen in der Frauenbewegung haben die Gemüter stark gegen sie eingenommen und Protestschreiben mit Unterschriftensammlung gegen das Council of National Mission resp. gegen dessen Ansuchen an die Bischöfe hervorgerufen. Im Londoner Zirkular wird die Forderung des Frauenpriestertums als häretisch bezeichnet. Im Sinne des Londoner Bischofes hatte

sich nur derjenige von Chelmsford ausgesprochen, schließlich aber den Frauen jede Tätigkeit in der Kirche untersagt, um der Opposition, die er als „das Werk des Teufels“ bezeichnete, nicht noch mehr zu erregen. Gegen die Tätigkeit der Frau in der Kirche im Sinne des E. N. M. äußerte sich der Erzbischof von York und noch ein weiterer Bischof. Die Bischöfe von Bristol, Carlisle und Chichester wünschten eine korporative Entscheidung des Episkopates; eine größere Anzahl wollte sich überhaupt nicht mit der Sache befassen. Eine eigentliche Zulassung zum Predigtamt in der Kirche bezeichnet auch der Bischof von London als „nicht wünschenswert und unkatholisch.“

### III.

Der Weltkrieg hat die Stellung des Anglikanismus nicht befestigt. Der „Guardian“ meint von seiner Gemeinschaft: „Unter einem großen Teil ihrer Mitglieder herrscht die unbehagliche Stimmung, ihre Kirche habe es fehlen lassen, die ausgezeichnete Gelegenheit, die während des Krieges sich ihr geboten, sich zu Nutzen zu machen.“ Allgemein beklagt man die Indifferenz des anglikanischen Soldaten seiner Konfession gegenüber. Die überwiegende Mehrzahl bekenne sich zwar zur Kirche, wisse aber mit der Religion nichts anzufangen, und die Großzahl habe nicht einmal die rudimentärsten Begriffe vom Christentum; die religiöse Auffassung sei „vag und unbestimmt“. Eine Reihe übereinstimmender Berichte von 8 Theologiestudenten an der Front veranlaßt die „Church Times“ zum Geständnis, daß aus einer Brigade von 6000 Mann nicht mehr als 6 oder 8 Soldaten noch praktizieren, d. h. sich als Kommunikanten der Kirche Englands ausweisen.

Die Briefe von Feldgeistlichen lauten ebenfalls entmutigend, und den Bericht, der von einem Spezialkomitee den Bischöfen vorgelegt wurde: „Ueber die geistlichen Bedürfnisse der Soldaten und Matrosen nach dem Krieg“, nannte der Bischof von London „einen der interessantesten, der je den Bischöfen überreicht wurde“. Der Bischof von Winchester spricht von dessen „ganz ungewöhnlichem Wert und Bedeutung“. Als aber der

Feldgeistliche Dr. Cooper-Marssdin im Unterhaus der Konvokation von Canterbury eine Reihe der trostlosen Meldungen verschiedener Geistlicher in England vorlas und die Bemerkung fallen ließ „ein Römisch-katholischer weiß immer, was er zu glauben und zu tun hat“, protestierte Dr. Robinson gegen jene Art der „magischen“ Vollständigkeit der geistlichen Ausrüstung des katholischen Soldaten und warnte vor römischer Methode. Er beklagte aber selber die religiöse Unwissenheit von Offizieren und Soldaten, was wohl die Bemerkung veranlaßt habe: „das Groß der Engländer sind Unitarier“. Allgemein wurde der Gedanke angeregt, einen kleinen Katechismus in „klarer, solider und gemeinverständlicher Sprache“ über die Elemente des christlichen Glaubens und der Praxis abfassen zu lassen. Der Erzbischof äußerte sich zustimmend, warnte aber, dieses Schriftstück als offizielle Äußerung der Kirche auffassen oder ausgeben zu wollen. Einem solchen Vorgehen ständen gesetzliche Hindernisse im Wege, und es wäre bei dem gegenwärtigen Stand der Kontroverse und der gewitterhaften Atmosphäre, die diesbezüglich vorherrsche, nicht rätlich. Der Bischof von London meinte betonen zu müssen, daß gerade die Young Men's Christian Association, die es bisher nach Kräften unterstützt, den Ausgangspunkt einer Art neuen Religion bilden werde, sofern die Kirche nach ihrer Rückkehr aus dem Krieg sich nicht ihrer annehme und sich zu erhalten suche.

Als Sammlungspunkt für die Anglikaner wurde die Abhaltung einer imposanten Kommunionfeier an der Front empfohlen und der „Guardian“ erklärte: „der Krieg hat es klarer denn je erkennen lassen, daß die heilige Kommunion das Zentrum ist, um das sich die Religion am sichersten aufbaut.“ Die Schwierigkeit, äußert sich ein Rev. Lord William Gascoyne-Cecil, bestehe allerdings darin, ob nach alter Form oder im näheren Anschluß an die römische Messe vorgegangen werden müsse. „Viele sind der Meinung, ein Aufenthalt in römisch-katholischen Ländern bringe unseren Soldaten, wenn sie zurückkommen, das Bedürfnis nach der Messe.“

Wie soll aber der Anglikaner eine religiöse Sicherheit er-

halten, wenn sich seine Führer selbst über die Basis des Christentums streiten oder mit Lacey, einem vielgenannten anglikanischen Ordensmann und Kontroversisten, in einer Kirche „ohne Theorie“ das Heil erblicken und mit „dieser ruhigen Befriedigung mit den Tatsachen“ sich abfinden. Andere fordern allerdings in den Church Times „eine abgeklärte und konsequente Theorie von Kirche“ und stellen Fragen, die immerhin die aufrichtige Forschung verraten. Letzteres ist aber nur dazu angetan, die Kontroversisten auf die sonderbarsten Theorien zu bringen, um ihren Anglikanismus im Begriff „katholisch“ unterzubringen. Die Einzelnen mögen zuweilen aus edelsten Motiven, wie z. B. Athelstan Riley, mit edler Offenheit und versöhnender Milde vorgehen; sie finden jedoch an Rom eine drohende Gefahr für ihre Leute, vor der sie immer warnen zu müssen glauben. Offen gesteht Riley einer katholischen Widerlegung seiner Theorie gegenüber: „Gott ist mein Zeuge, ich wünsche nur Anglikaner zu beruhigen und nicht Papisten zu verwirren.“

Zur Beruhigung der Anglikaner — und wohl ohne Gefahr für die Katholiken — ist das Buch erschienen (Our Place in Christendom, London 1916, Longmans): „Unsere Stellung im Christentum“, ursprünglich neun Vorträge, in der Kirche von St. Martin-in-the-Fields gehalten. Eine Reihe von angesehenen anglikanischen Größen haben sich in die Arbeit geteilt und der Bischof von London schrieb die Einleitung dazu. Die eigentliche Frage und der springende Punkt wird mit viel Rhetorik und Phrase umgangen; es sind zumeist Traktate über Kirchengeschichte mit möglichst vielen Angriffen auf Rom; meint doch der Bischof von London in seiner Anpreisung der Verdienste der einzelnen Mitarbeiter: „Das Papsttum ruht auf einer erstaunlichen Masse von Erfindungen.“ Es liegt übrigens wenig Scharfsinn in der anglikanischen Position, wenn sie, um sich die Katholizität zu vindizieren, immer glaubt, die römische Kirche selbst angreifen zu müssen. Man meint, es dürfe wenig Verlockendes in der Idee liegen, mit einer so schlecht fundierten Kirche, wie die römische es sein soll, ruhend „auf einer erstaunlichen Masse von Erfindungen“, sich als gleichberechtigter Zweig

der katholischen Gemeinschaft zu fühlen. Es dürfte dies immerhin ein zweifelhaftes Verfahren sein, die eigene Stellung vor der Welt zu erhärten. Auch liegt in den Kennzeichen, die Dr. Robinson in diesem Buche an seiner Kirche erblicken will — Freiheit, Wahrheit und Wirklichkeit — nur das, was auch jede Sekte in England der Staatskirche gegenüber ausspielen könnte, und zum Teil mit größerem Rechte. Die Schrift soll in anglikanischen Kreisen als „unanswerable“ ausgegeben werden;<sup>1)</sup> doch findet ein denkender Anglikaner wohl selbst die Schwächen heraus. Vielleicht ist das Ganze nur für den Moment berechnet. Als Beschwichtigung und Ausgleich nach allen Richtungen und Meinungen der anglikanischen Kirche gedacht, ist der Versuch immerhin ablenkend. Dem Buche, wie manch anderer Erörterung in der anglikanischen Presse, könnte das Wort Wileys als Motto vorgesetzt werden: „Ich wünsche nur Anglikaner zu beruhigen!“

## LXXII.

## Warren Hastings.

Ein Blatt aus der Eroberungsgeschichte Indiens.

Die Familie Hastings soll von den räuberischen Wikingern abstammen. Sie hatte sich in verschiedene Zweige gespalten, von denen mehrere zu Macht und Ansehen gelangten. Der älteste Zweig jedoch, die Herren von Dalesford, war nach dem englischen Bürgerkrieg tief herabgekommen, denn ein Hastings verlor als treuer Kavalier sein Hab und Gut für Karl I. Warrens Großvater lebte armselig von der Rente eines schlecht dotierten Pfarrhauses, während der altangestammte Sitz Dalesford in fremde Hände ging. Warrens Vater war ein schlecht

1) So wenigstens schreibt mir ein Konvertit, der kürzlich aus einer der fortgeschrittensten ritualistischen Richtungen zur katholischen Kirche übergetreten ist

geratener Junge, der, noch nicht 16 Jahre alt, eine törichte Heirat einging. Da die Eltern bald starben, blieb das Kind aus dieser seltsamen Kinderehe dem Großvater zur Last. Der kleine Warren spielte mit Bauernkindern vor den verschlossenen Toren Daylesfords, das seiner Phantasie als verlorenes Paradies erschien. Noch mußten viele alte Leute vom einstigen Glanz des Hauses zu erzählen und entflammten die Phantasie des Widingerenkels mit Erobererträumen. Siebenjährig rüttelte er mit den kleinen Fäusten an der verschlossenen Pforte des Ahnen-sitzes und schwor, in die Väterhalle wieder einzuziehen als Herr von Daylesford.

Als der entschlossene Junge auf die höhere Schule kam, zeigte er so viel Talent und Liebe für das Studium der Humanität, daß sein Lehrer, um ihm die Gelehrtenlaufbahn zu ermöglichen, für die er so vielversprechend schien, nach dem Tode des Großvaters die Studien weiter zahlen wollte. Ein gewisser Mr. Chiswick, dem der Junge testamentarisch anvertraut worden, verschmähte jedoch diesen Antrag, entriß Warren dem Studiengang und führte ihn seiner merkwürdigen Bestimmung zu, indem er nach kurzer kaufmännischer Vorbereitung den Verwaisten nach Indien einschiffte. Im Dienste der Compagnie tat sich der junge Mann schnell hervor, ähnlich wie es Clive getan, bald kriegerisch, bald handelsbeflissen. Er machte sich fleißig mit Land, Leuten und Sprachen vertraut, sodaß er der Compagnie sehr nützlich wurde als Dolmetsch, Diplomat, Soldat und Handelsreisender zugleich. Dazwischen geriet er in Gefangenschaft und bestand allerlei Abenteuer. Der erste Eroberer Indiens, Lord Clive, erkannte seine Talente. Während dessen Abwesenheit (um 1761) befand sich Hastings in Calcutta als „member of Council“, also bereits auf dem Weg zu Macht und Geld.

Man ist einigermaßen erstaunt, daß er Indien verläßt, um im Besitze eines noch mäßigen Vermögens nach England zurückzukehren, wo die schöngeistigen Interessen, denen er auf der Schule zugestrebte, ihn wieder gefangen nehmen. Er begeistert sich namentlich für das Studium orientalischer Sprachen

und sucht Johnson dafür zu interessieren. Ein Lehrstuhl für die persische Sprache soll gegründet werden, in schöngeistigen Kreisen schwärmt Hastings von Firdusi. Indessen geht das von ihm in Indien angelegte Kapital verloren und noch einmal der Liebhaberei durch praktische Notwendigkeit entrisen, begibt er sich (1769) zurück nach Indien. Die Reise wird entscheidungs- schwer für die Richtung seines Handelns. Ein „Indioman“, ein nach Indien bestimmtes Schiff, brauchte damals noch viele Monate zu seiner Reise, die Passagiere hatten Muße sich nahe zu kommen. Hastings trifft als Reisegefährten einen Deutschen, den Baron Imhoff, der hofft, in Indien von seinem Maler- talent leben zu können, und interessiert sich rasch für dessen reizende junge Frau, eine Russin aus Archangel. Zwischen dem Engländer und Maria Imhoff entsteht ein Liebesverhältnis, das sich besonders dadurch befestigt, daß er schwer erkrankt und von ihr gesund gepflegt wird. Das Besondere an dem Abenteuer ist aber das Übereinkommen zwischen dem Liebespaar und dem Ehemann. Hastings, der als echter Engländer alles mit Geld macht und zu machen gedenkt, beschließt, die Frau ihrem Manne abzukaufen. Es geschieht in der Form, daß Imhoff darauf eingeht die Scheidung einzureichen, bis dieselbe erfolgt ist, aber mit Frau und Freund zusammenzuleben, wogegen sich dieser verpflichtet, Imhoff gute Geschäfte in Indien zu verschaffen. Ferner verpflichtete er sich, Maria nach erfolgter Scheidung zu heiraten und die Kinder aus der Imhoff'schen Ehe zu adoptieren. Nachdem alles so zu allgemeiner Zufrieden- heit geordnet, begaben sich die drei Verbündeten an Land, Hastings, von Liebe und Ehrgeiz angefeuert, nach Geld und Macht mit allen Kräften, aber auch mit allen Mitteln zu streben. Der Zustand Indiens, wo teils schwache, lasterhafte Fürsten regierten oder scheinbar regierten und durch fortwährende Palastintrigen leicht ausgebeutet werden konnten, eignete sich sehr für sein Streben. Sein energisches Vorgehen in Sachen der Compagnie befriedigte diese so sehr, daß sie ihn bald an die Spitze der bengalischen Regierung stellte (1772).

Das Ehepaar Imhoff begleitete Hastings nach Calcutta

auf seinen Posten und sie lebten dort nach den Worten des Biographen „on the some wise an judicious plan“ jahrelang weiter. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die schöne ehrgeizige Frau aus Liebe und Habgier den ganz von ihr bezauberten Mann zu rücksichtslosem Ausnützen jeder günstigen Gelegenheit trieb. Die Regierung der Company — sie nannte sich Council — war Herrscherin ungefähr in dem Sinn, wie beim Niedergang Roms die großen Barbaren herrschten, indeß noch irgend ein Augustulus angeblich Cäsarwürde genoß. Die eingeborenen Fürsten waren solche herabgekommene Scheincäsa- ren, was Raum gab zu einem unendlichen Intriguenspiel. In diesem gelang es Hastings den Ehrgeiz eines ränkevollen großen Brahminen namens Munesomar zu stürzen und die von ihm erstrebte Ministerschaft den Machtbefugnissen der Company zuzuführen.

Die Hauptsache aber war, den stets aus London eintreffenden dringenden Mahnungen nach Geld Genüge zu leisten. Dazu bot sich Gelegenheit durch das Ansuchen eines habgierigen Fürsten namens Lurah Dorloh, der den Nachbarstaat der Rohillas überfallen wollte, welcher eine Periode des Aufschwungs hatte und daher dem räuberischen Nachbarn begehrenswert erschien. Lurah getraute sich nicht allein die kriegstüchtigen Rohillas anzugreifen. Er kaufte — natürlich entsprechend teuer — die Hülfe der Engländer. Das blühende Land der Rohillas wurde verwüstet, die Kasse der Company aber füllte sich.

Indessen war durch Lord North 1773 eine Veränderung in den asiatischen Fragen durchgeführt worden durch die sogen. „Regulation Acts“. Hastings wurde zum Generalgouverneur ernannt auf fünf Jahre, einige Herren aus England waren ihm aber als Räte der neuen Regierung beigegeben. Außerdem entstand ein oberster Gerichtshof, der nur von London abhing und dessen Befugnisse für die Vorurteile und den Aberglauben der Inder äußerst quälend und ganz unnötig quälend wurden. Unter den Herren, die man von England schickte zur verantwortlichen Mitregierung des widerspruchsvollen Staatswesens, war der bedeutendste Sir Philipp Flowers. Dieser, ein streng rechtlich, ja leidenschaftlich rechtlich denkender Mann, ist ver-

mutlich der Verfasser einer Reihe politischer Aufsätze, die anonym erschienen unter dem Titel: „Letters of Junius“ und allerlei Mißstände im parlamentarischen England äußerst scharf und geistvoll angriffen. Entmutigt über das geringe Resultat seines genial polemischen Eifers suchte Flowers in Indien ein Feld für seine Ideale. Der ehrliche und wohlmeinende Mann, mit indischen Schlichen und Ränken ganz unvertraut, scheint übrigens sehr ungeschickt gewesen zu sein in praktischer Betätigung. Diesem ungeschickten Idealisten stand der erfolgreiche Realpolitiker Hastings gegenüber und zwischen beiden Männern entstand sofort bitterste Fehde. Zuerst ging es dem Generalgouverneur nicht gut. Flowers erwuchs unerwartet eine mächtige Hilfe und ein Bundesgenosse in der Person jenes gedemütigten Brahminen Muneomar, den Hastings um die Früchte seines Strebens, um die geld- und ehrenreiche Stelle eines bengalischen Ministers gebracht. Mit wahren und falschen Anschuldigungen gewann Muneomar das Ohr der Hastings feindlich gesinnten Räte; sein Ansehen schwoll wie ein Regenbach, während Hastings Ansehen vertrocknete, einschrumpfte.

Doch Hastings hatte heimlich in dem gewagten Spiel sich eines furchtbar mächtigen Trumpfes versichert. Er hatte nämlich den Oberrichter des von London eingesetzten und nur von London abhängigen obersten Gerichtshofes, einen gewissen Impey, mit Geld und guten Worten gewonnen. Einspruch von 15000 Meilen her war bei damaligen Verkehrsverhältnissen eine Sache fast von Jahresfrist. So wagte es Impey, von Hastings heimlich unterstützt, den Muneomar plötzlich unter Anklage einer gefälschten Unterschrift einzuferkern. Die Fälschung mochte stattgefunden haben, für bengalische Begriffe war sie jedenfalls ein leichtes Vergehen. Daß auf die geheiligte Person des Brahminen Hand gelegt worden, war für die landesüblichen Begriffe unerhört. Entsetzen beugte alles nieder, als Impey kurzer Hand beschloß, den mächtigen heiligen Mann einfach aufzuhängen. Seine Gönner, die Räte aus England, vor allem Sir Francis, waren nach der Regulation selbst nicht im Stande, den obersten Gerichtshof an der Vollstreckung des Urteils zu

hindern, dasselbe konnte erst nach Jahresfrist etwa von London aus gerügt werden. Jetzt strömten die Klienten wieder Hastings zu. Muneomar aber wurde angesichts allen Volkes gehängt. Viele Hunderte sollen vor Grauen über den Frevel in den heiligen Strom gelaufen sein, ihre Augen zu waschen nach dem Anblick so großer Schmach. Ein ungeheures Geheul der Verzweiflung erhob sich, aber man achtete von nun an Hastings, den Mann, der sich so viel erlauben konnte, und verließ die ohnmächtigen Räte, wie Francis und Claveling, die sich umsonst gerühmt, den Oberbrahminen noch vom Galgen weg zu befreien.

Trotz der Opposition in Indien und England wurde Hastings, nachdem die fünf Jahre seines Amtes vorüber, wieder zum Generalgouverneur ernannt. Dies war politisch klug, denn der energische skrupellose Mann hielt in schwieriger Zeit die Autorität der Engländer lebendig aufrecht, indes sie fast überall in plötzlicher schwerer Krisis bedroht wurde oder verloren ging. Es war unter der ungeschickten Regierung Georg III. während des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges, als England gleichzeitig von Frankreich, Spanien und Holland angegriffen mit seiner Flotte kaum den eigenen Kanal schützen konnte. Vermutlich wäre Indien abgefallen, wenn nicht der fürchtenswerte Prokonsul seinem Reich die so bequem zu plündernde gewaltige Provinz mit großem Geschick erhalten hätte. Er kämpfte erfolgreich gegen die Franzosen und gegen feindliche Stämme, befestigte, bedrohte, bestach, betrog, wo es nötig schien, mit nie zweifelnder Entschlußkraft. Aber diese Tätigkeit forderte viel Geld. Die Ansprüche der Compagnie auf hohe Rente waren auch immer unersättlicher. Um Indien zu beherrschen, mußte Geld geschafft werden um jeden Preis. Unterdessen war die schöne Maria Imhof geschieden, der bequeme Gatte mit bedeutendem Kaufgeld nach Hause geschickt, die Hochzeit des treuen Liebespaares mit imposantestem orientalischen Prunk gefeiert worden, ihr Glanz sollte legendarisch bleiben. Es war wirklich Aufschluß neuer Geldquellen nötig, lebensnötig für den Beherrscher Indiens. Wie es seit alters her im Lande Sitte ge-

wesen, gedachte er, daß, wo die Macht sei, auch Mittel nicht fehlen dürften. Seines bedeutenden Widersachers hatte er sich entledigt. Die Gegensätze zwischen ihm und Francis waren nach einem kleinen Waffenstillstand so heftig hervorgetreten, daß es zu einem Duell kam, in dessen Verlauf Francis schwer verwundet wurde. Nach seiner Genesung begab sich der gekränkte Idealist nach England zurück, wo der Kampf mit dem alten Widersacher mit größerem Pathos sich erneuern sollte. Für den Augenblick blieb Hastings ungestört in seinem Machtbereich und benützte diese Bewegungsfreiheit zu verschiedenen, teils gedulden, teils kühnen Fischzügen, die ihm und der Compagnie große Schätze zuführten. Die größten und berühmtesten dieser Fischzüge richteten sich gegen den Vasallenfürsten von Benares und gegen die Begums von Dade. Ersterer wurde immer heftiger ausgefogen und trotz demütiger Unterwürfigkeit schließlich ausgeraubt, unter dem Vorwand, er hätte Englands Machthabern den schuldigen Tribut verweigert. Ein besonderes Odium erhielt aber die Verraubung der Fürstinnen von Dade dadurch, daß der eigene Sohn einer derselben zum Mitschuldigen aufgeheßt wurde, daß die Begums, die sich in keiner Weise gegen Indiens neue Beherrscher auflehnt, ihre Schätze verlassen mußten, weil sie, in ihrem Palast belagert, dem Verhungern nahe kamen und ihre alten Diener gefoltert wurden. Ähnlich wie gewisse Prokonsuln Roms, ähnlich wie gewisse erfolgreiche Condottieri wußte Hastings die auf bedenkliche Art gewonnenen Güter glänzend zu verwenden.

Durch kluge Reformen wußte sich Hastings als „bon prince“ zu zeigen. Seine reiche Hofhaltung schmeichelte orientalischer Prachtliebe und noch lange wiegten indische Weiber ihre Kinder in Schlaf mit Liedern, die sich auf Festzüge, herrlich geschirrte Elefanten und fabelhafte Palankins des Sahib Warren Hastings bezogen. Er zeigte Interesse für Literatur und Kunst des von ihm beherrschten Landes, baute prächtig, zog schöne Geister an seinen Hof. Gefürchtet und bewundert, lebte er als Märchenkönig und war, wie es scheint, ein Fürst nach dem Herzen seiner Orientalen.

Da erschien das erste Zeichen wankenden Glückes. Seine nunmehrige Frau konnte Indiens Klima nicht länger vertragen und mußte nach England geschickt werden. Der noch immer heiß liebende Gatte gab für sie das so mühsam gewonnene Reich auf und reiste nach.

Maria fand trotz ihrer merkwürdigen Vergangenheit bei Hof eine höchst schmeichelhafte Aufnahme. Hastings selbst wurde mit neugieriger Bewunderung und Dankbarkeit empfangen, als einziger Mehrer des Reichs zu einer Zeit, wo der schmerzliche Abfall Amerikas erfolgt war. Er kaufte Dahlesford und die Vordschaft, andere Ehrungen waren ihm in Aussicht gestellt. Er konnte hoffen, machtgewohnt wie er war, in der Heimat nun auch die Seligkeiten der Macht zu schmecken. Doch ein furchtbares Gegenspiel bereitete sich vor. Sein Feind Francis gedachte über Warrens Regierung Enthüllungen zu bringen. Diesem persönlichen Feind, der in Indien geschlagen, auf eigenem Boden zur Rache schritt, gesellte sich ein ganz unpersönlicher Feind, der Hastings und dessen ganze Politik im Namen des guten Rechts haßte. Dies war Edmund Burke, ein merkwürdiger Mann, Gelehrter von dichterischem Schwung, Staatsmann und begeisterter Philosoph. Er war nie in Indien gewesen, sein Geist und sein Herz hatten aber dort bedeutende Forschungsreisen gemacht. Er lebte und webte mit den fernen Opfern einer skrupellosen Politik, träumte ihre Befreiung und die Strafe des Unterdrückers. Burke sammelte um sich andere Idealisten, die er mit feurigen Beschreibungen der Qualen, welche Unschuldige wegen Hastings erduldeten, zu grimmiger Entrüstung entflammte.

Dieser Feindlichkeit kam auch eine Modeströmung zugute, wie denn Modeströmungen im Gefühls- und Geistesleben Englands immer große Wichtigkeit hatten. Es war nämlich durch verschiedene Schriftsteller eine gewisse Vorliebe und Sympathie für alles Exotische entstanden, ein ganz neuartiges Brüderlichkeitsgefühl, Mitleid, Bewunderung, Interesse für farbige Leute, für Wilde, für weitentfernte Völkerschaften. Diese Sympathie erschien gleichzeitig mit der allgemeinen Mode des weichen, er-

regten Gefühlslebens, mit der von vornehmen Kreisen bis zum Unfinn gesteigerten „Sensibility“, der empfindsamen Mode, die auch auf dem Kontinent manche sonderbare Blüte trieb. Es war der übertriebene Erfolg der Entdeckung eines ästhetischen Gewissens, von Shaftesbury begeistert gepredigt und von vielen Frauen wie von Jüngerinnen neuer Religion verbreitet. Auch der sanfteste Glaube hat aber das Bedürfnis Andersgläubige zu hassen und zu verfolgen, daher mußten die Vertreter der modisch empfindsamen Überzeugung einen glühenden Widerwillen gegen die Gesinnung eines Hastings hegen, so patriotisch nützlich seine Härte und Grausamkeit schließlich wirken mochte. Fox erklärte sich gegen Hastings, Pitt zögerte, verhielt sich aber schließlich auch unfreundlich, obwohl der Versuch seiner Partei zuerst dahin gegangen war, um seiner Verdienste willen die Missetaten Hastings mit Stillschweigen zu übergehen. Die moralischen Bedenken über solche Lösung wurden durch eine pompöse Rede Sheridans wachgeblasen, die als das größte oratorische Prunkstück der Zeit gepriesen worden ist. Sheridan beschrieb darin die gegen die Begum von Oude verübte Niedertracht mit leidenschaftlichen An- und Ausrufen.

Nicht lange danach wurde Hastings verhaftet, während Burke vor dem Haus der Lords feierlich eine Anklage erhob, die gegen nicht weniger als zwanzig Übeltaten gerichtet war.

Die feindliche Partei war so stark, daß der soeben noch mit höchsten Ehren empfangene Beherrscher Indiens als Verbrecher angeklagt sich vor dem Haus der Lords verantworten mußte. Seit Verres, der Prokonsul von Sizilien, von Cato angeklagt worden, hat es in der Geschichte vielleicht keinen merk- und denkwürdigeren politischen Prozeß gegeben. Die Bedeutung der Kläger, des Angeklagten und der Anklage, die namenlose Spannung des Publikums machen nicht allein seine Wichtigkeit aus. Es war nicht eine Frage des Tages, die da verhandelt wurde, sondern eine Frage für alle Zeiten, der Einfluß persönlicher Psychologie, der Einfluß der Volkspychologie auf politische Notwendigkeiten wurde hier von Rednern gedeutet, dergleichen es seit den Tagen höchsten rhetorischen Glanzes in

Athen und Rom nicht mehr gegeben. Heuchelei und edelste Aufrichtigkeit, trasse Habgier und fanatischer Menschenglaube richteten sich auf und stritten miteinander. Menschlichkeit und Gerechtigkeit wurden verfochten gegen Ehrgeiz und Chauvinismus, Erfolg marschierte auf gegen Recht, und Ruhm und Macht des eignen Volkes, der eignen Rasse wollten, stolz über jede Rücksicht hinwegschreitend, auch Verbrechen rechtfertigen.

Der Angeklagte bot aber diesem schlimmsten Sturme seines Lebens trotzig die Stirn und wich nicht von dem klug gefaßten Verteidigungsplan. Derselbe bezweckte vor allem Zeit zu gewinnen, um die Stimmung langsam zu besiegen und zu eigner Gunst zu drehen. Der Umstand, daß dieser oberste Gerichtshof der Lords mit altertümlichen Zeremonien und Langsamkeiten nur in bestimmten Perioden tagte, kam dem Angeklagten zu statten. Der Hauch der Begeisterung, den die großen Redner erregt, verslog, als die Verhandlung endlos, kompliziert und langweilig wurde. Hastings wußte sie in unabsehbare Detailfragen zu verwickeln und zu verstricken. Mit verbissener Zähigkeit verteidigte er das Dornestrüpp, in dem er sich verschanzt, Monat für Monat, Jahr für Jahr, indes wie zu seiner Rettung spannende geschichtliche Ereignisse die Aufmerksamkeit von seinem Prozeß ablenkten und zerstreuten.

Vor allem wußte er sich als erster, der neuentstandenen Macht käuflicher Hezpresse zu seinen Gunsten und zu Spott und Vernichtung seiner Gegner zu bedienen. Sein ungeheures indisches Vermögen, die geraubten Juwelen, alles, alles wurde zu Druckerschwärze. Es war der erste politisch finanzielle Feldzug der englischen Presse, die erste Kraftprobe, die sie sich geleistet, und sie gelang über alles Erwarten. Nicht nur wurde das allgemeine Anathema der öffentlichen Meinung schwach und schwächer, es gelang für Hastings Stimmung zu machen, ihn als unschuldig Verfolgten darzustellen. Aus Indien erscholl begeistertes Lob, beglaubigte Unterschriften namhafter Eingebornen wurden veröffentlicht als Beweis der Popularität, die der Gouverneur dort genossen.

Zu gut hatte der zähe Mann die neue Waffe zu hand-

haben gelernt und mußte mit ihr die feinsten und besten Argumente seiner geistvollen Gegner abzuwehren. Verse und Prosa, Satiren, Zeitartikel und Pamphlete mußten herhalten. Im Jahr 1790 behauptete Burke gewiß mit Recht, Hastings habe schon 20000 Pfund ausgegeben, um die Presse zu kaufen. Acht Jahre hatte der ungewöhnliche Kampf gedauert, indessen waren 60 der zuerst dabei vertretenen Vordricker gestorben, die übrigen hatten sich durch neue Sorgen der Sache entfremdet. Die festgeschlossene Phalanx der Ankläger lockerte sich durch Zwist und blinden Eifer. Mankehrte ermattet und verwirrt von dem unabsehbaren Material, bewußt und unbewußt umgestimmt durch den nicht rastenden Pressfeldzug zu der ursprünglichen Ansicht zurück, daß Hastings Verdienste seine etwaigen, von persönlichen Feinden übertriebenen Verfehlungen wett machten. Sein feierlicher Freispruch fand statt. Vielleicht war man auch der Ansicht, daß die achtjährige Zeit peinlicher Anklage, der Verlust der versprochenen Lordschaft und anderer Ehren den Tyrannen Indiens genügend bestraft hätten. Auch war sein ganzes Vermögen von dem Prozeß verschlungen. Er zog sich mit einem Gnabengehalt der Compagnie auf Daylesford zurück, wo er, nicht ohne philosophischen Gleichmut, orientalischen Liebhabereien und Sprachstudien den Rest des vielbewegten Lebens widmete. Sein Prozeß hatte aber das politische Ergebnis, daß die indischen Machthaber von nun an sorgfamer gewählt wurden und eine Reihe ehrlicher, gewissenhafter Männer den von Hastings roh begonnenen Staatsbau in Indien zu verbessern gewillt waren.

Alexander von Gleichen-Rußwurm.

## LXXIII.

### Die Wiederherstellung Polens.

— 21. November.

Am 5. November ist in Warschau und Lublin im Namen der Herrscher von Deutschland und Österreich die Wiederherstellung des Königreichs Polen feierlich verkündigt worden.

Der 5. November ist kein Erinnerungstag der polnischen Geschichte, aber er wird es von nun an sein. Vom heurigen 5. November an wird wieder ein Königreich Polen datieren. Und zwar nicht als Folge etwa einer polnischen Insurrektion, sondern als Folge eines siegreichen Verteidigungskrieges der Centralmächte gegen einen perfiden Angriffskrieg Rußlands und seiner Verbündeten. Es wird gut sein, sich diese letztere Tatsache immer gegenwärtig zu halten, denn die Umstände, unter denen eine Handlung sich vollzieht, charakterisieren ihren ethischen Wert.

Die russische Regierung hat schon zu Beginn des Krieges selbst das Gefühl gehabt, daß in Sachen der Polen etwas geschehen sollte. Sie hat deshalb — in einer Proklamation vom 14. August 1916 — selber Miene gemacht, Polen, das sie aus dem politischen Lexikon längst vollständig gestrichen hatte, in wenigstens halbselbständiger Form wiederherzustellen. Sie ist aber wieder davon abgekommen; sie hat sich nicht zu entschließen vermocht, auch nur die ersten Schritte zur praktischen Ausführung des Planes zu tun. Welche Gründe ausschlaggebend waren, wissen wir natürlich nicht, aber klar ist, daß einerseits in Rußland selbst alles, was russisch, nämlich moskowitisch gesinnt ist, entschiedenst gegen den Plan Front machte, und daß andererseits die Warschauer Russen-Partei alle Hebel in Bewegung setzte, um das Projekt zum Scheitern zu bringen, denn diese Partei würde, wie die Dinge einmal sich entwickelt haben, als polnische Autonomisten-Partei nicht bestehen können. Also auch in

dieser ungünstigen Lage, in der Rußland zur Zeit sich zweifellos befindet, hat dessen Regierung nicht zu jenen Schritten sich zu entschließen vermocht, welche geeignet sein konnten, sich das Vertrauen und die Anhänglichkeit der Polen zu sichern. Vielleicht darf dies als der endgiltige, der entscheidende Beweis dafür angesehen werden, daß Polentum und Moskowitertum trotz aller, wie man sagt, nationalen Verwandschaft unverträglich sind.

Rußland hat also nicht vermocht, den erkannten Forderungen der Verhältnisse Rechnung zu tragen. Jetzt sind die Centralmächte, welche derzeit den größten Teil des ehemaligen Polen in ihrer Gewalt haben, an die Frage herangetreten und haben zur Klärung der Lage getan, was ihnen zur Zeit rätlich und möglich schien; sie, die selber nichts versprochen, haben das, was Rußland versprochen und nicht gehalten hat, wahr gemacht. Es ist anscheinend nicht viel, was geschehen ist, denn an den äußeren Verhältnissen wird man in Warschau und Lublin zu nächst kaum eine andere Änderung bemerken, als daß jetzt auf den Regierungsgebäuden polnische Fahnen aufgezogen und polnische Wappen angebracht sind. Aber trotz der äußeren Unscheinbarkeit dieser Änderungen wird kein Pole behaupten, daß ihn der Anblick dieser Fahnen und Wappen gleichgiltig gelassen, keiner wird leugnen, daß ihn dabei ein Gefühl erhöhten Selbstbewußtseins ergriffen hat. Der Pole, der politisch bisher, wie man zu sagen pflegt, der niemand war, seit dem 5. November ist er wieder jemand, so gut mindestens jemand wie der Ungar, der Sachse.

Um aber so weit zu kommen, mußte die Centralmächtegruppe vorher zu einem anderen bedeutsamen Entschluß gelangt sein, der wohl nicht ausdrücklich ausgesprochen ist, aber die Voraussetzung des ausgesprochenen Entschlusses bildet. Für die Kriegsparteien ist es im Hinblick auf die dereinstigen Friedensverhandlungen von größter Wichtigkeit, möglichst viele und wertvolle Pfänder in der Hand zu haben, um dafür eventuell andere in des Gegners Händen befindliche

Pfänder einzutauschen. Das klingt für unsere heutigen Empfindungen fast verlegend geschäftsmäßig, ist aber noch immer eine der unvermeidlichen Folgen des Krieges. Indem aber die Centralmächte die Wiederherstellung Polens verkündigt haben, haben sie damit zugleich erklärt, daß dieses Polen bei den Friedensverhandlungen keinesfalls ein Kompensationsobjekt bilden könne. Nur über die Grenzen dieses selbständigen Polens könnte allenfalls noch verhandelt werden, denn die genauere Abgrenzung des neuen Königreichs ist ausdrücklich noch vorbehalten, aber ein Königreich Polen muß nach der feierlichen Kundgebung der Mächte jedenfalls bestehen bleiben. Polen an sich ist kein solches Pfandland mehr, — wobei übrigens auch die Deutung nicht ausgeschlossen ist, daß der erwähnte Vorbehalt der definitiven Grenzbestimmung auf andere Gründe und Absichten sich beziehen könnte oder dürfte.

Es hat nicht überall die sofortige und vorbehaltlose Zustimmung gefunden, daß die Centralmächte gerade auf diese Art der Behandlung der polnischen Frage sich geeinigt haben, wie sie am 5. November kundgetan worden ist. Die Polen erscheinen jetzt tatsächlich dreigeteilt: ein Teil gehört zu Preußen, ein anderer zu Oesterreich, und nur der bisher russisch gewesene Teil ist als selbständig erklärt. Kein Zweifel, daß der 5. November auch bei den preussischen und österreichischen Polen das Selbstbewußtsein gehoben hat. Das Bedenken liegt also nahe, daß bei den preussischen und österreichischen Polen jetzt eine Art irredentistischer Stimmung entstehen könnte. Ja in einer großen rheinischen Zeitung glauben wir sogar so etwas wie Besorgnis bemerkt zu haben, daß selbständige Polen könnte sich dereinst mit Rußland zur „Befreiung“ dieser Polen verbünden. Gewiß: auch das Unwahrscheinlichste — und im höchsten Grade unwahrscheinlich ist diese Eventualität sicherlich — ist auf dieser Welt schon Ereignis geworden. Beweis dafür gerade auch der jetzige Zehnbund, der die Centralmächtegruppe zu zermalmen sich bemüht. Aber gegen solche unwahrscheinliche Möglich-

keiten ist wohl überhaupt kein Kraut gewachsen. Nach allem, was man über die Vorgeschichte des Krieges jetzt weiß, hätten Deutschland und Oesterreich dem Konkurrenzneid der einen und der Ländergier der anderen Gegner sich nie anders als durch Selbstpreisgabe entziehen können. Lloyd George wird ja heute noch nicht müde, die Welt von der Notwendigkeit der Verschmetterung Deutschlands zu überzeugen. Und bisher hat er bei den Gegnern noch jedes Mal Anklang gefunden, obwohl im Übrigen ihre Interessen schnurstracks gegen einander laufen. Es wird eben immer Geltung haben, daß auch „der Frömmste nicht im Frieden leben kann, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt“, und das wird auch mit dem Vorbehalt noch richtig sein, daß selten ein Diplomat sich finden wird, der die Palme der Frömmigkeit in Anspruch nimmt. Und was die anderen Einwendungen betrifft: gäbe es wirklich eine solche Lösung, gegen die nicht wieder andere, aber ebenso gewichtige Bedenken erhoben werden könnten? Die vollständige Annexion, sei es durch Deutschland, sei es durch Oesterreich, oder die Teilung zwischen Deutschland und Oesterreich, welche Schwierigkeiten! Die Hauptsache bliebe und bleibt immer dieselbe, und sie besteht darin, daß schon mit der bloßen Eroberung Polens durch die Centralmächte ein neuer, politischer Faktor in Europa sich erhoben hat, eben die Polen, und daß wir alle, vornehmlich Deutsche und Oesterreicher, mit diesem neuen Faktor zu rechnen haben. Es mag nicht ganz bequem, aber es wird unerläßlich sein, daß wir, und zwar nicht bloß im Hinblick auf diesen einen Faktor, sondern auch in mancher anderen Beziehung uns etwas anders einrichten, uns wirklich neu orientieren. Die Regierungen der Centralmächte haben gefunden, der zweckmäßigste Weg zur endgiltigen Lösung der Frage sei der, daß man den bestehenden Vierbund zum Fünfbund erweitert. Klugheit und Tüchtigkeit werden die auf diesem Weg sich ergebenden Hemmnisse, Hindernisse und Schwierigkeiten zu überwinden wissen.

Und an solchen Hindernissen ist kein Mangel. Sie

werden dem neuen Polen schon in die Wiege gelegt. Rußland und seine zahlreichen Verbündeten möchten das Kind schon in der Wiege erdroffeln. Nachdem diese Gegner mit England an der Spitze bisher sich nur bemüht haben, von den alten Kriegsregeln eine nach der anderen, sogar die Pariser Deklaration, zu demolieren, berufen sie sich auf einmal wieder auf eine solche alte Regel, die verbiete, in einem eroberten Land Rekruten auszuheben. Auch ganz abgesehen davon, ob das System Kustopschin, das die Russen bei ihrem Rückzug in so grauerregender Weise aufgefrischt haben, den Kriegsregeln entspricht, haben Deutschland und Oesterreich bei ihrem Vorgehen den angerufenen Grundsatz selbstverständlich selber sich vor Augen gehalten und nicht erst gewartet, bis die Schänder des Londoner Protokolls und Zerstörer der Pariser Deklaration ihn entbedt haben. An und für sich hätten solche und ähnliche Einwendungen gewiß auf die ernsteste Würdigung vollen Anspruch. Aber quis tulerit Gracchos de seditione querentes! Wenn man sich erinnert, daß dieselben Mächte, welche in diesem Falle eine alte Kriegsregel anrufen, der Welt gleichzeitig noch immer zumuten, eine von der Nordsee bis an den persischen Meerbusen reichende Reihe von Staaten als eine Festung zu betrachten, so muß der Ernst, den solche Einwendungen sonst hervorrufen sollten und würden, unwillkürlich in helle Heiterkeit umschlagen. Und in dieser heiteren Stimmung erinnert man sich dann auch daran, daß auch England in einem früheren Stadium einen anderen Standpunkt eingenommen hat. Als nämlich Amerika der notleidenden Bevölkerung Polens Lebensmittel zuführen wollte, hat England für die gefahrlose Verschiffung derselben solche Bedingungen gestellt, als ob das okkupierte Polen ganz ebenso Feindesland wäre, wie Deutschland und Oesterreich. Also plaudite inimici!

Und erst die Vorgänge in Griechenland! Wahrlich, es hieße dem von dieser Seite kommenden Protest, wenn man sich dabei aufhalten wollte, selbst dann noch zu viel Ehre antun, wenn die Supposition, auf die er sich aufbaut,

völlig zutreffend wäre, die Supposition nämlich, daß es sich den Centralmächten nur darum handle, ein scheinbares Recht zur Aushebung von Rekruten zu erlangen. Gewiß erhoffen die Centralmächte vom neuen Polen eine Verbesserung und Verstärkung ihrer Aktionen; wir haben schon oben vergleichsweise gesagt, daß sie auf dem betretenen Wege den bestehenden Vierbund zu einem Fünfbund erweitern. Damit glauben wir aber zugleich den großen Unterschied hervorgehoben zu haben, der zwischen dem Vorgehen der Centralmächte und der Unterstellung der Ententemächte besteht. Der Unterschied ist ebenso reell, wie prinzipiell. Man braucht doch sicherlich den Centralmächten weder die Einfalt noch die Hinterlist zuzutrauen, daß sie das so wenig würdige Schauspiel, welches die Londoner Konferenz mit dem Fürstentum Albanien aufgeführt hat, mit dem neuen Polen wiederholen würden. Soll das neue Polen wirklich selbständig werden, so braucht es dazu vor allem eine eigene Armee. Die wird ihm jetzt beigelegt. Als Grundstock derselben können die schon bestehenden polnischen Legionen dienen, deren ausgezeichnete Leistungen das österreichische Armeekommando wiederholt anerkannt hat. Dafür, daß diese Freiwilligenarmee sich auch sofort gegen die Ententemächte wenden wird, sorgen schon diese Mächte eben dadurch, daß sie die Entstehung und Erhebung des neuen Polen mit allen Mitteln der List und Gewalt zu verhindern trachten.

Mag aber auch das Vorgehen der Centralmächte an manchem Formfehler leiden, das Wesen findet seine beste Begründung in der Sache selbst. Jene europäischen Politiker, welche die Polenfrage als nicht mehr bestehend, als endgiltig abgetan betrachtet haben, sind wohl an den Fingern einer Hand abzuzählen. Die übergroße Mehrzahl, man kann wohl sagen: im allgemeinen hat die politische Welt Europa's die Polenfrage noch bis in die allerjüngste Zeit als eine nicht entschiedene Angelegenheit angesehen. Wenn in irgend einer, so kann man gewiß in dieser Frage auf die allgemeine Meinung Europa's sich berufen. Zumal die jetzt mit Ruß-

land verbündeten Westmächte und das nach dem Zeugnisse San Giuliano's mit „allen irredentistischen Manifestationen wo immer“ sympathisierende moderne Italien haben speziell den von Rußland geschaffenen Zustand nie für ein Definitivum gehalten. Zu allem Überfluß bringen dies die führenden Minister der genannten Mächte, Asquith, Briand und Bissolati, im zweiten Teil ihrer, an den russischen Ministerpräsidenten Stürmer gerichteten Telegramme auch ihrerseits wieder zum lautesten Ausdruck. Nicht zu der bisherigen Ordnung, durchaus nein, sondern zur neuen, erst versprochenen Ordnung in Polen beglückwünschen sie den russischen Kollegen. Asquith, Briand und Bissolati können sich an Beteuerungen gar nicht genug tun, daß sie und ihre Völker schier schon von Adam und Eva an die glühendsten, förmlich die gebornen Freunde und Verehrer der weitestgehenden Polenautonomie gewesen sind. Man kann, wenn man die Telegramme der drei Ministerpräsidenten überhaupt ernst nehmen will, aus denselben kaum etwas anderes herauslesen, als daß sie meinen, daß zur Geburt des neuen Polen nicht die richtige Hebamme sich eingefunden hat und daß deshalb die Geburt wiederholt werden sollte.

Von den Polen selbst haben wir noch nicht gesprochen. Es ist daran zu erinnern, daß die erste öffentliche Anregung zum Vorgang vom 5. November von polnischer Seite ausgegangen ist. Das Warschauer Komitee für die Herbeiführung der polnischen Staatlichkeit hat vor mehreren Wochen in einer Kundgebung eine solche Entscheidung der Mächte gefordert, welche den Polen es ermögliche, auch selber für die polnische Staatlichkeit eintreten zu können. Dieses Begehren ist jetzt erfüllt worden. Eine volle Befriedigung ihres, wie man weiß, erheblich weiter gehenden Programms haben die Polen selber nicht erwartet. Nur ein Teil ihrer Wünsche ist in Erfüllung gegangen. So viel aber bis jetzt zu bemerken ist, sind einstweilen alle polnischen Parteien darin einig, sich mit dem, was endlich und wirklich erreicht worden ist, zu bescheiden; es machen sich hierüber keine

Parteiungen bemerkbar. Offenbar wissen sich die polnischen Parteien mit den Regierungen der Centralmächte auch in der Anschauung einig, daß die Ausgestaltung dessen, was jetzt begonnen worden ist, ganz wesentlich vom Ausgang des Krieges abhängt. Je günstiger der Krieg endet, desto reicher wird das neue Polen sowohl an Umfang wie an Selbständigkeit ausgestattet werden können. Die Polen, mehr oder weniger selbständig gestellt, werden dessen eingedenk bleiben, daß sie, vermöge ihrer geographischen und historischen Stellung außerordentlich große Verdienste um das Gedeihen der europäischen Völkergemeinschaft sich erwerben können und daß sie dazu auch berufen sind.. J-1.

## LXXIV.

## Kaiser Franz Josef †

(Aus Oesterreich.)

Am Abend des 21. November ist unser Kaiser aus dem Leben geschieden. Nur noch zehn Tage und wir hätten den 68. Jahrestag seines Regierungsantrittes feiern können. Das heißt, wir hätten ihn, den Tag des vollendeten 68. Regierungsjahres, kaum sonderlich gefeiert. Denn wir waren so daran gewöhnt, von Kaiser Franz Josef regiert zu werden, wie daran, daß es Tag und Nacht, Sommer und Winter wird. Es war selbstverständlich, daß wir von ihm regiert wurden. Oder eigentlich, daß wir ihn zum Kaiser hatten, denn die Zügel der Regierung haben wir wenig gespürt. Die wenigsten von uns haben es je anders gewußt. Nur die Greise von etwa 75 Jahren aufwärts hatten noch eine persönliche Erinnerung daran, daß wir einmal einen anderen Kaiser hatten. Jetzt allerdings sind wir durch die Hand des Allmächtigen darauf aufmerksam gemacht worden, daß auch die längsten

Regierungszeiten, die einem Monarchen gegönnt sind, einmal ein Ende nehmen.

Es hat der Vorsehung gefallen, unsern Kaiser, man kann nicht einmal sagen: von heute auf morgen, sondern vom Vormittag auf den Abend, also doch auch wieder nicht so, daß von einem plötzlichen Verschwinden die Rede sein könnte, von uns zu nehmen. Der Allmächtige hat ihm Zeit gegeben, sich auf den Tod vorzubereiten. Dann aber, als dies geschehen war, hat er nicht lange gezögert, ihn zu sich zu berufen. Nachdem der Kaiser am 21. November früh die heiligen Sterbsakramente empfangen, widmete er noch einen Teil des Vormittags den Regierungsgeschäften. Dabei befiel ihn ein steigendes Gefühl der Müdigkeit. Nochmals wollte er der Müdigkeit Widerstand leisten. Diesmal gelang es nicht wieder; er mußte sich zu Bette legen, in dem er nach wenigen Stunden ruhig ins Jenseits hinübergeschlummert ist. Mit Leib und Seele Soldat, hat er sich immer mit seiner Armee, seinen Soldaten, den „meinigen“, wie er sie gerne nannte, identifiziert. Wie wenn er diesen „meinigen“, die im Norden, Osten und Süden die Grenzen seines so frevelhaft angegriffenen Reiches mit ihren Leibern decken, ein leuchtendes Beispiel unentwegter Pflichttreue geben wollte, so hat er heldenmütig bis zum äußersten Vermögen auf dem ihm von der Vorsehung angewiesenen Posten ausgeharrt, bis der Allmächtige ihn davon abuberufen befunden hat.

„Ich bin müde“, so erklärte der Kaiser wiederholt, als er die durch 68 Jahre gewohnte Arbeit nicht mehr fortzusetzen vermochte. Ja nach 68 Jahren, nach solchen 68 Jahren, wie sie unserm Kaiser beschieden waren, wer sollte da nicht endlich müde werden! Als eine ganz außerordentliche Gnade der Vorsehung müssen die Völker Österreichs es preisen, daß sie ihnen in diesen vielfach so schweren Zeiten ihren Monarchen so lange erhalten hat. Mit kaum 18 Jahren, mitten in den Stürmen des Jahres 1848 auf den Thron berufen, soll er gesagt haben: „Adieu, Jugend!“ Welche Fluten von Ereignissen und Wandlungen hat er an sich

vorüberauschen, nur zu oft auch gegen ihn selber und sein Reich anstürmen gesehen! Es wäre vergeblich, in dem kleinen Rahmen von Zeit und Raum, der uns zur Verfügung steht, ein auch nur annähernd vollständiges Bild seines Regenten-Lebens und -Wirkens entwerfen zu wollen. Fast alles in Europa hat sich in dieser Zeit, vieles sogar von Grund aus geändert, namentlich auch im Innern seines eigenen Reiches. An Kaiser Franz Josef ist — in je nach Ländern verschiedenem Maße — die Aufgabe herangetreten, seine Völker von der Naturalwirtschaft zur Geld- und Kapitalwirtschaft, von der Patrimonialverwaltung zum, wie man es nennt, modernen Rechtsstaat, von der sogenannten Leibeigenschaft zur unbeschränkten Freizügigkeit, vom Absolutismus zum Parlamentarismus mitsamt dem allgemeinen Wahlrecht, vom Josefismus zum freien Kirchentum hinüberzuführen. Nach Niederwerfung der inneren Revolten und Zurückweisung des äußeren Feindes hat er alle die bezeichneten Aufgaben ohne ernstere Frictionen zur Lösung gebracht. Solche gewaltige Übergänge in Ruhe, ohne nennenswerte Störung der äußeren Ordnung vermittelt und durchgeführt zu haben, ist eine so ruhmvolle Herrscherleistung, wie die Weltgeschichte nur wenige ihresgleichen aufzuweisen vermag. Und dabei zugleich dieser Aufschwung, diese Ausbreitung der Künste und Wissenschaften! Man käme in größte Verlegenheit, wo anzufangen, wenn man auch nur die wichtigeren Gebiete durchstreifen wollte, die unter seiner obersten Leitung eine in die Augen springende Entwicklung genommen haben.

Daß Kaiser Franz Josef so jung zur Regierung gekommen, darin hat man oft den Grund mancher Schwankungen und eines gewissen Mangels an Systematik zu finden geglaubt. Es wäre aber erst zu untersuchen, ob der behauptete Mangel an Systematik nicht dem Weltenlauf überhaupt zuzuschreiben ist, denn bekanntlich ist die Weltgeschichte bei aller Logik doch auch wieder sehr unlogisch. Seine Jugend hat es ihm aber erleichtert, in neue Verhältnisse sich hineinzufinden, und hat ihn davor bewahrt, pedantisch

an Theorien sich anzuklammern. Der eben in den rohesten Umrissen skizzierte ungeheure Umwandlungsprozeß, den alle inneren Verhältnisse der Monarchie unter ihm durchgemacht haben, hätte sich zweifellos nie so verhältnismäßig glatt abgewickelt, wenn er den Lauf der Dinge strenge in theoretische Bahnen hätte zwingen wollen. Man würde aber unschwer auch nachweisen können, daß wenigstens in gewissen Hauptfragen die grundlegenden Gesichtspunkte nie aus dem Auge verloren worden sind. So wird beispielsweise niemand bestreiten können, daß in der inneren Politik trotz aller Modernisierungen die Grundlage der Habsburger Monarchie, die pragmatische Sanktion, unverfehrt aufrecht erhalten worden ist. Zum Angelpunkt seiner Regierung aber ist das geworden, was man die Konkordatspolitik genannt hat und auch so nennen konnte, und wir glauben, auch in dieser Beziehung der landläufig gewordenen Meinung wenigstens gewichtige Gegenargumente entgegenstellen zu können und in diesen Blättern auch zu sollen. Demgemäß beschränken wir unsere Ausführungen hauptsächlich auf dieses am meisten kritisierte Kapitel.

Wenn man Herders Kirchenlexikon aufschlägt, findet man da: „Das österreichische Konkordat wurde nur in wenigen Punkten vollzogen, durch Staatsgesetze einseitig außer Kraft gesetzt und 1870 völlig beseitigt.“ Sehen wir zu, wie weit dieses summarische Urteil standzuhalten vermag.

Das österreichische Konkordat besteht oder bestand aus einem förmlichen Vertrag, aus Beilagen zu diesem Vertrag, und, wie wir glauben, auch aus dem einen oder anderen geheimen Artikel. Die letzteren, wenn sie bestehen, scheiden bei der öffentlichen Besprechung natürlich aus. Der Vertrag enthält einige Bestimmungen, die sofort durchführbar waren, in Betreff anderer wichtiger Materien aber nur allgemeine Grundsätze, mit denen der Verwaltungs- und Justizbeamte so wenig etwas anfangen kann, wie mit dem Widerspruch dieser Grundsätze, den sogenannten Staatsgrundgesetzen,

die im Jahre 1867 für die außerungarischen Länder der Monarchie erlassen worden sind. Die Beilagen schwächen manche dieser Grundsätze hinsichtlich der Ausführung wieder etwas ab. Um ins Leben zu treten, bedurften diese Grundsätze eigener Ausführungsgeetze oder -Verordnungen, in mancher Beziehung auch erst zu schaffender Ausführungsorgane. Als die wichtigste Materie des Konkordats können wir bezeichnen:

1. Die Beseitigung der etwa noch bestandenen Beschränkungen des Verkehrs der Bischöfe mit dem Papste und mit ihren Diözesanen. Die Lösung dieser letzten josefinischen Fesseln konnte sofort erfolgen, ist auch erfolgt, und die so gewonnene Freiheit steht auch heute noch ganz ungemindert zu Recht. In diese Kategorie rechnen wir auch die Freiheit der Bischöfe bei Heranbildung ihres Klerus. Auch diese Freiheit ist verhältnismäßig rasch gesichert worden und steht gleichfalls auch heute noch ungemindert in Kraft. In diesen Hinsichten ist also das Konkordat weder einseitig außer Kraft gesetzt und noch weniger ganz beseitigt worden.

2. Die Einführung der kirchlichen Aufsicht über die Volksschulen, und

3. die Einführung der kirchlichen Ehegerichtsbarkeit. Es waren namentlich diese Punkte, welche, weil eben nur prinzipiell ausgesprochen, erst der Erlassung eigener Durchführungsverordnungen und der Schaffung eigener Organe bedurften. Beides ist geschehen; die Verordnungen sind erlassen, die Organe bestellt worden, und der Apparat hat bis in die zweite Hälfte der sechziger Jahre tatsächlich funktioniert.

Das Konkordat ist also nicht bloß in wenigen Punkten, sondern in allen, wie wir meinen, wichtigsten Punkten tatsächlich vollzogen worden, das heißt: Kaiser Franz Josef hat das Konkordat nicht nur mit Worten, sondern auch in der Tat erfüllt.

Um so mehr, wird man sagen, ist es zu bedauern, daß es später, bald nach 1866, anders gekommen ist.

Bald nach 1866! Das ist es eben. Und dem 1866 war das 1859 schon vorangegangen. Da beginnt die Unterscheidung zwischen Können und Wollen, aber auch die Unterscheidung zwischen Form und Materie.

Zur Zeit, wo das Konkordat verhandelt, abgeschlossen und promulgiert wurde, war der äußere Feind (Piemont) gedemütigt, die innere Revolution, auch die ungarische, vollständig niedergeschlagen, der Kaiser wirklich im Besitz der, wie es in den damaligen Aktenstücken heißt, Machtvollkommenheit. Man konnte glauben und hat vorausgesetzt, es werde nun immer bei dieser Machtvollkommenheit bleiben. Wenn man heute mit durch die Erfahrung geschärften Augen das Konkordat liest, so tritt sozusagen aus jedem Artikel des Aktes ganz deutlich die eben bezeichnete Voraussetzung hervor. Diese Voraussetzung aber war, wie übrigens zum Teil auch in der Natur der Sache gelegen, eine wesentlich politische. Man kann, man muß also sagen: das Konkordat war auf die wesentlich politische Voraussetzung der Unererschütterlichkeit der kaiserlichen Machtvollkommenheit aufgebaut. Fürsterzbischof v. Rauscher, der im Namen des Kaisers das Konkordat abgeschlossen hat, hat denn auch in der Folge seinen Einfluß immer im Sinne der ungeschmälerten Aufrechterhaltung dieser Machtvollkommenheit geltend zu machen gesucht. Sein kurzes Promemoria gegen die Wiederherstellung der ungarischen Verfassung im Jahre 1867 war völlig in diesem Sinne gehalten. Folglich: war diese politische Voraussetzung nicht aufrechtzuhalten, so war es auch das Konkordat, wenigstens in seiner promulgierten Form, wahrscheinlich nicht, jedenfalls nicht in Ungarn.

Nun schon 1859, Solferino, war äußerlich ein entschiedener Mißerfolg des Systems der kaiserlichen Machtvollkommenheit. Und gesiegt hatten zwei Mächte, die notorisch der Konkordatspolitik keineswegs förderlich waren, haben sie sich doch bald darauf beide, wenn auch in verschiedenen Formen, selber gegen den Papst gewendet. Von 1866, von Sadowa, mag man sonst denken, wie man will, konkordats-

freundlich war die bei Sadowa siegreiche Macht noch weniger. Mit diesen Vorgängen hatte sich also in Europa das Kräfteverhältnis wesentlich und offensichtlich zu Ungunsten des Konfords, soweit dasselbe mit der allgemeinen Politik zusammenhing, verschoben. Man denke sich nun, wie dieser Sachverhalt im Innern der Monarchie von den Gegnern des Konfords, resp. des Systems der kaiserlichen Machtvollkommenheit ausgenützt wurde. Die ganze Schuld an den Niederlagen wurde auf das Konfordat und das damit verbundene politische System zuwälzen gesucht. Die Anhänger des Konfords waren durch die Niederlagen gewissermaßen kompromittiert, vielfach eingeschüchtert und entmutigt, die Gegner aber erschienen als die wahren Propheten, die Niederlagen waren ihr glänzender Sieg. Immer ungestümer forderten die Gegner die Loslösung von der Konfordspolitik, die Schaffung einer wirklichen Volksvertretung, Herrschaft des Volkswillens und was dergleichen bekannte Dinge mehr sind. Speziell in Ungarn hatten Revolution und Opposition neuerdings ihr Haupt erhoben, nicht bloß in Form der Klapfalegion, sondern auch in anderer, verkappter, aber eben darum vielleicht noch gefährlicherer Form.

Keineswegs bloß aus den hier entwickelten, auch aus anderen Gründen, die man nicht umgehen zu sollen glaubte, wurde zunächst den ungarischen Forderungen so weit nachgegeben, als man mit der Einheit der Monarchie für vereinbarlich hielt, die 1848er ungarische Verfassung wurde also mit gewissen Einschränkungen wiederhergestellt. Das System der kaiserlichen Machtvollkommenheit war gefallen. (Das vorausgegangene Oktoberdiplom und Februarpatent sind für unseren Gegenstand von minderem Belang.) Nach der ungarischen Verfassung, wie sie aufgefaßt wird, ist der apostolische König von Ungarn zugleich der Patron der ganzen katholischen Kirche im Königreich Ungarn, d. h. er übt dort über die Kirche die Rechte und Pflichten des Patronats aus. Sicher die meisten katholischen Ungarn, auch die meisten,

wenn nicht alle ungarischen Bischöfe sind der Meinung, daß dieses königliche Patronat für den Zustand der katholischen Kirche in Ungarn entschieden günstiger sei, wie der Konkordatszustand geworden wäre. Wir maßen uns kein Urtheil über diese Meinung an, wenn sie aber wenigstens in der Hauptsache zutrifft, so ist auf die angegebene Weise für den Bereich des Königreichs Ungarn ja nur die Form des Konkordates beseitigt worden, der wesentliche Inhalt, die Materie aber in anderer Form erhalten geblieben.

Für den Bereich des Königreichs Ungarn, sagen wir, noch keineswegs für den Bereich der — man bittet, das wohl zu unterscheiden — Länder der ungarischen Krone. Also noch keineswegs für Kroatien, das ja selber ein Königreich bildet und das in Schul-, Justiz- und Kirchensachen, somit gerade in allen Angelegenheiten, auf welche das Konkordat sich hauptsächlich bezieht, völlig autonom ist. In Kroatien aber hatte man damals alle anderen, nur keine Konkordats-schmerzen. Und so ist in Kroatien das Konkordat tatsächlich sogar auch der Form nach bestehen geblieben.

Eine Bedingung des „ungarischen Ausgleichs“, wie man die Wiederherstellung der ungarischen Verfassung nannte, war die, daß auch in den außerungarischen Ländern der Monarchie, die neuestens im engeren Sinne als „Österreich“ bezeichnet werden, konstitutionelle Zustände eingeführt würden. Also mußte auch hier das System der kaiserlichen Machtvollkommenheit fallen, ein dem Parlament verantwortliches Ministerium eingesetzt werden usw. Hier aber galt es nicht, wie in Ungarn, eine altbestandene Verfassung zu resuscitieren, denn für die Gemeinsamkeit dieser Länder hatte nie eine andere als die patriarchalische, oder, wenn man will: absolutistische Verfassung bestanden. Hier war also alles erst neu zu schaffen, neu zu ordnen. Und da hier, namentlich in den deutschen städtischen und industriellen Bezirken, der Widerstand gegen das Konkordat als solches der stärkste war, so ist bei der Neuordnung hier das Konkordat auch verhältnismäßig am schlechtesten weggekommen. Die kirchliche

Freiheit in dem vorhin bezeichneten Sinne ist allerdings, wie schon dort bemerkt, unangetastet geblieben, auch wurden Eingriffe in die, wie der Ausdruck lautet, inneren Rechtsverhältnisse der Kirche ziemlich sorgfältig vermieden, aber die kirchliche Schulaufsicht, mit Ausnahme für den Religionsunterricht, der obligat blieb, und die kirchliche Ehegerichtsbarkeit, außer für den kirchlichen Bereich, wurden vorerst vollständig beseitigt. Andererseits jedoch haben die Gegner die gewünschten Änderungen im Strafgesetz und im bürgerlichen Eherecht trotz öfterer frampshafter Anstrengungen auch bis heute nicht erreicht, und ebenso ist die staatliche Matrikenführung bis heute noch beim Klerus. Speziell in Schul-sachen sind später wieder, namentlich durch die Landtage, aber auch im Zentralparlament, manche Remeduren geschaffen worden, und was die sogenannten äußeren Rechtsverhältnisse der Kirche betrifft, so lauten zwar viele Gesetzesparagrafen sehr kategorisch, aber doch nur in dem Sinne, daß darüber die Zentralregierung entscheiden und verfügen werde. Die Zentralregierung, das sind die vom Kaiser ernannten Minister, die, mit Ausnahme von ein paar Jahren, nie Parteiminister, sondern gewöhnlich Beamte waren und sind. So also blieben viele Angelegenheiten und insbesondere auch die Verordnungsgewalt eigentlich in der Hand des Kaisers. Was die Verordnungen dieser Zeit betrifft, so ist eine derselben, das Volksschulwesen betreffend, schon zu Beginn der siebziger Jahre erschienen. Angesichts derselben hat der Abgeordnete Dr. Kronawetter ganz entsetzt ausgerufen: „Das ist ja wieder das leibhaftige Konkordat!“ Alle Anstrengungen, diese Verordnung zu beseitigen, sind vergeblich geblieben. Wir können in weitere Details nicht eingehen. Wer sich dafür interessiert, wird die Materien in verschiedene Landesgesetze — das in Rede stehende Staatsgebiet hat siebenzehn gesetzgebende Landtage — in Staatsgesetze, Verordnungen und Erlasse verstreut finden und mit der Sammlung der Teile schwerlich bei Lebzeiten zu Ende kommen; es wird ihm auch passieren, daß er, obwohl das Konkordat

in einem Gesetze ausdrücklich als „seinem vollen Inhalt nach aufgehoben“ erklärt ist, dennoch manchmal auf dasselbe wird zurückgreifen müssen.

Zur Zeit der bosnischen Annexion haben auch katholische Kreise Frankreichs gegen Österreich förmlich getobt. Das bekannte Pariser Blatt „L'Univers“ hat damals, anscheinend unter Einflußnahme von Rom, ein paar Mal den (übrigens ganz vergeblichen) Versuch gemacht, diesem Toben entgegenzutreten, und hat dabei auch nachdrücklich betont, Kaiser Franz Josef sei ja concordataire. Wir haben im obigen die Tatsachen objektiv darzulegen gesucht. Selbst über die vom „Univers“ vertretene Ansicht ein Urteil zu fällen, können wir uns nicht anmaßen. Aber das Urteil dürfen wir anführen, das die österreichischen Bischöfe in ihrem gemeinsamen Hirtenschreiben anlässlich des 50jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers Franz Josef ausgesprochen haben. Es heißt darin unter anderem:

„Mochten auch manche klagen und verzweifeln, mitten unter den Kleinmütigen und Verzagten ragte stets die Heldengestalt unseres geliebten Kaisers hervor, dessen Wort die gelähmten Kräfte neu belebte, dessen umsichtige Weisheit die Wege fand, aus den Trümmern des Alten das Neue zu schaffen, und dessen leuchtendes Beispiel zu neuer, hoffnungsfreudiger Arbeit anfeuerte.“

Das ist im Hirtenschreiben im allgemeinen so gesagt, darf also auch auf unseren Gegenstand bezogen werden, und ist in den seither verflossenen achtzehn Jahren noch viel wahrer geworden.

K. J.

## LXXV.

### Kürzere Besprechung.

Joseph Hein: Aktualität oder Substanzialität der Seele? [In Studien zur Philosophie und Religion. Herausgegeben von Dr. H. Stölzle. Heft 18.] Paderborn, Schöningh 1916. XIV u. 180 S.

Seitdem der Materialismus in philosophischen Kreisen seine Rolle ausgespielt hat, hat sich ein neuer Gegner gegen die alte Lehre von der Substanzialität der Seele erhoben in der Aktualitätstheorie, welche die Seele lediglich als ein Aggregat von Perzeptionen betrachtet, ihr also die Wesenhaftigkeit abspricht. Mit der Leugnung der Substanzialität der Seele fällt natürlich auch die Unsterblichkeit der Seele, verliert das menschliche Leben Sinn und Bedeutung. Daher ist es eine der wichtigsten Aufgaben theistisch-christlicher Weltanschauung, diesen Kardinalpunkt von der Substanzialität der Seele sicher zu stellen gegen die neuen Angriffe. Dieser Aufgabe hat sich Hein in vorliegender Schrift mit viel Scharfsinn unterzogen. Noch einem Blick auf das Seelenproblem in der neueren Philosophie und die neueste Entwicklung in der Gegenwart, zeigt er im ersten Teil die Einfältigkeit der Aktualitätstheorie in 5 Kapiteln und würdigt im zweiten Teil die Einwände gegen die Substanzialitätstheorie und stellt dann das Wesen der Seele näher dar. Heins Schrift kann in diesen Tagen, wo „die Seele als wahrhaftige herrschende im Menschenwesen“ sich offenbart, allen denen, die über das Schicksal der Seele nach dem Tode nachdenken, Stärkung und Ruhe geben.

## LXXVI.

### Das Problem der Arbeitsfreude.

Ein Versuch.

Wer seit vierzig und mehr Jahren mit Volks- und Mittelschullehrerkreisen verkehrt hat, dem kann die Erscheinung kaum entgangen sein, daß das Interesse am gewählten Berufe ehemals ein ungleich größeres war als heute. Und wer außerdem vielfach Gelegenheit hatte, sich in Industrie- und Arbeiterkreisen zu bewegen, wem die Schriften von Paul Göhre, Wenzel Rolet, Levenstein u. a. nicht fremd sind, dem wird ebenso bekannt sein, daß die Arbeitsfreude in diesen industriellen Kreisen, im Gegensatz zum alten Handwerker- und Geiellentume, völlig ertötet ist. Worin liegt die tiefere, die psychologische Ursache dieser allgemeinen Erscheinung? Welche Faktoren haben die berufsmäßige körperliche und geistige Arbeit, die seit dem Sündenfalle unserer Stammeltern immer eine Beschwerde für den Menschen war, zur drückenden Last umgestaltet? Warum war der alte Jugendlehrer relativ zufrieden, und warum ist es der moderne im allgemeinen nicht mehr? Warum konnte der ehemalige Handwerksgehilfe singen und sich freuen, und warum hat der heutige Fabrikarbeiter das Singen verlernt?

Eine der ersten Ursachen dieser Kontraste liegt zweifellos in der Genügsamkeit der alten Zeit im Gegensatz zu den Bedürfnissen und Ansprüchen der modernen. Allein mit der Konstatierung dieses Gegensatzes ist die uns hier beschäftigende Frage noch nicht gelöst. Wir müssen noch anderen

Gründen nachforschen, Gründen, welche die Arbeit als solche betreffen, und wir wollen sie in folgendem, so dürftig sie auch mangels geeigneter Vorarbeiten erscheinen mögen, darzulegen versuchen.

## I.

Für das sozial und wirtschaftlich bedeutsame Problem der Arbeitsfreude kommt nur der gelernte, der in seinem Fache oder Berufe vollständig ausgebildete Arbeiter in Betracht. Halb- oder Ungelernte, Handlanger und Tagelöhner werden wohl nie eine hoch zu wertende Freude an ihrer Arbeit äußern.

Außer Betracht muß hier auch die spezifische Veranlassung des körperlich oder geistig Arbeitenden für seinen Beruf bleiben. Denn nur einem ganz minimalen Prozentsatz der Menschen dürfte es gegönnt sein, in ihrer frühen Jugend gerade dasjenige Fach wählen zu können, zu dem sie von Natur aus am besten prädestiniert sind. Ein System einer solchen Auslese, wie sie eine amerikanische ökonomische Schule erstrebt, ist vorerst undurchführbar.

Die Arbeit muß, soll sie nicht zur Last sich gestalten, schon bei ihrem Beginne bereitwillig übernommen werden; sie darf daher nicht zu endlosen Aufklärungen nötigen, nicht zu berechtigt scharfer Kritik Anlaß geben. Genau bestimmte Direktiven sind bei der dem Einzelnen zugeteilten Arbeit unumgänglich nötig. Sie müssen dem Untergebenen vollständig „einleuchten“, d. h. derart sein, daß der letztere die Überzeugung gewinnen muß, der Vorgesetzte besitze ein hinreichendes Verständnis für die angeordnete Arbeit: das zu schaffende Werk. Nichts verstimmt den Untergebenen oder Arbeiter mehr als widerspruchsvolle Befehle, als unmotivierte Änderungen. Dazu gehört ferner, daß man den Arbeiter, von dessen Fähigkeit, Gewissenhaftigkeit und Erfahrung man hinlänglich überzeugt ist, ruhig an seinem Werke arbeiten, wirken lasse. Stete und unnötige Störungen, ein System fortgesetzter Beunruhigung muß notwendig die Arbeits- und Berufsfreude lähmen.

Der gewissenhaft Arbeitende muß ferner, wenn er Interesse an seiner Arbeit gewinnen soll, auch den Erfolg: das Schlussergebnis derselben schauen. Diese Forderung ist eine fundamentale. Der Handwerker sieht diesen Erfolg am fertigen, von ihm geschaffenen Werke, der Beamte an den abgeschlossenen Akten, der Schriftsteller an der vollendeten und publizierten Studie, der Lehrer an den Prüfungsergebnissen und an dem vollendeten Studium seiner Schüler usw. usw. Eine erfolglose Arbeit, eine Arbeit ohne sichtbares Ziel und ohne reife Arbeitsfrucht kann den Arbeiter nicht befriedigen; und wenn eine solche Arbeit eine Arbeit durchs ganze Leben ist, dann muß sie notwendig bei dem geistig oder körperlich Tätigen nicht nur eine vorzeitige Arbeitsmüdigkeit, sondern auch eine wachsende Abneigung gegenüber dem gewählten Stande und Berufe erzeugen, zum dauernden Nachteil der Berufsarbeit und der Arbeitsleistung.

Die Erhaltung des Interesses an der Berufsarbeit erfordert auch im allgemeinen, wenn auch nicht im einzelnen, die Möglichkeit und Aussicht des Vorwärtstommens in Stellung und Einkommen. Hierbei muß das Vorwärtsschreiten ein gerecht geregeltes sein, zum mindesten den Eindruck eines solchen erwecken. Eine Karriere muß insbesondere dem talentierten und strebsamen Arbeiter möglich gemacht werden. Sie wird seine Arbeits- und Spannkraft erhalten, während die Aussichtslosigkeit des Vorwärtstommens, und noch mehr die Beobachtung, daß unfähige Elemente Karriere machen, der Arbeitskraft und -lust vorzeitig ein Ende bereiten.

Zur Bedung oder Erhaltung der Berufs- und Arbeitsfreude kommt endlich noch die richtige Behandlung des Arbeitenden. Wir haben hierbei nicht die trägen und gewissenlosen, sondern die pflichttreuen Arbeiter im Auge. Es ist leider eine heute noch bei einzelnen Vorgesetzten und oberen staatlichen Organen nicht überwundene Anschauung, daß man den Untergebenen vom hohen Rothurn herab, zugeknöpft und kurz, wenn nicht gar barsch und unhöflich, und sei es nur durch die kräftigen

Stimmittel, behandeln müsse. Man glaubt dadurch den Untergebenen zu imponieren und ahnt mangels Unkenntnis in den seelischen Vorgängen nicht, daß man diese Absicht höchstens bei geistesarmen Elementen erreicht, die hochbegabten aber in eine nachhaltige, das von ihnen verwaltete Amt oft schwer beeinträchtigende Verbitterung hineindrängt.

## II.

Suchen wir dem Wesen der Arbeitsfreude erstens in Hinsicht auf die körperliche, zweitens in Hinsicht auf die geistige Arbeit noch etwas näher zu treten. Vorausgeschickt müssen wir jedoch hierbei, daß es eine scharfe Trennung der beiden Arbeitsarten nicht gibt und nicht geben kann.

1) Versetzen wir uns in die Lage eines Handwerkers, etwa eines Schreinergefellens, dem der Auftrag wird, einen einfachen Schrank zu fertigen, also ein ganzes Stück, ein abgeschlossenes Werk. Er wird mit keiner impulsiven Freude, aber willig und planmäßig die Arbeit beginnen. Zuerst wird er im Holzlager die geeigneten Bretter auswählen, sie nach den vorgeschriebenen Maßen oder der vorhandenen Werkzeichnung zuschneiden, sie hobeln und zurichten, das Rahmenwerk der Türen und der Rückwand, die Seitenwände usw. zusammenfügen, die Gesimsstücke profilieren und endlich den ganzen Schrank zusammenbauen. Im Falle derselbe nicht dem Anstreicher oder Maler überliefert wird, wird dem Gesellen als Schlußaufgabe noch das Beizen und Lackieren zufallen, womit sich das Möbel als fertiges und schönes Werk präsentiert. Unwillkürlich wird den Verfertiger des des Stückes bei dessen Anblick eine gewisse Genußtuung erfüllen, und die Freude an der ungestört vollbrachten Arbeit wird noch gesteigert werden, wenn der Meister seine Befriedigung oder Anerkennung über dieselbe ausspricht.

Die gelungene einfache Arbeit wird den Leiter der Werkstätte bald veranlassen, dem Gesellen schwierigere Aufgaben zu übertragen, etwa die Anfertigung eines Buffets, eines Zierschranks, einer ganzen Zimmereinrichtung, eines kirch-

lichen Ausstattungsgegenstandes usw. Mit jedem schwereren und schöneren Stücke und mit jeder Vollendung eines solchen wächst das Interesse des Arbeitenden an seiner Arbeit und die innere Zufriedenheit mit dem gewählten Berufe. Arbeitsinteresse und Berufsglück erreichen aber ihren Kulminationspunkt, wenn sich mit den größer werdenden Aufgaben auch der angemessen gesteigerte Lohn und eine gewisse Karriere, und sei es nur die vom Gesellen zum Ober- oder Altgesellen, verbindet.

Die hier geschilderte Arbeitsfreude des handwerklichen Arbeiters bildete keine Ausnahme, sondern war vor Einführung des Industriesystems, wenn auch nicht die regelmäßige, so doch die überwiegende Erscheinung in den Reihen der ehemals nicht getrennten Handwerker und Kunsthandwerker. Und zu dieser Arbeitsfreude fügte sich die Ehre der Arbeit, die Wertschätzung des Berufsstandes in den eigenen und in den außenstehenden Kreisen.

2) Die psychologischen Erscheinungen der Arbeitsfreude sind bei der geistigen Arbeit jenen der körperlichen Arbeit ähnlich, wenn auch nicht völlig gleich. Vollendung und Erfolg der Arbeit: das Schauen eines fertigen Werkes ist auch hier eine der Grundbedingungen der Zufriedenheit mit dem gewählten Berufe.

Berühren wir zuerst die freie geistige Arbeit, die Arbeit z. B. eines Schriftstellers. Nachdem es ihm gelungen ist eine glückliche Idee, einen geeigneten Vorwurf für eine Studie, ein Literaturwerk usw. zu finden, wird er sich bemühen, eine demselben angepaßte Disposition aufzustellen. Damit ist nicht selten, mit einem Gefühle der Erleichterung, der schwierigste Teil des Werkes überwunden. Die Ausarbeitung desselben schreitet im einsamen, von Störungen freien Studierzimmer an der Hand der festgelegten Einteilung stetig vorwärts, und jede geglückte Partie, jeder gefundene neue Gedanke, jeder formvollendete Satz wird dem Schreiber eine stille Freude bereiten. Gelingt ihm auch noch ein eindrucksvoller, das Geschriebene zusammenfassender und

es abrundender Schluß, dann steigt in ihm nicht selten ein Empfinden der Besiegung des schwer zu behandelnden Stoffes auf, eine Art Siegesfreude, wie sie ein Offizier nach einem glücklich gewonnenen Gefechte kaum größer haben kann. Die Gewinnung eines Verlegers, einer angesehenen Zeitschrift wird zu der Freude des geistigen Erfolges noch jene des materiellen fügen und sie zugleich mit der Hoffnung der öffentlichen Anerkennung des Werkes verklären.

Umgekehrt wird das Mißlingen einer größeren schriftstellerischen Arbeit ein einer inneren Niederlage gleichendes Gefühl hervorrufen und den Ansporn zu neuen Arbeiten oft für lange Zeit zurückdrängen.

Nehmen wir nun als Beispiel einer unfreien geistigen Arbeit die Tätigkeit eines Mittelschullehrers. Sein Arbeitsobjekt ist der Schüler als Gesamt- oder Klassenbegriff. Er wird hoffnungsvoll an seine Unterrichtstätigkeit herantreten, falls nicht ein großer Prozentsatz völlig Unbegabter in die Klasse aufgenommen wurde und ihm die nötigen Disziplinmittel zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in die Hand gegeben sind. Eine weitere elementare Voraussetzung des Interesses am Unterricht ist, daß dieser nicht durch einen Dauerregen schulbehördlicher Erlasse, durch unaufhörliche Kontrolle und Beunruhigung gestört werde. Jede erfolgreiche Arbeit muß eine ungestörte, eine in Ruhe sich vollziehende sein.

Einen großen, einen Enderfolg kann der Lehrer allerdings nur schauen, wenn es ihm möglich gemacht wird, die Schüler von Klasse zu Klasse zu führen, und er hiebei nicht die Rolle eines mit kurzen, zersplitterten Stunden bedachten Fach-, sondern eines wirklichen Klassenlehrers und Erziehers zu spielen hat; wenn er endlich in der Reifeprüfung der obersten Klasse das seine jahrelangen Bemühungen krönende Resultat schaut und er mit froher Genugtuung behaupten kann: Ich habe Kinder und Jünglinge zu gesitteten und gebildeten Menschen erzogen, ihnen ein relativ abgeschlossenes, fertiges Wissen vermittelt, ihre Denkfähigkeit gesteigert, die

sie nun befähigt, sich der akademischen Laufbahn mit Aussicht auf gute Erfolge zu widmen.

So verlangt die Freude an der körperlichen wie an der geistigen Arbeit einen gewissen Abschluß, eine Krönung der Bemühungen. Die Quintessenz der Arbeitsfreude ist, wiederholt und mit einem Worte ausgedrückt, der Erfolg: die Erzielung eines ganzen, innerlich befriedigenden Werkes und der Genuß des Schauens, der Anerkennung und materiellen Belohnung desselben.

### III.

Die Freude an der Arbeit stand in den zivilisierten Staaten kaum jemals tiefer als in der Gegenwart. Dieses Defizit an Glück, trotz steigenden Lohnes und Komforts, gilt für alle arbeitenden Stände: „In Wirklichkeit ist das innere Glück, wie Schmoller es nennt, weder bei den Reichen noch dem Mittelstande und den Armen gestiegen.“<sup>1)</sup>

Nicht die einzige, vielleicht auch nicht die erste, aber eine wesentliche Ursache des mangelnden inneren Glückes liegt bei der körperlichen Arbeit in der modernen Arbeitsweise.

Das geistige Interesse an der industriellen Arbeit wird heute durch eine bis zum äußersten gehende Arbeitsteilung im Arbeiter schwer darniedergedrückt. „Er ist oft gezwungen, jahraus, jahrein denselben Hebel zu drücken, ein und dasselbe Weberchiffchen zu richten.“<sup>2)</sup> Der Arbeiter ist nicht nur zur Maschine, er ist zu einem Teil der Maschine, dem der Zusammenhang mit den übrigen Teilen fremd ist, geworden. Er verfertigt und sieht kein ganzes Arbeitsprodukt, kein letztes Ergebnis seiner Arbeit; er schaut nur die ihn

1) Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre. 3. Aufl. Berlin 1908. Teil I, S. 228.

2) B. Missiaen O. M. Cap., Der Kampf um das Glück im modernen Wirtschaftsleben. Deutsch von J. Keppi. M.-Gladbach 1913. S. 26.

wenig interessierende Einzelheit, kein harmonisches und vollendetes Werk.

Die Hand des Arbeiters ist so zum mechanisch sich bewegenden Kolben, zum gleichmäßig sich drehenden Rade geworden. „In gewissem Maße hat die Maschine der Arbeit die Poesie geraubt.“<sup>1)</sup> In vielen Fällen kann man behaupten: Nicht der Arbeiter lenkt die Maschine, sondern die Maschine lenkt, bevormundet den Arbeiter. Sie entwöhnt den Arbeiter des Denkens, erniedrigt ihn. Die Arbeiter „empfinden“, sagt John Ruskin,<sup>2)</sup> „daß die Arbeit, zu der sie verdammt sind, wahrhaft erniedrigt und sie zu weniger als Menschen macht“.

Neben der nur die unzusammenhängenden Bestandteile des Arbeitsproduktes vor das Auge führenden und den Arbeiter selbst in winzige Lebensfragmente zerstückelnden Arbeitsteilung ist es die Ausichtslosigkeit auf Selbständigmachung, welche beim modernen Industriearbeiter keine Arbeitslust aufkommen läßt. Dieses ist auch eine der Ursachen, daß gerade die intelligenten, „die bestgelohnten Arbeiter die unzufriedensten sind. . . . Es sind gerade die Arbeiter, deren jährlicher Verdienst den sehr vieler Ärzte, Ingenieure, Advokaten, Beamten . . . übertrifft, die auf den Straßen und Plätzen gestikulieren und die kapitalistische Welt verdammen.“<sup>3)</sup>

Es läßt sich nicht bestreiten: die Arbeit des modernen Arbeiters ist freudenlos. Den letzten Rest der außerhalb der Arbeit liegenden Freude hat ihm die ihm zu teil gewordene Aufklärung geraubt. „Wir möchten hier die Worte wiedergeben“, schreibt W. Missiaen,<sup>4)</sup> „welche wir von einem schlesiichen Arbeiter zu hören bekamen: ‚Früher‘, sagte er,

1) Ebenda S. 29.

2) Wie wir arbeiten und wirtschaften müssen. Eine Gedankenlese aus den Werken John Ruskins. 4. Aufl. Straßburg. S. 188.

3) W. Missiaen, a. a. O. S. 54.

4) Ebenda S. 83.

„ging ich mit Gesang zur Arbeit, heute, da die modernen Ideen auf mich gewirkt haben, fühle ich mich weniger glücklich!“

Glücklich fühlt sich heute in tausend Fällen auch der geistig Arbeitende nicht mehr. Auch auf seine Arbeit wirft die öde Arbeitsteilung ihre dunklen Schatten. Das das Ganze nicht mehr überschauende Spezialistentum macht sich in Wissenschaft und Technik, in Schreibstube und Schule breit. An die Stelle der allgemeinen Bildung tritt die Fachbildung. In den meisten Mittelschulen ist der alte Klassenlehrer verschwunden, an seine Stelle ist der Fachlehrer getreten, welcher in sechs und mehr Kursen doziert und seine hunderte von Schülern nur dürftig kennen lernt. Der Unterricht verliert die Einheit, er wird mit dem wachsenden Umfange zugleich zusammenhangslos, fragmentarisch. Das Gesamtunterrichtsresultat befriedigt keinen fähigen, denkenden Lehrer. Er sieht im Gegensatz zum alten Bildungsbetrieb nichts Zusammenhängendes, nichts Harmonisches, nichts Abgeschlossenes.

Neben der Zersplitterung des Unterrichts ertötet ein Heer sich jährlich ändernder Vorschriften, eine nie ruhende „Reform“ die Unterrichtsfreude. Die Selbständigkeit des Lehrers ist in der modernen Schule auf ein Minimum reduziert. Man wähnt durch eine bis ins kleinste Detail gehende bureaukratische Regelung die Schule zu heben und ahnt, in Unkenntnis der Psychologie des Unterrichts, nicht, daß man hiedurch ihr geistiges Niveau herabdrückt, indem man sie zur fort gleich arbeitenden Maschine und den Lehrer zum geistlosen und freudelosen Leiter der letzteren degradiert.

Die moderne, geistige und körperliche Arbeit ist kompliziert und tausendfältig geworden; sie ist ins Riesenhafte gewachsen und verlangt Riesenleistungen; die Arbeit des Einzelnen dagegen ist klein geworden, sie ist nur mehr Teilarbeit und entbehrt als solche der Freude und der Befriedigung, der religiösen Weihe und des Segens. „Der Lebens-

Kampf in der modernen Gesellschaft ist mühselig, betrübend, weil wir durch die Elektrizität und den Dampf, welche uns überfluten, die belebenden und tröstenden Sterne nicht mehr sehen, welche in der Nacht glänzen.“<sup>1)</sup>

Die Lösung des Problems der Arbeitsfreude ist ein psychologisches, moralisches und technisches zugleich. Versuche zur Lösung desselben liegen von John Ruskin, Heinrich Hertner u. a. bis heute nur bezüglich der Industriearbeit vor. Doch die eigentlich wissenschaftliche Lösung, die immer auf das Allgemeine geht, hat die Arbeit oder Berufsarbeit als solche zum Gegenstande der Forschung zu wählen.

Ein tieferer Einblick in die Seele des Arbeitenden und in die seelischen Vorgänge während der Arbeit wird uns auch besser als bisher befähigen, an eine einschränkende Reform der modernen, unbefriedigenden Arbeitsweise auf privatem wie staatlichem Felde heranzutreten. Eine solche Reform wird zwar der Arbeit die ihr von Gott gegebene Eigenschaft einer Last nicht nehmen, sie wird sie aber erträglich gestalten und damit die Arbeitsleistung selbst steigern. Das ist das irdische Ziel der menschlichen Arbeit. Neben ihm steht das es überragende überirdische, ewige Ziel: Die Arbeit soll ein Gottesdienst sein und zu Gott hinführen. Darum ist das uns hier beschäftigende Problem ohne Mitwirkung der Theologie unlösbar.

1) Ebenda S. 111.

## LXXVII.

### Die Jesuiten am Neuburger-Düsseldorfer Fürstehofe in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts.

Von Bernhard Duhr S. J.

(Schluß).

Als am 9. Juli 1654 Kaiser Ferdinands III. ältester Sohn, der 1653 gewählte römische König Ferdinand IV. gestorben, trat die Frage über den künftigen Träger der kaiserlichen Krone in den Vordergrund. Der jüngere Bruder Ferdinands IV., Erzherzog Leopold Ignatius, zählte erst 14 Jahre und hatte deshalb einstweilen wenig Aussicht. Zu den verschiedenen Kandidaten für die Kaiserkrone: Bayern, Sachsen, Neuburg gesellte sich auch der junge König von Frankreich, Ludwig XIV., für den Mazarin eifrig warb.<sup>1)</sup>

Es war so recht die Zeit für Intriguanten und Plänermacher, und mit einem solchen Plane befaßt sich auch das 26 Seiten umfassende „Neben Memorial vor P. Joh. Antonium“ vom 3. März 1655.<sup>2)</sup>

In demselben führte Philipp Wilhelm aus: Es seien ihm *arcana consilia* bekannt geworden zur völligen Unterdrückung des Erzhauses. Er habe dieselben P. Antonius mitgeteilt aber unter Auferlegung von Stillschweigen: und gebe ich ihm anders keine Erlaubniß das Werk dem P. General zu offenbaren, ehe derselbe auch vorher *fidem silentii* demselben versprochen hat, und weil derselbe *statum totius christianitatis* am besten weiß, als wird derselbe am besten einraten können, was ich in diesem höchst wichtigen Werk resolviren solle. Vekt vergangen September hat der Landgraf Georg Christian

1) Vergl. B. Erdmannsdörffer, Deutsche Geschichte 1648—1740, 1, 293 ff.

2) Konzept Düsseldorf St. A. a. a. O. Die Zusätze am Schluß tragen das Datum vom 23. März.

zu Homburg, welcher unlängst zu unserer kathol. Religion übergetreten, als derselbe aus Spanien durch Frankreich kommt, mich zu Hambach besucht und Patrem Bed. S. J. mit sich gebracht. Beide sind sehr gegen die Krone Spanien und das Erzhaus Österreich, sie haben mich gewarnt, daß ich nicht mit dem Erzhaus zu Grunde gehe. Frankreich wolle, so sagten sie, verbündet mit mehreren deutschen Fürsten und einer mächtigen Partei in Spanien das Erzhaus nicht allein um die römische, sondern vornehmlich auch um die spanische Krone bringen. Dem Pfalzgrafen will Frankreich zur Kaiserkrone verhelfen. Ich solle nur eine Resolution fassen, sie wollten nach Frankreich reisen, und was ich wollte adjustiren. Als ich replicirt Domine non sum dignus, antwortete P. Bed: Ja wohl wir Priester sagens alle Tag in der Messen und essen Ihn doch hinein (o nephandum dictum), ich solle Gottes Urtheil nicht einreden und sie gewähren lassen; warum ich mich mit dem Haus Österreich ruiniren wolle. Ich habe ihnen dann Hoffnung gemacht, um die Gefahr dadurch zu evitiren und den fernern Erfolg ihres Vorhabens zu penetriren, auch darnach pro re nata zu resolviren, also daß sie mit der Vertröstung von mir abgeschieden, daß sie in Frankreich die königliche Kron auf mich oder Bayern dirigiren wollten. Politisch stände er sich — so führt der Pfalzgraf dann aus — besser in der Verbindung mit Frankreich, denn Österreich habe nichts für ihn getan. Österreich sollte also vor Offenbarung dieses Planes versprechen und zwar in specie, was es für den Pfalzgrafen praestieren wolle. Unter den Mitteln, den Plan zu vereiteln, gedenkt der Pfalzgraf, den P. Antonius nach Spanien zu senden, dabei auch die Societät den Vorteil gewinne, daß was ein Mitglied derselben (P. Bed) verderbe, durch ein anderes wieder redressirt werde. Diese meine Gedanken an diesem höchst wichtigen Werke wird P. Antonius dem General allein sub fide silentii et sigillo confessionis entdecken und in dieser Sach mit Niemand, es wäre allein mit dem Cardinal Chisio und solches mit Gutfinden des P. Generals conferiren, auch dessen Gutachten und treuen Rat, ob und wie ich es entdecken und was ich für

Resolutiones fassen solle, erholen. Darauf werde ich warten und eher nichts resolviren, nicht zweifelnd, der P. General werde, dieses wichtige Werk reiflich und wohl überlegen und mir mit solchen Consiliis an die Hand gehen, welche zu Ehre Gottes und des Publici auch zu meinem und der Societät Bestem gereichen. Darbei wolle P. General vor allen Dingen gebeten sein, vor der Zeit und ehe ich meine Lande wohl festgemacht haben werde gegen P. Bedt nichts anzufangen, zumalen ich widrigenfalls der höchsten Gefahr (durch Frankreich) exponirt sein werde.

Im April kam Antonius in Rom an. Am 24. April berichtet er dem Pfalzgrafen,<sup>1)</sup> der General halte die ganze Verschwörungsgeschichte für wenig glaubwürdig. Gegen P. Bedt, der schon früher wegen anderer Dinge verklagt worden, sei der General sehr ungehalten, und er wolle gegen ihn vorgehen, was aber Antonius gemäß seiner Instruktion verhindert habe.<sup>2)</sup> Der General wünsche, der Pfalzgraf möge alles aus freien Stücken ohne Rücksicht auf Belohnung dem Kaiser entdecken, der für solche Treue sich sicher dankbar erweisen werde.

Dem General Nidel hatte Antonius ein Schreiben des Pfalzgrafen vom 6. März überreicht, in welchem dieser um nachhaltige Unterstützung bat. In seiner Antwort vom 20. April 1655 versprach Nidel alles zu tun, soweit dasselbe zu seinem Amte gehöre.<sup>3)</sup> Deutlicher wird Nidel in seinem Schreiben am 29. Mai 1655.

Der Papst, mit dem er gesprochen, sehe sehr wohl die große Wichtigkeit ein, glaube aber, der Pfalzgraf sei verpflichtet,

1) Die Briefe sind teils latein., teils franz. Orig. Düsseldorf a. a. D.

2) Näheres darüber in dem bald nach dem Kriege erscheinenden 3. Bd. der Geschichte der Jesuiten. Wie Antonius am 1. Mai 1655 dem Pfalzgrafen mitteilt, bat der General um freie Hand gegen P. Bedt.

3) Orig. Dieser u. die folg. Briefe Nidels in München, Staatsarch. blau 55/1.

die ganze Sache denen zu offenbaren, die es besonders angehe und die vorbeugen könnten. Das sei nicht allein eine Forderung des Gewissens sondern auch im Staatsinteresse geboten. Wenn, so fährt Nidder fort, so verderbliche und Gott mißfällige Pläne — wie ich hoffe — keinen Erfolg haben, so wird sicher das Stillschweigen Ew. Durchlaucht als Zustimmung ausgelegt, und Sie setzen sich und ihr ganzes Land den größten Gefahren aus. Daß aber diese Anzeige durch Ew. Durchlaucht selbst geschieht, wünscht der Papst nicht. Wenn der Pfalzgraf die gefährlichen Pläne nur dann offenbaren wolle, wenn die Offenbarung mit einem Vorteil für ihn verbunden wäre, so wäre das Pflichtverletzung eines Reichsvasallen und nicht vereinbar mit der Ehre des pfalzgräflichen Hauses.

In seiner Antwort vom 3. Juli zeigt sich der Pfalzgraf mit der Ansicht des Papstes und des Generals durchaus nicht einverstanden.

Trotzdem er die Sache offenbart, habe man in Wien jede Hilfe bei einem Angriff auf sein Land abgeschlagen. Ist dies nit ein tröstlicher Bescheid! Doch fällt er mir nit wunder, weil ich vernehme, daß man an andern hohen dem Haus Österreich auch nit übel affektionierten Orten judiciret, daß die Kaiserlichen Minister, um die Kron am Haus quovis modo zu erhalten, nit nur mich und meine Lande, sondern noch wohl drei andere katholische Fürstentum denen Unkatholischen gern hingeben werden. Ob dann meine treuherzige Revelation der katholischen Religion mit der Zeit nützlich und ich allhie sicher sein werde, lasse ich dahingestellt sein. Es gereuet mich aber um meiner guten Intention willen, welche ich wegen der Religion bei dem Werk getragen, die Offenbarung nicht; daß aber ichs als ein Vasallus ohne das zu tun schuldig gewesen sein solle, da werden Ihre Heiligkeit und E. Ehrw. anders judicieren, wenn sie nachdenken, daß der Anschlag directe nit ipsam personam Caesaris, sondern allein sein Haus und Sukzession, deren Untertan oder Vasall ich nicht bin, konzernieren sollen. Und siehet man bei diesem Haus so weit auf das Partikular-

interesse, wie gedacht, was sollen dann ich und andere katholische Fürsten uns jemals Guts zu getrösten haben?<sup>1)</sup>

In dem Briefe vom 2. Aug. 1655 hält Nidel der Erläuterung des Pfalzgrafen gegenüber seine und des Papstes Ansicht aufrecht, daß der Pfalzgraf zu der Offenbarung verpflichtet gewesen sei, denn nach der Lehre über die Vasallengüter sei es doch hinreichend klar, daß der Vasall gegen die schuldige Treue sündige, wenn er nach Kenntnißnahme von Nachstellungen gegen seinen Herrn (die im vorliegenden Falle wohl nicht geleugnet werden könnten) den Herrn nicht darüber benachrichtige.

Aber auch der Pfalzgraf beharrte auf seiner Meinung.

Denn am 24. August schreibt er an Nidel, daß ichs (zur Offenbarung) als ein Vasallus schuldig gewesen sein soll, kann ich zumal nit glauben, weil die Machina nit gegen des Kaisers Person, dem ich und alle Fürsten allein geschworen, sondern (gegen) dessen Haus und Successores vermeint gewesen, dahin (weder) ich noch andere meinesgleichen Fürsten, weil das Kaisertum elektisch ist, keine Obligation haben; was ich also getan, anders nit als aus lauterer Affektion zu diesem Haus und daß ich der Religion dadurch einen Nutzen zu verschaffen gehofft, befehen ist. Wenn am Wiener Hofe nicht bessere Anstalt getroffen, um den drohenden Unheil vorzubeugen und man zusehen wird, daß wenn die Benachbarten von Kron und Szepter verjagt werden, so trage ich billig Sorge, es dürfte so gut nit werden als E. Ehrwürden die Hoffnung haben.<sup>2)</sup>

Die weiteren Briefe des P. Antonius finden sich in Übereinstimmung mit denen des Generals, sie betonen wiederholt die große Zuneigung des Papstes und des Generals für das Erzhaus.

Unter dem 16. Oktober 1655 stellte Alexander VII. dem P. Antonius ein Kreditiv zu, nach welchem der Vater dem Pfalzgrafen mündlich Bericht erstatten und von der

1) Konzept München a. a. D.

2) Konzept München a. a. D.

Hochschätzung und Zuneigung des Papstes Kenntniß geben werde.<sup>1)</sup>

Endlich noch ein Beispiel eines vom Pfalzgrafen erbetenen Jesuiten, der ihn enttäuschte.

Der Kurfürst Joh. Wilhelm verlangte 1694 den Dillinger Philosophieprofessor, Johann Wißer, einen gebürtigen Neuburger (geb. 29. Oktober 1656), für seine Dienste. In einem Schreiben von Düsseldorf 15. Sept. 1694 an P. Inniger, Provinzial der „bayerischen Provinz“ wünscht er P. Joh. „Wißer“, Professor der Ethik „aus sonderbaren zu demselben und der löblichen Societät gestellten gnädigsten Vertrauen in sichern mein und mein Kurhaus betreffenden Anliegenheiten auf eine Zeitlang zu gebrauchen. Ersuche Em. Ehrw. dahero durch diesen eigens abgeschickten Courier“ den Vater unverzüglich und mit der Post hierher zu schicken. Die Neuburgische Hofkammer wird ihn mit den benötigten Reiskosten versehen. Der Provinzial antwortete am 24. Sept. 1694 zusagend. Über die Art der Verwendung teilte Johann Wilhelm am 30. Nov. 1694 dem Provinzial mit, daß er den P. Wißer in wichtigen Anliegen mit seinem Oberkammerer Graf von Hamilton nach Schweden gesandt.<sup>2)</sup> Mit der Zusage des Provinzials erklärte sich der General Gonzalez am 16. Okt. in einem Briefe an diesen einverstanden, zumal feststehe, daß es sich um Dinge handele, die nicht gegen das Institut seien. Aber über den Titel, der dem Vater gegeben als „Conlogat“, zeigte sich Gonzalez in einem Schreiben vom 4. Dez. 1694 beunruhigt; er hoffe, daß es sich nur um einen rein äußerlichen Titel handele, sonst könne er die Sache nicht dulden.<sup>3)</sup> Wie Joh. Wilhelm am 2. Mai 1695 dem Provinzial berichtet, schickte er den P. Wißer auch nach Wien.<sup>4)</sup>

1) Orig. München Geh. Hausarchiv 190 5.

2) Orig. München Reichsarch. Jes. 1985.

3) Orig. Reg. Ad Germ. Sup.

4) Orig. M. R. Jes. 1985.

P. Wiser muß aber seinem Auftraggeber nicht lange entsprochen haben, denn Gonzalez schreibt am 12. April 1698 vertraulich an den Reichsvater des Kurfürsten, P. Carl Pottier in Düsseldorf: Nach Empfang Ihres Briefes vom 23. März habe ich sofort den Provinzial von Oberdeutschland gemäß der Willensäußerung des durchl. Kurfürsten gemahnt, er möge den P. Wiser weiterhin nicht mehr in den Diensten eines Fürsten verwenden, sondern ihm ein ehrenvolles Amt, fern von Fürstenhöfen, etwa in der Schweiz, übertragen.<sup>1)</sup>

Wie Gonzalez am 8. Nov. 1698 dem Provinzial Müller mitteilt, war die Kaiserin für P. Wiser eingetreten, der seine Reisen nur in ihrem Auftrage gemacht habe. Am 26. Nov. verteidigte sich P. Wiser bei dem General, der aber seine Entschuldigungen in der Antwort vom 20. Dez. 1698 ziemlich kühl aufnahm und ihm anempfahl, seinen Obern pünktlicher als bisher zu gehorchen.<sup>2)</sup>

P. Wiser wurde später wieder Professor, seit 1703 in Dillingen. Er starb am 26. Sept. 1725 in Rottenburg.<sup>3)</sup>

Wie das letzte Beispiel zeigt, hat es an Kollisionen zwischen den fürstlichen Aufträgen und den Ordensstatuten nicht gefehlt. Diese Kollisionen mußten sich steigern, wenn Männer, die schon vom Orden hinreichend mit Arbeit belastet waren, zu gleicher Zeit allen möglichen fürstlichen Anliegen ihre Zeit und Kraft widmen sollten.

Mehrfach kam es vor, daß die Rektoren in Düsseldorf und Neuburg stark für den Hof in Anspruch genommen wurden, worunter das Colleg unter Umständen zu leiden hatte. Zuweilen wünschten die Fürsten auch solche zu Rektoren, die sie für ihre Dienste am besten gebrauchen konnten; sie erachteten es hingegen als einen Mangel an Berück-

1) Orig. Reg. Soli Rhen. Inf. 14. Vgl. Gonzalez an den Provinz. Müller 12. April 1698 Ad Germ. Sup.

2) Orig. Reg. Ad Germ. Sup.

3) Nach einer Mitteilung an Pottier 18. Juni 1698 scheint P. Wiser der Bruder des Kanzlers W. gewesen zu sein. Soli Rhen. Inf. 14.

sichtigung, wenn solche Männer zu Rektoren der Collegien genommen würden, die ihnen weniger paßten oder weniger hervorragend zu sein schienen.

Über diese Verhältnisse verbreitet sich ein Schreiben des Generals Gonzalez vom 3. Febr. 1691 an den oberdeutschen Provinzial Painter. Bei der Wahl eines Rektors, so schreibt er, wurde mehr Rücksicht auf das Colleg als auf den Hof genommen. Der für Neuburg von dem Kurfürsten gewünschte Rektor sei nicht passend, dafür habe er einen hervorragend tüchtigen Vater bestimmt, wenn derselbe auch nicht geeignet sei als Instruktor der Prinzessin Leopoldine. Es scheint viel besser für dieses Amt einen andern vom Rektor verschiedenen Vater zu bestellen, damit nicht der Rektor gezwungen ist, mehr am Hofe als im Colleg zu verweilen.<sup>1)</sup>

Die vielen Aufträge, welche die Pfalzgrafen den Jesuiten erteilten, waren für diese ganz gewiß nicht immer angenehm, besonders dann, wenn es sich um mehr weltliche oder politische Dinge handelte. Vielleicht wäre da zuweilen eine entschiedenere Absage am Plage gewesen. Eine solche Absage wurde freilich erschwert durch die Dankbarkeit für die vielen von diesen Fürsten empfangenen Wohltaten und die Rücksichtnahme auf die damalige Allgewalt der Fürsten. Besonders dieser letztere Umstand muß bei einer billigen Beurteilung scharf ins Auge gefaßt werden. Die geschilderte vielfache Inanspruchnahme bietet aber anderseits einen wichtigen Beitrag für die Charakterisierung der damaligen Jesuiten.

Die Fürsten, um die es sich handelt, waren von Jesuiten unterrichtet und geleitet von früher Jugend an, sie hatten in guten und in schlechten Zeiten viele und ganz verschieden geartete Jesuiten in nächster Nähe kennen gelernt. Hätten sich in diesen vielen Jahren die Jesuiten nicht als lautere Charaktere erprobt, so wäre es ganz undenkbar, daß sie ihnen ihr Teuerstes, die eigenen Kinder,

1) Ad Germ. Sup. 1684 – 1709.

Prinzen und Prinzessinnen, zum Unterricht und zur Leitung anvertraut, sie als Begleiter ihrer Kinder auf langen Reisen erwählt und den Prinzessinnen, die in ferne Länder verheiratet wurden, als Beichtväter und Ratgeber mitgegeben.

In seinem Testament dat. Benrath, 13. Januar 1675 empfiehlt Philipp Wilhelm seinen Söhnen: „Obwohlen auch wir unseren freundlichen lieben Söhnen wegen ihrer Beichtväter kein Ziel noch Maß vorschreiben wollen, so raten wir ihnen dennoch und sehen gern, daß sie diesfalls bei den Pat. Societatis Jesu verbleiben und sich deren gebrauchen.“<sup>1)</sup>

Und in der letztwilligen Verordnung vom 3. September 1688 legt er dem Kurprinzen ans Herz: „Allermaßen wir noch überdies unseres Kurprinzens Liebden die löbliche Societät Jesu, welche bei unsers Herrn Vatters hochsel. Angedenkens und unseren bisherigen Regierungszeiten uns, unseren Landen und Untertanen zur größeren Ehren Gottes und aller unserer Seelenheil so viel Gutes, Nützliches und Geistreiches nach allen Kräften und ganz unermüßlich löblich getan, ganz väterlich rekommandieren.“<sup>2)</sup>

In dem unbedingten Vertrauen auf die Integrität und Zuverlässigkeit der Jesuiten liegt auch der Grund, weshalb sie mit so vielen schwierigen vertrauten Aufträgen und Missionen, mehr als gut war, belastet wurden. Dieses große unbedingte Vertrauen, das diese gebildeten und moralisch hochstehenden Fürsten in allen Lagen den Jesuiten entgegenbrachten, ist wohl geeignet, auf den Charakter dieser Ordensleute ein günstiges Licht zu werfen.

Als Frucht ihrer langjährigen erzieherischen und seelsorglichen Tätigkeit konnten die Jesuiten mit Recht auch hinweisen auf das sittenreine christliche Familienleben, das den Neuburg-Düsseldorfer Hof auszeichnete und ihn zu einem Beispiele für alle Zeiten gemacht hat.

1) Orig. München, Geh. Hausarchiv 24 4233.

2) Orig. München, Geh. Hausarchiv 24 4234.

## LXXVIII.

### **König Ludwig I. und die katholische Kirche.**

Neue Beiträge von Anton Doeberl.

#### 3.

Schirmvogt und Hort war König Ludwig I. der katholischen Kirche in Deutschland im Geiste seines großen Ahnherrn, dem er eben zur Zeit des Kölner Konflikts ein Denkmal setzte. Woher immer im Wogendrang jener unruhig gärenden Zeit schutzfliehende Stimmen zum Thron des großen katholischen Monarchen drangen, nicht teilnahmslos, als ob es kein höheres Interesse als die Politik gäbe, lauschte der König den oft bewegten Klagen: die Nöten seiner Glaubensgenossen, auch in fernen Landen, fanden bei ihm reiche Unterstützung, ihre Beschwerden, wo es anging, mächtigen Schutz.

Aber er war noch mehr als Schirmer und Schutzherr der Kirche, der bloß abzuwehren sucht, was der Kirche zum Schaden, er stellt sich wieder an die Spitze der kirchlichen Bewegung und wird zum Förderer der katholischen Sache. Vor allem der Klöster. „Seit Karl dem Großen hat wohl kein deutscher König, seit Tassilo II., dem Agilolfinger, kein bayerischer Fürst mehr für Kirchen und Klöster getan als König Ludwig I.“ Das Angeficht der katholischen Kirche in Bayern wird unter der Regierung Ludwig I. erneuert. Wenige Jahre nach dem Klostersturm der Ara Montgelas erstehen wieder zahlreiche Klöster, den Bedürfnissen der neuen Zeit zumeist besser angepaßt als diejenigen, die vorher mitunter nicht leben und sterben konnten.

Die Klosterpolitik König Ludwig I. bildet in der Geschichte der katholischen Restauration in Bayern eines der reizendsten und wichtigsten Kapitel. Durch die Wiederherstellung altherwürdiger Klöster wird der Zusammenhang mit der Vorzeit, für den die Aufklärung kein Verständnis hatte, wieder geknüpft und zugleich der Grundstein für eine schönere Zukunft der kirchlichen

Bewegung gelegt. Die Förderung des religiösen Geistes im Klerus und Volk durch die Klöster geht wie leuchtend Morgenrot der erst mit dem Jahre 1848 frisch und mutig einsetzenden katholischen Bewegung voraus.

Ohne Zweifel wird in absehbar kurzer Zeit, wenn die Wiederherstellung verschiedener religiöser Orden sich zum hundertsten Mal jährt, ausführlich des Zusammenhangs und der Bedeutung der Klostererneuerung für die Erneuerung des kirchlichen Geistes in Bayern gedacht werden. Einige neue Beiträge sollen jetzt schon folgen zur Beurteilung der Klosterpolitik König Ludwig I.

### I.

Die Förderung der Klostergründungen muß als des Königs urreigenstes Werk betrachtet werden. Kirchlicher Einfluß, Wünsche und Petitionen von Führern der katholischen Bewegung und Gemeinden mögen immerhin dabei mit im Spiele gewesen sein. So wissen wir, um nur ein Beispiel anzuführen, daß Bischof Sailer den König in seinen ersten Regierungsjahren in seiner Klosterpolitik beraten und bestärkt hat. Aber dieser Einfluß darf denn doch nicht überschätzt werden. Er läßt sich nur für einige Klöster nachweisen und spielt auch da deutlich nur eine untergeordnete Rolle, was bei der impulsiven Eigenart des Königs ohne weiteres verständlich ist. In der Frage der Neugründung von Klöstern war der König selbst zumeist der Anregende, sicherlich immer der Drängende. Bezeichnend dafür ist eine Stelle in einem Briefe des frommen Bischofs Franz Laver Schwäbl von Regensburg an seinen Freund, den Minister von Abel. „Ich bitte Sie um Gottes Willen“, so schreibt der Bischof am 30. Januar 1839, „suchen Sie die Ungeduld des König zu beschwichtigen. Der materielle Bau eines Klosters läßt sich zwar nach Zeit und Jahr festsetzen, ein geistiger Bau ist aber anderen Gesetzen unterworfen, welche ohne die größten und unausbleiblichen Nachteile nicht umgangen werden dürfen. Wir haben ja die neuesten Warnungstafeln in unserem vielgeliebten St. Stefan, worin merkwürdig edle Männer aus allen

Teilen der österreichischen Monarchie wie vom Sturmwind zusammengetrieben wurden.“ Infolge des Drängens des Königs, der möglichst rasch möglichst viele Klöster errichtet sehen wollte, mußten anfangs Ordensleute aus Österreich, so nach St. Stefan in Augsburg, und in die fränkischen Franziskanerklöster berufen werden, darunter auch solche Ordensleute, die ihrer Aufgabe nicht immer voll und ganz gewachsen waren. Die große Klostervisitation der Franziskanerklöster durch Bischof Reisch zu Anfang der 40er Jahre läßt, wie ja aus den Briefen dieses Bischofs selbst erhellt, auf manche Mängel schließen, die mit der zu raschen Entwicklung der Klöster verbunden sein mußten.

Auch der Einfluß der Minister Schenk und Abel darf ebensowenig als bischöflicher Einfluß auf die Neugründung von Klöstern übertrieben werden, denn der König erwies der Errichtung neuer Klöster Gunst und Unterstützung auch unter den Ministerien Armanzperg und Wallerstein, die in kirchenpolitischen und religiösen Dingen denen nicht ferne standen, die in den Kammern das Schreckbild der „Kongregation“ an die Wand malten. Andererseits scheiterten Versuche seitens des Oberappellationsgerichtspräsidenten Grafen Rechberg, des „Erzjesuiten-Freundes“ Grafen Seinsheim, wie ihn der König scherzend nannte, u. a. an dem Urteil, das sich der König nun einmal gebildet. Man liest es fast aus jeder Zeile seiner Kloster-Signate, seine Meinung sollte auch in dieser Frage einzig entscheidend sein, und sie war es auch.

Muß demnach die Förderung der Klostergründungen als des Königs ureigenstes Werk betrachtet werden, wobei jeder andere Einfluß nur eine untergeordnete Rolle spielte, so fragt es sich weiter, welches waren die Beweggründe, von denen der König sich in seiner Klosterpolitik leiten ließ.

Sicherlich zunächst Erwägungen der rechtlichen Verpflichtung. Im 7. Artikel des Konkordats vom 5. Juni 1817 hatte die Regierung sich verpflichtet, einige Klöster sowohl der Männer- als der Frauenorden zum Unterricht der Jugend in Religion und Wissenschaft und zur Muthilfe in der Seelsorge mit ent-

sprechender Dotation wiederherzustellen.<sup>1)</sup> „Die Rechnung war also“, wie Görres einmal bemerkte, „ungemein leidlich ausgefallen. Als Stellvertreter der 1600 Köpfe betragenden Klostergenossenschaften sollten fortdann einige Klöster in's Dasein treten, damit sie — etwa wie die 4 Reichsstädte, die den Wiener Kongreß überlebt — der Nachwelt authentische Nachricht über die Gefallenen und Vernichteten überlieferten.“<sup>2)</sup> Der Staat hat sich indes nicht beeilt, seine nachsichtige Gläubigerin zu befriedigen. Lange wiesen alle Fußspuren in den Staats-ärar und nur wenige führten heraus. Die Vertragsverpflichtung bezüglich der Klöster war unter der Regierung des ersten Königs nicht eingelöst worden. Nur blieben einige Klöster erhalten, so das alte Schottenkloster in Regensburg, das Augustinerkloster in Münsterstadt, zwei Institute der barmherzigen Brüder und einige religiöse Frauengenossenschaften.<sup>3)</sup> Erst König Ludwig I. hat sich bemüht, die Verpflichtung, die der Staat im Konkordat auf sich genommen, zu erfüllen. Görres kommt in dem schon erwähnten, auch heute noch sehr beachtenswerten Artikel „Ministerium, Reichsrat, rechte und unrechte Mitte“ aus dem Jahre 1846 unter Ausscheidung jener Klöster, bei deren Gründung von einer „entsprechenden Dotation“ nicht die Rede sein kann, insbesondere der Mendikantenklöster, zu folgendem Ergebnis: „dem Vollzug der Übereinkunft gehören also von den Instituten, die sich mit Erziehung, Unterricht und der Seelsorge zugleich beschäftigen, nur sieben Benediktinerklöster an, von denen eines (das Schottenkloster) nie aufgehoben gewesen, und zwei der Augustiner, von denen gleichfalls eines perennierend sich erhalten; und dann von solchen, die sich ausschließlich der Armenpflege widmen, zwei nie aufgehobene Institute der barmherzigen Brüder und die der barmherzigen Schwestern sowie die Elisabethinerinnen.“

1) Sicherer, Staat und Kirche, Urkunden, S. 67. Der Nachdruck liegt auf dem Ausdruck „cum convenienti dotatione instaurari.“

2) Hist. pol. Blätter, 17. Bd. S. 485 ff.

3) Brück, Geschichte der kath. Kirche in Deutschland im 19. Jahrh. 2. Bd. S. 512.

Außer der Vertragspflicht ließen die mannigfachen Forderungen der Zeit den König das Entstehen klösterlicher Institute begünstigen. Zunächst muß der Priestermangel sich um so fühlbarer bemerkbar machen, als mit den letzten Opfern der Zentralklöster auch die letzten Aus Hilfskräfte der Seelsorge schwanden.<sup>1)</sup> Dieser Not an seelsorgerlichen Arbeitern stand gegenüber ein Zeitgeist, der in manchen Äußerungen eine Vertiefung des religiösen Sinnes im Volke notwendig erscheinen ließ. Für die Aushilfe in der Seelsorge erscheinen dem König als die geeignetsten, die auch beim Volke beliebten Franziskaner, Kapuziner, Karmeliten, Augustiner und Minoriten. In der Zeit von 1826—40 entstanden durch die Gunst des Königs nicht weniger als 38 Niederlassungen der genannten Orden, zuerst und vor allem in Franken.<sup>2)</sup> Aber besonders kräftig scheinen diese Niederlassungen in der ersten Zeit nicht alle gewesen zu sein. „Augustiner und Minoriten in Franken“, so schreibt der König noch am 8. August 1842 von Bad Brückenau an Minister von Abel, „haben guten Fortgang, nicht so Franziskaner und Kapuziner, obgleich man ihre Klöster sehr gerne hat, aber hinein begibt sich fast kein Franke. Vermutlich, wenn die Minoriten noch zahlreicher sein werden (dermalen sind es 10 Patres), weise ich eines der Franziskanerklöster Frankens ihnen (vielleicht Hammelburg) zu, die Franziskaner zur Verstärkung in andere hier zu Lande, die alle gar schwach besetzt sind, kaum sich fortzuschleppen. Leicht möglich bei Vermehrung der Augustiner, wenn für's Schulwesen für sie gehörig gesorgt, daß ich noch ein 2. Kloster (ein vorhandenes Klostergebäude dazu benützend) haben will.“

Den Redemptoristen war der König wenig gewogen, da man ihm ihre Strenge ungemessen vorgestellt hatte. Der König gestattete wohl die Berufung von Redemptoristen nach

1) Vgl. meinen Aufsatz: Bausteine zu einer Biographie Sailer's.

2) Nach Sepp soll das Kloster am Lehel das erste Franziskanerkloster gewesen sein, das König Ludwig errichtete. Sepp, Ludwig Augustus, 2. Aufl. S. 755. In Wirklichkeit war es das neunte.

Altötting, ließ aber unter dem Eindruck ungnädiger Gesinnung gegen den Bischof Heinrich von Passau aus Anlaß der Leichenfeierlichkeiten für die Königin Witwe auf das Bestimmteste erklären, von einer weiteren Ausbreitung der Redemptoristen könne keine Rede mehr sein. Doch stehen den einseitigen Aussprüchen des Königs über die Redemptoristen, wie sie Sepp wiedergibt, auch andere gegenüber, die ihrem Wirken gerecht werden. So äußerte der König auf einen Bericht des Ministers Abel vom 22. Nov. 1843 über den erhebenden Verlauf der ersten Redemptoristenmission in Tunttenhausen:

„Hocherfreulich ist dieser günstige Erfolg. Was zu vermeiden oder anzuordnen, z. B. daß während der Missionszeit keine landgerichtliche Vorladung geschehe, außer wenn das Gesetz keine Vertagung zuläßt, und, wenn erforderlich, ein paar Tage mehr für die Missionen bestimmt werden, darüber mir Anträge zu stellen.“

München, 23. Nov. 1843.

Ludwig.

Ebenso gerecht äußerte sich der König zwei Jahre später:

„An Minister von Abel. Dem gegenwärtig hier befindlichen pater superior der Redemptoristen zu sagen als von mir beauftragt, mir wäre sehr günstiger Bericht über die Wirkung ihrer Missionen erstattet worden, welches mich erfreut.“

München, 25. Febr. 45.

Ludwig.

Auch den Jesuiten war der König nicht gewogen. Kluge Männer, wie Bischof Schwäbl, glaubten im Interesse der kirchlichen Bewegung mit der eigenartigen Auffassung des Königs bezüglich des Jesuitenordens rechnen zu müssen und für die Einführung dieses Ordens die günstige Zeit abwarten zu sollen. „Hinsichtlich der Jesuiten“, so schrieb Bischof Schwäbl an Minister von Abel am 10. November 1838, „haben Sie, verehrter Freund, die ganze Wahrheit mit den treffendsten Worten bezeichnet. Auch ich habe stets besorgt, daß man ihr Einführung lediglich Ihnen schuld gäbe, und daß Ihren niederen, hohen und höchsten Gegnern dies eine willkommene Gelegenheit sein würde, auf ihren Sturz hinzuarbeiten und hiemit die bessere

religiöse Bewegung zum Licht und Heil des Vaterlandes — Gott weiß, auf wie lange Zeit — wieder rückgängig zu machen.“ Andere hingegen, wie Graf August Rechberg, ein eifriger, aber wie es scheinen will, nicht immer klug abwägender Katholik, glaubten, die Einführung des Jesuitenordens gerade im Interesse der katholischen Sache befürworten zu sollen. Aber ihre Bemühungen hatten keinen Erfolg beim König.

Die Vermehrung der Seelsorgsarbeiter war eine Forderung der Zeit. Eine andere die bessere Erziehung der weiblichen Jugend. Das Mädchenschulwesen begann zum Problem zu werden. Eines der ersten Klöster, das König Ludwig I. errichtete, das Kloster der Servitinnen in München, sollte diesem Zwecke gewidmet sein. Es war Bischof Sailer, dieser Pädagog von anerkanntem Ruf, der die Gründung von Frauenklöstern zu diesem Zwecke empfahl, zunächst der Ursulinerinnen, über deren Wirksamkeit er vom Bischof von Würzburg Erfreuliches vernommen, denen später die Franziskanerinnen, Salesianerinnen, Englischen Fräulein (diese waren auch unter der Ära Montgelas' nicht ganz ausgestorben), die armen Schulschwestern folgten. Namentlich die letzteren, eine Gründung des frommen Sebastian Job, Beichtvaters der Kaiserin Charlotte, und des Bischofs M. Wittmann, haben sich seit 1834 von ihrem Mutterkloster Neunburg v. W. rasch über Bayern und in vielen anderen Ländern ausgebreitet. Sie erfreuten sich wie ihre beiden Gründer der besonderen Wertschätzung des Königs. Dafür nur eine Bestätigung.

Herr Staatsrat von Abel! Sie empfangen in der Anlage eine an mich gerichtete Vorstellung des Superiors des Franziskanerklosters zu Pfreimdt, die Errichtung eines Instituts der armen Schulschwestern in Amberg betreffend, eine Idee, die Meinen ganzen Beifall hat. Zum Ankaufe des in dem Schreiben benannten Hauses in Amberg schenke Ich zum Voraus aus Meiner Kabinettskasse jene zweitausend Gulden, welche sogleich baar zu erlegen sind. Aus welchen Mitteln die anderen 2000 fl. zu bestreiten sein möchten, darüber erwarte Ich Ihre Vorschläge. Treffen Sie indessen

die erforderliche Einleitung, damit das gedachte Haus dem Institut gesichert bleibe.

München, den 17. März 1838.

Ihr wohlgewogener König  
Ludwig.

Für die gefährdete weibliche Jugend wurden unter eifriger Vermittlung des frommen Regensburger Bischofs Schwäbl 1840 aus Angers die guten Hirtinnen berufen, eine Einrichtung, die späterhin auch seitens der Protestanten Nachahmung fand.

Eine dritte Forderung war die Errichtung von Orden, die sich der leidenden Menschheit annehmen, eine Forderung, die um so dringender wurde, seit der Würgengel der Cholera auch durch die bayerischen Lande gegangen, seitdem die entstehende soziale Frage im modernen Sinn gebieterisch Fürsorge für die arme Bevölkerung, auch durch Kinderbewahranstalten, verlangte. Den barmherzigen Brüdern folgten mit staatlicher und privater Unterstützung — ich erinnere an das, was Emilie Lindner, Brentano, Görres, Ringseis, Appollonia Diepenbrock getan — die barmherzigen Schwestern, neue Blüten am alten Baum christlicher Nächstenliebe und nun während des Weltkrieges neben vielen andern die Engel des Schlachtfeldes.

Eine letzte Gruppe von Klöstern verdankt ganz besonders dem religiösen oder wenn man will dem romantischen Sinn des Königs ihr Wiedererstehen. Es sind insbesondere die Klöster jenes Ordens, der bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts ein Zentrum der Kultur und der Wissenschaft gewesen, des Benediktinerordens. Kloster Metten wurde durch die Freigebigkeit des Herrn von Pernath, der den Benediktinern das Gebäude unentgeltlich überließ, und durch die Bemühungen Sailer's 1830 wieder eröffnet. Freilich hatte das Kloster anfangs mit Schwierigkeiten mannigfacher Art zu kämpfen. König Ludwig I. hatte als Dotation 50,000 fl. aus seiner Privatkasse bestimmt, aber Wallerstein verhinderte die Zuweisung dieser Summe. „Wallersteins Ungerechtigkeit war es“, so schrieb Bischof Schwäbl an Minister von Abel am 2. Februar 1839, „die förmlich gegebene Fundation von 50,000 fl. dem Kloster Metten wieder

zu nehmen und St. Stefan in Augsburg zu übertragen.“ Das Kloster war auf Privatwohlthätigkeit angewiesen. Neue Schwierigkeiten bereitete Minister Fürst Wallerstein dem Kloster Metten durch die Gründung von St. Stefan, dem Metten untergeordnet sein sollte, an das es wiederholt Novizen abtreten mußte. Durch die Erhebung Mettens zur Abtei 1840 wurde die Selbständigkeit Mettens nach Verfassung und Klostergeist bewirkt. Andere Schwierigkeiten drohten dem Zwecke, wofür Metten geschaffen. „Ich leugne nicht,“ so schrieb Bischof Schwäbl am 24. Mai 1840 an Minister von Abel, „daß ich für die guten Patres in Metten große Besorgnis hege. Denn nicht nur die Mengein-Freisinger Partei, sondern auch die Thiersch-Erhard-Hocheder-Partei wird alles versuchen, um irgend welche Blößen ihnen abzulauern und ihnen ihr Amt auf jede mögliche Weise zu verbittern und zu erschweren. Sie brauchen daher von oben herab mächtigen Schutz, um welchen ich nachdrücklich bitte. Ich werde auch den Herrn Erzbischof um den seinigen bitten. Es wird gut sein, wenn Sie, verehrtester Freund, sich ebenfalls mit ihm persönlich benehmen.“ Minister von Abel hat auch diese Schwierigkeit behoben. Am 1. Oktober 1840 wurde das Seminar in Metten eröffnet.

Minister von Abel scheint anfangs für das Kloster St. Stefan, das nach der Absicht des Fürsten Wallerstein einer „heiteren Lebensanschauung“ im Gegensatz zur ästhetischen Auffassung in Metten huldigen sollte und nach dem Bekenntnisse des ersten Abtes Barnabas Huber auch huldigte, weniger Sympathie gehegt zu haben. Es erging deshalb an ihn eine Mahnung des Königs.

An den Minister des Innern.

Wie bekannt, liegt mir das Aufblühen des Benediktinerordens in Bayern sehr am Herzen. Zugleich an allen Orten, wo dermalen bestehen in Bayern, muß man es sich recht angelegen sein lassen und namentlich auch in Augsburg. Dieses sage ich, weil aus Herrn von Abels Munde ich seine große Vorliebe für die Mettens selbst hörte. Auf meinen Ruf sind jene aus Oesterreich gekommen, größtenteils tüchtige Schulmänner

und gerade Wissenschaft und Unterricht sind Hauptbestimmungen vorzüglich dieses Ordens. Die Minister haben gewechselt, aber der König blieb, und er bleibt derselbe und das Gedeihen der Abtei St. Stefan ihm eine sehr angelegene Sache.

München, 22. April 1838.

Ludwig.

An Benediktinerklöstern, die ihr Entstehen dem König Ludwig verdanken, seien noch genannt: Ottobeuren, Scheyern, ursprünglich bestimmt, daß St. Denis der bayerischen Herrscher zu werden, Weltenburg, Andechs, St. Bonifaz, Schäftlarn. Dagegen gelang es nicht, das altherwürdige Schottenkloster zu Regensburg zu erhalten.

Nach einem mir vorliegenden, im Jahre 1840 von Dr. Hermann und Dr. Brand verfaßten offiziellen Verzeichniß wurden von 1826 bis 1837 (November) 75 klösterliche Niederlassungen gegründet und zwar 1826 bis 1831 unter den Ministern Armaußperg und Schenk 45, von 1832—1837 unter dem Minister Wallerstein 30. Nach Görres in seinem erwähnten Artikel bestanden unter dem Minister Abel im Jahre 1846 in allem 132 Ordenshäuser, eine Mehrung vor allem der Orden für weibliche Erziehung und für Krankenpflege. Im Todesjahre Ludwigs I. sollen nach Sepp in Bayern 9 männliche und 20 weibliche Orden, erstere mit 80, letztere mit 442 Häusern und Anstalten bestanden haben.<sup>1)</sup>

## II.

Die Klosterpolitik des Königs fand natürlich nicht überall im Lande Verständniß und Zustimmung. Es war nicht die Sorge um die Finanzen des Staates, die bange werden brauchte, denn der König nahm die Mittel für die Klöster aus seiner Kabinettskasse — nur für den Bau des Mutterhauses der barmherzigen Schwestern bewilligte die Kammer 50 000 Gulden — es war der alte Groll aus seliger Illuminatenzeit, der es nicht verwinden konnte, da wieder neues Leben sprießen zu sehen, wo er so viele und schöne Ruinen geschaffen.

1) Sepp, Ludwig Augustus, 2. Aufl. S. 776.

Auf dem Landtag 1831 machte sich der Pfälzer Kulmann zum Sprecher der Opposition in einer Rede gegen Kongregation und Samaritanen, gegen Bacherverein und Schulpläne. Schüler, Siebenpfeiffer, Willich, Eberz u. a. unterstützten seine bewegten Klagen; trotz der Einsprache des Grafen Seinsheim ging in der Abgeordnetenversammlung ein Antrag durch, welcher die fernere Wirksamkeit der Kongregationen lähmen sollte: „daß die Errichtung neuer Klöster durch Privatstiftungen nur zu den durch Artikel 7 des Konkordats bezeichneten Zwecken geschehen könne“. Die erste Kammer verwarf jedoch die Anträge der zweiten Kammer. Görres hat sich damals in vier Sendschreiben an Kulmann des Klägers liebevoll angenommen.

Auf dem Landtag 1837 führte die Opposition den Kampf gegen die Klöster mit gesteigerter leidenschaftlicher Heftigkeit und reichte 6 Anträge ein: Neue Klöster sollten aus Staatsmitteln überhaupt nicht mehr, aus Privatmitteln aber nur zur Aushilfe in der Seelsorge und zur Krankenpflege errichtet werden und nur dann, wenn eine vollkommene, sicher ausreichende Dotation gegeben sei. Die Übertragung einer Pfarrei an ein Kloster sollte unmöglich gemacht, die Zuwendung von Unterstützungen aus Stiftungsgeldern an Klöster, die der Jugendpflege gewidmet seien, erschwert, das Terminieren der Mendikanten verboten werden. Die theologischen Studien sollten den staatlichen Verordnungen, wie der Synodal- und Pfarrprüfung, unterstellt sein. Vergeblich nahmen sich Ringseis, Mon, Seinsheim der Klöster warm an. Minister Wallerstein gab eine „zweideutige Erklärung“<sup>1)</sup>: „Es sei zwar fraglich, ob die Klöster für die heutige Zeit noch nützlich seien, aber der Buchstabe des Konkordats bedinge die Errichtung einiger Klöster.“ Wiederum verwarf aber die Reichsratsversammlung, was in der zweiten Kammer durchgegangen.

Auf dem Landtag 1846 brach der Sturm mit größter Heftigkeit aufs neue los, diesmal als Kampf gegen das, was man „System Abel“ nannte. Derjenige, der den Sturm anblies, war der Minister von 1837, Fürst Wallerstein, der

1) Meißel, König Ludwig I. S. 175.

erbitterte Gegner seines Amtsnachfolgers. Er gewann zum Bundesgenossen den Fürsten Brede (den Sohn des Feldmarschalls), denselben, der einst dem Minister Abel in den überschwänglichsten Worten Bewunderung und Hochachtung ausgesprochen.

Im Reichsrat, der bis jetzt die Angriffe auf die Klöster abgewehrt, stellte Fürst Brede fünf Anträge: S. M. der König solle gebeten werden, dem Versuche, noch weitere Klöster zu errichten, Einhalt zu tun, nachdem zuvor der Begriff „einige Klöster“ unter dem Beirat der Stände festgestellt worden; die 1840 aufgehobene Quarta pauperum et Scholarum als ein wesentliches Hindernis der Vermehrung der Klöster wieder in Wirksamkeit zu setzen, namentlich aber die Redemptoristen aus dem Lande zu entfernen. Die Anträge des Fürsten, gegen die sich besonders der Reichsrat Bischof Richarz von Augsburg erklärte, wurde mit allen Stimmen gegen jene des Antragstellers abgelehnt.

Eine geschicktere Hand als die, welche den ersten Angriff geleitet, ordnete nun die zweite Schlachtlinie. Die Anträge Brede's, die dem Minister ein Mißtrauensvotum aussprechen sollten, gestaltete er um in ein Vertrauensvotum in und für die Krone und stellte sieben Anträge: Er beantragte — 1. ad captandam benevolentiam — Erhöhung der Kongrua der Kuratseelsorger und Erhöhung des Lehrereinkommens, 2. Genehmigung aller Vermächtnisse zugunsten geistlicher Korporationen nur unmittelbar durch den König, 3. Erklärung, daß die konfordsmäßige Verpflichtung zur Herstellung einiger Klöster bereits erfüllt sei, 4. Ausschluß aller geistlichen Genossenschaften, die den religiösen Frieden irgendwie gefährden könnten, 5. staatliche Qualifikation für Lehrer und Lehrerinnen geistlicher Unterrichtsanstalten, 6. Vollendung des 32. Lebensjahrs als Bedingung der Gelübdeablegung der Nonnen, 7. Verbot des Terminierens.

Im Reichsrat sprach sich außer dem Finanzminister besonders Graf Arco-Valley gegen die Anträge aus, während die beiden bischöflichen Reichsräte es gerade beim entscheidenden

4. Antrag an Entschiedenheit fehlen ließen. Die ersten 5 Anträge fanden im Reichsrat Zustimmung.

In der Abgeordnetenkammer war es besonders Döllinger, der sich gegen die Anträge und für das Ministerium aussprach. Er erreichte aber nur die Verwerfung des zweiten Artikels. Die übrigen 4 Artikel kamen nun an den König.

Es ist seit den Tagen Wallersteins zur Übung geworden, einen möglichst scharfen Strich zu ziehen zwischen der Regierung des Königs und der Amtstätigkeit des Ministeriums Abel, vielleicht deshalb um desto schärfer letzteres bekämpfen zu können. Und doch bestand das, was man System Abel genannt hat, zum guten Teil schon vor diesem Ministerium. Minister Abel, der in einem starken Königtum allein das Heil des Staates sah in einer gärenden Zeit, wollte nichts anderes sein als königlicher Minister, der die Gedanken seines königlichen Herrn soweit als möglich mit treuer Hingebung, zuweilen auch mit der ganzen Leidenschaft seiner Beredsamkeit vertrat und verfocht. Auch auf dem Landtag 1846 spielte Minister von Abel in allem — das wird ja eine spätere Untersuchung noch erweisen können — nur die Rolle des getreuen Mandatars. Auch in der Behandlung der kirchlichen und kirchenpolitischen Fragen.

Daß der König mit regster Aufmerksamkeit den Vorgängen in den Kammern folgte, bedarf keines langen Beweises. Aus den Akten erhellt, daß der König auch die Äußerungen der Presse genau studierte. So fragt er einmal an, welchen Sinn im Zusammenhang das Wort „Pazifikation“ in den Histor.=pol. Blättern Bd. 16, S. 836 habe. Er gestattet die Verteidigung des Ministers durch die Schrift Höflers (Erläuterungen zu der Rede des Fürsten Wallerstein) und wünscht die Drucklegung der Rede Döllingers. Er erwartet, daß Prinz Luitpold und Herzog Max nicht für die Beschwerden stimmen, die außer der Klosterpolitik den Landtag 1846 so stürmisch gestalteten. Er äußert sich endlich zu den erwähnten 4 Anträgen. Ich lasse nur einige Schreiben folgen. Die Verhandlungen des Landtags 1846 insgesamt werden in anderem Zusammenhang gewürdigt werden müssen.

„An den Minister des Innern. Daß ja bevor im Reichsrat der Brede, Klöster betreffende Antrag in Erörterung gezogen wird, ich das Klösterverzeichnis von 1801 bekomme dießseits des Rheins, sollte auch das jenseits des Rheins von 1791 nicht eingetroffen sein. Zugleich mit ersterem das Verzeichnis der dormaligen.

München, 18. Jänner 1846.

Ludwig.“

Fürst Wallerstein war bemüht, auch in weiterer Öffentlichkeit seine Gedanken über Klöster zu verkünden. Damit veranlaßte er jenen Preßfeldzug, der zum Schluß in einen förmlichen Adressensturm ausging. Minister von Abel aber ließ auf die gedruckte Rede des Fürsten „Erläuterungen“ durch Höfler fertigen, denen der Fürst später die „echten Erläuterungen“ mit scharfen Ausfällen auf den Görreskreis folgen ließ. Die Angegriffenen wehrten sich neuerdings: Görres schrieb den Artikel (zum Teil schon aus dem Jahre 1832) „Ministerium, Reichsrat, rechte und unrechte Mitte“, dessen Inhalt sich kurz mit den Worten wiedergeben läßt: „In einer Zeit, wo die Gefahr vorzugsweise von der linken Seite droht, muß das Ministerium Front machen nach dieser Seite hin.“

Auf diesen Kampf der Presse beziehen sich zwei Schreiben:

„An S. M.

Der treuehorsaamst Unterzeichnete hat eine Beleuchtung der Rede, welche der Fürst von Ottingen-Wallerstein in der Kammer der Reichsräte über die Klosterfrage gehalten und dann in mehreren 1000 Exemplaren nach allen Gegenden verteilt und versendet hat, bearbeiten und hiebei — jedoch mit großer Umsicht — die Ministerialakten benützen lassen; die Beleuchtung soll nämlich den Charakter einer offiziellen Schrift nicht an sich tragen.

Bevor nun der Druck begonnen wird, wagt der treuehorsaamst Unterzeichnete die Allerhöchste Genehmigung bezüglich der Benützung der Ministerialakten zu erbitten und zugleich anzufragen, ob das Manuskript, welches übrigens beiläufig 20 Bogen stark ist, vorher der Allerhöchsten Einsicht unterbreitet werden

solle. Der treuehorsaamst Unterzeichnete hat dasselbe bereits sorgfältig durchgegangen und emendiert. Der Druck wird zu Augsburg besorgt werden.

München, 24. Febr. 1846.

v. Abel.

Befragliche Benützung gewährt.

München, 25. II. 46.

Ludwig "

„An den Minister von Abel. Zu veranstalten, daß Döl-  
linger[s Rede] der Oppositionsabsicht bezeichnendes Treiben un-  
verstümmelt in die Allg. Zeitung eingerückt werde, desgleichen  
in der Münchener sehr zu wünschen in der Nürnberger und  
Speyerer. Was geschehen, mir anzuzeigen.

München, 4. März 46.

Ludwig.“

Wie wir hörten, fanden vier von sieben Anträgen Waller-  
steins eine Mehrheit in der zweiten Kammer, trotzdem der  
Minister von Abel im Namen der Regierung gegen die reichs-  
rätlichen Beschlüsse sich erklärt hatte, weil sie offenbar gegen  
die Freiheiten der katholischen Kirche verstießen; weil sie nicht  
zur Kompetenz der Kammer gehörten und nur ein Mißtrauens-  
votum, nicht ein Vertrauensvotum sein könnten. Der König  
fand die vier Anträge „recht unangenehm“.

„An den Minister von Abel zur Äußerung, welche Ent-  
schließung auf diese wieder recht unangenehmen Ständebeschlüsse  
zu erteilen angemessen:

1. Ohne sich zu binden, welche?

2. Da im Konkordat nicht steht aus Staatsmitteln und  
da ziemlich viele Klöster errichtet worden, könnte es scheinen, es  
sei genug getan, aber zu erwidern, daß darum nicht festgesetzt,  
es dürfen nur einige sein, der König sich des Rechts nicht be-  
geben will, was Errichtung von Klöstern betrifft.

3. In diesen verjünglich gestellten Antrag nicht einzugehen,  
sondern gerade herauszusagen, derselbe beabsichtige ein Gesetz  
gegen Einführung der Jesuiten. Wenn sie von dem König be-  
absichtigt gewesen, so hätte er 20 Jahre dazu Zeit gehabt und  
er tat es nicht, aber binden läßt sich derselbe nicht.

4. Bisher sei immer streng darauf gehalten worden, daß besangliche Lehrer die vorgeschriebene Qualifikation hatten. Auch darüber lasse ich mich nicht binden. Kurz ohne nein zu sagen, so drücke die Erwiderung, auf solche Art gehalten, es aus.

München, 24. April 1846.

Ludwig.“

Vor dem Landtagsabschied schrieb der König:

„Anmerkung zum Entwurf des Landtagsabschieds. Einige Veränderungen habe ich vorgenommen, eingedenk, daß, was in demselben versprochen wird, Gesetzeskraft bekommt, und daß nicht was in die Klasse der Verfügungen, Verordnungen gehört, sie erhalten soll. Morgen Sonntag soll der Landtagsabschied vorgelesen werden. Den Ausdruck gerechtester Anerkennung spreche ich Minister von Abel aus.

München, 23. Mai 46.

Ludwig.

Der Landtagsabschied versprach nur den ersten Antrag über Erhöhung der allzu gering dotierten Pfarrstellen in Erwägung ziehen zu wollen. Die drei übrigen Anträge waren nicht zum Ziele gelangt, die Stellung Ministers von Abel nicht erschüttert worden.

\* \* \*

Wir sehen in den Klöstern auch ein gut Stück bayerischer Eigenart, die jüngst Dürrwächter treffend geschildert hat, eine Äußerung des christlichen Charakters, der sich in Bayern viel stärker bemerkbar macht als in anderen Staaten. Wie das bayerische Königshaus mit warmer Empfindung an den Traditionen seiner eigenen ruhmvollen katholischen Vergangenheit hängt, so weist Bayerns Volk und Land geradezu auf die religiöse Romantik hin. Darum wird das, was König Ludwig I. für die Klöster getan in einer Zeit, die nicht überall Bayerns Eigenart Rechnung trug, fortleben im Gedächtnis des Volkes, so wie einst das Andenken an Tassilo jahrhundertlang in Klöstern und im Volke fortlebte.

## LXXIX.

### **Rißlings Geschichte des Kulturkampfes.**

Es gewährt einen nicht geringen Reiz, im gegenwärtigen Augenblicke des einmütigen Zusammenstehens des deutschen Volkes die für Deutschland beschämendste Periode seiner neueren Geschichte quellenmäßig und in der denkbar sachlichsten Darstellung zu lesen. Es besteht ein solcher Kontrast zwischen der „nationalen Unzuverlässigkeit der Ultramontanen“ und der aufopferungsvollen Hingabe der heutigen Katholiken, daß das ganze schwere Unrecht des Kulturkampfes uns jetzt nur noch umso schärfer in die Augen fällt. Im Interesse des konfessionellen Friedens ist es gelegen, wenn Katholiken und Protestanten sich in die Geschichte des Kulturkampfes eifrig vertiefen, um in Zukunft vor ähnlichen Verirrungen bewahrt zu bleiben. Diesem Zwecke dient vortrefflich das mit dem dritten Bande nunmehr fertig gewordene Werk „Geschichte des Kulturkampfes im deutschen Reiche“ von Dr. Johannes B. Rißling (Freiburg, Herder 1916. 474 S. 6,50. geb. 7.80), dessen beiden erste Bände die hist.-polit. Blätter bereits gewürdigt haben,<sup>1)</sup> und dessen drittem Bande wir nun unser Augenmerk zuwenden wollen.

Der Schlußband führt in einem Kapitel über die letzten kirchenpolitischen Zwangsgeetze auf den Höhepunkt des parlamentarischen Kulturkampfes im Reichstage. Die Siedehitze der Kulturkämpferei wurde durch das Kullmannattentat erreicht, das man den Katholiken an die Rockschöße hängen wollte, obwohl der Prozeß am Würzburger Schwurgericht feststellte, daß Kullmanns Großvater im Selbstmord endete, seine Mutter im Irreninn starb und sein Vater ein notorischer Säufer war. Durch die ganze Presse ging der Ruf nach Verschärfung des

---

1) Vergl. Bd. 153 S. 132 ff.

Kulturkampfes. In allen katholischen Vereinszentren wurden zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen. Im Reichstag rief die Kullmanndebatte den „allerschärfsten Waffengang im Kulturkampf“ hervor und Bismarck stand, wie der fortschrittlich gesinnte Biograph Bismarcks, D. Klein-Hattungen, später schrieb, „auf dem Gipfel des Hasses gegenüber dem Zentrum“. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung durfte das Schlagwort vom Zentrum als der „Fraktion Kullmann“ prägen. Die Annahme des Zivilgesetzes mit 205 gegen 72 Stimmen brachte den liberalen Kulturkampfgeist in voller Schärfe zum Durchbruch. In seinem Bapsthasse ließ Bismarck die Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhle zurückziehen und tischte im Reichstage das von den Historikern nun längst gerichtete Märchen von der Verschwörung der Jesuiten mit der „bigotten“ Kaiserin Eugenie auf. Als im Jahre 1875 der Westfälische Merkur das deutsche Lesepublikum mit dem Abdruck einer päpstlichen Enchiklika überraschte, in welcher die Kulturkampfgesetze für nichtig erklärt wurden, da wurden die Redakteure der katholischen Blätter mit schweren Geld- und Gefängnisstrafen bedacht, während die „staatsfreundlichen“ Zeitungen die Enchiklika straflos abdrucken durften. Es folgte das sogen. „Brotkorbgesetz“, wobei Bismarck im preußischen Herrenhaus die „ursprünglichsten, tiefsten, mit unserer Seele und ihrem Heile zusammenhängenden Grundlagen“ dieses Kampfes offenbarte, wonach der Kulturkampf der Kampf sei „um unser Evangelium, um unsere durch das Papsttum bedrohte und gefährdete Seligkeit“. Der Herr Ministerpräsident, erwiderte in derselben Sitzung des Herrenhauses Graf Brühl, habe sich mit anerkennenswerter Offenheit als ein Feind der katholischen Kirche erklärt. Die heute verkündete Politik führe zum Bürgerkriege. „Das Sperrgesetz“, schrieb Majunke, „war und blieb für Clerus und Volk das schönste Ehrendenkmal in der ganzen Geschichte des Kulturkampfes“, denn sechzehn Millionen „einbehaltener staatlicher Leistungen an die katholische Kirche“ haben sich bis zum Ende des Kulturkampfes in den staatlichen Kassen angesammelt, und von 4000 kirchentreuen Geistlichen haben nur 24 den Staatsgehalt weiterbezogen. Es

folgten nun weitere Vertreibungen von Orden und Kongregationen, dieser „kulturfeindlichen Institutionen“, gegen die man einschreiten müsse. „wie gegen Hehläufe, Koloradokäfer und andere Reichsfeinde“, wie sich eine „vornehme Revue“ damals ausdrückte. 9000 Söhne und Töchter Deutschlands mußten die schwarz-weißen Grenzpfähle verlassen. Frohlockend bezeichnete der nationalliberale Führer von Bennigsen das Ordensgesetz als „die stärkste und wirksamste Maßregel gegen die Ultramontanen“: „sie verlieren auf einen Coup die Resultate der Arbeit von dreißig Jahren“.

Als letzte große Kulturkampfsaktion veranlaßte Bismarck als eigenstes Werk die Entfernung der Kirchenparagraphen aus der preußischen Verfassungsurkunde. Viel Leid und Weh brachte sodann noch das Altkatholikengesetz über zahlreiche katholische Gemeinden, die den Gebrauch ihrer Kirchen verloren, weil eine Handvoll Altkatholiken von den Rechten des Gesetzes Gebrauch machte.

Die staatskirchenrechtliche Waffenrüstung, die sich Preußen durch die Kulturkampfgesetzgebung geschaffen hatte, war vollendet. Gleichzeitig war man in den tonangebenden Kreisen felsenfest überzeugt davon, daß in diesem Kampfe die Kirche unterliegen werde. Die Waffen waren scharf und schneidig. Man braucht sich nur der Einkerkierung, Verbannung, Pfändung fast der meisten preußischen Bischöfe zu erinnern, ebenso der unglaublichen Drangsale von Klerus und Volk im Kulturkampfe, die uns heute wie schreckhafte Träume anmuten. Ein Meer von Trübsal und Seelennot ergoß sich über die ihrer Priester oft gewaltsam beraubten Gemeinden. Die Behandlung, welche in einzelnen Gefängnissen den politischen Gefangenen zuteil wurde, bezeichnete Windthorst 1875 im Abgeordnetenhaus als wahrhaft türkisch. Hatte man am 22. April 1875 den Gnesener Weihbischof Cybichowski zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, weil er am Gründonnerstag die heiligen Eile weihte, so schreckte man auch nicht davor zurück, durch den Gendarmen in Chlau in Schlesien aus dem Tabernakel zwei Hostien auf das Landratsamt wegen einer Untersuchung bringen zu lassen. Nach vielen

Tausenden zählten auch die Strafverfolgungen, denen katholische Laien in dem „Kulturkampfe“ ausgesetzt waren. Namentlich waren es die Lehrer und Küster, die der Denunziation verfielen, wenn sie einem Messe lesenden gesperrten Priester irgendwelche Dienste geleistet oder gar einen „ungesetzlichen“ Gottesdienst mit Orgelspiel begleitet hatten. Zahlreiche Polizeiverordnungen brachten für die Katholiken Schikanen in Hülle und Fülle. Der Mainzer Verein deutscher Katholiken wurde geschlossen: katholischen Beamten wurde der Austritt bei Androhung der Entlassung aus dem Amte geboten.

Der Kampf tobte weiter. Unter der Führung des rheinischen Professors von Sybel wurde eine eigene Organisation für die Zwecke des Kulturkampfes, der Deutsche Verein, gegründet, der sich vor allem die Aufgabe der Überwachung der rücksichtslosesten Durchführung der Kulturkampfgesetzgebung stellte und ein weitverzweigtes Spionage- und Denunziationssystem unterhielt. Bald hatte man denn auch liberalerseits die Genugtuung, von der Maßregelung einer großen Anzahl treu katholischer Staats- und Gemeindebeamten zu hören, die entweder abgesetzt oder versetzt oder zur Disposition gestellt wurden. Vom Avancement blieben Katholiken in auffallendster Weise ausgeschlossen. Als die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung in Münster dem ihrer Stadt durch Familie und Geburt angehörenden Bischof von Mainz Freiherrn von Ketteler zum silbernen Bischofsjubiläum eine Glückwunschadresse übersandten, wurde jeder der Unterzeichnenden zu einer Ordnungsstrafe von 90 Mark verurteilt, weil die Regierung darin eine „regierungsfeindliche, mit einer amtlichen Stellung ganz unvereinbare Demonstration“ erblickte.

Auch vom Auslande suchte Bismarck Hilfe für sein Kulturkampfunternehmen zu gewinnen. Der Versuch, Österreich in den Kulturkampf hineinzuziehen, scheiterte am Widerstand des Grafen Andrássy. Sodann ließ Bismarck gegen die Sympathiefundgebungen der belgischen Bischöfe und Katholiken Protest erheben. In einem Erlasse an den Grafen Perponcher betonte Fürst Bismarck, daß es für Deutschland „keineswegs erfreulich

sei, Belgien von Ministern einer Partei regiert zu sehen, welche mit uns im Kriege ist. Je länger das klerikale Regiment dauere, umso abhängiger werde das Land von den Jesuiten.“ Da der französische Botschafter ein eifriger Katholik war, ließ Bismarck am 18. Mai 1875 der französischen Regierung mitteilen, es liege nicht im Interesse der guten Beziehungen zwischen dem deutschen Reiche und Frankreich, wenn ein „legitimistischer ultramontaner Botschafter“ den Berliner Posten einnehme. In London hatte um die gleiche Zeit der deutsche Botschafter erklärt, es sei Pflicht eines jeden Protestanten, die protestantischen englisch-deutschen Sympathien zu pflegen, ein Vorgang, gegen welchen die Frankfurter Zeitung scharf protestierte. In allen diesen Unternehmungen aber stand, wie Jörg in den historisch-politischen Blättern bemerkte, „der Erfolg zum ersten Male gegen Bismarck“.

Während Rißling im zweiten Bande seines Werkes die Anteilnahme der liberalen Presse an der Erzeugung und Wahrung des Kulturkampfgeistes anschaulich schilderte, fügt er nun dankenswerter Weise auch ein Kapitel ein über den Einfluß der altkatholisch oder staatskirchenrechtlich interessierten Gelehrtenwelt unter der zutreffenden Bezeichnung „Der Römerzug der deutschen Intelligenz“. Dieses Kapitel von liberaler Professorenweisheit und unduldsamen Professorenfanatismus ist ebenso ergötzlich zu lesen, wie es traurige Dinge enthüllt, deren sich die deutsche Gelehrtenwelt heute schämen würde. Wenn Rißling schreibt, die Rücksicht auf das Bartgefühl der Leser wie nicht minder auf das Ansehen der Wissenschaft nötige ihn, die Ergebnisse seiner Lektüre hierher gehöriger, mit aller Präension der Wissenschaftlichkeit prunkender Werke voll unsäglichen Unflates in die Sammelmappe zurückwandern zu lassen, so kann man das in Anbetracht der Vornehmheit seines Werkes begreifen, muß es aber andererseits bedauern, da sein Werk dadurch eine Fülle überaus interessanter Materialien einbüßen muß. Vielleicht könnte sich der verdienstreiche Verfasser entschließen, den haßerfüllten Anteil der deutschen Wissenschaft und des Großteils der deutschen Presse in einem ausführlichen Ergänzungsbande eigens erscheinen zu lassen.

Die Hoffnungen auf das Gelingen des Kulturkampfes waren groß. Allein es erwachte doch ziemlich früh die Kritik in Literatur und Parlament; Stimmen, die Rißling nach bestimmten Gesichtspunkten anführt, von denen die Befürchtung, daß der Kulturkampf gegen die katholische Kirche in letzter Linie auch dem Protestantismus sehr zum Schaden gereiche, immer in den Äußerungen angesehenen Männer wiederkehrt. Mit dem Pontifikat Leo XIII. brach eine Wandlung der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland und in Preußen an. Rißling schildert die inneren und die wirtschaftspolitischen Verhältnisse, die Attentate auf den alten Kaiser, den Beginn der schutzollpolitischen Ära usw., welche allmählich zur Trennung Bismarcks von den Nationalliberalen und zur Annahme der Milderungs- und schließlich der Friedensgesetze führten.

Es ist von verschiedenen Seiten und auch von Bismarck selbst der Versuch gemacht worden, den Kulturkampf nicht als Kampf gegen die katholische Kirche, sondern nur als Bekämpfung priesterlicher Übergriffe in die Staatsinteressen hinzustellen. In einem eigenen Kapitel widmet Rißling nun der Frage von Bismarcks persönlichem Anteil an dem Zustandekommen und dem Verdegang des Kulturkampfes einen Epilog, in welchem er die Abschwächungsversuche Bismarcks ins helle Licht der Wahrheit rückt. Der Kulturkampf war für viele Kreise die so heiß ersehnte Fortsetzung der Reformation. Daher führte die Enttäuschung über den Ausgang des Kulturkampfes zur Gründung des „Evangelischen Bundes zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen“. Die Energie und die Selbstverleugnung, mit der Bismarck für den Friedensschluß arbeitete, zwang den katholischen Kreisen Bewunderung und Hochachtung ab, und Jörg konnte mit Recht in seinen „Zeitläufen“ schreiben, kein anderer verantwortlicher Minister sei denkbar, der die Vertretung einer solchen Umkehr nicht dem Nachfolger hätte überlassen und sich für immer in die tiefste Stille des Privatlebens zurückziehen müssen. Nur Fürst Bismarck konnte das wagen.

Nun wendet sich der Verfasser der Schilderung des Kulturkampfes in den außerpreussischen Staaten zu, indem er den

„schleichenden Kulturkampf in Bayern“, die Entspannung der kirchenpolitischen Lage in Baden, die kirchenpolitischen Schwierigkeiten im Großherzogtum Hessen, in den Reichslanden Elsaß-Lothringen und im Königreich Sachsen in den wichtigsten Punkten kurz darstellt. Der Vollständigkeit halber widmet er auch dem kirchenpolitischen Friedenszustand im Königreich Württemberg und im Großherzogtum Oldenburg, die keinen Kulturkampf hatten, einige Seiten. Im Anhang sind die wichtigsten Kulturkampfgesetze zum Abdruck gebracht.

Im letzten Kapitel fügt Rißling eine kurze aber gedankentiefe Betrachtung über die weltgeschichtliche Stellung des Kulturkampfes bei. Für Werden und Wesen des Kulturkampfes macht Rißling in allererster Linie die Intoleranz des Liberalismus verantwortlich. Die Vertreter der Kulturkampfbewegung waren erfüllt und überzeugt von der Allgewalt und dem absoluten Rechte der Staatsomnipotenz. Mit Hilfe derselben sollten die modernen Ideen von der „Autonomie“ des Menschen, die Naturwissenschaften, die an Stelle der bisherigen Weltanschauungen treten zu können sich anmaßen, der absolute Nationalgedanke gegenüber der universalen Kirche mit ihrer Jenseitsreligion und ihrer im Christentum verankerten Kultur zur Durchführung gebracht werden. Im letzten Grunde war es nach der Auffassung der meisten Katholiken und vieler gläubiger Protestanten ein Kampf zwischen Glauben und Unglauben; der Kulturkampf war, wie der Philosoph Eduard von Hartmann im Jahre 1874 schrieb, „der letzte Verzweiflungskampf der christlichen Idee vor ihrem Abtreten von der Bühne der Geschichte, gegen welche die moderne Kultur ihre großen Errungenschaften mit Aufbietung der äußersten Kräfte auf Tod und Leben zu verteidigen hatte“. Dabei steht ganz zweifellos fest, schreibt Rißling, „daß weder Fürst Bismarck noch irgend ein anderer leitender Staatsmann Preußens diese unheilvolle Gesamttendenz des Kulturkampfes auch nur gekannt, geschweige denn gewollt hätten“. Kreise antichristlicher, naturalistischer und radikaler Richtung haben das Feuer geschürt und alle kirchlichen Regungen im Interesse ihrer Weltanschauung unter die schärfste Kontrolle des als omnipotent

erklärten Staates stellen wollen. Hier stieß der Liberalismus aber auf eine Großmacht, deren Stärke er nicht kannte, auf die Macht des Gewissens und der religiösen Überzeugung. Das Gewissen von neun Millionen Menschen mit Zwangsparagraphen geistiger und materieller Natur bekämpfen zu wollen mußte zum Mißerfolg führen. Dieser Gewissenszwang war um so bitterer empfunden, weil der Versuch, wie Karl Fentz richtig bemerkt, „eine Vergewaltigung der starken konfessionellen Minderheit durch die einmütige geschlossene Mehrheit war, eine Vergewaltigung, die unternommen wurde nicht mit Betrübnis in einer Notlage des Vaterlandes, sondern in Hurrahstimmung aus purem Übermut unter dem jauchzenden Beifall der Ringeltangelpresse und der gemeinsten Witzblätter“. Das Spiel ging verloren. In religiöser Beziehung brachte der Kulturkampf auf der einen Seite eine gewaltige Stärkung des katholischen Volksteils, auf der anderen Seite aber hat der Kulturkampf, wie Treitschke schrieb, „die schlechthin kirchenfeindlichen Elemente in unserem Volke mächtig gefördert“. Heute ist der Tag gekommen, wo alles, wie Treitschke ferner in Vorahnung schrieb, was noch christlich ist, sich unter einem Banner zusammenscharen muß. In dieser Entwicklung der Weltanschauungen war der Kulturkampf eine erste scharfe Scheidung der Geister. Der Kulturkampf der Geister wird nicht mehr gläubige Katholiken und Protestanten einander gegenüber finden, sondern Christen, die an die Gottheit Christi und die wichtigsten Dogmen des Christentums glauben, und Neuheiden. In dieser geschichtsphilosophischen Erkenntnis ist die weltgeschichtliche Bedeutung des Kulturkampfes zu erblicken.

Durch sein dreibändiges Werk hat Rißling ein vorläufig abschließendes Buch über den Kulturkampf geschaffen, das es jedermann ermöglicht, sich über Wesen und Ziele des Kulturkampfes ein klares Urteil zu bilden. Rißling hat in seinem Werke nüchternste Objektivität mit ruhiger Darstellungsweise vereinigt. Sein Stil ist klar und gefällig; ein leichter angenehmer Hauch von Ironie und Humor kommt bei manchen Ereignissen zum Vorschein. Ein hoher Grad von Objektivität

wird vor allem deswegen erreicht, weil Rißling fleißig und gewissenhaft Quellen aus Parlamentsberichten, aus Memoirenwerken, aus Zeitungen und Zeitschriften (namentlich den historisch-politischen Blättern) in seine Darstellung einwebt. Wenn das Werk, wie naturgemäß vom Standpunkte des Katholizismus aus geschrieben ist, so bietet es ohne Zweifel aber auch Nichtkatholiken die beste Möglichkeit einer zuverlässigen Orientierung, zumal der Verfasser sich aller leidenschaftlichen Ausfälle gegen Andersdenkende enthält, wozu der reizbare Stoff so vielen Anlaß geboten hätte. Diese Vornehmheit und Sachlichkeit ist von der gegnerischen Kritik auch allseits anerkannt worden. Wir besitzen in der Geschichte des Kulturkampfes von Rißling das erste größere, bedeutende, zusammenfassende und kritisch bearbeitete Werk über diese so aufwühlende Periode der neuzeitlichen Kirchengeschichte, deren geistige und kulturelle Bewegung noch heute nachzittert.

Insofern der Kulturkampf ein Vorläufer der künftigen Geisteskämpfe ist, die an das Verhältnis von Kirche und Staat, an Schule und an christliche Kulturprinzipien wieder in feindseliger Weise anknüpfen werden, kommt dem Buche nicht bloß in historischer Beziehung, sondern auch in praktischer Hinsicht eine große Bedeutung zu. Für die Schulung der Katholiken ist es von hervorragendem Werte. Das Buch ist in den Händen des Politikers und Historikers unentbehrlich. Es gehört in Vereinsbibliotheken, in akademische Kreise, in die Hände unseres Klerus, der im Kulturkampf eine so starke Überzeugungstreue und einen solchen Opfermut gezeigt hat, der Welt ein Schauspiel. Es dürfte in der neuzeitlichen Geschichte kein zweites Beispiel einer solch leidenschaftlichen Geistesbewegung mit derart spannendem dramatischem Auf- und Abstieg geben, wie die Geschichte des Kulturkampfes, die Rißling in voller Treue und Vielseitigkeit dem wirklichen Geschehen abgelauscht hat.

## Die Schuld am Weltkriege.

Die Budgetkommission des Deutschen Reichstags hat am 9. November 1916 zum erstenmal die neue Funktion ausgeübt, die ihr durch Zentrumsantrag und Reichstagsbeschuß gegeben ist, mit der Reichsleitung auch bei Beratung des Reichstags in Fragen der auswärtigen Politik in nähere Fühlung zu treten. In einer mehrstündigen Sitzung tauschten Reichskanzler und Parteien ihre Auffassungen über die Schuld am Weltkriege und die Außenpolitik aus. Der erschienene offizielle Bericht gibt nur den ersten Teil der Beratungen über die Urheberchaft am Weltkrieg bekannt.

Im Mittelpunkt steht die Rede des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg, die von großer geschichtlicher Bedeutung ist. Der Kanzler meinte zwar, er könne den Reichstagsabgeordneten nur Bekanntes wiederholen; alle die Dinge, die er vortrage, seien teils in seinen Reden, teils in seinen amtlichen Publikationen so oft dargestellt worden, daß es ihm nach dem zweijährigen Wüten des Krieges widerstrebe, retrospektive Betrachtungen zu erneuern. Das war aber nur oratorischer Bierat. In Wirklichkeit enthält die Rede wichtige, für die historische Würdigung wichtige Einzelheiten über die diplomatischen Vorgänge, die bisher nicht bekannt waren. Unter dem Eindruck der Mitteilungen des Kanzlers sagte ein sozialdemokratisches Mitglied des Ausschusses, „daß die Diskussion der Schuldfrage um so günstiger für Deutschland ausfalle, je gründlicher man sich in sie vertiefe“.

Der Reichskanzler hat früher den Leitsatz aufgestellt: „die äußere Verantwortung tragen diejenigen Männer in Rußland, die die allgemeine Mobilisierung der russischen Armee betrieben und durchgeführt haben. Die innere Verant-

wortung aber trägt die englische Regierung“. Dafür ist durch die bisherigen Kanzlerreden und Bekanntgabe diplomatischer Aktenstücke der Beweis schon geführt worden. Die feindliche Gegenarbeit hat diese Grundwahrheit nicht zu erschüttern vermocht und durch die neuen, vom Kanzler gelieferten Beweisstücke wird sie stark vertieft.

Die englische Publizistik und die englischen Staatsmänner drehen sich beständig im Kreise herum und so ist man jetzt gegenüber der drückenden Beweisraft der Rede des deutschen Reichskanzlers wieder beim österreichischen Ultimatum an Serbien angelangt. Die englische offiziöse „Westminster Gazette“ nannte nach der Kanzlerrede vom 9. November das Ultimatum „gewissenlos“; seine Urheber hätten gewußt, daß es Rußland in Harnisch bringen würde. Es wäre ein heilloser und ehrloser Frieden gewesen, wenn England Österreich Serbien gegenüber hätte gewähren oder Frankreich und Belgien hätte um Gnade bitten lassen.

Die britische Publizistik treibt da ein vermessen Spiel. Es sei an die Ermordung des Königs Alexander von Serbien erinnert. Damals war es gerade England, welches die stärksten Register zog. König Peter, der mitbeteiligt war als Komplize, weil er gewußt hatte, daß und wie sein Vorgänger aus dem Wege geräumt werde, wurde Jahre lang von England unbeachtet gelassen. Bei dem zweiten Fürstenmord durch serbische Mordbuben wäre es Pflicht Englands gewesen, zusammen mit Österreich bei der serbischen Regierung auf glatte Vereinigung der Mordtat von Serajewo zu bringen.

Gegenüber dem Mord von Serajewo. konnte es für eine Monarchie keinen anderen Standpunkt geben als jenen, den Kaiser Wilhelm in seiner Depesche an den Zaren (25. Juli 1914) kundgegeben hat: „Der Geist, der die Serben ihren eigenen König und seine Gemahlin morden ließ, herrscht heute noch in jenem Lande. Zweifellos wirst du mit mir darin übereinstimmen, daß wir beide, du und ich sowohl, als alle Souveräne ein gemeinsames Interesse daran haben,

darauf zu bestehen, daß alle diejenigen, die für den scheußlichen Mord moralisch verantwortlich sind, ihre verdiente Strafe erleiden.“ Vom Standpunkt des Sittengesetzes und der Staatsraison gibt es keine Einwendung gegen diese Worte des Kaisers.

Der Zar selbst, in dessen Haus schon so oft der Fürstenmord seine Opfer gefordert hat, ist nicht darauf eingegangen, am 29. Juli 1914 telegraphierte er vielmehr: „Ein schmählicher Krieg ist an ein schwaches Land erklärt worden, die Entrüstung, die ich völlig teile, ist in Rußland ungeheuer.“ Österreichs Note an Serbien mit ihren zehn Forderungen enthielt gewisse Eingriffe in die Hoheitsrechte des serbischen Staates, allein gegenüber diesem Staate, in welchem der Mord zum politischen Rüstzeug geworden war, gegenüber einem Staat, der nie seine feierlichsten Zusagen gehalten und stets die Unterwühlung der habsburgischen Monarchie mit allen Mitteln fortgesetzt hat, gab es kein anderes Verfahren. Zudem hat Österreich an Rußland offiziell erklärt, es werde die territoriale Integrität Serbiens wahren; es beabsichtige weder serbische Gebietsteile zu erwerben, noch den Bestand des serbischen Königreichs anzutasten, sondern wolle lediglich Ruhe vor den seine Existenz gefährdenden serbischen Umtrieben haben. Der österreichisch-ungarische Minister des Außern Graf Berchtold erklärte am 24. Juli 1914 dem russischen Geschäftsträger in Wien, Fürsten Kurdaschew, Österreich beabsichtige nur die eigene Sicherung, keine Demütigung Serbiens und vor allem keine Gebietserweiterung. Es liege ihm fern, eine Verschiebung der Machtverhältnisse auf dem Balkan herbeiführen zu wollen.<sup>1)</sup> In seiner Antwort an den Zaren berief sich der Deutsche Kaiser darauf und meinte daher, „daß es für Rußland durchaus möglich ist, dem österreichisch-serbischen Krieg gegenüber in der Rolle

1) Österreichisches Rotbuch, Nummer 18 und deutsches Weißbuch Anlage 3, zitiert in „die diplomatischen Kämpfe vor Kriegsausbruch“, von Ludwig Bergsträßer (München, Oldenbourg) Seite 35.

des Zuschauers zu verharren, ohne Europa in den schrecklichsten Krieg zu zerren, den es jemals erlebt hat“. Darüber ist gar nicht zu streiten: „Serbien“, sagten am 28. Juli 1914 die Bismarck'schen Hamburger Nachrichten, „hätte es nicht gewagt, den berechtigten Forderungen Österreich-Ungarns zu trotzen, wenn die Diplomatie und die öffentliche Meinung aller Großstaaten Europas entschieden von ihm abgerückt wären.“

Und was tat Rußland? Es bestärkte Serbien im Widerstande.

Am 30. Juni 1914 erhielt die österreichische Gesandtschaft auf Anfrage beim serbischen Auswärtigen Amt in Belgrad, was die serbische Polizei tun werde, um die nach Serbien gehenden Fäden des Attentats zu verfolgen, die Antwort, „daß sich die serbische Polizei bisher mit dem Gegenstande überhaupt nicht befaßt hätte“ (Österr. Rotbuch Nummer 2). Das war ein ernstes Monitorium an Serbien, allein die serbische Regierung hat es unbeachtet gelassen und die serbische Presse setzte ihre Heße fort. Der serbische Ministerpräsident Pašitsch sagte sogar in einem Rundschreiben an die serbischen Gesandten, ein Verbrechen, das von Staatsangehörigen Österreich-Ungarns begangen sei, könne man nicht Serbien in die Schuhe schieben (Bergsträßer S. 12). Am 4. Juli 1914 versicherte der russische Minister des Äußeren, Sasanow, gegenüber dem Petersburger serbischen Gesandten Spalaikowitsch, „daß Europa den Anklagen, die von Wien gegen Serbien kommen, keinen Glauben schenken wird“ (Bergsträßer S. 14). Der russische Ministerrat gab am 24. Juli ein Communiqué aus, in dem es hieß: „Die (russische) Regierung folgt aufmerksam der Entwicklung des serbisch-österreichischen Konflikts, der Rußland nicht indifferent lassen kann“ (Russisches Oranagebuch, zitiert bei Bergsträßer S. 30). Gleichfalls am 24. Juli bat der serbische Kronprinz Alexander beim Zaren telegraphisch um Rußlands Unterstützung, worauf der Zar am 25. Juli antwortete: „Wenn wir (bei Österreich) keinen Erfolg haben, können

Erw. Hoheit versichert sein, daß Rußland in keinem Falle an dem Schicksale Österreichs uninteressiert sein wird.“ Das war die direkte Auffstachelung Serbiens durch Rußland zum Widerstande. Die Wirkung wird am besten durch folgende Mitteilung des russischen Geschäftsträgers in Serbien gekennzeichnet: „Ich habe Pasitsch den Text der Antwort des Zaren an den Prinzen Alexander mitgeteilt. Nachdem Pasitsch es gelesen hatte, bekreuzte er sich und sagte: ‚Herr, der Zar ist groß und gnädig‘. Dann umarmte er mich, da er die Bewegung nicht zurückhalten konnte, die ihn übermannt hatte“ (Russisches Orangebuch, zitiert bei Bergsträßer S. 33). Diese wenigen Belege, neben denen es noch andere gibt, erklären den Troß Serbiens, das seines Rückhalts bei Rußland sicher war.

Für die nähere Würdigung der Lage vor Ausbruch des Krieges ist von entscheidender Bedeutung, daß Graf Berchtold, als Sir Edward Grey ernstliche Bedenken gegen die Befristung der österreichischen Note an Serbien geäußert hatte, sofort mitteilen ließ, es sei kein formelles Ultimatum, sondern eine befristete Demarche gegeben, die, wenn die Frist fruchtlos abläuft, einstweilen nur von dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und von dem Beginne notwendiger militärischer Vorbereitungen gefolgt sein wird“ (Öster. Rotbuch, bei Bergsträßer S. 34). Es wäre also Zeit gegeben gewesen für die Mächte, einen Ausgleich herbeizuführen. Die lokale, friedfertige Haltung Österreichs war über allen Zweifel erhaben.

Für die weitere Aktion in der damaligen Zeit hat die Rede des deutschen Reichskanzlers vom 9. November wichtige Aktenstücke bekannt gegeben. Der englische Minister Sir Edward Grey wollte den österreichisch-serbischen Streitfall vor eine Konferenz der Botschafter Deutschlands, Frankreichs und Italiens bringen. Der deutsche Reichskanzler ließ am 27. Juli 1914 der englischen Regierung fundgeben, es sei für ihn unmöglich, „unseren Bundesgenossen in seiner

Auseinanderlegung mit Serbien vor ein europäisches Gericht zu ziehen". Die deutsche Vermittlungstätigkeit müsse sich „auf die Gefahr eines österreichisch-russischen Konfliktes beschränken". Österreich verhielt sich gegenüber dem englischen Konferenzvorschlag ablehnend. Lord Grey schlug darauf vor, Österreich-Ungarn möchte sich entschließen, entweder die serbische Antwort als genügend zu betrachten oder aber als Grundlage für weitere Besprechungen. Die deutsche Reichsleitung vermittelte den Vorschlag nach Wien und unternahm sofort die Vermittlungssaktion im Grey'schen Sinne. Allein der österreichisch-ungarische Minister Graf Berchtold erwiderte, „daß nach Eröffnung der Feindseligkeiten seitens Serbiens und nach der inzwischen erfolgten Kriegserklärung er den Schritt Englands als verspätet ansehen müsse". Soweit war der Tatbestand seither öffentlich klargelegt. Reichskanzler v. Bethmann Hollweg setzte durch seine Eröffnungen am 9. November die Kette fort. Darnach hat Grey am 29. Juli 1914 einen weiteren Vermittlungsvorschlag gemacht, der dem deutschen Reichskanzler als eine geeignete Grundlage für die Erhaltung des Friedens schien, und den er mit der entschiedensten Befürwortung nach Wien weitergab. Die zum erstenmal bekannt gegebene Depesche des Reichskanzlers möge hier im Wortlaut folgen:

„Falls die österreichisch-ungarische Regierung jede Vermittlung ablehnt, stehen wir vor einer Konflagration, bei der England gegen uns, Italien und Rumänien allen Anzeichen nach nicht mit uns gehen würden, so daß wir mit Österreich-Ungarn drei Großmächten gegenüberstünden. Deutschland würde infolge der Gegnerschaft Englands das Hauptgewicht des Kampfes zufallen. Das politische Prestige Österreich-Ungarns, die Waffenehre seiner Armee, sowie seine berechtigten Ansprüche gegen Serbien könnten durch die Besetzung Belgrads oder anderer Plätze hinreichend gewahrt werden. Wir müssen daher dem Wiener Kabinett dringend und nachdrücklich zur Erwägung geben, die Vermittlung zu den angebotenen Bedingungen an-

zunehmen. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Österreich-Ungarn und uns eine ungemein schwere."

Wie der Reichskanzler weiter mitteilte, entsprach die österreichische Regierung diesen eindringlichen Vorschlägen, indem sie ihrem Botschafter in Wien folgende Weisung gab:

"Ich ersuche Eure Excellenz, dem Staatssekretär von Jadow für die uns durch Herrn von Tschirschky gemachten Mitteilungen verbindlichst zu danken und ihm zu erklären, daß wir trotz der Änderung, die in der Situation seither durch die Mobilisierung Rußlands eingetreten ist, gern bereit seien, dem Vorschlage Sir Edward Grey, zwischen uns und Serbien zu vermitteln, näherzutreten. Die Voraussetzungen unserer Annahme seien jedoch natürlich, daß unsere militärische Aktion gegen Serbien einstweilen ihren Fortgang nehme, und daß das englische Kabinett die russische Regierung bewege, die gegen uns gerichtete russische Mobilisierung zum Stillstand zu bringen, in welchem Falle selbstverständlich auch wir die uns durch dieselbe aufgezwungenen defensiven militärischen Gegenmaßnahmen in Galizien sofort wieder rückgängig machen würden."

Die erste Depesche, die des Kanzlers, betrifft auch die englisch-deutschen Beziehungen. Man könnte aus derselben ableiten, es sei doch die allgemeine Annahme, die deutsche politische Führung habe den Fehler begangen, damit zu rechnen, daß das deutsche Reich in einem Kampf mit Rußland und Frankreich England nicht als Gegner haben werde, nicht richtig. Denn in dieser Depesche vom 29. Juli wird die Gegnerschaft Englands bereits in Betracht gezogen. Das war auch zuvor schon, am 27. Juli 1914, nach der seitens des Lord Grey dem deutschen Gesandten gemachten Erklärung selbstverständlich. Sie folgt weiter unten.

Die Kanzlerdepesche beweist, daß die unausgesetzte Berufung Grey auf seine Konferenzidee, durch deren Verwerfung die deutsche Politik den Krieg verursacht habe, gänzlich hinfällig ist. Lord Grey hatte selber seinen Konferenzvorschlag fallen gelassen, einer direkten Vermittlung zwischen

Österreich und Rußland zugestimmt und Bedingungen hiefür formuliert, die, wie die Antwort des Grafen Berchtold ergibt, Österreich anzunehmen bereit war. Auch erkennt man, wie stark der Druck war, der von Berlin aus in Wien geübt wurde, sodaß die britische Behauptung von einer lagen Vermittlertätigkeit der deutschen Politik ein- für allemal ins Reich der Erfindungen verwiesen werden muß.

Der Bekanntgabe dieser beiden Depeschen in der Budgetkommission des Reichstags ist in der Presse des feindlichen Auslandes keine Beachtung geschenkt worden, was begreiflich ist. Die Kette des Beweises, daß das Deutsche Reich nicht der Urheber des Weltkrieges ist, wird damit endgültig geschlossen. Wenn sonach die Sitzung der Budgetkommission ein „historischer Höhepunkt“<sup>1)</sup> genannt wurde, so ist es durchaus berechtigt. Die beiden Dokumente beweisen den Friedenswillen der verbündeten mitteleuropäischen Mächte bis zum letzten Augenblick. Er hat keinen Erfolg gehabt, weil England ihn nicht stützte und ein Doppelspiel getrieben hat.

Die Berufung auf die Erhaltung Frankreichs muß aus Englands Kriegsbegründung ebenfalls ausscheiden. Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hat in seiner jetzigen Rede vom 9. November 1916 eröffnet, daß er dem englischen Botschafter in Berlin schon am 29. Juli 1914 zugesichert habe, unter Voraussetzung der Neutralität Englands die territoriale Integrität Frankreichs zu gewährleisten. Am 1. August 1914 hat der deutsche Botschafter in London Grey in Aussicht gestellt, daß im Falle der Neutralität Englands die Integrität nicht nur des französischen Mutterlandes, sondern auch der französischen Kolonien garantiert werden könne.

Es bleibt noch die Berufung Englands auf den Schutz Belgiens übrig, aber diese Berufung hat bekanntlich nicht

1) Reichstagsabg. Dr. Böttcher im „Tag“ Nr. 272 v. 18. November.

Stand gehalten vor den Akten aus dem Brüsseler Staatsarchiv. Die deutsche Reichsleitung wußte genau, daß der französische Kriegsplan einen Durchmarsch durch Belgien auf die preußischen Rheinlande vorsah. Es ist durch die in Brüssel aufgefundenen diplomatischen Aktenstücke inzwischen erwiesen, daß Frankreich und Belgien in weitgehendem Maße Abmachungen zur Verwirklichung dieses Kriegsplanes getroffen hatten. So sah sich Deutschland gezwungen, dem französischen Kriegsplan zuvorzukommen und selber den Durchmarsch durch Belgien zu unternehmen. Am 2. August abends 7 Uhr teilte dies die deutsche Reichsleitung mit. Aber schon am Nachmittag dieses 2. August, also bevor in London das Geringste von der deutschen Demarche in Brüssel bekannt war, hatte die englische Regierung Frankreich Unterstützung bedingungslos zugesagt für den Fall eines Angriffs der deutschen Flotte auf die französische Küste. Von der belgischen Neutralität war dabei mit keinem Worte die Rede. Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg hat in seiner Rede vom 2. Dezember 1914 diese Seite der Frage klar gelegt und dabei erklärt, die Motivierung der englischen Kriegserklärung vom 4. August mit der Verletzung der belgischen Neutralität sei nichts als ein Schaustück gewesen zur Irreführung. In Wirklichkeit bestand ein förmlicher englisch-belgischer Kriegsplan zur Kooperation mit den Franzosen.

England hat selber den Krieg gewollt, weil es mit Rußland und Frankreich im Bunde den deutschen Weltmarktkonkurrenten niederwerfen und eine Kombination ausnützen wollte, die es zustande gebracht hatte, deren Bestand ihm jedoch keine Dauer zu versprechen schien wegen der russisch-englischen Gegensätze, die vorläufig nur gedämpft sind.

Von England ist bekannt, daß die Mobilisierung der englischen Flotte unter dem Vorwande der Übungen wochenlang vorher vollzogen worden war, ehe der englische Premierminister Asquith am 4. August 1914 das Ultimatum an Deutschland wegen Betreten Belgiens durch deutsche Truppen

überreichen ließ. Vom 13. bis 26. Juli 1914 fand die Konzentration und Mobilisierung der gesamten in englischen Gewässern und in der Nachbarschaft befindlichen englischen Geschwader statt.<sup>1)</sup> Und schon einige Zeit vor dem 1. August beförderten englische Eisenbahnen Truppenmassen an die Küste. Der englische Kriegsminister Lord Ritchener war einige Wochen vorher in Belgien, um mit dem belgischen Generalstab Dispositionen für das englische Expeditionskorps zu treffen. Am 4. August standen bereits 100,000 britische Soldaten in Belgien.

Dem fügte der deutsche Reichskanzler in seiner Rede vom 9. November 1916 hinzu:

Am 27. Juli 1914 gab Lord Grey auf die Bemerkung des russischen Botschafters in London, in deutschen und österreichisch-ungarischen Kreisen bestehe der Eindruck, daß England ruhig bleiben werde, die Antwort: „Dieser Eindruck wird durch die Befehle beseitigt, die wir der englischen Flotte gegeben haben.“ Am 27. Juli gab Grey von seiner vertraulichen Warnung an unseren Botschafter in London, „daß Deutschland auf rasche Entschlüsse Englands, d. h. auf seine Teilnahme am Kriege gegen uns gefaßt sein müsse, Kenntnis.“

Rußland hatte bereits Anfangs August 1914 die gesamte russische Armee mit den sibirischen und kaukasischen Bestandteilen an der Grenze gegen Deutschland und Österreich-Ungarn durch fortgesetzte Teilmobilisierungen versammelt. Sie konnte daher sofort die Offensive ergreifen. Hier hat nun der Reichskanzler einen weiteren bisher unbekannten historischen Beleg in seiner Rede vom 9. Nov. 1916 geliefert. Er führte einen russischen Geheimbefehl vom 30. Sept. 1912 an, dessen Hauptsatz lautet: „Allerhöchst ist befohlen, daß die Verkündung der Mobilisation zugleich auch

1) Das Nähere mit Tag, Datum und den Umständen findet sich in der Neuen freien Presse vom 11. November 1916.

die Verkündung des Krieges gegen Deutschland ist.“<sup>1)</sup> Dieser Geheimbefehl für den Warschauer Militärbezirk ist ein Altienstück denkwürdig für alle Zeiten. Am 27. Juli 1914 mobilisierte Rußland offiziell 13 Armeekorps, in der Nacht vom 30. auf den 31. Juli 1914 wurde die russische Gesamtmobilmachung angeordnet. Daraufhin erst ist in Deutschland die Mobilmachung erfolgt. Die russische Mobilmachung war, das beweist das Warschauer Altienstück, zugleich die Kriegsverkündung gegen Deutschland. Sie war nicht zu Defensivzwecken erfolgt, wie die englische Diplomatie der Welt stets vormacht, sondern zum Angriffskrieg gegen Deutschland.<sup>2)</sup>

Der belgische Gesandte in Petersburg B. de l'Escailles hat in einem Bericht vom 30. Juli 1914 an seine Regierung die Worte niedergelegt: „England gab anfänglich zu verstehen, daß es sich nicht in einen Konflikt hineinziehen lassen wolle. Sir George Buchanan (der engl. Botschafter in Petersburg) sprach das offen aus. Heute aber ist man in St. Petersburg fest davon überzeugt, ja man hat sogar die Zusicherung, daß England Frankreich beistehen wird. Dieser Beistand fällt ganz außerordentlich ins Gewicht und hat nicht wenig dazu beigetragen, der Kriegspartei Oberwasser zu verschaffen.“

„So trägt England mit Rußland zusammen vor Gott und der Menschheit die Verantwortung für diese Katastrophe, die über Europa, die über die Menschheit hereingebrochen ist“, resumierte am 2. Dezember 1914 der Deutsche Reichs-

- 1) Im vollen Wortlaut mitgeteilt in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 313 vom 11. Nov. 1916.
- 2) Inzwischen ist in der zweiten Dezemberwoche 1916 ein weiteres Dokument in der Norddeutschen Allgem. Ztg. veröffentlicht worden: Die Proklamierung des Kriegszustandes im Festungsbezirk von Kowno am 13. Juli alten Stiles, das ist am 26. Juli unserer Zeitrechnung, mithin eine volle Woche vor der deutschen Mobilmachung.

kanzler in seiner Rede vor dem Deutschen Reichstag. Durch seine Rede vor dem Reichshaushaltsausschuß am 9. November 1916 hat der Reichskanzler den bereits seit über 2 Jahren gegebenen zwingenden Schluß noch weiter begründet mit einer Beweisführung, gegenüber der die feindliche Diplomatie keinen Gegenbeweis führen kann.

---

# LXXXI.

## Adolph Franz †

Unvergesslich werden mir allezeit die Stunden bleiben, die ich noch im September dieses Jahres bei Adolph Franz in seinem vornehmen Heime an der Kernerstraße in Baden-Baden verlebte; denn sie waren schön, wie alle Stunden bei ihm; und es sollten die letzten sein. Freilich konnte man damals nicht ahnen, daß schon am 6. November die Trauernachricht von seinem Tode hinausgehen werde. Denn, wenn auch zart gebaut, hat er doch allezeit eine starke Gesundheit sein eigen genannt; erst ein Schlaganfall am 7. Oktober hat sie zu zerstören vermocht. Damals blickten seine Augen noch so klar wie immer unter der hohen Stirne; rüstig schritt er in seinem elastischen Gange mit hinauf den Schloßberg; in seiner alten Frische, zuweilen mit feinem Humor, zumeist mit ernster Sorge sprach er über die kirchlichen, politischen und wissenschaftlichen Fragen, die ihm das Herz bewegten.

Er konnte davon sprechen. Denn er hatte eine außerordentlich reiche Vergangenheit hinter sich. Geboren am 21. Dezember 1842 zu Langenbielau in Schlesien als Sohn

des Fabrikanten August Franz, besuchte er das Gymnasium in Glaz und widmete sich 1863—1866 dem Studium der Theologie in Breslau und Münster. Schon bei dem Studenten trat eine reiche und vielseitige Begabung und eine rastlose Arbeitskraft hervor. An dem erwachenden Leben der katholischen Studentenvereine hat er regsten Anteil genommen. Am 27. Juni 1867 zum Priester geweiht, fand er seine erste Anstellung als Kaplan in Sprottau. Er gedachte sich dem wissenschaftlichen Leben zu widmen und die Stellung als Repetent am theologischen Konvikt in Breslau, die er von 1871—1873 bekleidete, schien ihm die Aussicht hiezu zu eröffnen. Er hatte schon Herbst 1866 vor seiner Priesterweihe promoviert, und 1872 erschien sein Buch: „M. A. Cassiodorius Senator. Ein Beitrag zur Geschichte der theologischen Literatur“ (Breslau). Aber sein Versuch, sich an der theologischen Fakultät der Universität für Kirchengeschichte zu habilitieren, scheiterte an dem Widerstand von Professor Reinkens, der in Opposition gegen das Unfehlbarkeitsdogma stand, damals bereits suspendiert und bald auch exkommuniziert wurde, aber seinen Einfluß noch geltend zu machen mußte. Und die Stellungnahme von Franz war bereits klar geworden. Er hatte 1872 die Redaktion der „Schlesischen Volkszeitung“ übernommen, die von Anfang an für die päpstliche Unfehlbarkeit und die Opportunität ihrer Definierung eingetreten war, und 1873 schrieb er seinen „Beitrag zur neuesten Geschichte der Diözese Breslau: S. Bapt. Balzer.“ (Breslau). Die Schrift wandte sich gegen Friedberg, der in einer Kampfschrift den 1871 verstorbenen Gegner der Unfehlbarkeit als einen Märtyrer des katholischen Systems gefeiert. Im gleichen Jahre übernahm er das Schlesische „Kirchenblatt“ mit der Aufgabe „die Interessen der katholischen Kirche zu verteidigen, die Katholiken Schlesiens über die kirchlichen Zeitfragen zu orientieren und den religiösen Sieg zu fördern“. Drei Jahre führte er die Redaktion. Im Zusammenhang mit dieser Tätigkeit

sind auch seine historischen Schriften entstanden: „Die Kirchenpolitik Friedrichs II.“ und „die gemischten Ehen in Schlesien“ (beide Breslau 1878). Im gleichen Jahre trat er die Redaktion der Germania an, die er bis 1881 führte. Um die Ausgestaltung des Berliner Zentrumsorgans hat er sich große Verdienste erworben. Und mit Recht konnte dasselbe in seinem Nachruf auf ihn (Dienstag 7. Nov. 1916, Nr. 519) schreiben: „Die Redaktion wird den hervorragenden Mann, der ihr einige seiner besten Jahre gewidmet hat, nie vergessen.“

So war aus Franz ein bedeutender Publizist geworden. Alles was er schrieb, befundete eine klare Überzeugung, eine gute wissenschaftliche, namentlich historische Orientierung, ein ruhiges und maßvolles Urteil. Und es war verständlich und wirkungsvoll durch seine flossellose, knappe und klare Sprache.

Aber er hat sich nicht mit dem geschriebenen Wort begnügt. Schon frühe trat er auf in öffentlichen Versammlungen, und warb für die Politik der Zentrumsparlei. Die Not der schweren Zeit des Kulturkampfes, den seine Heimat in reichem Maße gekostet und die Begeisterung, die ihm im Herzen lebte, drängten ihn dazu. Von 1875 bis 1882 vertrat er den Wahlkreis Münsterberg-Frankenstein im preußischen Abgeordnetenhaus und 1876 entsandte ihn Großstrehlik-Rosel in den Reichstag. Das letztere Mandat legte er erst 1892 nieder.

Die Vorzüge, die dem Publizisten eigneten, kamen auch dem Arbeiter in den Kommissionen, dem Redner im Plenum zu gute. Schon 1875 hat er im Abgeordnetenhaus bei den Debatten über den Gesetzentwurf der Erhaltung der Staatsleistungen für die katholischen Geistlichen, über die Ausweisung der katholischen Orden, über Fragen des Schulwesens eingegriffen. Sein Wort fand stets Beachtung. Auch der Gegner mußte die Überzeugung, die Sachlichkeit, die Ruhe seiner Polemik zu schätzen. Überhaupt ist er

stets ein Mann von vornehmster Denkungsart und feinsten Form gewesen. In den Kreisen der Parteigenossen hatte er liebe Freunde. Damals hat sich die Freundschaft mit Windthorst geknüpft; ihr ist er allezeit treu geblieben; das Bild des großen Zentrumsführers hing auch in der späteren Zeit vor seinem Arbeitstische.

Der Fürstbischof Heinrich Förster von Breslau war 1875 von der preussischen Regierung für abgesetzt erklärt worden; er hatte die Diözese zuletzt von seinem Schlosse Johannesberg aus geleitet, das in dem österreichischen Teile derselben lag. Jetzt legten sich die Wogen des Kulturkampfes. Der neuernannte Fürstbischof, der Berliner Probst Robert Herzog, konnte 1882 wieder in Breslau einziehen. Und er nahm mit sich als Kanonikus Adolph Franz. Diesem eröffnete sich jetzt ein neuer umfassender Wirkungskreis, der Kreis der kirchlichen Verwaltung. Er stand mit seiner reichen Erfahrung dem Fürstbischöfe und seinem Nachfolger, dem späteren Kardinal Kopp, bei der Reorganisation der Diözese an der Seite. Auch die Obforge für soziale und charitative Anstalten war ihm anvertraut. Großartiges hat er auf diesem Gebiete geschaffen. Namentlich nachdem ihm eine Erbschaft reichste Mittel hiefür in die Hand gelegt. Seine Wohltätigkeit war überhaupt groß und still.

Mit wärmsten Worten hat Kardinal Kopp seine Verdienste bei seinem Scheiden anerkannt. Leo XIII. ernannte ihn zum päpstlichen Hausprälaten und apostolischen Protonotar.

1893 resignierte Prälat Franz freiwillig auf sein Kanonikat. Aber auch in späterer Zeit ist er mit seiner Diözese und seiner Heimat im innigsten Zusammenhang geblieben. Dort lebten ihm treue Freunde aus seiner Jugendzeit, wie Kanonikus Archivdirektor Jungnick.<sup>1)</sup> Und namentlich weilte er

1) Herrn Kanonikus Jungnick verdanke ich einige wertvolle Notizen über den Verewigten; ich bitte ihn auch an dieser Stelle, meinen wärmsten Dank entgegenzunehmen.

fast alle Jahre einige Zeit bei Kardinal Ropp. Derselbe hatte die Hoffnung ausgesprochen, auch in Zukunft seinen Rat nicht entbehren zu müssen. Und bei allen wichtigen Angelegenheiten scheint er denselben erholt zu haben. Seinen Tod vermochte Franz auch fast nicht zu verwinden.

Auch für die Politik hat er wie früher reges Interesse bewahrt. Er hatte die schweren Zeiten des Kulturkampfes mit durchkämpft und die Erinnerung daran ist ihm lebendig geblieben. Eine „Geschichte des Kulturkampfes in Schlesien“ ist nach seinen mir gemachten Bemerkungen in großen Partien im Manuskripte abgeschlossen. Es hing mit seiner Vergangenheit zusammen, daß er eine schärfere Auffassung vertrat. Nur mit einer gewissen Bitterkeit fand er sich, ähnlich wie Windthorst mit der Tatsache ab, daß der status quo ante nicht völlig wiederhergestellt worden war. So hat er auch in dem Streit im Zentrumslager der letzten Jahre den Standpunkt seines Freundes Ropp geteilt.

Nach seiner Resignation lebte er zuerst in Hermsdorf im Kreise Waldburg, dann in Gmunden am Traunsee, in Frankfurt am Main und in München. Wohl jedem seiner Münchener Freunde ist sein schönes Heim an der Königinstraße und später an der Friedrichstraße in Erinnerung, in dem er des öfteren ebenso vornehme als herzliche Gastfreundschaft geboten. Vor etlichen Jahren übersiedelte er aus Gesundheitsrücksichten nach Baden-Baden. Wie seit langem hat auch dort die Nichte eines toten Freundes in hausfraulichem Walten ihn der Sorge um die Außerlichkeiten zu entheben und sein Haus zu verschönen gewußt.

Als er sich von dem öffentlichen Leben zurückzog, hat ihn hauptsächlich ein Gedanke geleitet, zu seiner Jugendliebe, den wissenschaftlichen Studien zurückkehren zu können. Er hatte dieser Jugendliebe allezeit die Treue gewahrt, und für wissenschaftliche Bestrebungen reichstes Interesse gehegt und reichste Unterstützung gewährt. Der Görresgesellschaft gehörte er seit langem an; nur selten hat er auf ihren General-

versammlungen gefehlt. Jetzt mehrten sich seine Beiträge in den verschiedenen wissenschaftlichen Zeitschriften; in der Theologischen Revue, Literarischen Rundschau, Tübinger Quartalschrift, im Katholik ist ein reiches Material zerstreut. Und nicht zuletzt verdanken ihm die Historisch-politischen Blätter zahlreiche Artikel politischen und wissenschaftlichen Inhalts. Regere Fürsorge um diese Zeitschrift hat ihn auch noch in den Tagen beschäftigt, da ich bei ihm weilte. Namentlich hat er ein Gebiet bebaut, das zu den wenigst gepflegten und doch zu den dankbarsten der Theologie gehört: das Gebiet mittelalterlicher Liturgie und kirchlicher Kulturgeschichte. Eine Reihe von reifsten Werken ist in den letzten zwanzig Jahren seiner Muße aus seiner nimmer müden Feder hervorgegangen. In seinem Werke „der Magister Nikolaus Magni de Savor“ (Freiburg 1898) frischte er — hauptsächlich auf Grund ungedruckter Quellen — das Andenken eines fast verschollenen mittelalterlichen gelehrten Theologen wieder auf. In dem „Rituale von St. Florian aus dem 12. Jahrhundert“ bot er den erstmaligen Abdruck eines in einer Handschrift des 12. Jahrhunderts im Stift St. Florian vorliegenden Rituale, das ein Muster eines abgeschlossenen und vollständigen Rituale darstellt. „Drei deutsche Minoritenprediger aus dem 13. und 14. Jahrhundert“ (Freiburg 1907) stellen in der Darstellung des Lebens und der Werke des Konrad von Sachsen, des Frater Ludovicus, des Greculus, wertvolle Beiträge zur Geschichte der Predigt im Mittelalter dar. Wie das letzte Werk, so ist auch „das Rituale des Bischofs Heinrich I. von Breslau“ (Freiburg 1912) Kardinal Kopp gewidmet. Das Rituale, nach einer wertvollen Handschrift der Breslauer Dombibliothek ediert, ist für die Geschichte der Liturgie im 14. Jahrhundert von ganz besonderem Werte und die reiche Ausstattung des Franz'schen Werkes vermittelt auch ein Bild von der kunstgeschichtlichen Bedeutung der Handschrift. Zu dem Besten, was die Geschichte der Liturgie in neuerer Zeit überhaupt geschaffen,

gehörten seine Werke: „Die Messe im deutschen Mittelalter“ (Freiburg 1902) und „Die kirchlichen Benediktionen im Mittelalter“ (2 Bände, Freiburg 1909). Läßt das erste die Messe im Volksglauben und in der kirchlichen Praxis vor uns erstehen und gibt sie eine Geschichte der mittelalterlichen Messerkklärungen, so führt das letztere die Entstehung und die ältesten Formulare aller kirchlichen Benediktionen vor Augen.

Die theologische Fakultät der Universität München hat ihn 1907 um seiner wissenschaftlichen Verdienste willen zum Honorarprofessor für Liturgie ernannt. Zwar nötigte ihn, wie gesagt, die Übersiedelung nach Baden-Baden zum Abbrechen seiner Vorlesungen; aber die Anregungen, die von ihm ausgegangen, werden, so Gott will, reiche Früchte tragen.

Die letzten Wochen seines Lebens brachten für ihn schwere Leiden. Aber er hat auch sie getragen; getragen, wie die an sein Krankenlager geeilten Freunde P. Blume und P. Säbler versichern, mit vorbildlicher Geduld. Sie wurzelte in seiner tiefen, innigen Religiosität, die ihn an den priesterlichen Altar geführt und die ihn geleitet durch sein ganzes musterhaftes Priesterleben.

Mitten aus der Arbeit ist er abberufen worden. Sein ganzes Leben war Arbeit gewesen. Und diese Arbeit hat er in den Dienst der Kirche gestellt. Sie hat Grund an seinem Grabe zu trauern.

Dillingen a. D.

Prof. D. Andreas Bigelmair.

## LXXXII.

### Kürzere Besprechungen.

1. Die christliche Schule im Jahre 1915. Seit 1909 erscheint als Organ des Landesverbandes der katholischen geistlichen Schulvorstände Bayerns die christliche Schule, Pädagogische Studien und Mitteilungen, geleitet von Professor Dr. Ehrenfried in Eichstätt. Es erscheint nicht unangemessen, einen kurzen Blick auf den Jahrgang 1915 zu werfen, das Geleistete zu überblicken, auf etwa Wünschenswertes und Lücken hinzuweisen. Der Jahrgang ist sehr reichhaltig. Er behandelt 1. Recht und Praxis der geistlichen Schulaufsicht, Schulgesetzgebung und Schulkunde. 2. Krieg und Schule, Schul- und Erziehungsfragen im Lichte des Weltkrieges. 3. Methodik und Praxis des Volksschulunterrichts. 4. Das Fortbildungsschulwesen. 5. Fragen der Psychologie und Erziehung, Jugendpflege und Jugendfürsorge. 6. Jugendschriften. 7. Zur Schulgeschichte, Geschichte des Unterrichts und der Erziehung. 8. Zeit- und Tagesereignisse. 9. Aus dem Leben des Landesverbandes. 10. Zeitschriftenchau. 11. Bücherschau. Ein Verzeichnis der Mitarbeiter des Jahres 1915,<sup>1</sup> ein sorgfältiges alphabetisches Personen-, Orts- und Sachregister erleichtert die Benützung. Die Übersicht über den Inhalt des Bandes zeigt, daß die verschiedensten Gebiete der Pädagogik vertreten sind. Sowohl die Theorie als die Praxis findet reichlich Berücksichtigung. Dagegen stehen immer noch unverhältnismäßig zurück die Bücherschau und die Schulgeschichte. Die erstere muß darauf hinarbeiten, daß die wichtigsten, pädagogischen Neuerscheinungen wenigstens eine kurze Anzeige erfahren. Da müssen die Leser der christlichen Schule ihrerseits mitwirken und von den pädagogischen Werken, die sie lesen, kurze Anzeigen einsenden oder noch besser in Sammelreferaten gleich eine Anzahl von Werken

über ein Stoffgebiet würdigen. Das wirkt anregend und belehrend. Ebenso ist die Schulgeschichte und die Geschichte der Pädagogik noch mehr durch Beiträge zu pflegen. Gewiß liegt die Praxis dem in der Schule stehenden Lehrer näher. Aber er sinkt zum Tagelöhner herab, wenn er die Beziehung zur Geschichte seines Faches verliert oder vernachlässigt. Wäre mehr Kenntnis der Geschichte der Pädagogik und der Pädagogen der Vergangenheit verbreitet, dann wäre mancher moderne Pädagog nicht Mode geworden, man hätte nämlich gleich erkannt, daß das Gute nicht neu und das Neue nicht gut sei, hätte erkannt, daß alles schon dagewesen und einem alten Irrtum nur ein neues Mäntelchen umgehängt wurde. Man denke z. B. an die entschiedene Ablehnung, welche seiner Zeit Stephanis Versuch (1836) fand, Selbstregierung und Schülergerichte in die Schule einzuführen, der Schule ein konstitutionelles Gepräge zu geben. Hätte die gegenwärtige Generation die Episode in der Geschichte der Pädagogik gekannt, dann wäre es gewissen Kreisen erspart geblieben, die Erneuerung eines alten Irrgangs als große Errungenschaft zu bewundern. Aber Kenntnis der Geschichte bewahrt nicht bloß vor solch blamablen Rückfällen, sie lehrt auch das bewährte Alte schätzen. Dazu fördert man durch Beiträge zur Schulgeschichte und zur Geschichte der Erziehung und des Unterrichts nicht nur die Wissenschaft, sondern auch die Ehre des Landes. Was liegt doch noch gerade bei uns in Bayern, das auf seine alte Kultur stolz sein kann, in Archiven und verborgenen Bibliotheken wertvolles Material zur Schul- und Erziehungsgeschichte vergraben! Was kann aus Schulbüchern vergangener Zeit, die heute für uns wertvolle Dokumente früherer Erziehungs- und Unterrichtsweise sind, noch alles zur Aufhellung des Unterrichtsbetriebes herausgeholt werden! Die pädagogische Presse vergangener Zeit nach ihrem Inhalt näher zu würdigen, hat man noch gar nicht angefangen. Und doch ist solches Tun nicht bloß antiquarische Gelehrsamkeit, das hat auch noch Gegenwartswert. Denn gewisse Grundsätze veralten nie. Hier kann und muß noch mehr als bisher ge-

schehen. Wir empfehlen die Pflege dieser beiden Zweige, Bücher=schau und Schulerziehungs=geschichte, der besonderen Aufmerksamkeit der Schriftleitung, die gegenüber den vielgestaltigen und oft schwer zu erfüllenden Anforderungen ihr Möglichstes tut. Allen müßigen Hörnern und Kritikern aber empfehlen wir: Nachts besser.

Würzburg.

Prof. Stölzle.

2. Pädagogische Forschungen und Fragen, herausgegeben von Dr. R. Stölzle, Prof. der Philosophie und Pädagogik. Heft 2: Ignaz Heinrich von Wessenberg, ein christlicher Pädagog von Dr. J. B. Müller X und 196 S. Preis 5 M. Heft 3: Christian Gotthilf Salzmann als Moralpädagoge von Dr. M. H. Schnitzler 106 S. Preis 2 M 20 J. Heft 4: Franz Josef Müller (1779—1827) ein Volksschulpädagoge, ein Beitrag zur Geschichte des Pestalozzianismus in Bayern von Dr. J. Hauser X und 22 S.

Wessenberg gehört der Kirchengeschichte an, aber auch der Geschichte der Pädagogik. Vorliegende Schrift von J. B. Müller hat es lediglich mit der pädagogischen Wirksamkeit Wessenbergs zu tun und stellt in 4 Teilen dar: 1. Wessenbergs Lebenslauf, Entwicklungsgang und Charakter. 2. Wessenbergs schriftstellerische Tätigkeit. 3. Wessenberg als Erziehungstheoretiker. 4. Wessenberg als pädagogischer Organisator. Auf Grund sorgfältigen Studiums der zahlreichen pädagogischen Schriften Wessenbergs wird eine eingehende Darstellung der reichen pädagogischen Ideen und der umfassenden pädagogischen Wirksamkeit Wessenbergs entworfen, der schon vor Jahren Anschauungen vertrat, die heute erst verwirklicht werden. Der Zusatz: „Ein christlicher Pädagog“ erhält durch zahlreiche Nachweise seine einwandfreie Begründung. Namen- und Sachregister erleichtern die Benützung.

In der Zeit vor dem Kriege war viel die Rede von Moralpädagogik und mancherorts wurde eigener Unterricht in der Moral in Schulen gefordert, freilich ohne besonderen Erfolg. Da war es recht zeitgemäß, einmal zu untersuchen,

wie es denn mit diesem Moralunterricht in früherer Zeit stand. Denn bekanntlich haben die heutigen Moralpädagogen schon ihre Vorgänger z. B. in den Philanthropen. Die moralpädagogischen Anschauungen des sympathischsten unter diesen, nämlich Salzmanns, stellt Schnitzler in 5 Kapiteln dar. Schnitzler führt uns vor: 1. die ethischen Anschauungen Salzmanns. 2. den Inhalt des Moralunterrichts. 3. Salzmanns Moralunterricht und die Religion. 4. Die Methode des Moralunterrichts. 5. Salzmanns Moralpädagogik und der neuzeitliche Moralunterricht. Die Schrift, der leider Namen- und Sachregister fehlt, gibt einen guten Einblick in die moralpädagogischen Bestrebungen nicht bloß früherer Zeit, sondern auch der Gegenwart.

Bayerische Pädagogen christlichen Charakters werden in den landläufigen Darstellungen der Geschichte der Pädagogik vielfach mit Stillschweigen übergangen, sogar noch oft Joh. Mich. Sailer. Da ist es ein verdienstliches Unternehmen, daß Hauser in Franz Joseph Müller einen Volksschulpädagogen aus Bayern der Vergessenheit entreißt, der ein Anhänger Pestalozzis und gleichzeitig ein rechter Christ war und diesen Geist des Christentums auch seiner Pädagogik ausdrückte. Hauser stellt uns in 3 Teilen Müllers pädagogisches Wirken dar: 1. Müllers Leben und Wirken. 2. Müllers Erziehungs- und Unterrichtsgrundsätze. 3. Müllers Verhältnis zu den pädagogischen Denkern seiner Zeit. Hauser schließt seine Darstellung mit den Worten, welche durch die vorangehende Entwicklung ihre Rechtfertigung erhalten: „Erziehung zur Religion, zum Christentum, ercheint bei ihm als das höchste und letzte Ziel, dem alle Menichenbildung zustreben muß. . . Noch heute leuchtet er uns als Vorbild voran durch sein selbstloses und rastloses Wirken im Dienste der wahren, vom religiösen Geist extragenen Volksbildung, durch das er sich ein Anrecht erworben hat, für alle Zeiten, unter den Vertretern der christlichen Erziehung genannt zu werden.“ Ein Namen- und Sachverzeichnis bildet den Schluß der fleißigen Studie, aus der auch heute noch jeder Freund der Volksschule wertvolle Anregung schöpfen kann.

3. H. Wilms, Das Beten der Mystikerinnen, dargestellt nach den Chroniken der Dominikanerinnenklöster zu Adelhausen, Dieffenhofen, Engeltal, Kirchberg, Detenbach, Töß und Unterlinden. Leipzig, D. Harassowiz 1916. XII, 179 S. [Quellen und Forschungen zur Geschichte des Dominikanerordens. 11. Heft.]

Nachdem der Verfasser dieser gebiegenen Schrift durch ein im besten Sinne volkstümliches Buch über den Geist und das Leben in mittelalterlichen Frauenklöstern<sup>1)</sup> den Beweis erbracht hat, daß er als sachkundiger Führer auf diesem in weiteren Kreisen fast ganz unbeachteten Gebiete vollstes Vertrauen verdient, folgen wir ihm sehr gerne, wenn er uns in vorliegender, auf streng wissenschaftlicher Grundlage aufgebauter Arbeit durch die geheimnisvollen, weltverlorenen Pfade des mystischen Gebetslebens mittelalterlicher Nonnen geleitet. Sie ist ein wertvoller Beitrag zur Geschichte und vor allem zum Verständnis der deutschen Mystik, doppelt wertvoll, weil sie mit Erfolg einem oft geäußerten Vorwurf entgegentritt: als hätten die Schwestern des Dominikanerordens die gesunden Bahnen einer gottinnigen Mystik nach dem Sinne der großen Mystiker David von Augsburg, Seuse u. a. verlassen um sich in wunderlichen Außerlichkeiten, Visionen, Prophezeiungen, sinnlichen Ergötzungen zu verlieren. Wäre dem so, so müßte man das ganze religiöse Leben dieser Frauen rein pathologisch oder psychiatrisch beurteilen. Die gründliche Arbeit des Verfassers kommt aber zu einem erfreulichen Ergebnis. Indem er die bekannten Schwesterbiographien aus den Frauenklöstern Adelhausen, Dieffenhofen, Engeltal, Kirchberg, Detenbach, Töß und Unterlinden eingehend geprüft, kommt er zu dem Urteil: „Auch das geistige Leben dieser Dominikanerinnen ruht auf innerer Lebensregelung und rückhaltloser Hingabe an Gott als den Grundpfeilern des christlichen Lebens. Daß dabei die Schätzung der Visionen und außergewöhnlichen Gnaden eine andere als in unserer kritisch durch-

1) „Aus mittelalterlichen Frauentöstern“. Freiburg, Herder 1916.

gebildeten Zeit, ist aus der Anschauungsweise des Mittelalters heraus leicht erklärlich.“ Die Schrift zerfällt in sieben Kapitel. Das erste befaßt sich mit einer klaren Darlegung der katholisch-kirchlichen Auffassung vom Gebet, hauptsächlich im Anschluß an die Lehre des Aquinaten. Das zweite schildert das liturgische Chorgebet in den Conventen, das dritte das Privatgebet, soweit es mündlich ist; dieser Abschnitt ist auch kulturpsychologisch hochinteressant. Das vierte handelt vom Empfang der Sakramente, vor allem von Beicht und Kommunion, das fünfte von dem betrachtenden Gebet. Das sechste berührt die Höhenpunkte des geistigen Lebens: das Leben der Sammlung, der ständige Wandel in Gottes Gegenwart. Das Schlußkapitel behandelt in besonnener, wohlthuend anmutender Weise die Erscheinungen des außerordentlichen Gebetslebens, das sich in Visionen, Ekstasen Weissagungen und Wundern äußert.

Nach P. Denisles Vorgang, der in seinem prächtigen Büchlein vom geistigen Leben uns die Quintessenz der deutschen Mystik darreicht durch das geschickte Aneinanderreihen ausgewählter Texte, versucht auch P. Wilms die einzelnen Stufen und Arten des Gebetslebens durch die eigenen Worte und Taten der Schwestern zu veranschaulichen. Dieser Versuch erweist sich als sehr glücklich. So ist das Buch kein Erzeugnis trockener Forschung geblieben, der es trotzdem als schätzenswerter Führer dienen kann, sondern ein lebendiger Quell reichster Anregung für den Leser, der religiöse Erbauung sucht. So gilt von der Schrift das Wort: *Omne tulit punctum, qui miscuit utile dulci.*

Luzian Pfleger.



**UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY  
BERKELEY**

**Return to desk from which borrowed.**

**This book is DUE on the last date stamped below.**

20ct59 FC

IN STACKS

SEP 18 1959

ADM BLDG

REC'D LD

NOV 24 1959

LD 21-100m-11,'49 (B7146s16) 476

YC 76634

